

Analyse und Untersuchung aktueller Probleme von Gemeinschaftsgärten in Berlin unter besonderer Berücksichtigung von Planungs- und Nutzungsrechten und Entwicklung von Handlungsempfehlungen

Masterarbeit

Im konsekutiven Master-Studiengang
Urbanes Pflanzen- und Freiraum-Management /
Urban Horticulture and Landscape Management
der Beuth Hochschule für Technik Berlin
-University of Applied Sciences-

zur Erlangung des akademischen Grades eines
Master of Engineering (M. Eng.)

vorgelegt von
Claudia Hirtmann
Oktober 2011

Erstgutachter: Prof. Dr. K. Neumann
Zweitgutachter: Prof. P. Schulze

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit erkläre ich durch meine eigenhändige Unterschrift an Eides statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Berlin den 31.Oktober 2011
Claudia Hirtmann

"Nichts gedeiht ohne Pflege und die vortrefflichsten Dinge verlieren durch unsachgemäße Behandlung ihren Wert."

Peter Josef Lenné
(1789-1866)
Königlicher Gartendirektor Potsdam

Danksagung

Ich möchte mich bei allen bedanken, die mich während meiner Arbeit unterstützt und begleitet haben.

Zuerst bei Herrn Prof. Dr. Klaus Neumann, der mich zu diesem Thema ermutigt und motiviert hat und mir jederzeit mit Rat und guten Worten zur Seite stand.

Bei der Allmende-Kontor Forschungsgruppe mit Dörte Martens, Severin Halder und Miren Artola, die mir Anregungen, Denkanstöße und Motivation gaben.

Bei Frauke Hehl, die mich an die Forschungsgruppe weitergeleitet hat.

Bei Herrn Dr. Gödde von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin, der sich Zeit für ein persönliches Interview genommen hat und mir Mut machte.

Bei allen Gemeinschaftsgärten, die an meiner Umfrage teilgenommen haben und mir wichtige Erkenntnisse lieferten. Danke.

Bei meinem Gemeinschaftsgarten Bürgergarten Laskerwiese für das Verständnis aufgrund meiner mangelnden Anwesenheit.

Bei meinen Freunden, die mich unterstützt, ermutigt und begleitet haben: Ralf Pisch, Sandra von Rekowski, Sten Schubert, Jana Hinze und alle die sich angesprochen fühlen und bei Michael Besser, dem ich diese Arbeit widmen möchte.

Natürlich bei meinen Eltern, die mich während meines gesamten Studiums unterstützt und immer wieder aufgebaut haben.

Auch möchte ich mich bei meinen Professoren meines Studiums bedanken, die mir ein Ziel, das nötige Wissen und Motivation gaben.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	6
1.1. Problem- und Aufgabenstellung.....	7
1.2. Herangehensweise.....	8
1.3. Angewandte Methoden.....	9
2. Der Hintergrund des öffentlichen Grüns.....	12
2.1. Begriffsabgrenzung.....	13
2.2. Bedeutung und Funktion von urbanen Freiräumen und Grünflächen.....	18
2.3. Problemlage des öffentlichen Grüns.....	24
2.3.1. Aktuelle Grünflächenversorgung in Berlin.....	38
2.3.2. Bürgerzufriedenheit mit öffentlichem Grün.....	46
2.4. Bürgerengagement.....	47
2.5. Wandel.....	54
2.6. Fazit Kapitel 2.....	58
3. Gemeinschaftsgärten.....	60
3.1. Charakterisierung von Gemeinschaftsgärten.....	60
3.1.1. Organisation und Aufbau.....	62
3.1.2. Vernetzung und Medien.....	63
3.1.3. Öffentlichkeitsarbeit.....	65
3.1.4. Bedeutungszuwachs und Trend.....	66
3.2. Einordnung in bestehende Freiraumtypen.....	68
3.3. Bedeutungen von Gemeinschaftsgärten: Politische Aspekte.....	69
3.3.1. Sozial- und gesellschaftspolitische Aspekte.....	70
3.3.1.1. Gemeindewesen.....	70
3.3.1.2. Kinder/Schulen.....	71
3.3.1.3. Integration.....	72
3.3.1.4. Soziales.....	73
3.3.1.5. Gesundheit.....	74
3.3.2. Kommunalpolitik: Lokale Agenda 21 Berlin.....	75
3.3.2.1. Berlin 21 e.V.....	75
3.3.2.2. Beschluss des Abgeordnetenhauses zur Lokalen Agenda 21.....	76
3.3.3. Strategie Stadtlandschaft.....	79
3.3.4. Urbane Landwirtschaft - Instrument nachhaltiger Stadtentwicklung?.....	82

3.3.4.1. Der Hintergrund urbaner Landwirtschaft.....	82
3.3.4.2. Nachhaltigkeit und urbane Landwirtschaft.....	83
3.3.4.3. Nachhaltige Stadtentwicklung.....	84
3.3.4.4. Was ist urbane Landwirtschaft?.....	85
3.3.4.4.1. Sichtweise der Gartenaktivisten und Wissenschaftler.....	85
3.3.4.4.2. Sichtweise der Verwaltungen und Politik.....	87
3.4. Fazit Kapitel 3.....	92
4. Aktuelle Lage der Gemeinschaftsgärten.....	95
4.1. Aktuelle Situationslage.....	96
4.2. Aktuelle Problematiken von Gemeinschaftsgärten.....	98
4.3. Vorstellung der ausgewählten Gärten der Umfrage.....	102
4.3.1. Gesundheit: Interkultureller Heilgarten, Berlin-Moabit.....	102
4.3.2. Kinder: Kinderbauernhof Görlitzer Park, Berlin-Kreuzberg.....	103
4.3.3. Soziales: Generationengarten, Berlin-Kreuzberg.....	103
4.3.4. Lokale Agenda 21 Berlin: Wuhlegarten, Berlin-Köpenick.....	103
4.3.5. Integration: Pyramidengarten, Berlin-Neukölln.....	104
4.3.6. Nachhaltigkeit: Prinzessinnengarten, Berlin-Kreuzberg.....	105
4.3.7. Urbane Landwirtschaft: Ton Steine Gärten, Berlin Kreuzberg.....	105
4.3.8 Ökologie: Ökogarten am Buschgraben, Berlin-Zehlendorf.....	106
4.4. Umfrage Teil 1: Aktuelle Probleme.....	107
4.5. Auswertung der Umfrage und Vergleich mit der Recherche.....	109
4.6. Fazit Kapitel 4.....	112
5. Hintergrund der Planungs- und Nutzungsrechte Berlin.....	113
5.1. Begrifflichkeiten.....	113
5.1.1. Planungsrecht.....	113
5.1.2. Nutzungsrecht.....	115
5.1.3. Liegenschaftsfond.....	116
5.1.4. Brachen.....	116
5.1.5. Zwischennutzungen.....	118
5.2. Brachflächensituation in Berlin.....	120
5.3. Zwischennutzung urbaner Brachflächen.....	122
5.3.1. Aktuelle Situation.....	123
5.3.2. Vorteile von Zwischennutzungen.....	124
5.3.2.1. Stadtentwicklung.....	125

5.3.2.2. Bevölkerung und NutzerInnen.....	126
5.3.2.3. Eigentümer urbaner Brachflächen.....	127
5.3.3. Problematiken von Zwischennutzungen.....	128
5.4. Problemstellung der Gemeinschaftsgärten.....	130
5.5. Das Beispiel des Allmende-Kontors.....	133
5.6. Umfrage Teil 2: Planungs- und nutzungsrechtliche Fragen.....	136
5.7. Auswertung der Umfrage.....	138
5.8. Fazit Kapitel 5.....	139
6. Handlungsempfehlungen.....	141
6.1. Öffentliches Grün.....	142
6.2. Wandel.....	143
6.3. Bürgerengagement.....	144
6.4. Bürgerbeteiligung.....	144
6.5. Brachflächen.....	145
6.6. Zwischennutzungen.....	145
6.7. Öffentliche Liegenschaften.....	148
6.8. Urbane Landwirtschaft.....	149
6.9. Eingriffsregelung.....	150
6.10. Aktuelle Problematiken.....	152
6.10.1. Nicht-Akteure.....	152
6.10.2. Primärakteure.....	152
6.10.3. Sekundärakteure.....	153
6.11. Planungs- und Nutzungsrechtliches.....	154
6.11.1. Primärakteure.....	154
6.11.2. Sekundärakteure.....	155
6.12. Fazit Kapitel 6.....	163
7. Fazit.....	164
8. Zusammenfassung.....	168
Quellenverzeichnis.....	170

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Organigramm der Zuständigkeiten öffentlichen Grüns (Eigene Darstellung).....	28
Abbildung 2: Anteil der Grün- und Erholungsanlagen in Berlin.....	41
Abbildung 3: Reale Nutzung der bebauten Flächen / Grün- und Freiflächenbestand(2004).....	42
Abbildung 4: Reale Nutzung der bebauten Flächen / Grün- und Freiflächenbestand (2008).....	42
Abbildung 5: Der Mauerpark mit seiner von der Vivico geplanten Bebauung.....	52
Abbildung 6: Prinzessinnengarten am Moritzplatz in Kreuzberg.....	67
Abbildung 7: Gemeinschaftsgärten und andere Formen	68
Abbildung 8: Referenzprojekte 2017 der Strategie Stadtlandschaft.....	79
Abbildung 9: Ökogarten am Buschgraben in Berlin Zehlendorf (Eigenes Foto: 14.7.2011).....	106
Abbildung 10: Ökogarten am Buschgraben in Berlin Zehlendorf (Eigenes Foto: 14.7.2011).....	106
Abbildung 11: Flächenanteile verschiedener Nutzungen an der Gesamtfläche Berlins...	120
Abbildung 12: Reale Nutzung der bebauten Flächen / Grün- und Freiflächenbestand (2004).....	121
Abbildung 13: Reale Nutzung der bebauten Flächen / Grün- und Freiflächenbestand (2008).....	121
Abbildung 14: Gründe für Zwischennutzungen aus Sicht der beteiligten Akteure nach Kruse (2003).....	128
Abbildung 15: Allmende-Kontor mit Hochbeeten auf dem Tempelhofer Feld	135

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Unterteilung öffentlicher Freiräume nach Nohl (1984): System städtischer Freiräume (veränderter Auszug).....	14
Tabelle 2: Kategorien zur Bestimmung des öffentlichen Grüns (Eigene Darstellung).....	16
Tabelle 3: Kategorien des öffentlichen Raumes nach Selle (2003), Entwurf nach Rosol (2006).....	18
Tabelle 4: Unterschiedliche Zuordnung der Grünflächenämter in Berlin (Eigene Darstellung).....	27
Tabelle 5: Pflegeklassen.....	31
Tabelle 6: Merkmale und Qualitäten von Freiräumen.....	33
Tabelle 7: Öffentliche Grünflächen in Berlin (Stand 2009).....	39
Tabelle 8: Öffentliche Grünflächen in Berlin (Stand 2010).....	40
Tabelle 9: Einteilung Berliner Frei- und Grünflächen.....	43
Tabelle 10: Versorgung mit wohnungsnahen Grünanlagen pro Bezirk Stand 2004.....	44
Tabelle 11: Problemzusammentragung der Recherche und der bisherigen Arbeit	101
Tabelle 12: Ergebnisse der Umfrage zu aktuellen Problemen: Fragen 1-3 (Eigene Darstellung).....	108
Tabelle 13: Umfrageergebnisse Teil 2: planungs- und nutzungsrechtliche Fragen: Fragen 1-4 (Eigene Darstellung).....	136
Tabelle 14: Umfrageergebnisse Teil 2: planungs- und nutzungsrechtliche Fragen: Fragen 5-8 (Eigene Darstellung).....	137
Tabelle 15: Gesamtüberblick für öffentliches Grün (Eigene Darstellung).....	157
Tabelle 16: Gesamtüberblick für Brachflächen und Zwischennutzungen (Eigene Darstellung)	158
Tabelle 17: Gesamtüberblick für Bürgerbeteiligung, Bürgerengagement und öffentliche Liegenschaften (Eigene Darstellung).....	159
Tabelle 18: Gesamtüberblick für urbane Landwirtschaft und Eingriffsregelung nach BauGB (Eigene Darstellung).....	160
Tabelle 19: Gesamtüberblick für aktuelle Probleme der Gemeinschaftsgärten (Eigene Darstellung).....	161
Tabelle 20: Gesamtüberblick für planungs- und nutzungsrechtliche Fragen (Eigene Darstellung).....	162

1. Einleitung

Ein Garten wächst, entwickelt und wandelt sich, genau wie seine "Bewohner" die Pflanzen und wie die Stadt, in der er angelegt ist.

Auch die Menschen entwickeln und wandeln sich und erkennen, dass in unserer heutigen Gesellschaft der Schnelllebigkeit und des Internets, Werte verloren gegangen sind, die wiederbelebt werden müssen. Werte wie Solidarität und Gemeinschaft.

Pflanzen passen sich bis zu einem gewissen Grad an die Umwelt an oder werden gartenbaulich so verändert, dass sie angepasst sind.

Für die Grünflächen der Stadt bedeutet dies heute: sie werden extensiv und minimalistisch angelegt. Aber auch dies kann sich wandeln. Nun liegt es an der Stadt als Kommune sich zu entwickeln und zu wandeln, denn ihre Bewohner haben längst erkannt—es muss etwas getan werden.

Nach meinem abgeschlossenen Studium des Gartenbaus und den nachfolgenden Master-Studiengang Urbanes Pflanzen- und Freiraum-Management, gelangte ich zu der Einsicht etwas für meine Stadt zu tun.

Seit anderthalb Jahren bin ich nun Vereinsmitglied des Bürgergartens Laskerwiese in Berlin-Friedrichshain und bewirtschafte dort ein circa 10 m² großes Beet. Durch die Vernetzung der Gemeinschaftsgärten ist mir die Vielschichtigkeit der Thematik der urbanen Gärten bewusst geworden. Ich besuchte Vorträge, Veranstaltungen, Fachdiskussionen und mir wurde klar, dass es um mehr geht als darum, nur das eigene Beet zu bepflanzen. Mir wurden die Beweggründe und Absichten, aber auch die vielschichtigen Aktivitäten der Mitglieder der Gemeinschaftsgärten bewusst: Es geht um Bürgerengagement, um Stadtentwicklung, um urbane Landwirtschaft, um Soziales und Politisches und vieles mehr.

Diese Arbeit soll einen Beitrag dazu leisten, den Blick für das Verständnis von Gemeinschaftsgärten zu öffnen und sie in ihrer Komplexität zu begreifen.

Ziel ist die Anerkennung, Förderung und Unterstützung, sowie die Etablierung und Sicherung von Gemeinschaftsgärten im öffentlichen Freiraum. Dazu müssen Maßnahmen, Instrumente und Konzepte entwickelt werden, die in ihrer Gesamtheit in ein urbanes Freiraummanagement münden.

Da es sich hierbei um den öffentlichen Raum handelt, richtet sich diese Arbeit in erster Linie an Entscheidungsträger, die in dieser Hinsicht mit Argumenten zu überzeugen sind.

1.1. Problem- und Aufgabenstellung

Hintergrund dieser Arbeit ist die desolate Haushaltslage des Landes Berlin.

Sie beeinflusst durch Personal- und Finanzmitteleinsparungen öffentliche Grünflächen.

Wie wird als Ausgangslage herausgearbeitet.

In diesem Sinne wird durch verschiedene Ansätze nach Lösungsmöglichkeiten gesucht.

Zudem wollen sich immer mehr Bürger aktiv an der Gestaltung ihrer Stadt beteiligen und engagieren. Hierbei ergeben sich Problematiken, die in dieser Arbeit analysiert werden.

Gemeinschaftsgärten entwickeln sich vor dem Hintergrund des Wandels der Gesellschaft im urbanen öffentlichen Raum und bilden damit eine Alternative zu bisherigen Lösungsansätzen der sogenannten Grünflächenkrise. Dieser Wandel wird näher beschrieben und gibt einen Ausblick und Prognosen für die Zukunft des öffentlichen Grüns. Die bisherigen Lösungsansätze werden kurz vorgestellt und ihre Defizite aufgezeigt.

Welche vielfältigen Potentiale und positiven Auswirkungen Gemeinschaftsgärten dagegen bieten, wird in dieser Arbeit analysiert.

Daher werden in diesem Kontext aktuelle Probleme der Gemeinschaftsgärten in Berlin untersucht und gleichzeitig Motivationen und Intentionen der Akteure herausgearbeitet.

Der Fokus dieser Arbeit liegt neben den aktuellen Problemen, auf planungs- und nutzungsrechtlichen Aspekten. In diesem Zusammenhang spielen Brachflächen und Zwischennutzungen, sowie Liegenschaftsflächen, die Gemeinschaftsgärten für sich nutzen, eine wesentliche Rolle. Welche Risiken, Chancen und Potentiale sich daraus ergeben, wird analysiert.

Aus den Problemen und Defiziten des öffentlichen Grüns und der Gemeinschaftsgärten mit allen in diesem Zusammenhang stehenden Themenbereiche, werden letztendlich Handlungsempfehlungen abgeleitet.

Welche Strategien dafür zu entwickeln sind und welche Argumente, Bedeutungen und Potentiale für die Entscheidungsträger des öffentlichen Grüns bedeutend sind, wird mit dieser Arbeit analysiert, um die Relevanz der Umsetzung der Handlungsempfehlungen zu untermauern.

Gemeinschaftsgärten sollen im urbanen öffentlichen Raum anerkannt, unterstützt, gefördert und langfristig gesichert werden und somit sollen die Ergebnisse dieser Arbeit den Beforschten zugute kommen.

1.2. Herangehensweise

Die Problemlage der öffentlichen Grünflächen ist Ausgangslage für diese Arbeit. Um ein Verständnis für diese zu entwickeln, werden zunächst die Bedeutungen und Funktionen des öffentlichen Grüns dargestellt. Im Anschluss wird die aktuelle Grünflächenversorgung und die Bürgerzufriedenheit mit öffentlichen Grünanlagen aufgezeigt.

Daraus resultierend werden die Auswirkungen der sogenannten Grünflächenkrise erarbeitet.

Einen weiteren Punkt der Ausgangslage der sogenannten Grünflächenkrise bildet das Bürgerengagement, welches wesentlich für die Bewirtschaftung von Gemeinschaftsgärten ist.

Der Lösungsmodellansatz des Einbezugs der Gemeinschaftsgärten in öffentliche Grünflächenpolitik mit seinen Problemen und Potentialen wird geklärt.

Darüber hinaus wird darauf eingegangen, wie sich das Bürgermanagement in die Problematik des Wandels einfügt und welche Veränderungen aus welchen Ursachen heraus entstehen. Daraus folgend werden Defizite und Problematiken, denen Gemeinschaftsgärten begegnen können, verdeutlicht.

Dafür erfolgt zunächst eine Charakterisierung der Gemeinschaftsgärten.

Inwieweit sie sich von anderen Freiraumtypen abgrenzen und welche Potentiale sie über die öffentlichen Grünflächen hinaus bieten, wird analysiert. Dabei wird die Frage

beantwortet, welche Werte sie für Entscheidungsträger der Politik bedienen und wie sie sich zur Zeit in kommunal politische Strategien eingliedern lassen.

Der Untersuchungsteil dieser Arbeit beginnt mit der Ausführung der aktuellen Situation von Gemeinschaftsgärten. Es werden ausgewählte Gärten in Berlin vorgestellt, welche zugleich Fallbeispiele für die durchgeführte Umfrage zu aktuellen Problemen in urbanen Gärten waren.

Der Zweiten Teil der Untersuchung beschäftigt sich mit planungs- und nutzungsrechtliche Fragen, um die Problemlage aus diesem Aspekt zu beleuchten.

Daher werden hier zunächst Begrifflichkeiten erklärt und definiert, die in diesem Zusammenhang eine wesentliche Rolle spielen. Des Weiteren werden die Problematiken, aber auch die Vorteile und Potentiale für die unterschiedlichen Beteiligten der Zwischennutzungen vorgestellt und aufgezeigt.

Aus den hierbei erarbeiteten Defiziten und Problemen werden letztendlich Handlungsempfehlungen für Gemeinschaftsgärten und für die administrativen Entscheidungsträger des öffentlichen Grüns abgeleitet. Sie beinhalten Strategien und Maßnahmen sowie Instrumente zur Umsetzung.

In einer abschließenden tabellarischen Übersicht werden alle erarbeiteten Probleme, Defizite, und Handlungsempfehlungen und deren Nutzen – hinsichtlich der aktuellen Problematiken der unterschiedlichen Themenbereiche sowie auch in planungs- und nutzungsrechtlicher Hinsicht – zusammengetragen.

1.3. Angewandte Methoden

Die Grundlagenanalyse dieser Arbeit basiert überwiegend auf einer zweiseitigen Literaturrecherche. Dabei liefern wissenschaftliche Arbeiten der Gemeinschaftsgartenakteure einen wesentlichen und wichtigen Teil. Darüber hinaus stellen Plattformen und Internetseiten der Gärten und Akteure aktuelle Informationen zur Verfügung.

Für die Betrachtungsweise aus kommunal politischer Sicht bieten wissenschaftliche Arbeiten und Dokumentationen, sowie Internetseiten der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin aktuelle Daten und Fakten, die in diese Arbeit einfließen.

Persönliche Erfahrungen, bedingt durch das Mitwirken im „Bürgergarten Laskerwiese“, können in dieser Arbeit aufgenommen werden. Ferner konnte durch diese Mitgliedschaft der Grad des Vertrauens zu den Akteuren erhöht und damit realistische Umfrageergebnisse von Akteuren der Gemeinschaftsgartenbewegung erzielt werden.

Im Rahmen dieser Arbeit lieferten aktive Forscher des Gemeinschaftsgartenthemas der Forschungsgruppe des Allmende-Kontors Anregungen und Denkanstöße.

Durch die Vernetzung der Gemeinschaftsgartenakteure untereinander, können wichtige Erkenntnisse verschiedener Veranstaltungen, Fachtagungen und Diskussionsrunden eingearbeitet werden.

Das geführte Interview mit einem Vertreter der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin ist problemzentriert angelegt. Es setzt ein gewisses Vorwissen über die Thematik der Gemeinschaftsgärten voraus, das genutzt werden konnte und beinhaltet wichtige Hintergrundinformationen.

2. Der Hintergrund des öffentlichen Grüns

In diesem ersten Kapitel werden zunächst als Ausgangslage, öffentliche Grünflächen und ihre damit verbundenen Problematiken analysiert, um später mögliche Potentiale und Ansatzpunkte einer Argumentation die für Gemeinschaftsgärten spricht, herausarbeiten zu können.

Hintergrund dieser Arbeit ist die desolade Haushaltslage des Landes Berlin. Diese zieht Auswirkungen auf die Pflege und Unterhaltung öffentlicher Grünanlagen nach sich, die sich in der Quantität und Qualität des öffentlichen Grüns und in ihren oft eher bescheidenen Gestaltungs- und Nutzungsmöglichkeiten niederschlagen. Grund ist die schlechte Finanz- und Personalsituation im öffentlichen Grünsektor.

Die Qualität des öffentlichen Grüns drückt sich in Werten beziehungsweise Leistungen aus, die für die Stadt eine bedeutende Rolle spielen. Diese Leistungen sind wichtige Instrumente innerhalb der Stadtentwicklung beispielsweise für ihre Bewohner, Touristen und für die Umwelt. .

Wie sich die Problemlage des öffentlichen Grüns genau definiert und wie sie sich auswirkt, wird geprüft, denn sie dient als Grundlage für die Nachvollziehbarkeit aktueller Veränderungen. Dazu erfolgt zunächst eine Begriffseingrenzung des öffentlichen Grüns.

Die Wichtigkeit der Bedeutung und Funktion öffentlicher Frei- und Grünflächen schlägt sich außerdem in der Bürgerunzufriedenheit mit öffentlichen Grünflächen nieder und somit in einem vermehrten Bürgerengagement. Der Bürger fühlt sich quasi „verpflichtet“, aktiv an der Freiraumgestaltung teil zu haben, und dies auf ganz unterschiedliche Art und Weise. Denn immer mehr Bürger wollen aktiv ihre Stadt mit gestalten und der Flächenversiegelung durch Bebauung - zum Beispiel innerhalb einer Bürgerbeteiligung - entgegenwirken. Dies ist am aktuellen Beispiel des Berliner Mauerparks zu verfolgen und soll später kurz dargestellt werden.

2.1. Begriffsabgrenzung

Im Folgenden wird eine Klärung der Begrifflichkeit des öffentlichen Grüns erfolgen, um dementsprechend eine klare thematische Eingrenzung vornehmen zu können. Freiräume und Grünflächen werden generell in erster Linie als freie Räume für den Menschen bezeichnet.¹

Zu Beginn wird zunächst der übergeordnete Begriff „Freiraum“ definiert.

Dieser ist in der Regel ein von Hochbauten umgebener, potentiell vegetationsfähiger, verkehrsfreier oder weitgehend dem nicht motorisierten Verkehr vorbehaltenen Raum, der den natürlichen Witterungsbedingungen ausgesetzt ist. Die Funktionen des Freiraumes beziehen sich auf die Nutzung, Stadtgestaltung, Stadtökologie, Identitätsstiftung und den Wirtschaftsstandort.²

Die Kategorie des allgemein öffentlichen Freiraumes ordnet sich diesem Freiraumbegriff unter und ist durch die Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit charakterisiert.³ Zu den allgemein öffentlichen Freiräumen zählen unter anderem Parkanlagen, Stadtplätze, Promenaden, Grünverbindungen und frei zugängliche und auch entsprechend genutzte Brachflächen im öffentlichen Bereich.⁴

Zu den speziell öffentlichen Freiräumen zählen unter anderem Friedhöfe, Kleingärten, Grünflächen an Schulen, Freiflächen an Kindergärten, Heimen, Krankenhäusern.

Der öffentliche Raum wird nach Rosol (2003) öffentlich produziert, befindet sich im Eigentum der öffentlichen Hand und wird öffentlich reguliert. Nach Selle (2003) gäbe es jedoch zunehmend neue Formen, wie öffentlich nutzbare Flächen, die sich jedoch in privatem Eigentum befinden. Diese neuen Formen sind unter anderem für Gemeinschaftsgärten relevant⁵ werden aber in dieser Arbeit nicht weiter betrachtet.

¹ Lippert, J.: „Kommunales Frei- und Grünflächenmanagement“, Schriftenreihe der Fakultät Planen Bauen Umwelt, Band 129, Technische Universität Berlin, 2007

² Niedersächsische Bildungsserver (NiBiS) (Hrsg.): Unterrichtsmaterialien Freiraumplanung, URL: <http://www.nibis.de/~nachsied/umaterialien/index2.htm> [Stand: 22.7.2011]

³ Rosol, M.: „Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung“, Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.24

⁴ Niedersächsische Bildungsserver (NiBiS) (Hrsg.): Unterrichtsmaterialien Freiraumplanung, URL: <http://www.nibis.de/~nachsied/umaterialien/index2.htm> [Stand: 22.7.2011]

⁵ Rosol, M.: „Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung“, Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.25

Der Begriff des Freiraumes umfasst die Summe der Grün- und Freiflächen.⁶ Nach einer von Werner Nohl (1984) erarbeiteten Systematik der städtischen Freiflächen können öffentliche Freiräume weiter unterteilt werden in multifunktionale, zu denen Freiflächen wie Parks und Grünanlagen zählen und monofunktionale Freiräume, wie die Tabelle 1 zeigt.⁷ Den monofunktionalen Freiräumen ist demnach eine eindeutige und einseitige Funktion und Nutzung zugeordnet.

Tabelle 1: Unterteilung öffentlicher Freiräume nach Nohl (1984): System städtischer Freiräume (veränderter Auszug)

Multifunktionale Freiräume	Monofunktionale Freiräume
Wohnungsbezogene	Kleingartenanlagen
Wohngebietsbezogene	Friedhöfe
Stadtteilbezogene	Kinderspielbereiche
Stadtbezogene	Badebereiche
Regionale	und andere

Zu den öffentlichen Freiräumen nach Nohl gehören in dieser Systematik ebenfalls Verbindungsräume wie Wege, Fußgängerzonen und Straßen,⁸ die in dieser Bearbeitung keine weitere Rolle spielen.

Im Rahmen dieser Arbeit geht es um urbane Frei- und Grünflächen, welche sich innerhalb von Städten und daher im besiedelten Bereich befinden.

Die Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau e.V. kurz FLL, legte im Jahr 2000 im Rahmen eines Forschungsprojektes eine Kategorisierung urbaner Grünflächen fest. Die für diese Arbeit wesentlichen Kategorien sind:

- öffentliche Park- und Grünanlagen,
- Freiflächen an öffentlichen Gebäuden,
- Wohnumfeldgrün.⁹

⁶ Rosol, M.: "Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung", Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S. 24

⁷ Rosol, M.: "Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung", Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S. 25

⁸ Rosol, M.: "Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung", Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S. 25

⁹ Lippert, J.: „Kommunales Frei- und Grünflächenmanagement“, Schriftenreihe der Fakultät Planen Bauen Umwelt, Band 129, Technische Universität Berlin, 2007, S.13

Der Begriff der Grünfläche ist von dem Begriff des Freiraumes nicht eindeutig abzugrenzen. Er ist aber durch seine Funktionsprägung der Vegetation gekennzeichnet.¹⁰

„Grünflächen sind verbreitete Bestandteile des städtischen Gefüges. Aufgrund ihrer naturnahen, meist gering versiegelten Oberfläche unterscheiden sie sich jedoch grundsätzlich von den für die Stadt typischen Strukturmerkmalen und klimatischen Prozessen.“ (Amt für Umweltschutz 1998)¹¹

Überdies wird der Begriff der Grünfläche überwiegend im Zusammenhang mit der Darstellung in Plänen verwendet. Die Bezeichnung „Grünraum“ wäre folglich aufgrund der räumlichen Ausprägung besser gewählt.¹² Für das einfachere Verständnis wird hier aber im Folgenden weiter von Grünflächen gesprochen werden.

Öffentliche Grünflächen sind durch ihre Zugänglichkeit und Nutzbarkeit für die gesamte Bevölkerung gekennzeichnet.

Darüber hinaus können öffentliche Grünflächen durch die Zuständigkeit der öffentlichen Hand charakterisiert werden. Für die Pflege und Unterhaltung sind in der Regel die Kommunen zuständig, daher wird der Begriff der kommunalen Grünflächen in diesem Zusammenhang ebenso verwendet.

Die Begriffe „öffentlich“ und „kommunal“ sind in ihrer Definition nicht vollkommen deckungsgleich.¹³ Im Sinne der Zuständigkeit durch die Betreuung der Gemeinde werden sie in dieser Arbeit gleichbedeutend verwendet.

Laut der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin unterliegen die öffentlichen Grünanlagen dem Grünanlagengesetz und sind demnach als gärtnerisch gestaltete Anlagen, Freiflächen, aber auch waldähnliche oder naturnahe Flächen definiert. Ebenfalls zu öffentlichen Grünflächen gehören Grünflächen auf Straßenland, Grünflächen an Schulen, Kindertagesstätten und sonstigen öffentlichen Gebäuden.¹⁴

¹⁰ Rosol, M.: „Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung“, Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.24

¹¹ Kolenda, C.: „Grünflächen in der Stadt“, Seminar Stadt- und Geländeklimatologie, Universität Bonn, 2001

¹² Schwarz, K.: „Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum“, Schriften des Fachgebietes Integrierte Verkehrsplanung des Institutes für Land- und Seeverkehr an der Technischen Universität Berlin; Berlin, 2008, S.11

¹³ Lippert, J.: „Kommunales Frei- und Grünflächenmanagement“, Schriftreihe der Fakultät Planen Bauen Umwelt, Band 129, Technische Universität Berlin, 2007, S.16

¹⁴ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hrsg.): "Gesetz zu Schutz öffentlicher Grünanlagen", URL: <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/stadtgruen/gesetze/download/gruenanlg.pdf>, S.1 [Stand:25.3.2011]

Der in dieser Arbeit im Folgenden verwendete Begriff des öffentlichen Grüns kann demnach durch folgende Punkte eingegrenzt werden:

Tabelle 2: Kategorien zur Bestimmung des öffentlichen Grüns (Eigene Darstellung)

• Lage	• Im urbanen besiedelten Bereich
• Zugänglichkeit	• Für alle Bevölkerungsgruppen
• Nutzung	• Multifunktional
• Zuständigkeit	• Der Kommunen

Somit lassen sich für diese Arbeit folgende Eingrenzungen ableiten, die dem Thema entsprechend bedeutend sind. Der Freiraum als verkehrsfreier und potentiell vegetationsfähiger Raum unterliegt natürlichen Witterungsbedingungen und beinhaltet in seiner Summe alle Grün- und Freiflächen.

Der öffentliche Raum ist durch die öffentliche Hand geprägt, wobei sich nach Selle (2003) zunehmend neue Formen von öffentlich nutzbaren Flächen herauskristallisieren, die sich noch in privatem Eigentum befinden. Zudem werden öffentliche Freiräume durch ihre Zugänglichkeit und ihre Multifunktionalität gekennzeichnet.

Der Begriff der Grünfläche ist durch seine Vegetation und meist geringe Oberflächenversiegelung geprägt und in dieser Arbeit ein Bestandteil des städtischen Gefüges.

Die öffentlichen Grünanlagen werden unterteilt in Anlagen,

- die dem Grünanlagengesetz unterliegen und
- dem Gesetz zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung der öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen.

Dazu gehören Flächen wie gärtnerisch gestaltete Anlagen und Freiflächen sowie naturnahe oder waldähnliche Flächen.

Flächen wie Grünanlagen auf öffentlichem Straßenrand, Grünflächen an Schulen, Kindertagesstätten und sonstigen öffentlichen Gebäuden unterliegen nicht dem Grünanlagengesetz und entfallen demnach den Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen der Bezirke und bilden für diese Arbeit aber durchaus potentiell nutzbare Flächen.

Grünanlagen wie Kleingartenanlagen, Sportanlagen, Spielplätze, Waldflächen, Botanische Anlagen, Gartendenkmale, Freibäder und Friedhöfe werden in dieser Bearbeitung nicht weiter betrachtet.

2.2. Bedeutung und Funktion von urbanen Freiräumen und Grünflächen

In diesem Kapitel werden Bedeutung und Funktionen urbaner Freiräume und Grünflächen näher erläutert, um einen späteren Vergleich zu den Potentialen von Gemeinschaftsgärten ziehen zu können.

Die nach Selle (2003) unterschiedenen Dimensionen des öffentlichen Raumes, in Tabelle 3 dargestellt¹⁵, stellen für diese Arbeit eine wesentliche Grundlage dar und zeigen das Spannungsfeld der verschiedenen Akteure im öffentliche Raum auf.

Tabelle 3: Kategorien des öffentlichen Raumes nach Selle (2003), Entwurf nach Rosol (2006)

Dimension	Erläuterung	Pole
1. Produktion	Wer stellt ihn her, finanziert die Errichtung und die Pflege? Wessen und welche Gestaltungsvorstellungen werden wirksam?	Private Akteure: Akteure aus der privaten Gesellschaft / Vereine Staatlich-kommunale Akteure
2. Eigentumsrechtliche Zuordnung	Wer ist Eigentümer, wer verfügt über den Raum?	Privateigentümer Akteure aus der lokalen Gesellschaft / Vereine öffentliche Hand
3. Regulierung der Nutzung	Wer bestimmt de facto über die Nutzbarkeit, schafft und schließt Zugänge, selektiert NutzerInnen, übt Kontrolle aus?	Privateigentümer – Akteure aus der lokalen Gesellschaft / Vereine öffentliche Hand
4. Sozialcharakter / Nutzbarkeit	Welche Nutzbarkeit vermittelt der konkrete Raum, welche Nutzungshinweise sind abzulesen, welche Gestaltungswirkungen sind zu beobachten? Wie drückt sich dies im tatsächlichen Nutzungsverhalten aus?	Privat nutzbar gemeinschaftlich nutzbar eingeschränkt öffentlich nutzbar öf öffentlich nutzbar

¹⁵ Rosol, M.: "Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung", Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.24

Urbane Freiräume zählen zu den "weichen" Standortfaktoren. Sie sind entscheidend für Arbeits- und Lebensqualitäten der Bevölkerung und stellen eine besondere Qualität für die Stadt, Touristen, potentielle Investoren und für Handel und Gewerbe dar. Sie erfüllen damit Funktionen als wichtige Sicherungs- und Marketinginstrumente für die Stadtentwicklung.¹⁶

Die ökologischen, ökonomischen, sozialen, kulturellen, pädagogischen¹⁷, materiellen oder immateriellen Werte¹⁸ von urbanen Frei- und Grünräumen definieren sich über ihre Qualität. Diese Qualität, die sich im Pflegezustand, in der Ausstattung und in der Nutzbarkeit äußert, wird im nächsten Kapitel näher betrachtet.

Im urbanen Raum übernehmen öffentliche Grünflächen eine Reihe von Funktionen, daher kann in diesem Zusammenhang auch von Leistungen gesprochen werden¹⁹, die den Wert des Grüns darstellen.

Die Bedeutung öffentlicher Grünanlagen liegt allgemein - laut Senatsverwaltung für Stadtentwicklung - in der Freizeit und Erholung für die Bevölkerung und in der Relevanz für die Umwelt.²⁰ Sie können in ihrem Nutzwert der Freizeit und Erholung, aber nicht als Ersatz für den eigenen Garten dienen.²¹

Da in Städten generell eine hohe Bevölkerungsdichte gegeben ist und sich nicht alle Menschen privaten Freiraum leisten können, kann von einem hohen Nutzungsdruck auf öffentliche Grünflächen ausgegangen werden.²²

Außerdem spielt der Anteil versiegelter Flächen in Städten in diesem Zusammenhang eine wesentliche Rolle, da diesem generell entgegengewirkt werden soll.

¹⁶ Hüls, M., Neumann, K.: „Rettungsanker Freiraum- Instrumente zur Inwertsetzung von urbanen Freiräumen“, Stadt und Grün, 7/2006, S.29-32

¹⁷ Rosol, M.: „Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung“, Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.27

¹⁸ Schwarz, K.: „Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum“, Schriften des Fachgebietes Integrierte Verkehrsplanung des Institutes für Land- und Seeverkehr an der Technischen Universität Berlin; Berlin, 2008, S.11

¹⁹ Lippert, J.: „Kommunales Frei- und Grünflächenmanagement“, Schriftreihe der Fakultät Planen Bauen Umwelt, Band 129, Technische Universität Berlin, 2007, S.18

²⁰ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin, „Stadtgrün“, URL: <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/stadtgruen/verwaltungen/de/senatsverwaltung/index.shtml> [Stand: 17.8.2011]

²¹ Schwarz, K.: „Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum“, Schriften des Fachgebietes Integrierte Verkehrsplanung des Institutes für Land- und Seeverkehr an der Technischen Universität Berlin; Berlin, 2008, S.12

²² Schwarz, K.: „Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum“, Schriften des Fachgebietes Integrierte Verkehrsplanung des Institutes für Land- und Seeverkehr an der Technischen Universität Berlin; Berlin, 2008, S.12

Ein weiteres Merkmal des hohen Nutzungsdruckes sind unterschiedliche Nutzungen öffentlicher Grünflächen durch die Bevölkerung, wie beispielsweise Spaziergehen oder Naturerleben.

Die erste systematische Erfassung der Funktionen von städtischem Grün erfolgte 1915 nach Wagner. Dieser Unterschied zwischen sanitärem und dekorativem Grün. Gerade das sanitäre Grün war in der Zeit nach der Industrialisierung für die Gesundheit und Erholung der Stadtbevölkerung von großer Bedeutung.²³

Heute lassen sich zahlreiche Veröffentlichungen und Studien zum Thema Grün und psychische und physische Gesundheit finden. Nach der "Attention Retoration Theory" von Kaplan und Kaplan (1989) müssen vier Funktionen für eine gesunde Erholung und Erneuerung gegeben sein:

1. der Abstand vom täglichen Leben,
2. Faszination und Aufmerksamkeit,
3. die Entdeckung und
4. die Zielverfolgungen wie beispielsweise spazieren gehen, spielen, sitzen.²⁴

Ebenso wurden Auswirkungen von der Farbe Grün in Bezug auf Stressabbau, Aggressionsabbau und Zunahme der Konzentrationsfähigkeit untersucht. Dieses Themenfeld würde aber den Rahmen dieser Arbeit sprengen und wird daher nicht weiter verfolgt.

Nach Bochnig und Selle (1992) geht man heute von drei unterschiedlichen Funktionen aus:

1. der ökologischen Funktion,
2. der sozialen Funktion und
3. der ökonomischen Funktion.²⁵

²³ Rosol, M.: "Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung", Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.27

²⁴ Ziesenitz, A.: „Die Natur als Erholungs(t)raum?“, Dissertation, Universität Kassel, 2009, S.17-19

²⁵ Rosol, M.: "Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung", Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.27

Zu den stadtökologischen Funktionen des Grüns zählen die Verbesserung des Klimas und der Lufthygiene, sowie die Bereitstellung von Lebensraum für Flora und Fauna, die Verbesserung des Wasserhaushaltes und der Grundwassererneuerung und die Übernahme von Bodenschutzfunktionen. Somit übernehmen öffentliche Grünanlagen wichtige Ausgleichs- und Regulationswirkungen für die Bevölkerung im urbanen Raum.²⁶

Zu den sozialen Funktionen oder auch nutzungsbezogenen Funktionen zählen nach Boching und Selle neben der bereits erwähnten Erholung die kultur-ästhetische Funktion, die Kommunikation und die Sozialisation und daher ebenfalls die Entwicklung der Persönlichkeit aufgrund der Interaktion mit der Umwelt. Ferner zählen nach Bochnig und Selle die stadtgestalterische-raumgliedernde Funktion dazu.

Diese Stadtgestaltungsfunktion ist eine wichtige Aufgabe der grünbestimmten Räume für die Gliederung bebauter Flächen. So entsteht ein Wechselspiel zwischen Bau- und Freifläche innerhalb der Stadtgestalt, mit dem sich der Bürger identifizieren kann und ein typisches Bild einer Stadt bei Touristen oder Investoren erzeugt.²⁷

Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang auch das kulturelle Erbe der historischen Gärten, Parks und Stadtplätze, die in dieser Arbeit keine weitere Bedeutung haben.

Zu den ökonomischen Funktionen gehören nach Bochnig und Selle die Verhinderung der Stadtfucht und ihrer Folgen ebenso wie die Stärkung der Arbeitskraft durch Regenerationsangebote. Weiterhin weisen sie darauf hin, dass städtische Freiflächen Orte der Produktion und Arbeit sind.

²⁶ Schwarz, K.: „Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum“, Schriften des Fachgebietes Integrierte Verkehrsplanung des Institutes für Land- und Seeverkehr an der Technischen Universität Berlin; Berlin, 2008, S.12

²⁷ Niedersächsische Bildungserver-Nibis (Hrsg.), Inhaltlich Verantwortlicher : Eysel, H.: Unterrichtsmaterial Freiraumplanung, URL: <http://www.nibis.de/~nachsied/umaterialien/index2.htm> [Stand: 26.7.2011]

Zusammenfassend äußern sich die ökonomischen Funktionen des Grüns demnach durch drei Aspekte:

1. die Beeinflussung der Miethöhe und des Grundstückspreises durch den Standortfaktor Grün,
2. Orte von Produktion und Arbeit, wie Landwirtschaft und Nutzgärten,
3. Reserveflächen für eine aktive Ansiedlungspolitik.²⁸

Die ökonomische Bedeutung urbaner Grün- und Freiflächen ist erst vor wenigen Jahren Gegenstand wissenschaftlicher Forschung geworden;²⁹ so etwa in einem 2005 herausgegebenen Forschungsbericht der Beuth Hochschule für Technik Berlin im Fachbereich „Life Science and Technologie“. Hier wird insbesondere der Punkt der Beeinflussung der Miethöhe und Grundstückspreise beziehungsweise der Wertsteigerung von Grundstücken und Immobilien dargestellt.³⁰

Zu den nicht monetären Effekten zählen unter anderem:

- Steigerung der Wohn- und Lebensqualitäten,
- bessere Vermietbarkeit,
- Mieterbindung,
- Imagegewinn.

Zu den monetären Effekten zählen:

- Einnahmen aus Freiraumnutzungen,
- Miet- und Pachteinnahmen,
- Erhalt und Steigerung der Eigentumswerte,
- Steigerung der Steuereinnahmen,
- Umsatzsteigerung des Handels.³¹

²⁸ Rosol, M.: „Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung“, Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.27

²⁹ Gruehn, D.: „Grün lohnt sich“, Galabau Magazin, Ausgabe 1a, Wien, 2010, S.4-5

³⁰ Hüls, M., Neumann, K.: „Freiraum und Gärten als Marketing- und Sicherungsinstrumente“, Forschungsassistentz III der Technischen Fachhochschule Berlin, Forschungsbericht, Berlin, 2005, URL: http://www.beuth-hochschule.de/fileadmin/oe/tt/Forschungsassistentz/Forschungsassistentz_03/tt_fa_03__bericht.pdf, S.60 [Stand: 15.6.2011]

³¹ Hüls, M., Neumann, K.: „Freiraum und Gärten als Marketing- und Sicherungsinstrumente“, Forschungsassistentz III der Technischen Fachhochschule Berlin, Forschungsbericht, Berlin, 2006, URL: http://www.beuth-hochschule.de/fileadmin/oe/tt/Forschungsassistentz/Forschungsassistentz_03/tt_fa_03__bericht.pdf, S.60 [Stand: 15.6.2011]

Der kulturelle, raumbedeutsame, nutzungsorientierte und ökologische Wert des Grüns entzieht sich aber merkantilen Bewertungsverfahren, wohingegen elementares Grün wie Bäume und Sträucher einem monetären Wertermittlungsverfahren unterliegen.³²

Die ökonomischen Wertschöpfungen von Grünflächen wirken kumulativ, das heißt, die Leistungen werden durch eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst.³³

Die Funktionen einer Grünfläche laut Baugesetzbuch sind den bisher erwähnten in etwa deckungsgleich, werden hier aber der Vollständigkeit halber zusammenfassend noch einmal dargestellt, denn diese Funktionen definieren den gesellschaftlichen beziehungsweise volkswirtschaftlichen Wert einer Grünfläche:

- soziale Funktionen,
- kulturell-historische Funktionen,
- ästhetische Funktionen,
- ökologische Funktionen,
- wirtschaftliche Funktionen.³⁴

Ganz im Gegensatz zu den bisher geschilderten Werten, steht die Bedeutung des Grüns innerhalb der Öffentlichkeit, welche im Kapitel 2.3.2. „Bürgerzufriedenheit mit öffentlichem Grün“ näher betrachtet wird.

³² Neumann, K.: „Urbane Freiräume im Wandel“, Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Heft 2, Berlin, 2010,
URL: <http://www.vhw.de/publikationen/verbandszeitschrift/archiv/2010/heft-2/>, PDF: S.83
[Stand: 15.6.2011]

³³ Costa, C.: „Dimensionen von Grünflächen und die Schwierigkeit sie zu messen“, Stadt und Grün (Hrsg.) 2/2007, Patzer Verlag, Berlin, S.13-19

³⁴ Niesel, A. (Hrsg.): „Grünflächen-Pflegemanagement“, 2.Auflage, Ulmer Verlag, Stuttgart, 2011, S.79

2.3. Problemlage des öffentlichen Grüns

Die im Folgenden dargestellte Problemlage des öffentlichen Grüns, bezieht sich auf öffentliche/kommunale Grünflächen, da hier die Zuständigkeit für die im Kapitel 1.1 „Begriffsabgrenzung“ näher erläuterten ausgewählten Grünflächen liegt.

Brachflächen, die für dieses Thema eine wichtige Bedeutung haben, werden im Kapitel 4.2 „Brachflächensituation in Berlin“ und Kapitel 5.3. „Zwischennutzung urbaner Brachflächen“ ausführlich behandelt.

Für die Problemlage werden die nachstehenden Punkte berücksichtigt:

Finanzierung,
Versorgung und Pflege,
Qualität und Gestaltung,
Organisation.

Diese Punkte sind ineinander übergreifend und werden im komplexen Zusammenhang dargestellt. Die Betreuung öffentlicher Grünanlagen ist kommunale Aufgabe. Für die zu erfüllenden Aufgaben sind wiederum spezielle Fachverwaltungen oder Abteilungen zuständig, die den Gesetzmäßigkeiten öffentlicher Verwaltungen unterliegen.

Die Organisationsstruktur und somit die hierarchischen Zuständigkeiten gliedern sich wie folgt: Auf Landesebene befindet sich in der Legislative das Abgeordnetenhaus, in der Exekutive der Senat. Er hat die Aufgabe den Bezirken die notwendigen finanziellen Mittel zuzuweisen. Auf Kommunalebene befinden sich in der Exekutive die Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden. Die Kommunen erhalten ihre Finanzmittel und Aufgaben von Bund und Ländern.

Die öffentlichen Aufgaben der Kommunen stellen sich normativ, das heißt durch Gesetze oder Rechtsverordnungen oder durch politische Willensäußerungen, dar. Neben Gesetzen und politischen Beschlüssen können sich Willensbekundungen in Konzepten wie der Lokalen Agenda 21 niederschlagen.³⁵ Die Lokale Agenda 21 wird im Kapitel 3.3.2. „Kommunalpolitik: Lokale Agenda 21“ näher betrachtet.

³⁵ Lippert, J.: „Kommunales Frei- und Grünflächenmanagement“, Schriftreihe der Fakultät Planen Bauen Umwelt, Band 129, Technische Universität Berlin, 2007, S.25

Die Pflege, Unterhaltung und Entwicklung des Stadtgrüns ist gemeinsame Aufgabe der Grünflächenämter in den Bezirken und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. In dieser ist die Abteilung I "Stadt- und Freiraumplanung" für das Berliner Stadtgrün zuständig. Das Referat I C "Freiraumplanung und Stadtgrün" nimmt gesamtstädtische Leitungsaufgaben wie Planung, Grundsatzangelegenheiten und Steuerungen wahr und führt fachpolitische Abstimmungen mit den Gartenämtern der Berliner Bezirke durch.³⁶

Den Bezirken sind Aufgaben wie Pflege, Unterhaltung und Weiterentwicklung zugeordnet.

Die Grünflächenämter sind innerhalb der Abteilung Stadtentwicklung den entsprechenden Bezirken zugeordnet. Die vom Senat zugewiesenen Finanzmittel werden von den Bezirken an ihre entsprechenden Ämter verteilt.

Für die Arbeit der Grünflächenämter sind das Bundesnaturschutzgesetz und die einzelnen Naturschutzgesetze der Länder sowie übergeordnete Ziele der Landschaftspflege fundamental. Ferner finden sich im Grünanlagengesetz für öffentliche Grünflächen Verpflichtungen für den Schutz, zur Pflege und Entwicklung dieser.³⁷

Die Bezirke sind demnach verpflichtet angemessene Parkpflegewerke oder Pfliegerichtlinien nach Bedeutung und Größe der Anlagen aufzustellen.³⁸ Ebenso müssen bei Neuanlagen von Grünflächen das Baugesetzbuch, die Baunutzungsverordnung sowie verschiedene Satzungen und Verordnungen eingehalten werden.³⁹

Organisatorisch ist zu überlegen, ob sich die Stadt Berlin zwei Umweltbehörden leisten kann, da sich die Grünflächenämter und die Naturschutzbehörden, laut der Studie "stadt.grün.bunt - Kommunale Grünflächenpolitik am Beispiel Berlin" aus dem Jahr 2003, in der Regel gegenseitig überwachen und behindern.⁴⁰

³⁶ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin,
URL: <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/stadtgruen/verwaltungen/de/senatsverwaltung/index.shtml>
[Stand: 26.7.2011]

³⁷ Tietze, F.: „Analyse der Grünentwicklung der letzten 10 Jahre im Bezirk Berlin- Spandau und Konsequenzen für den zukünftigen Umgang mit urbanem Grün“, Masterarbeit, Beuth Hochschule für Technik Berlin, September 2010, S.35

³⁸ Tietze, F.: „Analyse der Grünentwicklung der letzten 10 Jahre im Bezirk Berlin- Spandau und Konsequenzen für den zukünftigen Umgang mit urbanem Grün“, Masterarbeit, Beuth Hochschule für Technik Berlin, September 2010, S.35

³⁹ Fiddecke, I.; Kretzschmann, K.: „stadt. grün. bunt—Kommunale Grünflächenpolitik (am Beispiel Berlin)“, 2003, S.153
URL: <http://home.arcor.de/jonasreif/projekt/kommunal.pdf>
[Stand: 9.2.2011]

⁴⁰ Fiddecke, I.; Kretzschmann, K.: „stadt. grün. bunt—Kommunale Grünflächenpolitik (am Beispiel Berlin)“, 2003, S.153
URL: <http://home.arcor.de/jonasreif/projekt/kommunal.pdf>
[Stand: 9.2.2011]

Die Zuordnung der Grünflächenämter ist in jedem Bezirk unterschiedlich und es gibt keine einheitliche Struktur, wie die nachstehende Tabelle 4 verdeutlicht.

Außerdem entsteht eine Konkurrenz um den zu verwaltenden Freiraum, da die Grünflächenämter häufig dem Baudezernat zugeordnet sind, welches Grünflächen eher als Bebauungsfläche betrachtet. In Berlin sind derzeit sieben von zwölf Grünflächenämtern der Abteilung Bauen zugeordnet, wie der nachstehenden Tabelle 4 zu entnehmen ist.⁴¹

Dies ist ebenso anzunehmen bei der Zuordnung der Grünflächen zur Abteilung der Immobilienwirtschaft. Die Planung und Pflege von Grünflächen sind innerhalb der Abteilung Bauen unterschiedlichen Leistungs- und Verantwortungszentren zugeordnet. Dadurch ergeben sich einerseits Konflikte in der Abstimmung über den Verwaltungsaufwand und andererseits in der Möglichkeit einer kooperativen Zusammenarbeit, durch die Kosten eingespart werden könnten.⁴²

Laut einer Empfehlung der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung kurz KGSt wäre eine Bündelung der kommunalen Aufgaben wie beispielsweise in einem Grünflächen- und Umweltamt vorteilhaft. Es wird demnach auch über die Frage der Notwendigkeit und die Aufgabenbereiche der Grünflächenämter allgemein diskutiert.⁴³

⁴¹ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.): Ansprechpartner für Grünanlagen in den Bezirksverwaltungen,
URL: <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/stadtgruen/verwaltungen/de/gartenaemter/gruenanlagen/index.shtml>
[Stand: 13.9.2011]

⁴² Fiddecke, I.; Kretzschmann, K.: „stadt. grün. bunt—Kommunale Grünflächenpolitik (am Beispiel Berlin)“, 2003, S.153
URL: <http://home.arcor.de/jonasreif/projekt/kommunal.pdf>
[Stand: 9.2.2011]

⁴³ Fiddecke, I.; Kretzschmann, K.: „stadt. grün. bunt—Kommunale Grünflächenpolitik (am Beispiel Berlin)“, 2003, S.154
URL: <http://home.arcor.de/jonasreif/projekt/kommunal.pdf>
[Stand: 9.2.2011]

Tabelle 4: Unterschiedliche Zuordnung der Grünflächenämter in Berlin (Eigene Darstellung)

Abteilung Bauen	Andere unterschiedliche Abteilungen
Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg Abteilung für Bauen, Wohnen und Immobilienservice Amt für Umwelt und Natur Fachbereich Naturschutz und Grünflächen	Bezirksamt Pankow Abteilung Finanzen, Personal und Umwelt Amt für Umwelt und Natur Bereich Planen, Bauen und Pflegen
Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf Abteilung Bauwesen Tiefbau- und Landschaftsplanungsamt Fachbereich Grünflächen/ Landschaftsplanung	Bezirksamt Mitte Abteilung Stadtentwicklung Straßen- und Grünflächenamt Fachbereich Grünflächen / Pflege, Unterhaltung, Entwicklung
Bezirksamt Spandau Abteilung Bauen, Planen und Umweltschutz Naturschutz-, Grünflächen- und Umweltamt Fachbereich Grünflächen	Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg Abteilung Bürgerdienste, Ordnungsaufgaben, Natur und Umwelt Amt für Natur und Umwelt Fachbereich Natur
Bezirksamt Reinickendorf Abteilung Wirtschaft und Bauen Garten- und Straßenbauamt Fachbereich Gartenbau	Bezirksamt Treptow-Köpenick Abteilung Umwelt, Grün und Immobilienwirtschaft Grünflächenamt Fachbereich Grünanlagen, Friedhöfe und Straßenbäume
Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf Abteilung Bauen, Stadtplanung und Naturschutz Tiefbau- und Grünflächenamt Fachbereich Naturschutz und Grünflächen	Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf Abteilung Ökologische Stadtentwicklung Natur- und Umweltamt Fachbereich Grünflächen
Bezirksamt Neukölln Abteilung Bauwesen Naturschutz- und Grünflächenamt	
Bezirksamt Lichtenberg Abteilung Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Verkehr Amt für Umwelt und Natur Fachbereich Grünflächen	

Die nachfolgende Abbildung verdeutlicht eine mögliche Hierarchie der Zuständigkeiten des öffentlichen Grüns.

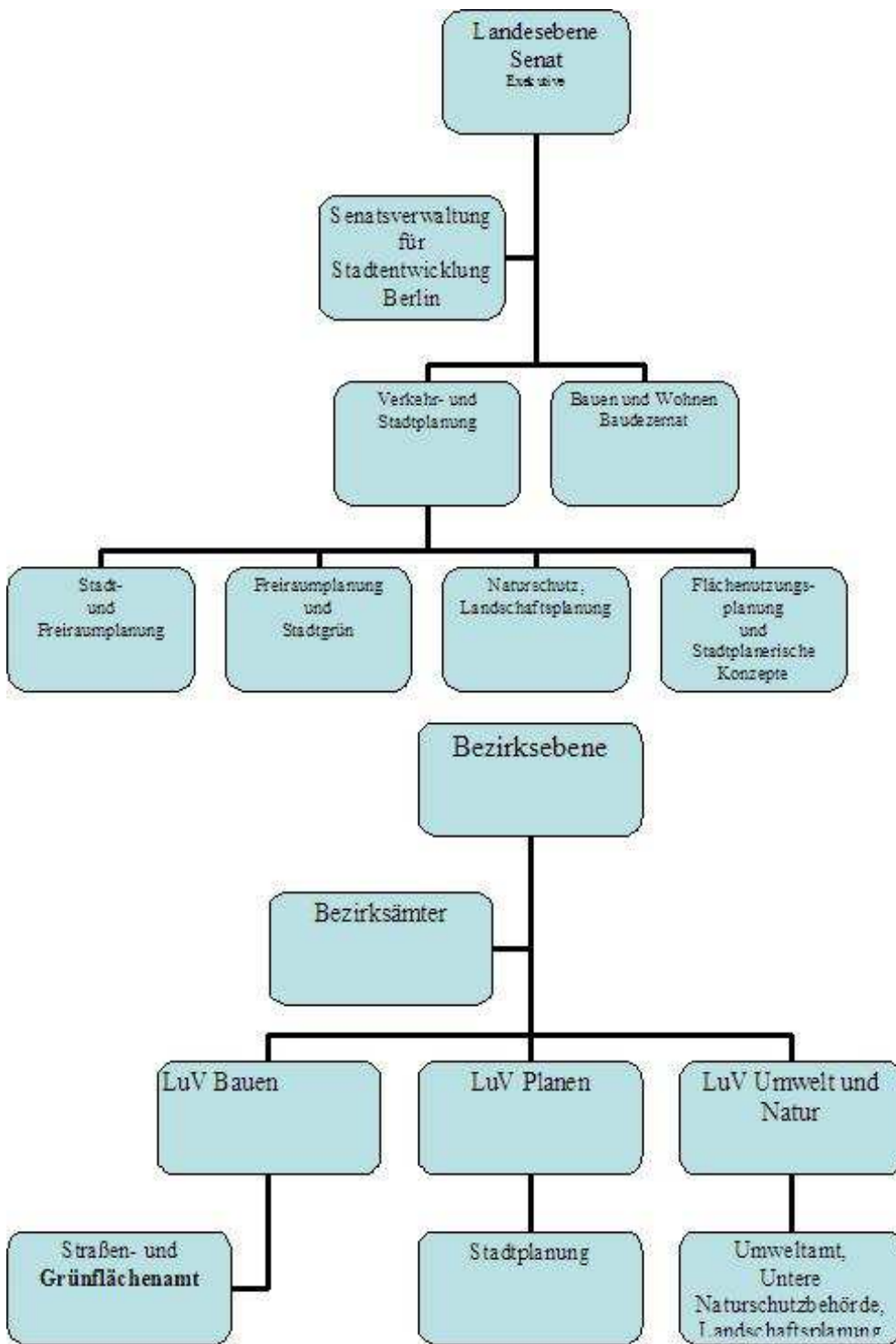


Abbildung 1: Organigramm der Zuständigkeiten öffentlichen Grüns (Eigene Darstellung)

Zu den Aufgaben der Grünflächenämter gehören neben der übergeordneten Freiraumplanung die Verwaltung, Pflege und Unterhaltung öffentlicher Grünflächen. Dies ist nach Aussagen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin: „[...] eine anspruchsvolle, sehr vielgestaltige und manchmal auch schwierige Aufgabe.“⁴⁴

Bemerkbar macht sich dies besonders durch unzureichende Qualifizierung in der Personalbesetzung und im Stellenabbau in den Grünflächenämtern.⁴⁵ Gerade aber die Pflege und Unterhaltung bestehender Grünflächen kann in ökonomischer Hinsicht zu monetären Effekten führen, wie bereits im vorigen Kapitel ausgeführt wurde.

Im Geschäftsbericht des Bundesverbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. aus dem Jahr 2010 / 2011 ist zu lesen, dass die Forschung immer wieder belegt: eine erfolgreiche städtische Bepflanzung urbaner Freiflächen gelingt nur, wenn geeignete Pflanzen ausgewählt werden, der Boden nachhaltig verbessert wird und die Betreuung der Flächen durch Fachpersonal erfolgt, um so ein nachhaltiges Qualitätsmanagement urbaner Grünflächen zu gewährleisten.

Für die Qualität einer Grünfläche ist gut ausgebildetes Fachpersonal nötig, welches die Qualitätsmerkmale einer Grünfläche erkennt und Mängel behebt.

Diese Qualitätsmerkmale äußern sich unter anderem in:

- der Vitalität der Pflanzen, Zustand und Schäden,
- der Geschlossenheit einer Vegetationsdecke,
- der Verkehrssicherheit,
- der Funktionsfähigkeit,
- der gestalterischen Qualität,
- der Nutzbarkeit,
- der Bedeutung für Natur und Umweltschutz und
- und der Sauberkeit.⁴⁶

⁴⁴ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.): „Stadtgrün—Pflege und Unterhaltung“, URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/stadtgruen/pflege_unterhaltung/index.shtml [Stand: 28.2.2011]

⁴⁵ Fiddecke, I.; Kretzschmann, K.: „stadt. grün. bunt—Kommunale Grünflächenpolitik (am Beispiel Berlin)“, 2003, S.153
URL: <http://home.arcor.de/jonasreif/projekt/kommunal.pdf>
[Stand: 9.2.2011]

⁴⁶ Schulze, P.: „Tabellen zur Pflanzenverwendung und Vegetationstechnik“, Skript, Beuth Hochschule für Technik Berlin, Stand 2009, S.8

Hierzu sei treffenderweise das berühmte Zitat von Peter Joseph Lenné erwähnt:

„Nichts gedeiht ohne Pflege, und die vortrefflichsten Dinge verlieren durch ihre unzweckmäßige Behandlung ihren Wert.“⁴⁷

Der Geschäftsführer Oliver Hoch vom Fachverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau sagte in einem Interview mit der Tageszeitung „B.Z.“ am 5. März 2011, die Pflegepolitik sei desolat und der Bestandsschutz mangelhaft. Der Görlitzer Park in Kreuzberg beispielsweise wurde einfach abgewirtschaftet. Die Referatsleiterin für Stadtgrün Beate Profé berichtet, dass die Grünflächenämter „[...] bei notwendigen Pflegearbeiten nicht mehr hinterher kommen.“ Gründe dafür seien Vandalismus, gekürzte Budgets und Personaleinsparungen. Zurzeit seien 1.800 Mitarbeiter für insgesamt 6.500 Hektar Parks und Gärten in Berlin zuständig, ist in dem Artikel der „B.Z.“ weiter zu lesen.⁴⁸

Rund zehn Prozent der Berliner Fläche gelten als Grünfläche. Die Pflege der öffentlichen Bereiche wird in vier Pflegeklassen unterteilt, so Beate Profé im Mietermagazin im März 2007. Weiter heißt es dort: „Gerade mal drei Prozent werden der ersten Pflegeklasse zugeordnet. Das bedeutet: Jeder Quadratmeter dieser Anlagen wird im Jahr mindestens sechs Minuten gepflegt.“⁴⁹ In den anderen Pflegeklassen verhält es sich ähnlich.

Wie die Pflegeklassen definiert werden zeigt die folgende Tabelle 5⁵⁰.

⁴⁷ Schulze, P.: „Tabellen zur Pflanzenverwendung und Vegetationstechnik“, Skript, Beuth Hochschule für Technik Berlin, Stand 2009, S.8

⁴⁸ Ohrmann, O.: „Frühling gibt ´s dieses Jahr nur in Mitte“, Tageszeitung „B.Z.“ (Hrsg.), Berlin, 5.3.2011

⁴⁹ Kllaßen, L.: „In der City hui, in den Kiezen pfui“, Berliner Mieterverein e.V., Mieter Magazin (Hrsg.), 3/2007

URL: <http://www.berliner-mieterverein.de/magazin/online/mm0307/hauptmm.htm>?<http://www.berliner-mieterverein.de/magazin/online/mm0307/030722.htm>,
[Stand: 28.7.2011]

⁵⁰ Fiddecke, I.; Kretzschmann, K.: „stadt. grün. bunt—Kommunale Grünflächenpolitik (am Beispiel Berlin), 2003, S.160

URL: <http://home.arcor.de/jonasreif/projekt/kommunal.pdf>,
[Stand 9.3.2011]

Tabelle 5: Pflegeklassen

Pflegeklasse 1	- ständig optimaler Pflegezustand - Verkehrssicherheit und Substanzerhaltung sind ständig gewährleistet
Pflegeklasse 2	- in der Regel optimaler Pflegezustand - Verkehrssicherheit und Substanzerhaltung sind ständig gewährleistet
Pflegeklasse 3	- erhebliche Abstriche beim optimalen Pflegezustand - Verkehrssicherheit in der Regel gewährleistet - Substanzverluste treten ein
Pflegeklasse 4	- in der Regel keine Pflegearbeiten- nur notwendige Maßnahmen zur Gefahrenabwehr - keinerlei Substanzerhaltung

Ein möglicher Zeitaufwand für die Unterhaltungspflege in ausgewählten Pflegeeinheiten wurde 2005 nach Musterzeitwerten der FLL und Seminararbeiten im Fach Pflanzenmanagement von Professor Schulze der Beuth Hochschule für Technik Berlin zusammengestellt und ist im Anhang Seite 1 einzusehen. Auch hier wird auf die Wichtigkeit der Qualifikation und Motivation der Pflegekräfte hingewiesen.

Doch durch die fehlende Wiederbesetzung von Personal und die Verringerung der Personalkapazität und der gleichzeitigen Zunahme der Flächen, wird die Leistungsfähigkeit in einigen Bereichen eingeschränkt. Die zu bewirtschaftende Fläche im öffentlichen Grünflächensektor erhöht sich pro Person, wobei sich die zur Verfügung stehende Zeit verringert. Immer größer werdende Flächen müssen demnach mit immer geringerer Personalkapazität bewirtschaftet werden. Durch eine Umstrukturierung beziehungsweise Zusammenlegung von Revieren erweitert sich der Aktionsradius für das Personal. Dies wiederum schlägt sich in der zu leistenden Qualität aufgrund von "Massenabfertigung" nieder, so Florian Tietze (2010).⁵¹

Bei den notwendigen Pflegearbeiten wird jetzt um die Mithilfe der Bürger gebeten. In vielen Städten war daher in der Presse zu lesen: "Bürger sollen Bäume gießen".

In der Berliner Morgenpost vom 8. Juni 2011 hieß es: Berlins Bürger sollen nach Willen von Umweltorganisationen wie etwa dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland zwei- bis dreimal in der Woche Bäume gießen. Die Bezirksämter hätten nicht genügend Personal und Geld und kämen mit dem Gießen nicht mehr hinterher.⁵²

⁵¹ Tietze, F.: „Analyse der Grünentwicklung der letzten 10 Jahre im Bezirk Berlin- Spandau und Konsequenzen für den zukünftigen Umgang mit urbanem Grün“, Masterarbeit, Beuth Hochschule für Technik Berlin, September 2010, S.63

⁵² Berliner Morgenpost (Hrsg.): "Berliner sollen Bäume gießen", Mitteilung des Landesverbandes Berlin BUND, 8.6.2011

So ruft unter anderem das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf seine Mitbürger dazu auf, wegen der finanziellen Notlage der Stadt und der "[...] zukünftig wohl weiterhin abnehmenden Pflegeintensität", zu helfen. Gemeint ist hier das freiwillige Engagement der Bürger durch Übernahme von Pflegepatenschaften für kleinere Teilbereiche einer Grünanlage in der Nähe der Wohnung, Baumpatenschaften, Pflege des Straßenbegleitgrüns, Gießen von Jungbäumen und Weiteres.⁵³ Aber auch mit Spenden soll geholfen werden. Es wird aber um Verständnis gebeten, dass trotz Unterstützung durch Spenden, die betreffenden Anlagen vom Amt nicht intensiver gepflegt werden.⁵⁴ Die beiden Dateien sind ausführlich im Anhang auf den Seite 2 und 3 nachzulesen.

Die Problematik bei freiwilligen Pflegepatenschaften, bei denen Bürger unentgeltlich bestimmte Arbeiten übernehmen, ist nicht das fehlende Engagement, sondern das fehlende Fachwissen und hat sich in dieser Form laut des Bezirksamtes Spandau kaum bewährt.⁵⁵

Zu beachten ist hierbei auch in Zeiten von Klimaveränderung und Globalisierung, dass im Umgang mit Städtischen Grün ein Umdenken erfolgen muss.

Durch klimabedingte Veränderungen, wie zum Beispiel mehr Schnee- und Niederschlagsfall, das vermehrte Auftreten von Stürmen und weiterer Extremereignisse, unterliegt das Stadtgrün neuen Herausforderungen infolge von Trockenstress, verringerten Standfestigkeiten, veränderten Salztoleranzen und Nährstoffverfügbarkeiten. Geschwächte Pflanzen sind potentiell mehr parasitären und nicht parasitären Krankheitserregern ausgeliefert.

Aber auch durch Einfuhr neuer Pflanzenarten, durch Verschiebung von Lebensräumen, veränderte Standortbedingungen und Auftreten nicht heimischer Pflanzen oder späteren hohen Nutzungsdruck werden Schaderreger, die möglicherweise bis dato noch gar nicht bekannt sind, gefördert. Die Diagnostik, Kontrolle und entsprechende Maßnahmen in Hinblick auf Pflanzenschutz oder Verkehrssicherheit sind nötig und erfordert unbedingt geschultes Fachpersonal.

⁵³ Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf, "Bürgereengagement für unser Stadtgrün"
URL: http://www.berlin.de/ba-steglitzzehendorf/verwaltung/nga/buergerengagement_nga.html,
[Stand: 26.7.2011]

⁵⁴ Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf, "Bürgereengagement für unser Stadtgrün"
URL: http://www.berlin.de/ba-steglitzzehendorf/verwaltung/nga/buergerengagement_nga.html,
[Stand: 26.7.2011]

⁵⁵ Fiddecke, I.; Kretzschmann, K.: „stadt. grün. bunt—Kommunale Grünflächenpolitik (am Beispiel Berlin), 2003, S.169
URL: <http://home.arcor.de/jonasreif/projekt/kommunal.pdf>,
[Stand 9.3.2011]

Zum oben erwähnten Qualitätsmerkmal der Sauberkeit sind ebenso diverse Presseartikel zu lesen; so zum Beispiel im Berliner Tagesspiegel vom 25. April 2011: "Wenn vor lauter Müll das Grün verschwindet". Hier ist unter anderem zu lesen, dass selbst im Volkspark Friedrichshain mit seiner "[...] bio-, trend- und sonst wie bewussten NutzerInnenschaft", die Liegewiesen übersät sind von Papptellern, Plastikbechern und Ähnlichem. Im vorher oben erwähnten Mietermagazin wurde bereits 2007 von der Problemlage der öffentlichen Grünflächen berichtet. Es fehle an Toiletten, die Pflanzen würden nicht bewässert und der Müll würde nicht beseitigt, beschwerten sich Anwohner verschiedener Bezirke.⁵⁶

Die Bürger werden nun vom Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf zu Bürgerengagement aufgefordert, also auch zur Müllbeseitigung. Das Thema Bürgerengagement und Bürgerunzufriedenheit mit öffentlichen Grünanlagen wird im nächsten Kapitel ausführlicher dargestellt.

Eine weitere Einteilung zur Qualität von Freiräumen stellt die folgende Tabelle 6 dar.⁵⁷

Tabelle 6: Merkmale und Qualitäten von Freiräumen

Soziale Aspekte	Ästhetische Aspekte	Ökologische Aspekte
Spielmöglichkeiten	Naturwahrnehmung	Ausgleichsfläche für bebaute Gebiete
Treffpunkte	Blickbezüge	Rückzugsgebiet für Tiere
Freizeitgestaltung	Bezüge zur Umgebung	Vernetzung mit weiteren Freiflächen
Erholungsmöglichkeiten	natürliche Gliederungsmerkmale	klimatische Austauschzone
kulturelle Angebote	landschaftsarchitektonische Raumgestaltung	
Versorgungsmöglichkeiten	künstlerische Gestaltung	

Aus dieser Tabelle ist zu entnehmen, dass beispielsweise die Versorgungsmöglichkeiten, demnach auch das Vorhandensein von Toiletten ein Qualitätsmerkmal von Freiräumen darstellen.

⁵⁶ Klaatzen, L.: „In der City hui, in den Kiezen pfui“, Berliner Mieterverein e.V., Mieter Magazin, 3/2007
 URL: <http://www.berliner-mieterverein.de/magazin/online/mm0307/hauptmm.htm?http://www.berliner-mieterverein.de/magazin/online/mm0307/030722.htm>,
 [Stand: 28.7.2011]

⁵⁷ Niedersächsische Bildungsserver (NiBiS) (Hrsg.): Unterrichtsmaterialien Freiraumplanung,
 URL: <http://www.nibis.de/~nachsied/umaterialien/index2.htm>,
 [Stand: 22.7.2011]

Ebenso spielt für die Qualität urbaner Grünflächen der ästhetische Aspekt eine wichtige Rolle. Bemängelt wird hier etwa die monotone Gestaltung der Grünanlagen.

So existieren laut Marit Rosol (2006) qualitative Mängel in öffentlichen Grünflächen. Parkanlagen und sonstige Freiflächen sind oft monoton gestaltet, die Wege in einem schadhafte Zustand, die Vegetation kümmerlich und mehrfach findet sich Abfall auf den Flächen.⁵⁸ Insbesondere in den gründerzeitlichen Altbauquartieren - wie sie zum Beispiel auch in Berlin-Friedrichshain zu finden sind - sei eine Übernutzung von Grünflächen mangels Alternativen sichtbar.⁵⁹

In der Ausgabe "Stadt und Grün" vom Juli 2004 ist zu lesen, dass Wechselbepflanzungen nur an den allerwichtigsten Plätzen erhalten werden und Parkanlagen zum Teil nur noch waldartig gepflegt werden. Viele Flächen bleiben sich selbst überlassen "[...] leider auch der Müll, der sich in solchen "Niemandflächen" ansammelt", heißt es dort weiter.⁶⁰

So weist auch Professor Dr. Klaus Neumann in seinem Artikel "Urbane Freiräume im Wandel" auf die "[...] pflanzliche Monotonie öffentlicher Grünflächen" hin.⁶¹

Zu den qualitativen Mängeln städtischer Freiraumausstattung zählt Werner Nohl (1983):

- Mangel an Benutzbarkeit durch fehlende Einrichtungen und Ausstattungen,
- mangelndes Angebot an erlebbarer Natur,
- mangelndes Angebot für den emotionalen Ortsbezug,
- Mangel an Unverwechselbarkeit,
- Mängel an Pflege und Unterhaltung, teils durch fehlendes Wissen über Bedürfnisse der NutzerInnen und
- stadtoökologische Belastungen, wie Geruchsbelästigung und Bodenbelastung.⁶²

⁵⁸ Fiddecke, I.; Kretzschmann, K.: „stadt. grün. bunt—Kommunale Grünflächenpolitik (am Beispiel Berlin), 2003, S.154

URL: <http://home.arcor.de/jonasreif/projekt/kommunal.pdf>,
[Stand 9.3.2011]

⁵⁹ Rosol, M.: „Teilprojekt B1-- Zur individuellen und kollektiven Aneignung von Freiflächen im öffentlichen Raum - Das Beispiel der Community Gardens bzw. Gemeinschaftsgärten“,
URL: <http://www.stadtoekologie-berlin.de/phase1/inhalt/teilprojekte/b1/index.html>
[Stand: 27.2.2011]

⁶⁰ Schmidt, H.: „Die Pflanze- unser wichtigster Baustoff“, Stadt und Grün, Ausgabe 7/2004, S.31-37

⁶¹ Neumann, K.: „Urbane Freiräume im Wandel“, Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Heft 2, Berlin, 2010
URL: <http://www.vhw.de/publikationen/verbandszeitschrift/archiv/2010/heft-2/>, PDF: S. 86
[Stand: 15.6.2011]

⁶² Rosol, M.: „Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung“, Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.32

Hinsichtlich der Finanzierung lässt sich allgemein sagen, dass Berlin unter Sparzwang steht und die finanziellen Ressourcen immer knapper werden. Auf der anderen Seite werden die Anforderungen an die jeweiligen Grünflächenämter immer höher.⁶³

Öffentliche Maßnahmen unterliegen der Verpflichtung, wirtschaftlich und sparsam mit finanziellen Ressourcen umzugehen. Demnach sind die Behörden für wirtschaftliches und kostengünstiges Verwalten verantwortlich. Andererseits muss aber auch eine möglichst hohe Bedarfsdeckung und Erfüllung von Bedürfnissen der NutzerInnen erfolgen.⁶⁴

Berlin ist derzeit mit 63 Millionen Euro verschuldet. Diese desolate Haushaltslage schlägt sich in Einsparungen und Kürzungen nieder. Die Folge: auf kommunal politischer Ebene setzt die Streichliste an vorderste Stelle fast immer "das Grün".⁶⁵ Diesem Sektor wird in der Stadtverwaltung nur ein geringer Stellenwert zugesprochen, da sich - wie bereits in Kapitel 2.2. „Bedeutung und Funktionen von urbanen Freiräumen und Grünflächen“ beschrieben - hier nicht „direkt“ Geld verdienen lässt, welches die Haushaltskassen aufbessern würde.

Um beispielsweise Personalkosten einzusparen und die Möglichkeit die Leistungserbringung der Grünflächenämter kostengünstiger und effizienter zu gestalten, werden einige Aufgaben wie Pflege und Unterhaltung an private Dienstleister übertragen.

Diese Pflegebetriebe müssen aber wirtschaftlich rentabel sein und Ausstattungs- und Pflegestandards müssen überdacht werden, um den Verlust der Qualität von urbanem Grün zu verhindern. Denn durch Privatisierungen können Kontrolle und Wahrnehmung der öffentlichen Grünflächen verloren gehen und die Gefahr der Ausgrenzung benachteiligter Bevölkerungsgruppen im öffentlichen Raum, beispielsweise durch Eintrittsgelder für Grünanlagen, wächst.⁶⁶ Zudem stellt sich die Frage, wie Investoren zu überzeugen sind, dass sich Investitionen in das Grün der Stadt lohnen.

⁶³ Fiddecke, I.; Kretzschmann, K.: „stadt. grün. bunt—Kommunale Grünflächenpolitik (am Beispiel Berlin)“, 2003, S.160

URL: <http://home.arcor.de/jonasreif/projekt/kommunal.pdf>
[Stand: 9.2.2011]

⁶⁴ Tietze, F.: „Analyse der Grünentwicklung der letzten 10 Jahre im Bezirk Berlin- Spandau und Konsequenzen für den zukünftigen Umgang mit urbanem Grün“, Masterarbeit, Beuth Hochschule für Technik Berlin, September 2010, S.36

⁶⁵ Niesel, A. (Hrsg.): „Grünflächen-Pflegemanagement“, 2.Auflage, Ulmer Verlag, Stuttgart, 2011, S.13

⁶⁶ Costa, C.: „Dimensionen von Grünflächen und die Schwierigkeit sie zu messen“, Stadt und Grün (Hrsg.), 2/2007, Patzer Verlag, Berlin, S.13-19

Laut der Studie "stadt.grün.bunt" (2003) ist bei völliger Privatisierung außerdem zu befürchten, dass einige Arbeiten nicht erledigt werden oder nur noch einige Repräsentativflächen bestehen bleiben und überdies das Personal nicht mit nötigem Fachwissen zur Pflege und Unterhaltung ausgestattet ist.⁶⁷ Für private Investoren ist es wichtig wirtschaftlich und effizient zu arbeiten und durch repräsentative Flächen potentielle Kunden anzusprechen, wobei Eigeninteresse und Profit im Vordergrund stehen. Die spektakuläre Gestaltung eines Freiraums ist durchaus möglicher Gegenstand unternehmerischen Engagements, jedoch schrecken Bürokratie und die teilweise langwierigen Verwaltungsakte in Deutschland viele Investoren ab.⁶⁸

Zu beobachten ist ferner, dass die Aufträge für Pflanzenlieferung, Pflanzung und Pflege häufig an Billiganbieter vergeben werden, woraus sich enorme Folgekosten für die Grünflächenämter ergeben. Dies ist im Geschäftsbericht des Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. 2010 / 2011 zu lesen.⁶⁹

Einen weiteren Punkt innerhalb der Finanzierung macht der Jahresbericht 2004 vom Rechnungshof Berlin deutlich. Bemängelt wird hier, dass öffentliche Grünanlagen mit Trinkwasser bewässert werden. "Die Ausgaben dafür betragen jährlich 2,5 Millionen Euro."⁷⁰, so der Rechnungshof.

Bis dato hatten acht Bezirksämter festgestellt, dass bei der Verwendung von Grund-, Oberflächen- oder Niederschlagswasser anstelle von Trinkwasser, die Ausgaben gesenkt werden können. Das ermittelte jährliche Einsparpotential läge bei 400.000 Euro.⁷¹

Gespart wird demzufolge am falschen Ende.

⁶⁷ Fiddecke, I.; Kretzschmann, K.: „stadt. grün. bunt—Kommunale Grünflächenpolitik (am Beispiel Berlin)“, 2003, S.168

URL: <http://home.arcor.de/jonasreif/projekt/kommunal.pdf>
[Stand: 9.2.2011]

⁶⁸ Seminararbeit der Technischen Universität Berlin: „Mangel und Überfluss—Freiraumplanung und ihre Mittel“, Berlin, 2003, S.42

⁶⁹ Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V.(Hrsg.), Geschäftsbericht 2010/2011, Berlin, S.20

⁷⁰ Rechnungshof Berlin, Jahresbericht 2004,
URL: <http://www.berlin.de/imperia/md/content/rechnungshof2/jahresbericht2004.pdf?start&ts=1116854981&file=jahresbericht2004.pdf>, S.126,
[Stand: 26.7.2011]

⁷¹ Rechnungshof Berlin, Jahresbericht 2004,
URL: <http://www.berlin.de/imperia/md/content/rechnungshof2/jahresbericht2004.pdf?start&ts=1116854981&file=jahresbericht2004.pdf>, S.126,
[Stand: 26.7.2011]

Die aktuelle Arbeit „Analyse der Grünentwicklung der letzten 10 Jahre im Bezirk Berlin-Spandau und Konsequenzen für den zukünftigen Umgang mit urbanem Grün“ von Florian Tietze (2010) zeigt auf, dass dem Bezirksamt Spandau für das Haushaltsjahr 2008 ein Haushaltsbudget von 378.014.400 Euro zur Verfügung stand, wobei 29.617.300 Euro für konsumtive Sachausgaben allgemeiner Art verbraucht wurden.

Tietze bemerkt hierzu: "Interessant ist hier, dass etwa 50% der konsumtiven Sachausgaben der Grundstücksbewirtschaftung dienen, nur etwa 5% der Grünflächenbewirtschaftung".⁷²

Weiterhin ist zu lesen, dass durch die derzeitige finanzielle Situation auch die Funktionsfähigkeit und Nutzbarkeit von Flächen leidet. So müssen Neuanschaffungen wie zum Beispiel Sitzgelegenheiten in zukünftige Haushaltsperioden verschoben werden. Sperrungen von Flächenteilen seien in einigen Fällen nicht ausgeschlossen. Dies macht sich in der Unzufriedenheit der NutzerInnen bemerkbar und so kann es sein, dass in der Verwaltung 30 bis 40 Anrufe am Tag mit Beschwerden eingehen, welche sich wiederum negativ auf die Arbeitsmoral der Arbeiter und Angestellten auswirken können.⁷³

In diesem Kapitel wurden ausführlich die Probleme des öffentlichen Grüns dargestellt. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die aufgeführten Punkte in ihrer Komplexität zu betrachten sind.

Ausgehend von der Haushaltslage und der Verschuldung des Landes Berlins werden für die Pflege, Unterhaltung sowie für die Neuentwicklung oder Umgestaltung öffentlicher Grünflächen Finanzmittel gekürzt. Durch Personaleinsparungen und Einstellungsstopps entstehen erhebliche Mängel hinsichtlich der Qualität, Funktionsfähigkeit und Nutzbarkeit dieser Anlagen.

Ferner wird es zunehmend schwieriger durch Zusammenlegungen von Revieren und der gleichzeitigen Erhöhung der Flächen bei geringerer Personalkapazität Arbeitsschritte zu koordinieren und organisieren. Bezüglich der Organisationsstruktur werden die Notwendigkeit und die Aufgabenbereiche von Grünflächenämtern in Frage gestellt. Unterschiedliche Verantwortungs- und Verwaltungsbereiche behindern sich gegenseitig oder stehen gar in Konkurrenz zueinander, wodurch sich Konflikte ergeben.

⁷² Tietze, F.: „Analyse der Grünentwicklung der letzten 10 Jahre im Bezirk Berlin- Spandau und Konsequenzen für den zukünftigen Umgang mit urbanem Grün“, Masterarbeit, Beuth Hochschule für Technik Berlin, September 2010, S.15

⁷³ Tietze, F.: „Analyse der Grünentwicklung der letzten 10 Jahre im Bezirk Berlin- Spandau und Konsequenzen für den zukünftigen Umgang mit urbanem Grün“, Masterarbeit, Beuth Hochschule für Technik Berlin, September 2010, S.63

Da eine Besserung der Situation nicht absehbar ist, werden Aufgaben die die Pflege und Unterhaltung betreffen, zum Teil an private Dienstleister abgegeben. Die Privatisierung zieht aber möglicherweise Folgen nach sich, die die Situation nicht verbessern und zudem weitere Negativpunkte, wie etwa die Ausgrenzung benachteiligter Bevölkerungsgruppen aus dem öffentlichen Raum nach sich ziehen können.

Hinsichtlich der Pflege aber auch der Finanzierung öffentlicher Grünanlagen wird verstärkt an das ehrenamtliche Engagement der Bürger appelliert, denen aber oft das erforderliche Fachwissen fehlt, auch wenn das Interesse und die Bereitschaft groß sind.

Im Kapitel 2.4. „Bürgerengagement“ wird dieses Thema daher vertiefend betrachtet werden.

2.3.1. Aktuelle Grünflächenversorgung in Berlin

In diesem Kapitel wird die aktuelle Grünflächenversorgung, das heißt die quantitative Versorgung der Bürger Berlins mit öffentlichen Grünflächen, näher beschrieben.

Berlin besitzt eine Gesamtfläche von 89.154 Hektar und wird im Allgemeinen als „Grüne Stadt“ wahrgenommen.

Laut dem Grünflächeninformationssystem kurz GrIS, nehmen 2009 56% der Stadtfläche Siedlungs- und Verkehrsflächen ein. Der Freiflächenanteil liegt bei 44%, wie der nachfolgenden Tabelle 7⁷⁴ der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin, Referat Freiraumplanung und Stadtgrün, zu entnehmen ist. Zu diesen Freiflächen zählen mit 30% solche wie Wald, Wasser und Landwirtschaft.

Ferner zählen zu den öffentlichen Grünflächen laut vorgenannter Tabelle auch Kleingärten, Friedhöfe, Sportanlagen und Grünflächen auf Straßenland; sie machen 6% der Gesamtfläche Berlins aus.

Laut der eingangs festgelegten Begriffsabgrenzung für öffentliches Grün können diese insgesamt 36% außer Acht gelassen werden. Der eigentliche Anteil öffentlicher Grünanlagen liegt demzufolge bei 8% der Gesamtfläche Berlins. Die Anzahl der öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen belief sich im Jahr 2009 auf 3.252 Anlagen mit einer Fläche von 6.419 Hektar.

⁷⁴ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.): „Öffentliche Grünflächen in Berlin 2009“
URL:http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/stadtgruen/gruenanlagen/de/daten_fakten/downloads/ausw_4.pdf, S.1
[Stand: 12.3.2011]

In diese sind auch Spielplätze einbezogen, da sie nach dem „Gesetz zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung der öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen“ dazu gehören.

Tabelle 7: Öffentliche Grünflächen in Berlin (Stand 2009)

Grünflächeninformationssystem (GRIS)

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin, Referat Freizeitanplanung und Stadtgrün

Öffentliche Grünflächen in Berlin **Stand 31.12.2009**

	Anzahl	ha	% der Stadtfäche
Wohnungsnähe Grünanlagen	2.801	2.044	2%
Parkanlagen 10-50 ha	85	1.183	1%
Parkanlagen > 50 ha	16	815	1%
Erholungsgebiete	350	2.377	3%
Summe Grün- und Erholungsanlagen¹⁾	3.262	6.419	7%
Kleingärten (einschließlich Rahmegrün)		3.054	3%
Friedhöfe (Säcularanlagen und konfessionelle)		1.145	1%
Sportanlagen, Freibäder		942	1%
Grünflächen auf Straßenland		1.265	1%
Summe Öffentliche Grünflächen		12.836	14%
Wald		16.223	18%
Wasser		5.947	7%
Landwirtschaft		4.127	5%
Siedlungs- und Verkehrsfläche		50.022	56%
Gesamtfläche Berlin		88.164	100%

Anmerkungen:
1) einschließlich 1040 Kinderspielplätze mit 329,96 ha Fläche.

Ausdruck vom 12.03.2010 Bericht Nr. 4

Tabelle 8: Öffentliche Grünflächen in Berlin (Stand 2010)

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin, Referat Freiraumplanung und Stadtgrün Grünflächeninformationssystem (GrIS)

Öffentliche Grünflächen in Berlin Stand 31.12.2010

	Anzahl	ha	% der Stadtfläche
Wohnungsnaher Grünanlagen	2.821	2.061	2%
Parkanlagen 10-50 ha	89	1.219	1%
Parkanlagen > 50 ha	19	867	1%
Erholungsgebiete	350	2.242	3%
Summe Grün- und Erholungsanlagen¹⁾	3.279	6.389	7%
Kleingärten (einschließlich Rahmangrün)		3.064	3%
Friedhöfe (landschaftliche und konfessionelle)		1.145	1%
Sportanlagen, Freibäder		929	1%
Grünflächen auf Straßenland		1.256	1%
Summe Öffentliche Grünflächen		12.783	14%
Wald		16.287	18%
Wasser		5.952	7%
Landwirtschaft		3.851	4%
Siedlungs- und Verkehrsfläche		50.281	56%
Gesamtfläche Berlin		89.154	100%

Anmerkungen:
1) einschließlich 1842 Kinderspielflächen mit 323,72 ha Fläche.

Ausdruck vom 17.03.2011 Bericht Nr. 4 Seite 1 von 1

Vergleicht man die Tabellen der öffentlichen Grünflächen 7 und 8⁷⁵ aus den Jahren 2009 und 2010 wird deutlich, dass die Anzahl der Grün- und Erholungsanlagen um 27 Anlagen gestiegen ist, die Fläche aber insgesamt um 30 Hektar gesunken ist. Hingegen ist die Siedlungs- und Verkehrsfläche innerhalb eines Jahres um 259 Hektar gestiegen.

⁷⁵ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.): „Öffentliche Grünflächen in Berlin 2010“
 URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/stadtgruen/gruenanlagen/de/daten_fakten/downloads/ausw_4.pdf, S.1
 [Stand: 17.03.2011]

Wie die nachstehende Abbildung 2⁷⁶ zeigt, machen 2010 Grün- und Erholungsanlagen inklusive der Spielplätze 50% der öffentlichen Grünflächen in Berlin aus.

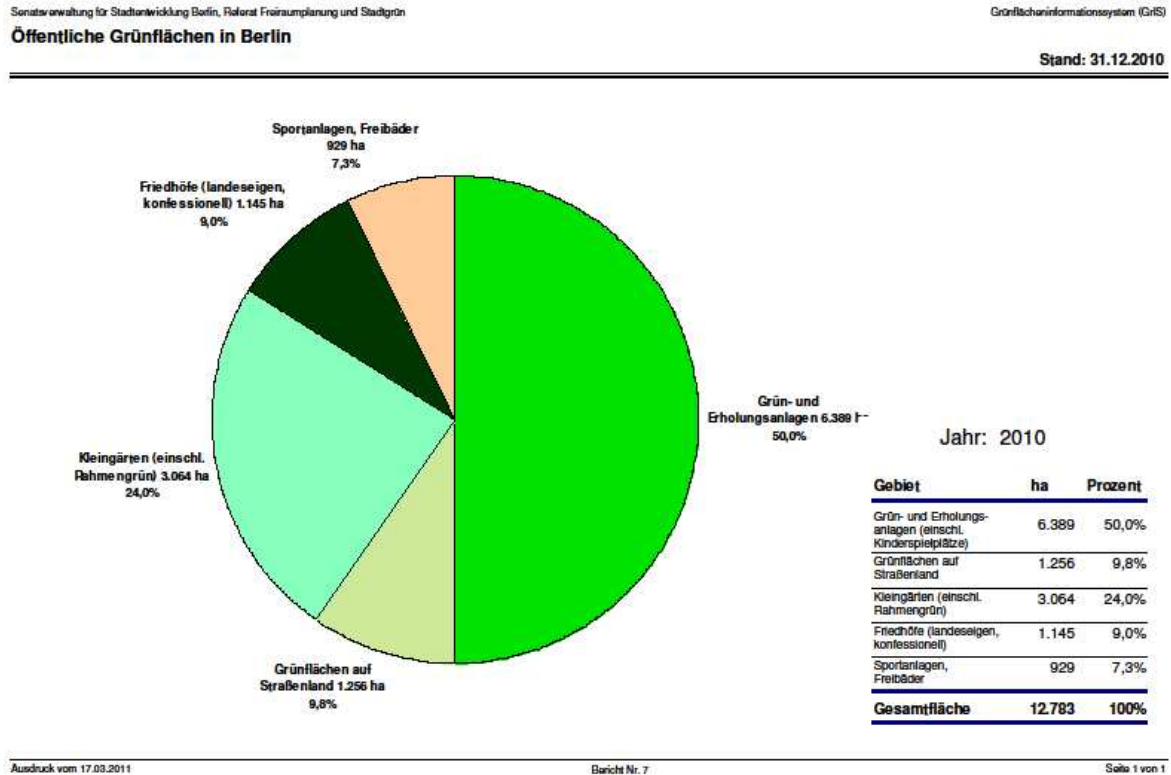


Abbildung 2: Anteil der Grün- und Erholungsanlagen in Berlin

⁷⁶ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.): "Öffentliche Grünflächen- Anteil der Grün- und Erholungsanlagen", URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/stadtgruen/gruenanlagen/de/daten_fakten/downloads/ausw_7.pdf, S.1 [Stand: 12.03.2011]

In der realen Nutzung der bebauten Flächen-, Grün- und Freiflächenbestände kann eine Abnahme der Park- und Grünflächen von 0,6% innerhalb von vier Jahren abgelesen werden, wie die folgenden Abbildungen 3⁷⁷ und 4⁷⁸ zeigen.

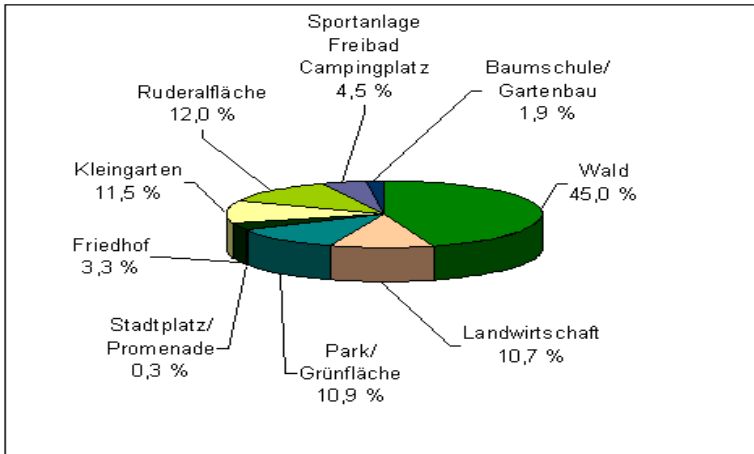


Abbildung 3: Reale Nutzung der bebauten Flächen / Grün- und Freiflächenbestand(2004)

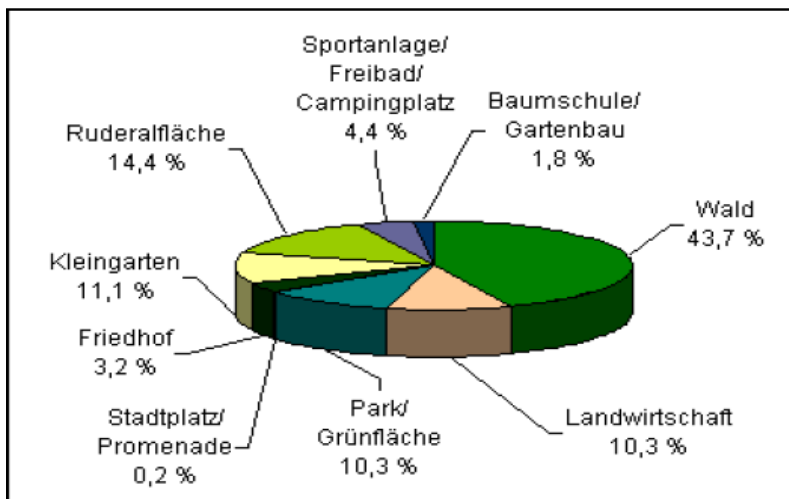


Abbildung 4: Reale Nutzung der bebauten Flächen / Grün- und Freiflächenbestand(2008)

⁷⁷ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.): „Reale Nutzung der bebauten Flächen / Grün- und Freiflächenbestand (2004),
 URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/umweltatlas/e_text/kb601.pdf, S.9
 [Stand: 10.03.2011]

⁷⁸ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.): „Reale Nutzung der bebauten Flächen/ Grün- und Freiflächenbestand (2008),
 URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/umweltatlas/e_text/kc601.pdf, S.8
 [Stand: 10.03.2011]

Eine weitere Einteilung der Berliner Frei- und Grünflächen erfolgt nach siedlungsnahem und wohnungsnahem Freiraum. Unterschieden wird hier der Einzugsbereich, das heißt: wohnungsnaher Freiraum soll innerhalb von 500 Metern erreicht werden, siedlungsnaher innerhalb von 1.000 Metern. Außerdem ist hier die Mindestgröße des Freiraumes festgelegt, wie die nachfolgende Tabelle 9⁷⁹ zeigt.

Tabelle 9: Einteilung Berliner Frei- und Grünflächen

Freiraumtyp	wohnungsnaher Freiraum	siedlungsnaher Freiraum	
Mindestgröße	0,5 ha	10 ha (Ortsteilpark)	50 ha (Bezirkspark)
Richtwert	6 m ² /EW	7 m ² /EW	7 m ² /EW
Einzugsbereich	500 m	1 000 m	1 500 m

Festgelegt ist von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin ein Richtwert für die Versorgung wohnungsnaher Grünflächen mit 6 m² pro Einwohner. Diese Flächen werden als erholungswirksam betrachtet.

Wie der Tabelle 10⁸⁰ auf der folgenden Seite zu entnehmen ist, beläuft sich die Fläche der wohnungsnahen Grünanlagen 2004 in Gesamt-Berlin auf 2.061 Hektar.

Für Gesamt-Berlin trifft dieser Durchschnittswert zu, in den einzelnen Berliner Bezirken ist er jedoch nicht gleichmäßig erfüllt, wie die nachstehende Tabelle 10 verdeutlicht.

So waren die Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg, Charlottenburg- Wilmersdorf, Tempelhof-Schöneberg, Neukölln, Pankow und Mitte, ihrer Rangfolge entsprechend, mit wohnungsnahen Grünanlagen im Jahre 2004 unterversorgt.

Eine aktuellere Darstellung ist aufgrund der fehlenden Aktualisierung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin nicht möglich.

⁷⁹ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.): „Versorgung mit öffentlichen, wohnungsnahen Grünanlagen“ (Ausgabe 2009)
 URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/umweltatlas/e_text/ka605.pdf, S.2
 [Stand: 18.2.2011]

⁸⁰ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.): „Versorgung mit öffentlichen, wohnungsnahen Grünanlagen“ (Ausgabe 2009)
 URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/umweltatlas/e_text/ka605.pdf, S.9
 [Stand: 18.2.2011]

In den Innenstadtbezirken gibt es laut Marit Rosol (2006) einen quantitativen Mangel an wohnungsnahen Grünflächen, während in den Außenbezirken teilweise ein Überangebot besteht.⁸¹

Die Tabelle 10⁸² zeigt die Versorgung der Bezirke mit wohnungsnahem Grün aus dem Jahr 2004. Eine aktuellere Darstellung ist aufgrund der fehlenden Aktualisierung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin nicht möglich.

Tabelle 10: Versorgung mit wohnungsnahen Grünanlagen pro Bezirk Stand 2004

Bezirk	Einwohner 1)	wohnungsnaher Grünflächen m ²	m ² / Einwohner
Mitte	315.205	1.739.785	5,5
Friedrichshain-Kreuzberg	250.184	832.009	3,3
Tempelhof-Schöneberg	329.450	1.328.751	4,0
Neukölln	301.953	1.556.869	5,2
Pankow	341.032	1.808.012	5,3
Charlottenburg-Wilmersdorf	308.505	1.183.044	3,8
Spandau	217.821	2.752.333	12,6
Steglitz-Zehlendorf	284.972	2.240.808	7,9
Treptow-Köpenick	231.925	1.357.448	5,9
Marzahn-Hellersdorf	249.214	2.432.321	9,8
Lichtenberg-Hohenschönhausen	251.423	2.329.730	9,3
Reinickendorf	246.607	2.566.719	10,4
Berlin	3.328.291	22.127.829	6,0

1) Melderechtlich registrierte Einwohner in Berlin, Stand: 31.12.2004 (Statistisches Landesamt 2005)

Für die Zukunft prognostizieren laut Marit Rosol (2006) Experten einen Zuwachs von Freiflächen in den Außenbezirken. Dies sei bedingt durch den Abriss von Einrichtungen der sozialen Infrastruktur wie Schulen und Kitas.

⁸¹ Rosol, M.: "Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung", Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.90

⁸² Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.): „Versorgung mit öffentlichen, wohnungsnahen Grünanlagen (Ausgabe 2009)", URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/umweltatlas/e_text/ka605.pdf, S.9 [Stand: 1.3.2011]

Dagegen wird in den Innenstadtbezirken mit einem weiteren Rückgang zu rechnen sein, aufgrund von Bautätigkeiten, Verlusten durch Baulückenschließungen, Wohnungsbau und dem Hauptstadtumbau.⁸³ So ist laut Angaben der Berliner Senatsverwaltung im Jahr 2011 die Einwohnerdichte innerhalb des S-Bahn-Rings mit 111,5 Einwohnern je Hektar überdurchschnittlich hoch und überragt sogar entsprechende Londoner Werte.

Damit einhergehend belasten - vor allem in Straßennähe - Einflüsse wie Lärm und Schmutz die Umwelt stark. Die Bewohner suchen einen Ausgleich hierzu in den umliegenden öffentlichen Grünflächen. Ein hoher Grün- und Freiflächenanteil und ein geringer Bebauungsgrad können aber einer hohen Einwohnerdichte entgegenwirken und somit auch Umweltbelastungen eingrenzen.⁸⁴

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass hinsichtlich der quantitativen Grünflächenversorgung in Berlin Mängel bestehen. Zum einen ist der Anteil an öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen inklusive der Spielplätze, gemessen an der Gesamtfläche Berlins, mit 8 % relativ gering. Zum anderen ist der Anteil der Flächen der Grünanlagen - in Hektar gemessen - gesunken, wo hingegen der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen in Berlin innerhalb eines Jahres deutlich gestiegen ist.

Die Versorgung mit erholsamen, wohnungsnahen Grünflächen ist in den Bezirken unterschiedlich. In zwei Berliner Bezirken ist die Unterversorgung mit erholsamen und wohnungsnahen Grünflächen deutlich zu hoch. In vier weiteren Bezirken entspricht die Versorgung nicht den Richtwerten der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin.

⁸³ Rosol, M.: "Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung", Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, Juni 2006, S.90

⁸⁴ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.): „Einwohnerdichte (Ausgabe 2011)“, URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/umweltatlas/e_text/kg606.doc, S.2 [Stand: 11.8.2011]

2.3.2. Bürgerzufriedenheit mit öffentlichem Grün

Zur Bürgerzufriedenheit mit öffentlichen Grünanlagen gibt es zahlreiche Studien, die die hohe Wertschätzung bei der Bevölkerung belegen. Stellvertretend sollen hier einige Auszüge der bundesweiten Online-Befragung der "KGSt" (2010) vorgestellt werden. Sie sollen die Probleme des öffentlichen Grüns aus der Sicht der Bürger noch mal deutlich aufzeigen, auch wenn die allgemeine Zufriedenheit in Hinblick auf den gärtnerischen Zustand und die Sauberkeit der öffentlichen Anlagen im Durchschnitt mit der Note 2,5 bewertet wurde. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass bei dieser Internetbefragung keinen statistischen Repräsentativitätskriterien entsprochen werden kann.

Der Fragebogen enthielt 18 Fragen mit vier Themenbereichen, die in jeder der 19 Kommunen für einen Zeitraum von vier Wochen im Internet zu beantworten waren. Die Bürger erhielten die Möglichkeit, in freien textlichen Antworten ihre Kritikpunkte, Anregungen und kritischen Anmerkungen darzustellen.

Die Bedeutung von Grünanlagen wurde bei den 7.641 Befragten mit 98% als sehr wichtig bis wichtig eingeschätzt. Mehr als 76% der Befragten gaben an, dass für die Wahl des Wohnortes die Bedeutung von Grün und Landschaft sehr wichtig oder wichtig ist. Die Studie gibt hierzu die Anmerkung, dass es eine Bedeutung von Grün- und Freiflächen für den Wert von Grundstücken und Immobilien gibt und dass vielgestaltige Grünflächen sich positiv auf den Bodenrichtwert auswirken.

Für 60% trifft es völlig oder überwiegend zu, dass die Gestaltung der Grünfläche für sie wichtig ist, wobei eine naturnahe Gestaltung mit attraktiven Baumbeständen den pflegeintensiven Blumenrabatten vorgezogen wird. Dabei ist jedoch bei 80% der Befragten, und zwar in allen Altersgruppen der Pflegezustand sehr wichtig bis wichtig. In den textfreien Antworten wurde der sich verschlechternde Zustand der Grünanlagen kritisiert und zudem häufig die Begriffe "Verwahrlosung" und "Vermüllung" genannt. In der Studie wird in diesem Zusammenhang erwähnt:

"Bedenkt man die hohe Bedeutung der Grünanlagen für die Bürger, scheint es geboten, den detaillierten Ergebnissen der Befragung bei Art und Umfang künftiger Pflegeaufwendungen hohe Beachtung beizumessen."⁸⁵

⁸⁵ KGSt (Hrsg.): „Ergebnisse der dritten bundesweiten Internetbefragung zur Messung der Bürgerzufriedenheit mit kommunalen Grünflächen“, Köln, Oktober 2010, URL:http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/stadtgruen/gruenanlagen/downloads/Internetumfrage_2010_Auswertung_Gesamt.pdf, S.16-21 [Stand: 19.5.2011]

Weiterhin gaben 57% der Befragten an, mehr über die Arbeit der Verwaltung erfahren zu wollen. Mehr als 47% finden nach wie vor keinen kompetenten Ansprechpartner in der Verwaltung. Diese negative Beurteilung hänge häufig mit der Erreichbarkeit der zuständigen Stellen zusammen, so die Studie.⁸⁶

In Berlin sind häufig besuchte Grünanlagen weitläufige Volksparks oder Anlagen mit besonderen Angeboten wie der Britzer Garten, der Mauerpark oder das Tempelhofer Feld.

Im Fazit der Auswertung der Berliner Studie ist zu lesen:

"An der hohen Anzahl von Personen, welche Parks als sehr wichtig beziehungsweise wichtig ansieht, zeigt sich umso mehr die Bedeutung der Herausforderung, trotz knapper werdender Haushaltsmittel und demzufolge auch weniger Personal bei den Grünflächenämtern, öffentliches Grün auch für die Zukunft unter Berücksichtigung der ökologischen Grundlagen und der Nutzungsansprüche der Menschen zu bewahren und zu entwickeln."⁸⁷

2.4. Bürgerengagement

Der heute verwendete Begriff des „bürgerschaftlichen Engagements“ wird als freiwillige, auf das Gemeinwohl bezogene, im öffentlichen Raum stattfindende, kooperativ ausgeführte Arbeit definiert. Dabei stellen sich ganz unterschiedliche Formen, Themen und Ziele der freiwilligen Arbeit dar.

Der Begriff der Bürgergesellschaft beinhaltet ein neues Leitbild von Staat und Bürger. Während in den 90 er Jahren der Staat seine Kernaufgaben erfüllte und der Bürger auf die Rolle des Konsumenten beschränkt wurde.

Das Leitbild des aktivierenden und kooperativen Staates der Bundesregierung wird auch vom Berliner Senat artikuliert.

⁸⁶ KGSt (Hrsg.): „Ergebnisse der dritten bundesweiten Internetbefragung zur Messung der Bürgerzufriedenheit mit kommunalen Grünflächen“, Köln, Oktober 2010, URL:http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/stadtgruen/gruenanlagen/downloads/Internetumfrage_2010_Auswertung_Gesamt.pdf, S.20-21 [Stand: 19.5.2011]

⁸⁷ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.): „Bundesweite Internetbefragung zur Zufriedenheiten mit den kommunalen Grünflächen 2010—Berliner Auswertung“, URL:http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/stadtgruen/gruenanlagen/downloads/Internetumfrage_2010_Auswertung_Berlin.pdf, S.1 [Stand:10.8.2011]

Dabei will der aktivierende Staat eine Gewährleistungsfunktion für politisch anerkannte, öffentliche Belange übernehmen und den Bürger bei der Erstellung öffentlicher Leistungen aktivieren, beteiligen und unterstützen. Er versucht Hürden für bürgerschaftliches Engagement abzubauen.⁸⁸ Im Ehrenamtsbericht des Berliner Senates wird daher von dem "ermöglichendem Staat" gesprochen. Hierbei sollen Hemmnisse für bürgerschaftliches Engagement abgebaut werden, die Rahmenbedingungen verbessert und eine Anerkennung der neuen politischen Kultur gefördert werden.⁸⁹

Die Bürgergesellschaft kennzeichnet organisatorische Formen, wie Vereine, Initiativen, Verbände und Stiftungen, wobei soziopolitisches Engagement Voraussetzung ist.⁹⁰ Dies spielt für die Bearbeitung dieses Themas eine bedeutende Rolle.

Die Bundesregierung hat demzufolge ein Eigeninteresse, Bürgerengagement zu thematisieren und zu fördern. Aber auch das Engagement der Bürger, ihren Kiez oder ihr Quartier mitzugestalten und sich nicht von der Stadtplanung sämtliche Nutzungsformen des öffentlichen Raumes vorschreiben zu lassen, ist groß. Dies macht sich in vermehrten Bürgerwerkstätten durch Formen der Partizipationen und Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Baugesetzbuch bemerkbar. Den Bürgern wird bei Letzterem ermöglicht, sich frühzeitig über allgemeine Ziele und Zwecke einer Planung sowie über die Neugestaltung oder Entwicklung eines Gebietes zu informieren und dazu Bedenken zu äußern.⁹¹

Solche planungsrechtlichen Themen sind jedoch für einen Laien oft nicht verständlich.

So gab es beispielsweise im Januar dieses Jahres im Abgeordnetenhaus Berlin einen Antrag der SPD-Fraktion und der Linken, der beinhaltet die Änderungen des Flächennutzungsplanes für die Öffentlichkeit transparenter zu gestalten. Dieser Antrag wurde angenommen und ist dem Anhang auf Seite 5 zu entnehmen.

⁸⁸ Deutsches Institut für Urbanistik GmbH –Difu (Hrsg.): „ServiceStadt Berlin 2016“, Berlin, 2009, S.27, URL:http://www.berlin.de/imperia/md/content/verwaltungsmodernisierung/endafassung_ssb_2016_12_05_09_mit_zusatz_online_ver__ffentlichung.pdf?start&ts=1244797789&file=endafassung_ssb_2016_12_05_09_mit_zusatz_online_ver__ffentlichung.pdf [Stand: 18.7.2011]

⁸⁹ Rosol, M.: "Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung", Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S107

⁹⁰ Deutsches Institut für Urbanistik GmbH –Difu (Hrsg.): „ServiceStadt Berlin 2016“, Berlin, 2009, S.28 URL:http://www.berlin.de/imperia/md/content/verwaltungsmodernisierung/endafassung_ssb_2016_12_05_09_mit_zusatz_online_ver__ffentlichung.pdf?start&ts=1244797789&file=endafassung_ssb_2016_12_05_09_mit_zusatz_online_ver__ffentlichung.pdf [Stand: 18.7.2011]

⁹¹ Baugesetzbuch, 24. Auflage, Stand 1993, § 3

Darin heißt es:

"[...] der Senat wird gebeten, die Bürgerfreundlichkeit bei Beteiligungen der Öffentlichkeit an FNP-Änderungen noch weiter zu verbessern. Die Unterschiede zwischen den Entwürfen in den verschiedenen Beteiligungsphasen der Öffentlichkeit sollen zusätzlich zumindest im Internet übersichtlich dargestellt werden und für BürgerInnen ohne Hilfsmittel nachvollziehbar sein. Weiterhin sollen Informationen bezüglich des FNP für die Öffentlichkeit generell so aufbereitet werden, dass Bürger/innen auch ohne stadtplanerische Kenntnisse qualifizierte Stellungnahmen dazu abgeben können."⁹²

Herr Michael Gödde von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Referatsleitung Landschaftsplanung und Naturschutz und Befürworter der urbanen Gärten und urbaner Landwirtschaft wurde in einem Interview des Magazins "Bier statt Blumen" gefragt, was er davon halte, dass sich immer mehr Gärtner eine stärkere und frühzeitige Einbindung der Bürger in Verwaltungsentscheidungen wünschen. Er halte davon nicht sehr viel, denn wenn sich jeder beteiligen könnte, hätten kühne Ideen, die nicht gleich mehrheitsfähig sind, kaum eine Chance. Die Instrumente die heute zur Verfügung stehen, halte er für ausreichend. Man müsse aufpassen, dass bei größeren Entwürfen kein "Einheitsbrei" entstehe und trotzdem die Bedürfnisse Vieler berücksichtigen. Dies sei eine Gratwanderung.⁹³

Zudem können durch Bürgerbeteiligung und Partizipation auch Nutzungskonflikte entstehen, denen mit geeigneten Maßnahmen begegnet muss. Diese werden im Kapitel 5 der „Handlungsempfehlungen“ ausführlicher dargestellt.

Auf dem Fachgespräch der Fraktion „Die Grünen“ am 13. Mai 2011 wurde zum Thema "Öffentlichkeitsbeteiligung nach BauGB" das Problem zwischen Einzelinteressen und öffentlichen Interessen deutlich. Ebenso wurden die Überprüfung der Interessen von Bürgerinitiativen und die Repräsentativität von Bürgerbefragungen thematisiert.

⁹² Abgeordnetenhaus Berlin (Hrsg.): Antrag: „Änderungen des Flächennutzungsplans für die Öffentlichkeit noch transparenter gestalten“, Drucksache 16-3303, Berlin, 1/2011
URL: <http://www.parlament-berlin.de/ados/16/IIIPlen/vorgang/d16-3303.pdf>
[Stand: 16.7.2011]

⁹³ Bier statt Blumen—Magazin für Berlin (Hrsg.): „Von der Brache zum Bauern- Land“, Berlin, Heft 1/ 2011, S.52

Die aktuelle Debatte um Bürgerbeteiligung werde oft nur auf zwei Stereotype reduziert. Einerseits auf den Planer, der an den Wünschen und Bedürfnissen der Bürger vorbei plant und andererseits auf den Bürger, der sich gegen ein Projekt mobilisiert und hierfür schnell eine Bürgerinitiative gründet, statt sich an der Problemlösung zu beteiligen. Dies ist in der Veranstaltungserklärung zu lesen, die sich vollständig im Anhang auf Seite 6 befindet.

Das Fachgespräch legte den Fokus daher auf das Thema „Beschränkung der Beteiligung durch die Einführung des vereinfachten und beschleunigten Verfahrens nach dem Baugesetzbuch“. Am Ende eines Prozesses sollten Entscheidungen über Planungen stehen. Dabei sollten sich Bürger und planende Behörden auf Augenhöhe begegnen. Doch in der Praxis suche man oft vergebens nach solchen ergebnisoffenen Planungsprozessen, heißt es dort weiter.⁹⁴

In einer zusammenfassenden Erklärung dieses Fachgespräches von Bettina Herlitzius Sprecherin für Stadtentwicklung der Bundestagsabgeordneten Die Grünen heißt es daher:

"Zentrales Ergebnis der Vorträge und der anschließenden Diskussion: wir brauchen einen generellen Kulturwechsel in der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung. Denn gerade formelle Beteiligungsverfahren erreichen die zu beteiligenden Bürgerinnen und Bürger in der Regel nicht. Die Verfahren und ihre Ergebnisse werden nicht transparent vermittelt. Der bisherige "Top-Down-Ansatz" muss abgeschafft und die Beteiligung politisch gewollt durchgeführt werden. Hierzu bedarf es insbesondere in den Verwaltungen an Veränderungen. Große Hoffnungen zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung birgt auch der Bereich Mediation."⁹⁵

Ein ehrenamtliches Engagement der Bürger kann aufgrund der prekären Finanzsituation Berlins einen potentiellen Ausweg in Bezug auf öffentliche Grünflächensituation bieten. Dies kann beispielsweise in der Kooperation mit Gemeinschaftsgärten erfolgen. Denn für die Bürger spielt die Mitgestaltung ihrer Nachbarschaft, ihres Kiezes oder ihres Quartieres eine immer bedeutendere Rolle. Bürgerengagement sollte daher aber auch finanzielle Unterstützung sowie Unterstützung in Hinblick auf Verminderung bürokratischer Hürden und Einbindung in kommunalpolitische Entscheidungen finden.⁹⁶

⁹⁴ Herlitzius, B.: Bürgerbeteiligung im BauGB ,Werkstattgespräch der Bundesfraktion Die Grünen vom 13. Mai 2011, im Deutschen Bundestag, URL: http://www.bettinaherlitzius.de/cms/default/rubrik/19/19564.buergerbeteiligung_im_baugb.html, [Stand: 18.8.2011]

⁹⁵ Herlitzius, B.: Bürgerbeteiligung im BauGB ,Werkstattgespräch der Bundesfraktion Die Grünen vom 13. Mai 2011, im Deutschen Bundestag, URL: http://www.bettinaherlitzius.de/cms/default/rubrik/19/19564.buergerbeteiligung_im_baugb.html, [Stand: 18.8.2011]

⁹⁶ Jahnke, J.: „Eine Bestandsaufnahme zum globalen Phänomen Guerrilla Gardening“, Masterarbeit, Humboldt- Universität zu Berlin, 2007, S.23

Für dieses Engagement der Bürger gibt es laut Marit Rosol (2006) zwar keine wissenschaftliche Aufarbeitung oder einen zusammenfassenden Überblick, aber andererseits viele Beispiele. In Berlin-Friedrichshain ist so unter anderem eine Zunahme der Baumscheibenbepflanzung durch Bewohner zu beobachten.⁹⁷

Im Frühjahr wurden beispielsweise Tulpenzwiebeln an die Bürger ausgegeben. "10.000 Tulpen für Berlin" hieß die Aktion des BUND, der mit der kostenlosen Tulpenausgabe am 24. März 2011 auf die prekäre Lage des öffentlichen Grüns hinweisen wollte. Freiwillige "Pflanzer" erhielten dabei an verschiedenen Ausgabeorten im Rahmen des „Berliner Twestivals“ Tulpenzwiebeln, die sie ausbringen konnten. Die ersten Frühjahrsblüher übergab die Senatorin für Stadtentwicklung Berlin, Frau Ingeborg Junge- Reyer⁹⁸

Ein weiteres aktuelles Beispiel für Bürgerengagement in der Stadt ist das des Berliner Mauerparks. Am 23. Juli 2010 fand ein Treffen aller Beteiligten auf Einladung des Baustadtrates Mitte, Ephraim Gothe, statt. Auf diesem wurden die bisherigen Planungsvarianten, aber auch die Vorschläge der Bürgerinitiative "Freunde des Mauerparks" vorgestellt. Die aktuellen Pläne der „Vivico“, einer Immobiliengesellschaft der Real Estate GmbH und Eigentümer der sogenannten Erweiterungsfläche, sehen einen circa 30 Meter breiten, sechs- bis siebengeschossigen Gebäudekomplex entlang des Mauerpark vor. Dabei soll die Bebauung von der Bernauer Straße bis über die Gleimstraße an den Bahngraben herangeführt werden und am Schwedter Steg in ein zehngeschossiges Hochhaus münden.⁹⁹ Die nachfolgende Abbildung 5¹⁰⁰ verdeutlicht dies.

⁹⁷ Rosol, M.: "Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung", Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.113-114

⁹⁸ BUND (Hrsg.): „ 10.000 Tulpen für Berlin!“,
URL: [http://www.bund-berlin.de/nc/bund_berlinde/presse/pressemitteilungen/detail/artikel/10000-tulpen-fuer-berlin/?tx_ttnews\[backPid\]=447&cHash=445d54df8a](http://www.bund-berlin.de/nc/bund_berlinde/presse/pressemitteilungen/detail/artikel/10000-tulpen-fuer-berlin/?tx_ttnews[backPid]=447&cHash=445d54df8a)
[Stand: 4.8.2011]

⁹⁹ Krüger, B.: „Klare Ablehnung der Vivico- Bebauungspläne“, Freunde des Mauerparks e.V. (Hrsg.), Berlin, 25. 7. 2009,
URL: <http://www.mauerpark.info/2009/07/ablehnung-vivico-bebauung/>
[Stand: 9.8.2011]

¹⁰⁰ Krüger, B.: „Klare Ablehnung der Vivico- Bebauungspläne“, Freunde des Mauerparks e.V. (Hrsg.), Berlin, 25. 7. 2009,
URL: <http://www.mauerpark.info/2009/07/ablehnung-vivico-bebauung/>
[Stand: 9.8.2011]

Der Bebauungsplanentwurf für die Erweiterung des Mauerparks des Bezirksamtes Mitte I-64 umfasst eine Gesamtfläche von 13 Hektar. Der aktuelle Sachstand von Seiten der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ist im Anhang auf den Seiten 7 bis 9 nachzulesen.¹⁰¹

Die Kritikpunkte verschiedener Initiativen wie beispielsweise der "Freunde des Mauerparks", die „Mauersegler“, der „Bürgerverein des Gleimviertels“, der „Brunnenviertel e.V.“, der „Jugendfarm Moritzhof“, der „Schule am Falkplatz“ oder dem Flohmarkt am Mauerpark sind unter anderem folgende:

- "Der so entstehende Park in seiner schmalen, lang gezogenen Form würde das Problem der Übernutzung nicht lösen.
- Die Errichtung einer Häuserfront würde einen höchst unsensiblen Umgang mit einem historisch bedeutsamen Ort darstellen.
- Die Trennung zwischen Ost und West würde manifestiert und nicht – wie von allen Initiativen gefordert – gelockert.
- Die vorgesehene Wohnbebauung würde starke Nutzungskonflikte zwischen den neuen Bewohnern und dem kulturellen Leben im Park hervorrufen."¹⁰²



Abbildung 5: Der Mauerpark mit seiner von der Vivico geplanten Bebauung

¹⁰¹ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hrsg.): „Zuschuss an die Grün GmbH“, Berlin, 29.3.2011
URL: <http://www.parlament-berlin.de/ados/16/Haupt/vorgang/h16-1937.C-v.pdf>, S.2
[Stand: 9.8.2011]

¹⁰² Krüger, B.: „Klare Ablehnung der Vivico- Bebauungspläne“, Freunde des Mauerparks e.V. (Hrsg.), Berlin, 25. 7.2009,
URL: <http://www.mauerpark.info/2009/07/ablehnung-vivico-bebauung/>
[Stand: 9.8.2011]

So traf sich am 15. September 2010 die "Bürgerwerkstatt zur Fertigstellung des Mauerparks" zu ihrer ersten Sitzung. Sie diskutierten im Auftrag der „Grün GmbH“, mit Unterstützung einer externen Moderation und einem Mediator, die Belange und Wünsche der Bürger bezüglich der Gestaltung der Erweiterung des Parks. Die Ergebnisse werden regelmäßig von der Bürgerwerkstatt für die breite Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt. Die öffentlichen Veranstaltungen dienen der Information aller Anlieger und der interessierten Bevölkerung. Auf der zweiten Veranstaltung der „Bürgerwerkstatt“ am 2. Dezember 2010 kam es zu lebhaften Debatten, und hierbei machten sich Nutzungskonflikte durch verschiedene Interessen und Interessengruppen bemerkbar.

In einem offenen Brief der Bürgerwerkstatt "Mauerpark-Fertigstellen" an die Mitglieder des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses Berlin vom 7. Juni 2011 betrachteten die Sprecher der Bürgerwerkstatt mit großer Sorge:

"[...] dass unser ehrenamtliches Engagement nun in die Mühlen der politischen Auseinandersetzung und des Wahlkampfs gerät."

Dabei würde durch eine Blockade der vorgesehenen finanziellen Mittel für die laufende Bürgerbeteiligung einen massiven Eingriff darstellen und ein

"[...]fatales Signal an die Berliner Öffentlichkeit"

senden.

"Ohne Ihre ausdrückliche Unterstützung im Abgeordnetenhaus, die Fortführung der Bürgerwerkstatt mit weiteren finanziellen Mitteln zu ermöglichen, verpuffen die Ergebnisse der ehrenamtlichen Arbeit wie auch der Elan und die Hoffnung der Bürgerinnen und Bürger. Sie schieben damit die Bürger aufs Abstellgleis."

Der komplette offene Brief der Bürgerwerkstatt ist im Anhang, auf den Seiten 10 und 11. nachzulesen.¹⁰³ Zu beachten ist bei freiwilligem Bürgerengagement, laut eines Artikels von Fabian Tacke, Heinrich Böll Stiftung, dass

"[...] das Engagement sich verringern wird, wenn die Politik nicht mittelfristig den Nutzen für die Öffentlichkeit auch nachhaltig honoriert."¹⁰⁴

¹⁰³ Bürgerwerkstatt „Mauerpark-Fertigstellen“ (Hrsg.): „Bürgerliches Engagement darf nicht zwischen parteipolitische Fronten kommen“, Offener Brief, Berlin, 7. Juni 2011
URL: <http://www.mauerpark.info/wp-content/uploads/2011/06/B%C3%BCrgerwerkstatt-Mauerpark-Fertigstellen.pdf>, S.1
[Stand: 15.6.2011]

¹⁰⁴ Tacke, F.: „Der Hintergrund“, Fachtext der Heinrich Böll Stiftung,
URL: <http://www.kommunale-info.de/index.html?/Infothek/3084.asp>
[Stand: 5.8.2011]

2.5. Wandel

Die Zunahme der Wertschätzung urbaner Grünräume für die Lebens- und Arbeitsqualität einer Stadt wird weiter anwachsen.¹⁰⁵ Städtische Grünflächen übernehmen zunehmend eine Schlüsselrolle für die Lebensqualität im urbanen Raum.¹⁰⁶ Dabei wandelte sich die Wertigkeit des urbanen Grüns von einst moralisch-religiösen über kulturhistorische zu ökologischen Werten. Mittlerweile gewinnen immaterielle Aspekte mit ökonomischen Wertschöpfungsaspekten zunehmend an Bedeutung.¹⁰⁷ Durch die Veränderungen des Klimawandels gewinnt aber gleichermaßen die biologische Vielfalt wieder an Bedeutung.¹⁰⁸

Die Freiraum- und Landschaftsplanung muss sich innerhalb des Wandels mit urbanisierten Räumen neu auseinandersetzen. In Zukunft wird es weniger um neue Freiflächensysteme als vielmehr um die Ergänzung, den Ausbau, den Erhalt und die Qualifizierung bestehender Flächen gehen. So sind nach Professor Dr. Werner Nohl (2001) zu quantitativen Richtwerten unter anderem ergänzende Konzepte zur Realisierung qualitativer Ansprüche der NutzerInnen zu entwerfen.¹⁰⁹

"Demografische und soziale Veränderungen, sowie neue Lebensstile und Familienformen haben tiefgreifende Auswirkungen auf die Entwicklung der Städte."¹¹⁰

Die Globalisierung und das Zusammenwachsen Europas mit neuen multikulturellen gesellschaftlichen Strukturen und Bevölkerungsschichten stellen die Stadtplanung und das städtische Grün vor neue Herausforderungen.¹¹¹

¹⁰⁵ Hüls, M., Neumann, K.: „Rettungsanker Freiraum- Instrumente zur Inwertsetzung von urbanen Freiräumen“, Stadt und Grün, 7/2006, S.29-32

¹⁰⁶ Wiechmann, T., Wirth, P.: „Ökologischer Umbau in Städten und Regionen“, IÖR- Schriften, Band 46, Dresden, 2005, S.41

¹⁰⁷ Neumann, K.: „Urbane Freiräume im Wandel“, Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Heft 2, Berlin, 2010,
URL: <http://www.vhw.de/publikationen/verbandszeitschrift/archiv/2010/heft-2/>, PDF: S.83
[Stand: 15.6.2011]

¹⁰⁸ Fugmann, H.: „Neue Parkanlagen und Landschaften: Zu Entwicklungstendenzen der Urbanen Freiraumgestaltung in Berlin“, Schriftreihe lebendige Stadt, Band 7, Societätsverlag, Frankfurt, 2011, S.101

¹⁰⁹ Nohl, W.: „Freier Raum?- Tendenzen im städtischen Freiraum“,
URL: http://www.rs-raum02.de/sec_cont_plaforum_010606.html
[Stand: 12.8.2011]

¹¹⁰ Fachkommission Stadtentwicklung der Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): „Stadtpolitik braucht neue Kraft“, Berlin, 2004,
URL: <http://www.kommunale-info.de/index.html?/Infothek/2321.asp>
[Stand: 27.4.2011]

¹¹¹ Neumann, K.: „Urbane Freiräume im Wandel“, Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Heft 2, Berlin, 2010,
URL: <http://www.vhw.de/publikationen/verbandszeitschrift/archiv/2010/heft-2/>, PDF: S.84
[Stand: 15.6.2011]

Darüber hinaus wird die Zukunft durch die zunehmende Pluralisierung der Gesellschaft von einer Vielfalt von Lebensstilen geprägt sein. Diese können unter anderem gesundheitsorientiert, familienorientiert oder kulturorientiert sein und oftmals rasch wechseln.¹¹² Menschen werden mit ihren unterschiedlichen Lebensformen- und -stilen auf die Erfüllung ihrer spezifischen Freiraumbedürfnisse drängen. So sind vertrauten Leitbilder einer Park- und Landschaftsentwicklung dann nicht mehr bei jedem "en vogue". Die Bedeutung der Gestaltung des Freiraums als Experimentierfeld wird immer weiter zunehmen.¹¹³

Die wesentlich wirksamen Aspekte des demografischen Wandels sind Alterung, Internationalisierung und Individualisierung. Die Alterung der Gesellschaft wird rasant voranschreiten. Viele ältere Menschen suchen vor allem gepflegte, naturnahe, ruhige Parkanlagen, die sie zu Fuß erreichen können. Somit sind quartiersbezogene Freiräume für Ältere besonders wichtige Orte für Aufenthalt und Kommunikation.¹¹⁴

In der individualisierten Gesellschaft zeichnet sich der Trend zu Einpersonenhaushalten ab.¹¹⁵ Durch diese Zunahme wird das Stadtquartier mit seinen urbanen Freiräumen einen Bedeutungszuwachs erfahren, denn diese Freiräume sind Ersatzorte für Kommunikation. Junge, gut ausgebildete, ökonomisch starke Singles verlangen nach Freiräumen für Selbstinszenierung und Event-Erlebnisse.¹¹⁶

Das Einkommensungleichgewicht wird sich vergrößern, die Segregation wird sich verstärken und es werden Orte sozialer Ausgrenzung entstehen. Insbesondere in den Großbausiedlungen werden nach wie vor sozial benachteiligte Menschen wohnen.¹¹⁷ In diesen Quartieren kommt es zu Spannungen und Konflikten und dies wird im öffentlichen Freiraum etwa in Form von Vandalismus bemerkbar.

¹¹² Nohl, W.: „Freier Raum?- Tendenzen im städtischen Freiraum“, URL: http://www.rs-raum02.de/sec_cont_plaforum_010606.html [Stand: 12.8.2011]

¹¹³ Fugmann, H.: „Neue Parkanlagen und Landschaften: Zu Entwicklungstendenzen der Urbanen Freiraumgestaltung in Berlin“, Schriftreihe lebendige Stadt, Band 7, Societätsverlag, Frankfurt, 2011, S.110

¹¹⁴ Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.): „Gestaltung urbaner Freiräume“, Werkstatt: Praxis Heft 61, Bonn, 2008, S.6

¹¹⁵ Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.): „Gestaltung urbaner Freiräume“, Werkstatt: Praxis Heft 61, Bonn, 2008, S.7

¹¹⁶ Nohl, W.: „Freier Raum?- Tendenzen im städtischen Freiraum“, URL: http://www.rs-raum02.de/sec_cont_plaforum_010606.html [Stand: 12.8.2011]

¹¹⁷ Fachkommission Stadtentwicklung der Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): „Stadtpolitik braucht neue Kraft“, Berlin, 2004, URL: <http://www.kommunale-info.de/index.html?/Infothek/2321.asp> [Stand: 27.4.2011]

So ist der Schutz vor Kriminalität in Stadtquartieren eine wichtige Aufgabe innerhalb des öffentlichen Raumes und sucht daher nach problemorientierten Lösungsansätzen.¹¹⁸

Die Bedeutungen und Funktionen öffentlicher Freiflächen wandeln sich angesichts der Veränderungen und Ansprüche. Es entsteht eine neue Stadtdynamik, die einen neuen Umgang mit der Stadtstruktur und dem Grün der Stadt bedarf.¹¹⁹ Somit müssen innerstädtische Freiräume neu definiert werden und die Konsequenzen solcher Veränderungen frühzeitig erkannt werden, um mit geeigneten Konzepten darauf zu reagieren.¹²⁰

Alterung, zunehmende Individualisierung und wandelnde Lebensstile führen dazu, dass sich der Trend zum Wohnen im Grünen zur Urbanität umkehrt. Dabei ist die "kreative Klasse" der Gesellschaft laut der Wirtschaftstheorie des US-Amerikanischen Professors, Richard Florida, mitentscheidend für die Entwicklung und Vielfalt der Stadt.¹²¹

So ist eine stetig wachsende Dynamik der individuellen Erwerbswirklichkeiten festzustellen und ein einsetzender Wandel durch projektbezogene, freiberufliche Beschäftigung.¹²²

Die Berliner Arbeitswelt wandelt sich hin zu Existenzgründern, freiberuflichen Micro-Unternehmen und Scheinselbstständigen. Daneben sind eine nachweisliche Zunahme selbstorganisierter, am Gemeinwesen orientierter Bürgeraktivitäten zu verzeichnen sowie eine zunehmende Ausrichtung der Politik zu mehr Bürgerengagement.¹²³

¹¹⁸ Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.): „Gestaltung urbaner Freiräume“, Werkstatt: Praxis Heft 61, Bonn, 2008, S.8

¹¹⁹ Neumann, K.: „Urbane Freiräume im Wandel“, Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Heft 2, Berlin, 2010,
URL: <http://www.vhw.de/publikationen/verbandszeitschrift/archiv/2010/heft-2/>, PDF: S.84
[Stand: 15.6.2011]

¹²⁰ Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.): „Gestaltung urbaner Freiräume“, Werkstatt: Praxis Heft 61, Bonn, 2008, S.6

¹²¹ Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.): „Gestaltung urbaner Freiräume“, Werkstatt: Praxis Heft 61, Bonn, 2008, S.8

¹²² Richarz, M.: „Neue Modelle im Umgang mit Brachen und Leerstand“, Fachtext der Heinrich Böll Stiftung,
URL: <http://www.kommunale-info.de/index.html?/Infothek/3078.asp>
[Stand: 13.4.2011]

¹²³ Tacke, F.: „Der Hintergrund“, Fachtext der Heinrich Böll Stiftung,
URL: <http://www.kommunale-info.de/index.html?/Infothek/3084.asp>
[Stand: 5.8.2011]

Der Staat wird in Zukunft mehr die Rolle eines aktivierenden Befähigers übernehmen müssen, wenn Selbstentfaltungswerte wie freier Wille, Individualität und Flexibilität, an Bedeutung gewinnen.¹²⁴ Kaum eine Planung wird ohne eine mehr oder weniger intensive professionelle Bürgerbeteiligung realisiert werden. Wettbewerbsergebnisse oder einzelne Entwürfe der Planer werden Ausgangspunkt für umfassende Diskussionsprozesse mit Bürgern, Bürgerinitiativen, Interessengruppen und den zuständigen Verwaltungen des Stadtgrüns sein.¹²⁵

Die Wandlungsprozesse lassen die Suche nach neuen Formen der Verantwortlichkeiten und Zusammenarbeit aufkommen. Neue Konzepte und partnerschaftliche Modelle zwischen öffentlicher Hand und engagierten Bürgern werden für das urbane Grün unabdingbar sein.¹²⁶ Denn mit zunehmend leeren Haushaltskassen und dem Rückgang von Personalressourcen können vorhandene Qualitäten vielfach nicht mehr gehalten werden¹²⁷ und mit der zunehmenden Privatisierung wächst die Gefahr des Verlustes öffentlicher Grünflächen und die zunehmende Verwahrlosung der verbleibenden Flächen.¹²⁸

¹²⁴ Neumann, K.: „Urbane Freiräume im Wandel“, Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Heft 2, Berlin, 2010,
URL: <http://www.vhw.de/publikationen/verbandszeitschrift/archiv/2010/heft-2/>, PDF: S.86
[Stand: 15.6.2011]

¹²⁵ Fugmann, H.: „Neue Parkanlagen und Landschaften: Zu Entwicklungstendenzen der Urbanen Freiraumgestaltung in Berlin“, Schriftreihe lebendige Stadt, Band 7, Societätsverlag, Frankfurt, 2011, S.101

¹²⁶ Neumann, K.: „Urbane Freiräume im Wandel“, Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Heft 2, Berlin, 2010,
URL: <http://www.vhw.de/publikationen/verbandszeitschrift/archiv/2010/heft-2/>, PDF: S.86
[Stand: 15.6.2011]

¹²⁷ Hüls, M., Neumann, K.: „Rettungsanker Freiraum- Instrumente zur Inwertsetzung von urbanen Freiräumen“, Stadt und Grün, 7/2006, S.29-32

¹²⁸ Wiechmann, T., Wirth, P.: „Ökologischer Umbau in Städten und Regionen“, IÖR- Schriften, Band 46, Dresden, 2005, S.40

2.6. Fazit Kapitel 2

Die für diese Arbeit relevante Begriffsabgrenzung stellt sich folgendermaßen dar: Der öffentliche Freiraum ist durch die Zugänglichkeit und Nutzbarkeit für die gesamte Bevölkerung gekennzeichnet. Er wird öffentlich reguliert, produziert und befindet sich im Eigentum der öffentlichen Hand, die für die Pflege und Unterhaltung öffentlicher Grünflächen zuständig ist.

Nach Nohl (1984) sind öffentliche Freiräume im städtischen System unter anderem multifunktionale Freiräume zu denen wohnungsbezogene, wohngleichbezogene oder stadtteilbezogene Freiräume zählen.

Die „FLL“ legte eine Kategorisierung urbaner Grünflächen fest. Öffentliche Park- und Grünanlagen, Freiflächen an öffentlichen Gebäuden und das Wohnumfeldgrün sind demnach für diese Arbeit relevante Grünflächen.

Da für die Pflege und Unterhaltung öffentlicher Grünflächen nach dem Grünanlagengesetz ist die öffentliche Hand zuständig. Die Problemlage der öffentlichen Grünflächen beziehungsweise des öffentlichen Grünsektors wurden ausführlich thematisiert. Die Probleme stellen sich dabei in unterschiedlichen Bereichen dar.

Zum einen im organisatorischen und verwaltungstechnischen Bereich, in dem es durch die Zuordnung von einer Vielzahl verschiedener Behörden zu Behinderungen, Überwachungen und Konkurrenz untereinander kommt, wodurch sich wiederum Konflikte ergeben. Zum anderen entsteht ein erhebliches Problem durch die Kürzungen von Finanzmitteln und Personal, worunter die Qualität der öffentlichen Grünflächen leidet. Dies schlägt sich daher zum Teil in der Bürgerunzufriedenheit mit öffentlichem Grün nieder. Eine Änderung der Lage ist momentan nicht abzusehen.

Durch unzureichende Qualität, Pflege und Unterhaltung des öffentlichen Grüns, sowie der Bürgerunzufriedenheit und dem gesellschaftlichen Wandel entsteht ein vermehrtes freiwilliges Bürgerengagement, welches vom sogenannten aktivierenden Staat begrüßt wird.

Andere Modelle wie Privatisierungen, private Pflegeübernahmen, Patenschaften oder gar Eintrittspreise für öffentliche Grünanlagen bergen Risiken in sich, die im Moment noch nicht absehbar sind.

Deutlich beanstandet werden dabei Folgen, wie die soziale Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen, sowie die abnehmende Qualität und Nutzungsvielfalt aufgrund fehlenden Fachpersonals und ineffizienter Planung.

Des Weiteren lassen sich Mängel in der Quantität des wohnungsnahen Grüns feststellen. Einige Bezirke Berlins sind deutlich unterversorgt. Dabei spielt gerade das wohnungsnah Grün eine bedeutende Rolle für die Erholungswirkung auf die Bevölkerung. Es geht innerhalb dieser Problematik allerdings nicht um die Masse, sondern um die Klasse öffentlicher Grünanlagen. Schon die ehemalige leitende Senatsrätin der Berliner Stadtentwicklung Ulla Luther bemerkte 2009:

"[...] nicht dauernd Grünflächen zu bauen, weil uns nichts Besseres einfällt."¹²⁹

Die Bedeutungen und Funktionen öffentlichen Grüns für die Bevölkerung als Freizeit und Erholung und ferner für die Umwelt, werden von der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung betont. Darüber hinaus übernimmt es mit seiner Stadtgestaltungsfunktion für die Stadt selbst wichtige Aufgaben, die nicht zu unterschätzen sind.

Soziale und kulturästhetische Funktionen werden innerhalb des gesellschaftlichen Wandels stärker zu beachten sein. Die ökonomischen Funktionen des urbanen Grüns und ihre Folgen, wie etwa die Verhinderung von Stadtfucht oder die Regenerationsangebote für Arbeitskräfte und die monetären Effekte durch Steigerung von Steuereinnahmen liefern der Stadt Berlin Argumente, mit urbanem Grün und demzufolge auch öffentlichen Grünflächen sorgsam und benutzerbezogen umzugehen.

Öffentliche Grünanlagen dienen in ihrem Nutzwert der Freizeit und Erholung, allerdings können sie nicht als Ersatz für einen eigenen Garten angesehen werden.

Durch die allgemein hohe Bevölkerungszahl von Städten entsteht ein hoher Nutzungsdruck auf öffentlichen Flächen. Diesen gilt es auszugleichen und gleichzeitig nach Modellen zur Problemlösung zu suchen.

Gemeinschaftsgärten bieten hierbei in verschiedener Hinsicht großes Potential und ihre Bedeutung im urbanen Raum ist sehr vielschichtig. Sie werden daher im folgenden Kapitel aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet.

¹²⁹ Neumann, K.: „Urbane Freiräume im Wandel“, Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Heft 2, Berlin, 2010,
URL: <http://www.vhw.de/publikationen/verbandszeitschrift/archiv/2010/heft-2/>, PDF: S.85
[Stand: 15.6.2011]

3. Gemeinschaftsgärten

In diesem Kapitel werden Gemeinschaftsgärten aufgrund von Literaturrecherchen charakterisiert und in bestehende Freiraumtypen eingeordnet. Des Weiteren werden hier die unterschiedlichen Bedeutungen analysiert, zum einen für NutzerInnen solcher Gärten, zum anderen für die Stadt und für die Politik. Dabei erfolgt eine zweiseitige Betrachtungsweise mit Hilfe von Literaturrecherchen. Es werden außerdem Aussagen aus Fachtagungen und persönlichen geführten Interviews einfließen.

3.1. Charakterisierung von Gemeinschaftsgärten

Gemeinschaftsgärten werden an dieser Stelle definiert und charakterisiert.

Laut Christa Müller, Soziologin und geschäftsführende Gesellschafterin der Stiftungsgemeinschaft „anstiftung & ertomis“ und der „Stiftung Interkultur“ München, sind Formen der urbanen Gärten unter anderem Community Gardens, City Farms, Interkulturelle Gärten, Nachbarschaftsgärten, Bewohnergärten und Gemeinschaftsgärten.¹³⁰ Sie sprechen zum Teil ganz unterschiedliche NutzerInnengruppen an, die sich in Brachflächenprojekten, in interkulturellen Gärten oder auch in thematischen Nachbarschaftsgärten mit Biogärten oder Kinderbauernhöfen wiederfinden können. Allen gemein ist, dass sie gemeinschaftlich und unentgeltlich gepflegt werden und öffentlich zugänglich sind. Sie sind durch freiwilliges Engagement geschaffene und betriebene Gärten mit Ausrichtung auf die allgemeine Öffentlichkeit.¹³¹

Weitere Merkmale sind nach Marit Rosol (2006):

- der gärtnerische Sinn der Akteure in ihren Handlungen,
- die gemeinschaftliche Pflege der Fläche,
- die Kennzeichnung der Flächen durch ihre Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit.

¹³⁰ Müller, C.: „Raum schaffen für urbane Gärten. Die neue Gartenbewegung und die kommunale Politik“, erschienen in *Alternative Kommunalpolitik* 2/2010, März/April, 31. Jhg. Bielefeld, S. 60-62, URL: http://www.anstiftung-ertomis.de/opencms/export/sites/default/download/AKP_Christa_Mueller.pdf [Stand: 23.7.2011]

¹³¹ Rosol, M.: „Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung“, Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.7

Gemeinschaftsgärten unterscheiden sich weniger in ihrem Erscheinungsbild von anderen Freiraumtypen, auch wenn hier die gärtnerische Nutzung überwiegt, als vielmehr in der Art und Weise wie sie "funktionieren".¹³²

Durch das bürgerschaftliche Engagement wird hier unbezahlte, informelle Arbeit geleistet, die nicht nur einer einzelnen Person zu Gute kommt, sondern auch Leistungen für die Gemeinschaft und Gesellschaft darstellt.

"Insofern stellt die geleistete Arbeit in Gemeinschaftsgärten eine Form von Selbsthilfe auf der einen Seite und die Form einer öffentlichen Dienstleistung auf der anderen Seite dar."¹³³

Dies wird im Kapitel 3.1.4 „Bedeutung von Gemeinschaftsgärten“ deutlich.

Der Begriff "Gemeinschaftsgärten" geht nach Marit Rosol (2006) auf die nordamerikanischen „Community Gardens“ zurück und bezieht sich auf die Gemeinschaft und Nachbarschaft. Gemeinschaftsgärten werden durch bürgerschaftliches Engagement bestimmt, also durch die Beteiligung von Bewohnern bei der Schaffung und Gestaltung einer Freifläche.

Um den Begriff weiter zu definieren wird kurz auf den gärtnerischen Aspekt eingegangen. Hier finden die Begriffe „Gartenbau“ und „urbane Landwirtschaft“ ihren Ansatz in der gärtnerischen Nutzung der Gemeinschaftsgärten. Es werden landwirtschaftliche Güter produziert, wie dies auch im Gartenbau der Fall ist. Dazu zählen der Anbau von Gemüse und Obst, aber auch von Blumen, Arzneipflanzen und Küchenkräutern. In Gemeinschaftsgärten wird immer - und dies ist der Unterschied zum Gartenbau - ökologisch angebaut.

Da ein wesentliches Merkmal der Gemeinschaftsgärten ihre Urbanität ist, das heißt, dass sie werden innerhalb des städtischen Raumes angelegt. Daher wird in diesem Zusammenhang allgemein auch von urbaner Landwirtschaft gesprochen. Meist sind dabei die Böden für landwirtschaftliche Nutzung nicht geeignet, da die Gärten hauptsächlich auf Brachen, Zwischenräumen, öffentlichem Land oder Hausgärten- und Dächern angelegt werden. Sie werden aber im Engagement der Bürger ausgetauscht oder nutzbar gemacht.

¹³² Rosol, M.: "Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung", Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.283

¹³³ Rosol, M.: "Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung", Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.282

Die urbane Landwirtschaft fällt aber im Moment durch das Raster einer industriellen Landwirtschaft und einer modernen Stadtplanung.¹³⁴ Sie wird deshalb im Kapitel 3.3.4 „Urbane Landwirtschaft als Instrument nachhaltiger Stadtentwicklung?“ ausführlich betrachtet.

Vor dem Hintergrund des Klimawandels und der Endlichkeit der Ressourcen, dem sogenannten „Peak Oil“, gewinnt die städtische Bodenwirtschaft aber immer mehr an Bedeutung, so Christa Müller.¹³⁵ Die Lust am Eigenanbau von Gemüse und Obst sowie der nachbarschaftlichen Begegnung im Grünen boomt. Gerade die jüngere Generation eignet sich das Gärtnern kreativ an und entwickelt neue, dem Städtischen angepasste Formen des Gartenbaus, so Privatdozentin Dr. Elisabeth Meyer-Renschhausen.¹³⁶ So entstanden beispielshalber in Berlin innerhalb von sieben Jahren 20 internationale Gemüsegärten.¹³⁷

3.1.1. Organisation und Aufbau

Die Organisationsformen der Gemeinschaftsgärten sind sehr vielfältig und das Spektrum ist breit. Einige Initiativen gründen beispielsweise gemeinnützige Vereine. Die bereits eingangs erwähnte „Stiftung Interkultur“ stellt hierfür im Rahmen der Praxisberatung eine Mustersatzung zur Verfügung. Andere Gärten gehen aus bereits eingetragenen Vereinen hervor oder kooperieren mit ihnen, indem sie den Garten unter ein bereits existierendes „Dach“ integrieren. Wieder andere verzichten zunächst auf einen festgeschriebenen formellen Rahmen, so Christa Müller.¹³⁸ Die Vereinsgründung bietet den Vorteil, dass die Gemeinschaftsgärten Geld einwerben können und der Verein als juristische Person fungieren kann.

¹³⁴ Haidle, I.: „Urbane Gärten in Buenos Aires“, Diplomarbeit, Technische Universität Berlin, 2004, S.31

¹³⁵ Müller, C.: „Raum schaffen für urbane Gärten. Die neue Gartenbewegung und die kommunale Politik“, *Alternative Kommunalpolitik* 2/2010, März/April, 31. Jhg. Bielefeld, S. 60-62,
URL: http://www.anstiftung-ertomis.de/opencms/export/sites/default/download/AKP_Christa_Mueller.pdf
[Stand: 23.7.2011]

¹³⁶ Meyer-Renschhausen, E.: „Urbanes Ackern- Die Rückkehr zur Selbstversorgung in den Städten“, *Verbraucher und Ernährungskultur- Der kritische Agrarbericht 2010*, veröffentlicht September 2010
URL: <http://www.was-die-massenmedien-verschweigen.de/aktuell/Selbstversorgung.pdf>, S.1
[Stand 13.3.2011]

¹³⁷ Meyer-Renschhausen, E.: „Urbanes Ackern- Die Rückkehr zur Selbstversorgung in den Städten“, *Verbraucher und Ernährungskultur- Der kritische Agrarbericht 2010*, veröffentlicht September 2010
URL: <http://www.was-die-massenmedien-verschweigen.de/aktuell/Selbstversorgung.pdf>, S.4
[Stand 13.3.2011]

¹³⁸ Müller, C.: „Interkulturelle Gärten- Urbane Orte der Subsistenzproduktion und der Vielfalt“, *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften- Die „grüne“ Stadt—urbane Qualitäten durch Freiraumentwicklung*, 1/2007, Berlin, S.55-67
URL: <http://www.stiftung-interkultur.de/dmdocuments/mueller.urbanesubsistenz.pdf>
[Stand: 15.5.2011]

Die rechtlichen Organisationsformen erfolgen über einen projektbezogenen Verein, über einen Trägerverein oder als lose Gruppe. Die soziale Zusammensetzung kann dabei sowohl heterogen als auch homogen sein.¹³⁹

Die Gärten selbst entstehen entweder selbstorganisiert oder von außen initiiert oder werden professionell unterstützt. Der „Kiezzgarten auf der Marie“ in Berlin-Prenzlauer Berg ist ein Beispiel für einen von außen initiierten Garten. Er entstand anlässlich eines umfangreichen Beteiligungsverfahrens zur Planung und Gestaltung eines für eine zehnjährige Zwischennutzung angelegten Parks im Sanierungsgebiet der Winsstraße.¹⁴⁰

Die Gartenaktiven verfügen entweder über eine eigene Parzelle, wie dies im Bürgergarten Laskerwiese der Fall ist oder bearbeiten eine ganze Flächen gemeinsam, wie im „Ökogarten am Buschgraben“, der später genauer vorgestellt wird.

Die Finanzierung der Gärten erfolgt über öffentliche Förderungen, Spenden, Eigenmittel, Preisgelder oder Stiftungen.¹⁴¹ Hierzu wird im Kapitel der aktuellen Probleme der Gemeinschaftsgärten näher eingegangen.

Eine Liste der meines Erachtens wichtiger Akteure und Wissenschaftler innerhalb der Gemeinschaftsgartenbewegung ist im Anhang auf den Seiten 12 bis 15 nachzulesen; ferner auf den Seiten 16 bis 18 des Anhangs, eine Auflistung bestehender urbaner Gärten in Berlin.

3.1.2. Vernetzung und Medien

Die Vernetzung ist für Gemeinschaftsgärten sehr wichtig, um Informationen auszutauschen, Veranstaltungen wie Tagungen oder Vorträge zu organisieren oder auch um die Gartenaktiven in Workshops weiterzubilden.

Die „Stiftung Interkultur“ ist eine solche Vernetzungsstelle mit Sitz in München. Ihr Schwerpunkt liegt auf Interkulturellen Gärten.

¹³⁹ Rosol, M.: „Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung“, Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.283

¹⁴⁰ Rosol, M.: „Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung“, Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.129

¹⁴¹ Rosol, M.: „Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung“, Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.283

Die Stiftung wird hier näher vorgestellt, da sie als bundesweite Service- und Koordinierungsstelle des mittlerweile mehr als 100 Projekte umfassenden Netzwerks interkultureller Gärten und auch für Gemeinschaftsgärten in Berlin dient. Sie ist ein Projekt der Stiftungsgemeinschaft „anStiftung & ertomis“. Die Gesellschafterin der Stiftung, Christa Müller, brachte im Jahr 2011 das Buch "Urban Gardening" heraus.¹⁴²

Die „Stiftung Interkultur“ wurde im Jahr 2003 gegründet und übernimmt unter anderem Aufgaben wie Beratung, Bereitstellung von Erfahrungswissen aus anderen Projekten in komprimierter Form, Bereitstellung von Publikationen zu Ergebnissen ihrer Forschungsarbeit in eigenen und Fachmedien, Organisation zum Wissenstransfer in Politik und Wissenschaft und von Veranstaltungen wie Vernetzungstreffen und Tagungen. Außerdem kooperiert sie mit Akteuren und Einrichtungen aus Bereichen wie Sozialarbeit, Nachhaltigkeit, ökologische Landwirtschaft und lokalen Agendaprozessen.¹⁴³

In Berlin ist Frauke Hehl die Schlüsselfigur der Gemeinschaftsgärten. Sie gründete unter anderem die Gärten „Bürgergarten Laskerwiese“ und „Rosa Rose“ und weiß ihre Deutungs- und Vermittlungskompetenzen für die Kommunikation mit den Ämtern einzusetzen. Dies zeigte sich am aktuellen Beispiel des Allmende-Kontors auf dem Tempelhofer Feld, einer Initiative Berliner Gartenaktivisten, die sich auf Augenhöhe mit der Berliner Senatsverwaltung treffen.¹⁴⁴ Der Allmende-Kontor wird als Beispiel für Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung in Kapitel 5.5 „Das Beispiel des Allmende-Kontors“ näher vorgestellt.

Frauke Hehl ist außerdem Gründerin der „Workstation Ideenwerkstatt e.V.“ und der Plattform „Urbanacker.net“. „Urbanacker.net“ besteht seit 2005 und bietet die Möglichkeit des Austausches zu Themen wie urbaner Landwirtschaft, Gemeinschaftsgärten, Naturschutz und alternatives Gärtnern als Beitrag für eine partizipative Stadtentwicklung. Sämtliche Informationen sind für die Öffentlichkeit frei zugänglich.

¹⁴² Schmidt, V.: „Die Netzgärtner“, Zeit online (Hrsg.),
URL: <http://www.zeit.de/lenbensart/2011-04/urban-gardening-netztipps-2>
[Stand: 21.5.2011]

¹⁴³ Stiftung Interkultur: „Ziele und Aufgaben“
URL: <http://www.stiftung-interkultur.de/interkultur-ziele-aufgaben>, München
[Stand: 13.3.2011]

¹⁴⁴ Müller, C. (Hrsg.): „Urban Gardening“, oekom Verlag, München 2011, S.36

Die Plattform wird gefördert von der „Stiftung Interkultur“ und der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Gruppen- und Einzelinitiativen können hier ihre Projekte selbst veröffentlichen und Material austauschen.¹⁴⁵

Des Weiteren ist hier Aktuelles über Gärten, verschiedene Projekte, Veranstaltungen und Termine online einzusehen. Darüber hinaus stehen diverse Texte, Filme und Linkssammlungen zur Verfügung.

Die „Workstation Ideenwerkstatt e.V.“ wurde von der Künstlergruppe „Wiener Wochenklausur“ im Frühjahr 1998 konzipiert und in Berlin ins Leben gerufen. Unter der Projektleitung von Frauke Hehl und in Zusammenarbeit mit anderen Menschen und Initiativen wurde die „Workstation Ideenwerkstatt e.V.“ weiterentwickelt. Sie dient als Plattform zur Realisierung und Vernetzung von Projekten und Initiativen. Aber auch einzelne Personen erfahren hier Unterstützung bei der Entwicklung ihrer Ideen. Die Workstation orientiert sich auch auf internationaler Ebene. Sie wird von der Stiftungsgemeinschaft „anstiftung & ertomis“ unterstützt.¹⁴⁶

3.1.3. Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit ist für Gemeinschaftsgärten ein wichtiges Thema und wird gepflegt, um Anerkennung, Verständnis und Unterstützung zu erlangen, aber auch um Ideen und Intentionen der Gemeinschaftsgärten nach außen zu tragen. Dies vermitteln zum einen die eben vorgestellten Plattformen, zum anderen stellen sich aber auch auf Veranstaltungen, wie zum Beispiel dem "Langen Tag der Stadtnatur" verschiedene Gärten vor. Solche Veranstaltungen dienen ferner der informellen Begegnung mit unterschiedlichen Vertretern, wie mir Herr Gödde von Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin in einem persönlichen Interview am 11. Juli 2011 mitteilte.

Viele Gartenprojekte wie zum Beispiel „Rosa Rose“, „Prinzessinnengärten“, „Pyramidengarten“ oder der „Bürgergarten Laskerwiese“ haben ihre eigene Webseite. Überdies werden aber auch Interviews für Funk und Fernsehen oder Auskünfte an Studenten, Künstler oder andere Projekte gegeben.

¹⁴⁵ Urbanacker.net (Hrsg.): "Startseite", URL: <http://www.urbanacker.net/>
[Stand: 25.3.2011]

¹⁴⁶ Workstation Ideenwerkstatt e.V. (Hrsg.): "Startseite",
URL: <http://www.workstation-berlin.org/>
[Stand: 27.5.2011]

3.1.4. Bedeutungszuwachs und Trend

Der Bedeutungszuwachs und Trend von Gemeinschaftsgärten lässt sich anhand zahlreicher Presseartikel ablesen. Inzwischen ist das urbane Gärtnern akzeptiert und begeistert Feuilletonisten und Stadtplaner.¹⁴⁷

Im Geschäftsbericht des Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. 2010 / 2011 ist eine Top 10 der Gartentrends aufgelistet. Auf Platz 7 befindet sich der hier sogenannte „Stadtgarten“. Bemerkenswert wird hierzu, dass ein regelrechter Boom im Urbanen Gärtnern als neue Verbindung zur Natur erwartet wird. "Wo private Gartenflächen fehlen, nimmt das Guerrilla Gardening auf öffentlichen Flächen zu." Die grünen Pioniere verwandeln beispielsweise urbane Beton- und Asphaltflächen in grüne Oasen. An erster Stelle befindet sich in diesem Geschäftsbericht der Küchengarten, der sich aber durchaus in die Gemeinschaftsgärten integrieren lässt. Er folgt dem Wunsch des Verbrauchers, sein eigenes Obst und Gemüse anbauen zu können. Dabei ist es ihm wichtig, Geld zu sparen und zu wissen, wo sein Angebautes herkommt und unter welchen Bedingungen es kultiviert wird.¹⁴⁸

Eine Anmerkung sei hier zum Begriff des „Guerrilla Gardenings“ gegeben, um Missverständnisse zu vermeiden: Guerrilla Gardening ist nach David Tracy "[...] das Gärtnern im öffentlichen Raum mit und ohne Genehmigung".¹⁴⁹

Der Begriff tauchte erstmals in den 70er Jahren in New York City auf, wo Bewohner die zunehmend verfallenden Wohnviertel und die von der Stadt offensichtlich vernachlässigten Brachflächen begrünt. Dies geschah anfangs heimlich, mit sogenannten "Saatbomben", die über Zäune geworfen wurden, um politisch Widerstand gegen diese Situation zu leisten. Die meisten Gemeinschaftsgärten befinden sich heute nicht auf illegal besetzten Flächen und besitzen meist keinen radikalen politischen Anspruch, wie dies zu damaligen Zeiten in New York der Fall war.

Dennoch können Gemeinschaftsgärten eine politische Intention verfolgen, wie zum Beispiel im Fall des Nachbarschaftsgartens „Rosa Rose“, der sich in Berlin-Friedrichshain auf einer langjährig leerstehenden Baubrache befand.

¹⁴⁷ Schrot & Korn (Hrsg.): „Und der Beton blüht“, Bio Verlag GmbH, 5/2011, URL: <http://www.schrotundkorn.de/2011/201105p01.pphp> [Stand: 15.05.2011]

¹⁴⁸ Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. (Hrsg.), Geschäftsbericht 2010/2011, Berlin, S.17

¹⁴⁹ Jahnke, J.: „Eine Bestandsaufnahme zum globalen Phänomen Guerrilla Gardening“, Masterarbeit, Humboldt-Universität zu Berlin, 2007, S.14

Er musste nach dem Verkauf der Flächen den neu gebauten Wohnungen weichen, die für die Bewohner des Bezirks kaum bezahlbar sind.¹⁵⁰ Jetzt befindet er sich - nach Verhandlungen mit dem Bezirksamt über einen Nutzungsvertrag - innerhalb einer öffentlichen Grünanlage.

Ein sehr medienwirksames Beispiel eines Gemeinschaftsgartens wird an dieser Stelle kurz vorgestellt. Die „Prinzessinnengärten“ in Berlin-Kreuzberg haben sich 2009 mit urbaner Landwirtschaft in Diskussion gebracht.

Die Initiatoren Marco Clausen und Robert Shaw entwickeln hier in Zusammenarbeit mit Anwohnern und Interessierten eine neue Form von Gemüsegärten auf einer städtischen Brachfläche. In bodenunabhängigen Beeten aus Bäckerkisten und Säcken werden hier Gemüse, aber auch ältere und seltene Kulturpflanzen angebaut. Hintergrund dieser Form des Gärtnerns des gemeinnützigen Unternehmens „Nomadisch Grün“ ist es, zu gegebenen Zeitpunkt einen schnellen Umzug des Gartens zu gewährleisten, ohne viel Verlust von Pflanzenmaterial. Die nachstehende Abbildung 6¹⁵¹ zeigt den Gemeinschaftsgarten mit seinen mobilen Beeten.



Abbildung 6: Prinzessinnengarten am Moritzplatz in Kreuzberg

¹⁵⁰ Schmidl, K.: „Baden vor der Wohnungstür—Investor will mit seinem Bauprojekt einen Friedrichshainer Kiez aufwerten/ Doch die Anwohner fürchten Verdrängung“, Berliner Zeitung (Hrsg.), Berlin, 30.11.2009

¹⁵¹ Prinzessinnengärten (Hrsg.): "Startseite",
URL: <http://prinzessinnengarten.net/>
[Stand:13.3.2011]

3.2. Einordnung in bestehende Freiraumtypen

In Kapitel 2.1 „Begriffsabgrenzung“ wurde bereits festgelegt, in welcher Form öffentliches Grün für diese Arbeit relevant ist. Urbane Grün- und Freiflächen, insbesondere die öffentliche, wurden ins städtische Gefüge hinsichtlich ihrer Lage, Zugänglichkeit, Nutzung und Zuständigkeit eingeordnet. In diesem Kapitel wird geklärt, inwieweit sich Gemeinschaftsgärten in bestehende Freiraumtypen einordnen lassen und worin die Unterschiede zu anderen Freiraumtypen liegen.

Zur Einordnung, wie sich Gemeinschaftsgärten hinsichtlich der Zugänglichkeit von anderen Gärten unterscheiden, soll die folgende Grafik¹⁵² dienen.

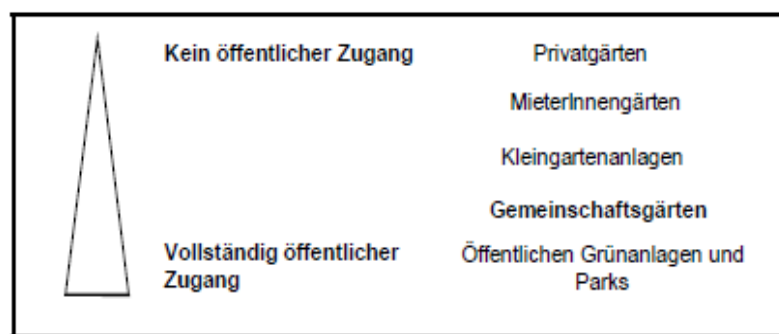


Abbildung 7: Gemeinschaftsgärten und andere Formen urbanen Grüns nach zunehmender öffentlicher Zugänglichkeit (Darstellung von Marit Rosol 2006)

Gemeinschaftsgärten sind in der Regel für jedermann öffentlich zugänglich, wie dies auch für öffentliche Grünanlagen und Parks zutrifft.

Wesentliche Unterschiede zu öffentlichen Grünanlagen liegen zum einen in der Art und Weise ihrer Organisation sowie in der gemeinschaftlichen Planung, Pflege und im Management der Gärten. Bürger, Anwohner und Interessierte engagieren sich hierbei ehrenamtlich als Mitglied eines Gemeinschaftsgartens.

Zum anderen unterscheiden von öffentlichen Grünanlagen durch ihre überwiegend landwirtschaftlichen Nutzung. Gemeinschaftsgärten bilden hier zwar einen Schnittpunkt mit dem speziell öffentlichen Freiraumtyp der Kleingärten. Allerdings werden hier den Kleingärtnern prozentualen Vorgaben für den Anbau von Obst und Gemüse auferlegt.

¹⁵² Rosol, M.: "Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung", Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.42

Ferner ist die Gestaltung der Fläche des Gartens über die Kleingartensatzung penibel vorgegeben. Durch diese Beschränkungen bilden sie im öffentlichen Raum ihre eigene geschlossene Welt, die von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird und mit einem Negativ-Image des „Überwachens und Vorschreibens“ behaftet ist.¹⁵³

Mieter- und Privatgärten sind durch den Rückzug ihrer NutzerInnen aus der Öffentlichkeit gekennzeichnet und spielen in dieser Bearbeitung keine weitere Rolle, denn den Mietern dieser Gärten ist hier wichtig, dass diese nicht als öffentlicher Raum definiert werden.¹⁵⁴

Gemeinschaftsgärten dagegen befinden sich im öffentlich zugänglichen Raum und unterscheiden sich somit von den eben erwähnten Gärten.

Laut Marit Rosol (2006) lassen sich Gemeinschaftsgärten bisher nicht im System städtischer Freiräume festlegen, sondern bilden einen eigenen Freiraumtyp¹⁵⁵.

Ein Merkmal der Gemeinschaftsgärten ist, dass sie multifunktional sind. Neben der landwirtschaftlichen und gärtnerischen Nutzung werden auch Flächen für verschiedene gemeinschaftliche Aktivitäten bereitgehalten.

3.3. Bedeutungen von Gemeinschaftsgärten: Politische Aspekte

Gemeinschaftsgärten erfüllen die Bedeutungen und Funktionen urbaner öffentlicher Freiräume und Grünflächen, wie sie bereits beschrieben wurden. Darüber hinaus besitzen sie aber weitere vielfältige Bedeutungen.

Die unterschiedlichen NutzerInnen zeigen ganz verschiedene Motivationen und Intentionen, sich in einem Gemeinschaftsgarten zu beteiligen. Dabei bedienen sie durchaus auch verschiedene politische Themenfelder.

Doch meist fehlt noch die genaue politische Wahrnehmung, wie mir Herr Götde von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin am 11. Juli 2011 in einem persönlichen Interview mitteilte. Daher werden in diesem Kapitel Argumente, die für die Gemeinschaftsgärten sprechen herausgearbeitet.

¹⁵³ Ruff, S.: „Urbane Gärten- zwischen Paradies, Oase und Landwirtschaft“, Diplomarbeit, Technische Fachhochschule Berlin, 2003, S. 59

¹⁵⁴ Rosol, M.: „Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung“, Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.37

¹⁵⁵ Rosol, M.: „Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung“, Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.42

Diese bilden somit eine Grundlage, um sie in die zu erarbeitenden Handlungsempfehlungen und möglichen folgenden politischen Entscheidungen einfließen zu lassen.

Gemeinschaftsgärten haben sowohl gesellschaftspolitische als auch sozialpolitische Bedeutungen, die sich unterschiedlichen politischen Themenfeldern zuordnen lassen. Sie sprechen außerdem Themenbereiche der Kommunalpolitik an. Hierbei wird insbesondere auf die Lokale Agenda 21 eingegangen.

3.3.1. Sozial- und gesellschaftspolitische Aspekte

Die nachfolgende Zusammenstellung der Argumente lassen sich der Gesellschafts- und Sozialpolitik unterordnen.

3.3.1.1. Gemeindewesen

Städte können als Orte kreativer Neuaneignungen und Neuinterpretationen angesehen werden. Somit entstehen erste Prozesse einer zivilgesellschaftlichen Inwertsetzung des öffentlichen Raumes, die am Gemeinwesen orientiert sind und in die Strategie der nachhaltigen Stadtentwicklung eingebettet werden können.¹⁵⁶ Gemeinschaftsgärten liefern in dieser Hinsicht einen wertvollen Beitrag, denn Stadtgärtner stehen für zivilgesellschaftliche Prozesse und für eine Demokratisierung des öffentlichen Raumes.¹⁵⁷

In einer postindustriellen Gesellschaft geht es um neue Verbindungen von Natur und Gesellschaft; hierbei können neue Utopien vom Lebensraum Stadt entworfen werden.¹⁵⁸ Urbane Gärten stehen dabei für ein neues postfossiles nachhaltiges und partizipatives Gesellschaftsmodell.¹⁵⁹ Die Gärten setzen sich somit gezielt für Teilhabe und Partizipation in einer grünen und produktiven Stadt ein, wobei sie sich bewusst ins Verhältnis zur Stadt setzen und mit ihr in einen Dialog treten.¹⁶⁰

¹⁵⁶ Müller, C.: „Zur Bedeutung von Interkulturellen Gärten für eine nachhaltige Stadtentwicklung“, Gstach, D.; Hubenthal, H.; Spitthöver, M. (Hrsg.), Arbeitsberichte des Fachbereiches Architektur Stadtplanung Landschaftsplanung, Heft 169, Universität Kassel 2009, S. 119-134

¹⁵⁷ Müller, C. (Hrsg.): „Urban Gardening“, oekom Verlag, München 2011, S.36

¹⁵⁸ Ahrenberg, J.: „Gewächse der Großstadt“, Berliner Zeitung (Hrsg.), 30.4.2011

¹⁵⁹ Müller, C.: „Raum schaffen für urbane Gärten. Die neue Gartenbewegung und die kommunale Politik“, Alternative Kommunalpolitik 2/2010, März/April, 31 Jhg. Bielefeld, S. 60-62,
URL: http://www.anstiftung-ertomis.de/opencms/export/sites/default/download/AKP_Christa_Mueller.pdf
[Stand: 23.7.2011]

¹⁶⁰ Müller, C. (Hrsg.): „Urban Gardening“, oekom Verlag, München 2011, S.50

Die Kreativwirtschaft wird seit Ende der 90er Jahre in Berlin durch einen neuen Sozialtypus getragen, der urbane und räumliche Erneuerungsprozesse leistet und somit auch für Flächenentwicklungsprozesse interessant ist.¹⁶¹ Die urbanen Pioniere erkennen hierbei die Stadt als Experimentierfeld für ihre eigenen Ziele an, aufgrund von unregelmäßigen Raumfragen der Industriebranchen in einem politisch vereinten Berlin. Der Soziologe Heinz Bude spricht daher von der "neuen Generation Berlin".¹⁶²

Die Stadtpolitik hat allerdings meistens weniger das Gemeindewohl als den Schuldendienst vor Augen.¹⁶³

3.3.1.2. Kinder/Schulen

Aufgrund eines unzulänglich funktionierenden Bildungssystems sind signifikante Bildungsdefizite bei Kindern aus unterprivilegierten Verhältnissen zu beobachten.¹⁶⁴ Der Zugang zur Natur ist gerade bei Großstadtkindern ein Problem. Es fehlt an naturpädagogischen Räumen und somit lautet die Diagnose oft "Naturmangelstörung".¹⁶⁵

Für urbane Gärten ist es selbstverständlich, Beete an Kinder oder Schulen abzugeben, wenn diese an ein Gartenprojekt grenzen.¹⁶⁶ Immer mehr Schulen, Kitas, Bildungseinrichtungen oder Hortgruppen besitzen Parzellen in Gemeinschaftsgärten. Manchmal sind diese zugleich Schulgärten oder werden für Umweltprojekte genutzt.¹⁶⁷ Ein Beispiel ist der „Kids' Garden“ in Berlin-Neukölln.

Für rund 300 Kinder des Reuterkiezes ist hier der Traum vom Naturgarten inmitten der dicht bebauten Stadt Realität geworden. Träger des Gartens ist der Verein „Grün für Kinder e.V. - Trägerverbund für Umweltbildung und –erziehung“, ein Zusammenschluss von Kinder- und Schülerläden, von Kinderprojekten und Eltern-Kind-Gruppen.

¹⁶¹ Müller, C. (Hrsg.): „Urban Gardening“, oekom Verlag, München 2011, S.107

¹⁶² Müller, C. (Hrsg.): „Urban Gardening“, oekom Verlag, München 2011, S.111

¹⁶³ Müller, C.: „Raum schaffen für urbane Gärten. Die neue Gartenbewegung und die kommunale Politik“, Alternative Kommunalpolitik 2/2010, März/April, 31 Jhg. Bielefeld, S. 60-62, URL: http://www.anstiftung-ertomis.de/opencms/export/sites/default/download/AKP_Christa_Mueller.pdf [Stand: 23.7.2011]

¹⁶⁴ Müller, C.: „Zur Bedeutung von Interkulturellen Gärten für eine nachhaltige Stadtentwicklung“, Gstach, D.; Hubenthal, H.; Spitthöver, M. (Hrsg.), Arbeitsberichte des Fachbereiches Architektur Stadtplanung Landschaftsplanung, Heft 169, Universität Kassel 2009, S. 119-134

¹⁶⁵ Müller, C. (Hrsg.): „Urban Gardening“, oekom Verlag, München 2011, S.33

¹⁶⁶ Müller, C.: „Zur Bedeutung von Interkulturellen Gärten für eine nachhaltige Stadtentwicklung“, Gstach, D.; Hubenthal, H.; Spitthöver, M. (Hrsg.), Arbeitsberichte des Fachbereiches Architektur Stadtplanung Landschaftsplanung, Heft 169, Universität Kassel 2009, S. 119-134

¹⁶⁷ Müller, C. (Hrsg.): „Urban Gardening“, oekom Verlag, München 2011, S.33

Ziel ist die Förderung der Umweltbildung von Kindern und Jugendlichen. Im ökologisch ausgerichteten „Natur-Spiel-Garten“ können sie die elementare Bestandteile der Umwelt wie Boden, Wasser und Pflanzen erfassen und erforschen und auf ihren Beeten Blumen, Obst und Gemüse pflanzen, pflegen und ernten. Die Kinder erlernen dabei spielerisch – neben dem Lauf der Jahreszeiten - Verantwortung für Natur und Umwelt zu übernehmen. Zudem erweitern sie hierbei ihre motorischen Fähigkeiten.¹⁶⁸

3.3.1.3. Integration

Integration spielt für Gemeinschaftsgärten eine große Rolle. Insbesondere für die interkulturellen Gärten. Aber auch andere Gärten, die nicht explizit zu den Interkulturellen Gärten zählen, nehmen dieses Thema auf wie etwa der „Bürgergarten Laskerwiese“. So ist in seiner Vereinssatzung zu lesen:

"Der Vereinszweck wird insbesondere verwirklicht durch die Minderung von Fremdenhass und aktive Förderung von Integrationsprozessen durch die gemeinschaftliche, bewusst interkulturell geprägte Nutzung, Bewirtschaftung und Pflege des Bürgergartens."¹⁶⁹

Ein Auszug der Satzung befindet sich im Anhang auf Seite 19.

Die größte Herausforderung für europäische Städte wird es in Zukunft sein, dem Trend der Desintegration entgegen zu wirken, so Christa Müller in ihrer Veröffentlichung „Zur Bedeutung interkultureller Gärten für eine nachhaltige Stadtentwicklung“ (2009).¹⁷⁰ Sie sind lohnende Integrationsprojekte, die im Gegenzug nicht viel kosten, so Müller weiter.¹⁷¹

Dabei verfolgen sie eine konsequente Ressourcenorientierung im Unterschied zu anderen Integrationsmaßnahmen, denn die Menschen erfahren sich hier als produktiv und souverän und stehen somit auf Augenhöhe zu anderen. Dies ist für Migranten in Deutschland keine Selbstverständlichkeit.

¹⁶⁸ Urbanacker.net (Hrsg.): "Kid's Garden"

URL:http://www.urbanacker.net/index.php?option=com_content&view=article&id=41:kids-garden-traumland-hinter-bunten-mauern&catid=21:garten&Itemid=7 [Stand: 27.8.2011]

¹⁶⁹ Anlage zum Protokoll der Mitgliederversammlung am 29.9.2005, Satzung Bürgergarten Laskerwiese

¹⁷⁰ Müller, C.: „Zur Bedeutung von Interkulturellen Gärten für eine nachhaltige Stadtentwicklung“, Gstach, D.; Hubenthal, H.; Spitthöver, M. (Hrsg.), Arbeitsberichte des Fachbereiches Architektur Stadtplanung Landschaftsplanung, Heft 169, Universität Kassel 2009, S. 119-134

¹⁷¹ Müller, C.: „Raum schaffen für urbane Gärten. Die neue Gartenbewegung und die kommunale Politik“, Alternative Kommunalpolitik 2/2010, März/April, 31 Jhg. Bielefeld, S. 60-62,
URL: http://www.anstiftung-ertomis.de/opencms/export/sites/default/download/AKP_Christa_Mueller.pdf
[Stand: 23.7.2011]

Die verschiedenen Bedeutungsebenen der Gemeinschaftsgärten liegen für Migranten in der Anerkennung, der am Gemeinwesen orientierten Aktivitäten und dem zivilgesellschaftlichem Engagement.¹⁷²

"Die Berliner Senatsverwaltung spricht heute stolz von Berlin als Hauptstadt der interkulturellen Gärten."¹⁷³

3.1.3.4. Soziales

Gemeinschaftsgärten bieten mit ihren sozialen Aspekten eine Vielzahl an Optionen. In der städtischen Natur stellen sie einen produktiven Teil dar. Eine wachsende Zahl von Menschen fühlt sich nicht mehr gebraucht und erfährt wenig Wertschätzung. Ihnen bleibt oft der Zugang zu den Ressourcen der Gesellschaft verwehrt.¹⁷⁴

So ist die Verdrängung von Minderheiten wie Langzeitarbeitslosen an den Rand der Gesellschaft zu beobachten.¹⁷⁵ Gemeinschaftsgärten können zur Förderung des Selbstwertgefühls, der Persönlichkeitsbildung und der Kooperationsfähigkeit beitragen.¹⁷⁶ Sie bieten Ausbildungen im Erlernen von Anbaumethoden, im Management eines Gartens und in der Verarbeitung und Produktion von Pflanzen und schaffen somit neue Qualifikationen.¹⁷⁷ Sie sind Orte sozialer Kontakte, solidarischer Hilfe und Orte der Gemeinschaftlichkeit.¹⁷⁸ Des Weiteren senken sie das Konfliktpotential von Personen, die durch das gemeinschaftliche Gestalten eines Gartens eingebunden werden.¹⁷⁹ Frauke Hehl spricht in Bezug auf Gemeinschaftsgärten von einem Megatrend, der alle sozialen Schichten erreicht.¹⁸⁰

¹⁷² Müller, C.: „Zur Bedeutung von Interkulturellen Gärten für eine nachhaltige Stadtentwicklung“, Gstach, D.; Hubenthal, H.; Spithöver, M. (Hrsg.), Arbeitsberichte des Fachbereiches Architektur Stadtplanung Landschaftsplanung, Heft 169, Universität Kassel 2009, S. 119-134

¹⁷³ Müller, C.: „Raum schaffen für urbane Gärten. Die neue Gartenbewegung und die kommunale Politik“, Alternative Kommunalpolitik 2/2010, März/April, 31 Jhg. Bielefeld, S. 60-62, URL: http://www.anstiftung-ertomis.de/opencms/export/sites/default/download/AKP_Christa_Mueller.pdf [Stand: 23.7.2011]

¹⁷⁴ Müller, C.: „Raum schaffen für urbane Gärten. Die neue Gartenbewegung und die kommunale Politik“, Alternative Kommunalpolitik 2/2010, März/April, 31 Jhg. Bielefeld, S. 60-62, URL: http://www.anstiftung-ertomis.de/opencms/export/sites/default/download/AKP_Christa_Mueller.pdf [Stand: 23.7.2011]

¹⁷⁵ Müller, C.: „Zur Bedeutung von Interkulturellen Gärten für eine nachhaltige Stadtentwicklung“, Gstach, D.; Hubenthal, H.; Spithöver, M. (Hrsg.), Arbeitsberichte des Fachbereiches Architektur Stadtplanung Landschaftsplanung, Heft 169, Universität Kassel 2009, S. 119-134

¹⁷⁶ Haidle, I.: „Urbane Gärten in Buenos Aires“, Diplomarbeit, Technische Universität Berlin, 2004, S.60

¹⁷⁷ Haidle, I.: „Urbane Gärten in Buenos Aires“, Diplomarbeit, Technische Universität Berlin, 2004, S.59

¹⁷⁸ Vinken, G.: „Der Stadtbewohner als Ackerbürger“, FAZ.net (Hrsg.), 4.5.2011, URL: <http://www.faz.net/artikel/C30405/christa-mueller-hrsg-urban-gardening-der-stadtbewohner-als-ackerbuenger-30336034.html> [Stand: 10.5.2011]

¹⁷⁹ Haidle, I.: „Urbane Gärten in Buenos Aires“, Diplomarbeit, Technische Universität Berlin, 2004, S.60

¹⁸⁰ Ahrenberg, J.: „Gewächse der Großstadt“, Berliner Zeitung (Hrsg.), 30.4.2011

Durch die Vielfalt der Nutzung des öffentlichen Raumes wird sozialer Zusammenhalt garantiert. Bewohner eines Quartiers lernen sich besser kennen, die Bildung nachbarschaftlicher Beziehungen wird unterstützt¹⁸¹ und durch Projekte können Bewohner an ihren Kiez gebunden werden.¹⁸²

3.1.3.5. Gesundheit

Die letzte hier vorgestellte Gruppe bildet die gesundheitsbewussten NutzerInnen. Durch den ökologischen Anbau von Obst und Gemüse erfahren diese eine ausgewogene Ernährung durch eine Vielzahl von Nahrungsmitteln, die dem Vitaminmangel entgegen wirken können.¹⁸³ Die gesunde Ernährung kann hierbei pflanzenkundliches Heilen mit einschließen.¹⁸⁴

Des Weiteren bietet die Gartenarbeit Bewegung für den Großstädter und Entspannung durch die Verbundenheit mit der Natur. Der Verlust der Natur im Alltag von Stadtmenschen kann zu emotionalem Verlust führen.

So wird angenommen, dass 2020 Depressionen weltweit die zweithäufigste Gesundheitsstörung sein werden, und zwar aufgrund zunehmender Entfremdung von der Natur. Viele Gärtner beschreiben die heilende Wirkung des Gartens.¹⁸⁵

Demzufolge gibt es auch Projekte wie Heil- und Therapiegärten.¹⁸⁶ Auf der ehemaligen Bahnanlage Gleisdreieck etwa können traumatisierte Flüchtlinge des Jugoslawienkrieges Heilung erfahren.¹⁸⁷

¹⁸¹ Müller, C.: „Raum schaffen für urbane Gärten. Die neue Gartenbewegung und die kommunale Politik“, *Alternative Kommunalpolitik* 2/2010, März/April, 31 Jhg. Bielefeld, S. 60-62,
URL: http://www.anstiftung-ertomis.de/opencms/export/sites/default/download/AKP_Christa_Mueller.pdf
[Stand: 23.7.2011]

¹⁸² Rosol, M.: „Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung“, Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.32

¹⁸³ Haidle, I.: „Urbane Gärten in Buenos Aires“, Diplomarbeit, Technische Universität Berlin, 2004, S.60

¹⁸⁴ Vinken, G.: „Der Stadtbewohner als Ackerbürger“, *FAZ.net* (Hrsg.), 4.5.2011,
URL: <http://www.faz.net/artikel/C30405/christa-mueller-hrsg-urban-gardening-der-stadtbewohner-als-ackerbuenger-30336034.html> [Stand: 10.5.2011]

¹⁸⁵ Müller, C.: „Zur Bedeutung von Interkulturellen Gärten für eine nachhaltige Stadtentwicklung“, Gstach, D.; Hubenthal, H.; Spiethöver, M. (Hrsg.), *Arbeitsberichte des Fachbereiches Architektur Stadtplanung Landschaftsplanung*, Heft 169, Universität Kassel 2009, S.119-134

¹⁸⁶ Ahrenberg, J.: „Gewächse der Großstadt“, *Berliner Zeitung* (Hrsg.), 30.4.2011

¹⁸⁷ Rudloff, J.: „Gärtnernd die Stadt verwandeln-Urbane Landwirtschaft ist in Berlin bereits heute eine bunte Bewegung“
URL: http://www.oya-online.de/article/read/278-Gaertnernd_die_Staedte_verwandeln.html
[Stand: 12.3. 2011]

3.3.2. Kommunalpolitik: Lokale Agenda 21 Berlin

In diesem Kapitel wird geklärt, wie sich Gemeinschaftsgärten in die Lokale Agenda 21 einfügen, in welchen Handlungsfeldern sie eine Rolle spielen und warum die Lokale Agenda 21 für die Gartenprojekte eine bedeutende Rolle spielt.

Einige Gartenprojekte stehen in Kooperation mit den Fördervereinen Lokale Agenda 21 in ihren jeweiligen Bezirken, wie etwa der „Pyramidengarten“ in Neukölln oder der „Wuhlegarten“ in Köpenick.¹⁸⁸

3.3.2.1. Berlin 21 e.V.

Der Verein Berlin 21 kooperiert mit verschiedenen Gartenprojekten und stellt einige von ihnen beispielsweise auf Fachtagungen wie der der "Stadt-Pflanzen" vor, die am 19. und 20. November 2010 stattfand. Auf dieser informellen Begegnung mit der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung als Kooperationspartner, kamen verschiedene Bereiche mit Vertretern der Bezirksämter, des BUND, der AG Naturerfahrungsräume, der Grünen Liga e.V., der Technischen Universität Berlin und viele andere zusammen.

Es wurden verschiedene Thesen diskutiert. Beispielsweise zu Leitfragen wie: "Was können Gemeinschaftsgärten beitragen, um die Wahrnehmung und Wertschätzung des öffentlichen Grüns zu verbessern?" Das Thesenpapier befindet sich im Anhang auf den Seiten 20 bis 22.

Der Verein bildet eine Schnittstelle zwischen der Berliner Politik, der Wirtschaft und Zivilgesellschaft im Bereich der Nachhaltigkeit. Er versteht sich als Dach sämtlicher Projekte und Initiativen, die im Bereich der nachhaltigen Entwicklung aktiv sind und möchte ihnen einen tragfähigen Rahmen und eine Plattform geben. Dabei bringt er Akteure aus unterschiedlichen Bereichen ins Gespräch und kommuniziert Themen und Aktivitäten öffentlichkeits- und medienwirksam.¹⁸⁹

Die Wurzeln des Vereins liegen in der lokalen Agendabewegung in Berlin, die seit 1995 von unterschiedlichen Gruppen und den Berliner Bezirken vorangetrieben wird.

¹⁸⁸ Urbanacker.net (Hrsg.): "Gärten",
URL: http://www.urbanacker.net/index.php?option=com_content&view=section&layout=blog&id=9&Itemid=7
[Stand:17.7.2011]

¹⁸⁹ Berlin 21 e.V. (Hrsg.): "Wir über uns",
URL: <http://www.berlin21.net/wirberuns/>
[Stand: 18.8.2011]

Der Ausgangspunkt dieser Bewegung war die auf dem UN-Umweltgipfel in Rio 1992 beschlossene Agenda 21. Der Verein Berlin 21 ist die Nachfolgeorganisation des Agendaforums der Region Berlin. Das Forum hatte seit 2000 die Umsetzung und Weiterentwicklung des Beschlusses des Abgeordnetenhauses 2006 zur Lokalen Agenda in Berlin vorangetrieben.¹⁹⁰

3.3.2.2 Beschluss des Abgeordnetenhauses zur Lokalen Agenda 21

Mit diesem Beschluss des Abgeordnetenhauses Berlin wurde die Lokale Agenda 21 zur Leitidee der zukünftigen Landespolitik erklärt. In einem Handlungsprogramm sind strategische Absichten und konkrete Handlungsanweisungen zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung in Berlin zusammengefasst.¹⁹¹ Dies bedeutet, dass sich hieraus konkrete Handlungsfelder und Maßnahmen ablesen lassen, die die Berliner Politik umzusetzen versucht. Somit lässt sich in gewisser Weise auch die Zukunft der Gemeinschaftsgärten innerhalb einer nachhaltigen Berliner Politik ablesen und ist demzufolge verpflichtend.

In dem Beschluss zur Lokalen Agenda 21 wurde festgelegt, dass in fünfjährigen Abständen zur Mitte einer Legislaturperiode über die Umsetzung zu berichten ist.

Die Umsetzung selbst ist längerfristig ausgelegt. Als Zeithorizont wurde das Jahr 2030 angegeben.¹⁹²

Die 2006 beschlossene Lokale Agenda 21 gliedert sich in drei Bereiche:¹⁹³

- Handlungsfeld,
- Qualitäts- und Handlungsziele,
- Maßnahmen.

¹⁹⁰ Berlin 21 e.V. (Hrsg.): "Geschichte",
URL: <http://www.berlin21.net/wirberuns/geschichte/>
[Stand: 18.8.2011]

¹⁹¹ Berlin 21 e.V. (Hrsg.): "Bilanz Lokale Agenda 21",
URL: <http://www.berlin21.net/bilanzlokaleagenda21/>
[Stand: 18.8.2011]

¹⁹² Berlin 21 e.V. (Hrsg.): "Bilanz Lokale Agenda 21",
URL: <http://www.berlin21.net/bilanzlokaleagenda21/>
[Stand: 18.8.2011]

¹⁹³ Wacker, R.: „Gemeinschaftsgärten als Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung?“, Bachelorarbeit, Universität Lüneburg, 2011, S.28

Die sieben Handlungsfelder beinhalten:

- soziales Leben in der Stadt gestalten,
- Engagement und Partizipation,
- Verkehr und Mobilität,
- Berlin in der märkischen Landschaft. Ressourcen nachhaltig nutzen,
- Energie und Klimabilanz,
- Wirtschaften und Arbeiten,
- Bildung.

Die ersten beiden Handlungsfelder stehen im Zusammenhang mit der partizipativen Gestaltung von öffentlichem Grün. Es wird hervorgehoben, dass das bürgerliche Engagement zu fördern ist und die Eigenverantwortung der Bürger und ihre Möglichkeiten zur Mitbestimmung in den Bezirken gestärkt werden sollte.

Des Weiteren soll bei der Neuanlage von Grünanlagen eine möglichst breite Partizipation erfolgen. Es wird das Ziel formuliert, dass bestehende Freiflächen in den Bezirken weiter genutzt werden sollen. Flächenumwandlungen in Grünflächen werden als Maßnahmen genannt, wobei auf den Ausbau von Gärten in der Stadt hingewiesen wird.¹⁹⁴

Gemeint sind hier allerdings vorrangig interkulturelle Gärten, die erstmals in einer politischen Agenda als Leitprojekte aufgeführt werden und eine spezielle Förderung durch Flächenzuweisung sowie materielle Unterstützung erhalten sollen.¹⁹⁵ Die Erklärungen dazu befinden sich im Anhang der Seiten 23 bis 24.

Ein weiteres wichtiges Ziel ist die Reduzierung der Flächenversiegelung. Dabei soll das Flächenrecycling gefördert werden.

¹⁹⁴ Wacker, R.: „Gemeinschaftsgärten als Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung?“, Bachelorarbeit, Universität Lüneburg, 2011, S.29

¹⁹⁵ Müller, C.: „Raum schaffen für urbane Gärten. Die neue Gartenbewegung und die kommunale Politik“, Alternative Kommunalpolitik 2/2010, März/April, 31 Jhg. Bielefeld, S. 60-62,
URL: http://www.anstiftung-ertomis.de/opencms/export/sites/default/download/AKP_Christa_Mueller.pdf
[Stand: 23.7.2011]

Geeignete Brachen sollen in Erholung und Umweltbildung integriert werden und zugänglich gemacht werden. Stadtbrachen sollen im Rahmen der Zwischennutzung von Bürgern selbst gestaltet werden.

Außerdem wird die Kultivierung alter Kultursorten, wie dies etwa im „Prinzessinnengarten“ der Fall ist, im Handlungsfeld "Berlin in der märkischen Landschaft" unterstützt werden.¹⁹⁶

Der erstmalige Bericht zur Umsetzung der Lokalen Agenda 21 Berlin lag zum 30. Juni 2009 dem Verein Berlin 21 vor. Er befasste sich kritisch mit dem bisher Erreichten. In einer Pressemitteilung des Vereins vom 23. Februar 2010 ist daher unter anderem zu lesen, dass in der Berichtserstattung nur über vier der 63 Handlungsfelder berichtet wird. Unverzichtbare Instrumente einer nachhaltigen Entwicklung Berlins seien nicht behandelt worden. Die zivilgesellschaftlichen Akteure seien zudem in den vergangenen drei Jahren unzureichend beteiligt worden.¹⁹⁷

In einer Stellungnahme des Vereins ist weiterhin zu lesen, dass eine schrittweise Umsetzung der Maßnahmen nicht erkennbar sei und es an Transparenz fehle.¹⁹⁸ Es werden noch weitere Kritikpunkte aufgeführt, die in der Pressemitteilung im Anhang der Seite 35 sowie in der Stellungnahme im Anhang auf den Seiten 26 bis 29 nachzulesen sind. Die bisherige Zusammenarbeit mit „Berlin 21 e.V.“ wurde von Seiten der Senatsverwaltung eingestellt. Der Verein Berlin 21 arbeitet weiter.

Für die Gemeinschaftsgärten bedeutet dies zum einen, dass es eine Schnittstelle zur Berliner Senatsverwaltung weniger gibt und zum anderen, dass die Handlungsfelder und Maßnahmen der Lokalen Agenda 21 unzureichend umgesetzt werden.

Wichtig ist aber, dass eine Kontrolle der Umsetzung festgelegter Beschlüsse durch die Arbeit des Vereins Berlin 21 erfolgte und Weiterentwicklungsmaßnahmen konzipiert werden müssen. Außerdem werden Gespräche in Veranstaltungen, wie der Wahlveranstaltung am 30. August 2011, mit Vertretern aller fünf Parteien fortgesetzt.

¹⁹⁶ Abgeordnetenhaus Berlin (Hrsg.): „Lokale Agenda 21- Berlin zukunftsfähig gestalten“, 2. Auflage, Berlin, 2006, S.45-47,

URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/agenda21/de/service/download/agenda_21_web_2.pdf
[Stand: 26.7.2011]

¹⁹⁷ Berlin 21 e.V. (Hrsg.): "Pressemitteilung des Vereins Berlin 21 e.V.", Berlin, 23.2.2010,

URL: http://www.berlin21.net/fileadmin/pdf/B21-2010-02-23-PM_zum_Agendabericht-3.pdf, S.1
[Stand: 19.8.2011]

¹⁹⁸ Berlin 21 e.V. (Hrsg.): "Stellungnahme zur Umsetzung des Beschlusses des Berliner Abgeordnetenhaus vom 8.6.2006", Berlin, 23.2.2010,

URL: http://www.berlin21.net/fileadmin/pdf/B21-Stellungnahme_zur_Beschlussumsetzung-3.pdf, S.1
[Stand: 19.8.2011]

3.3.3. Strategie Stadtlandschaft

Ein weiteres Vorhaben seitens der Politik, welches urbanes Gärtnern in die Stadtentwicklung integriert ist die "Strategie Stadtlandschaft", die am 19. Juli 2011 vom Berliner Senat beschlossen wurde. Sie beinhaltet die drei Leitbildthemen:

- Urbane Natur - "Berlin erleben".
- Schöne Stadt - "Berlin genießen".
- Produktive Landschaft - "Berlin selber machen".

Sie ist in drei Zeithorizonte mit Entwicklungsperspektiven gegliedert. Bis 2017 sollen erste Referenzprojekte aufgebaut werden. Das Jahr 2030 markiert dabei den mittelfristigen Horizont der Internationalen Gartenbauausstellung, 2050 wird als langfristige Perspektive gesehen.¹⁹⁹

Die folgende Abbildung 8²⁰⁰ zeigt die ersten Referenzprojekte, zu dem auch das Tempelhofer Feld mit dem Allmende-Kontor gehört.

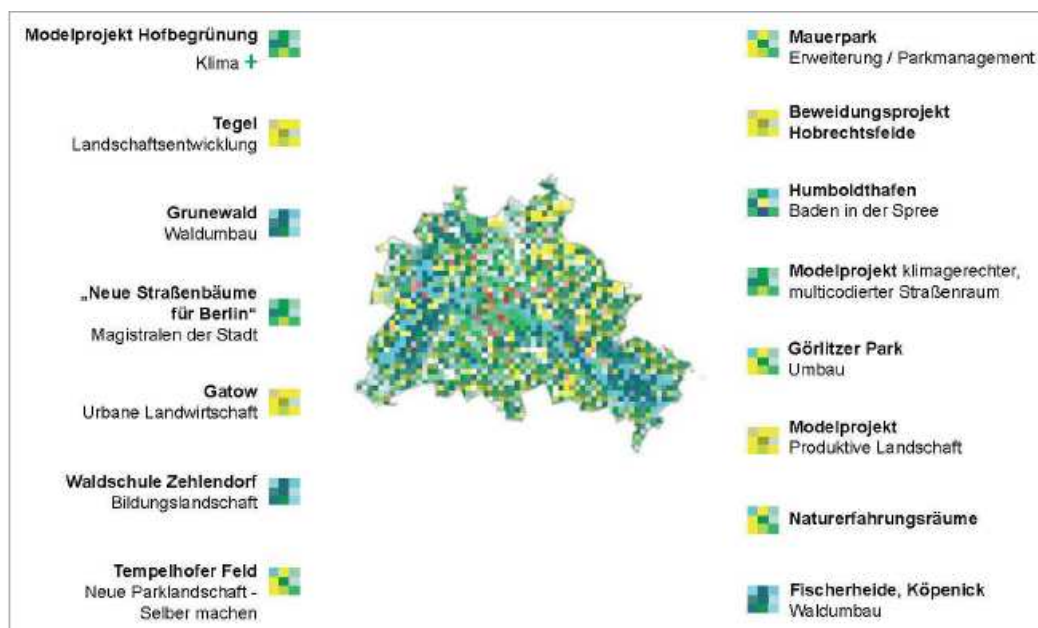


Abbildung 8: Referenzprojekte 2017 der Strategie Stadtlandschaft

¹⁹⁹ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.): "Pressemitteilung- Strategie Stadtlandschaft beschlossen", Berlin, 19.7.2011,
URL: <http://www.berlin.de/landespressestelle/archiv/20110719.1235.351700.html>
[Stand: 20.8.2011]

²⁰⁰ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.). "Strategie Stadtlandschaft", Dokumentation der Veranstaltung am 30. September 2010, Berlin, S.33,
URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/stadtforum/downloads/SF_Gruen_Dokumentation_bfrei.pdf
[Stand: 20.8.2011]

Ziele der "Strategie Stadtlandschaft" sind klima- und sozialgerechte Weiterentwicklung der Grün- und Freiräume als zentrales Thema der Stadtentwicklung und die Entwicklung neuer Strategien für grüne Räume. Dadurch soll zur urbanen Lebensqualität beigetragen und wichtige ökologische Ressourcen gesichert werden.

Bürgerschaftliches Engagement soll aktiviert und Sponsoringquellen sollen erschlossen werden. Eine verstärkte Akquirierung von Bundes- und EU Fördermitteln soll erfolgen.

Die einzelnen konkreten Maßnahmen betreffen unter anderem die Grünanlagensanierung. Grünanlagen sollen "fit" gemacht werden für Zukunftsaufgaben wie Klimawandel und demografischer Wandel und dabei die vielfältigen Lebensansprüche der Stadtgesellschaft berücksichtigen. Es sollen einzelne gute Beispiele mit Vorbildcharakter entwickelt werden.

Eine weitere Maßnahme betrifft die „produktive Landschaft“. Für unterschiedliche Zwischennutzungen und urbanes Gärtnern soll eine Organisationsplattform gebildet werden, die die Akteure vernetzen soll.

Für den Aufbau neuer Formen der Freiraumnutzung soll dabei logistische, organisatorische und beratende Unterstützung geboten werden. Ferner sollen Nutzungsregeln entwickelt und Gestaltungsqualitäten gesichert werden.

Dies ist in ausführlicher Form in der Pressemitteilung des Senats im Anhang auf den Seiten 30 und 31 nachzulesen.²⁰¹

Zuvor hat der Beirat des Stadtforums Berlin am 30. Dezember 2010 empfohlen:

"Ein Pflegekonzept für Grün- und Freiflächen muss selbstverständlich auch differenzierte Strategien zur Mobilisierung zivilgesellschaftlichen Engagements und neue Finanzierungsmodelle enthalten, die von Baumpatenschaften über multikulturelle Gärten bis zu kommerziellen und nicht kommerziellen Pioniernutzungen reichen."²⁰²

Das Ergebnispapier ist im Anhang auf den Seiten 32 bis 34 nachzulesen.

²⁰¹ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.): "Pressemitteilung- Strategie Stadtlandschaft beschlossen", Berlin, 19.7.2011,
URL: <http://www.berlin.de/landespressestelle/archiv/20110719.1235.351700.html>
[Stand: 20.8.2011]

²⁰² Beirat Stadtforum Berlin (Hrsg.): "Ergebnispapier- Ergebnisse aus Sicht des Beirats", Berlin, 30.9.2010,
URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/stadtforum/downloads/SF_Gruen_Ergebnispapier_Berat.pdf, S.3
[Stand: 15.4.2011]

In einer Sitzung der Forschungsgruppe des Allmende-Kontors am 30. September 2011 wurde von den Anwesenden der leitenden Organisationsgruppe bestätigt, dass eine solche Organisationsplattform, wie sie für die produktive Landwirtschaft und urbanes Gärtnern vorgesehen ist, durchaus wünschenswert ist. Die Gründe liegen auf der Hand. Es würde endlich einen Ansprechpartner auf administrativer Ebene geben, es könnte zu mehr Transparenz kommen und man könnte Verbindlichkeiten einfordern.

Andererseits stelle sich die Frage, ob es dadurch nicht zu Regelungen, Maßnahmen und Forderungen kommen kann, die von den Gartenakteuren nicht gewünscht sind, wenn sie die Selbstorganisation beschränken. Des Weiteren bleibt die Frage offen, woher das Personal für eine solche Arbeit gestellt werden würde, denn von Seiten des Senats wird dies kaum möglich sein. Zudem es wäre denkbar, dass an dieser Stelle wieder die Gartenakteure aktiv werden und somit ein weiteres Mal der Bottom-Up Ansatz bedient werde, also das Agieren in einem Arbeitsprozess von unten nach oben.

Aufgrund des politischen Engagements der Beteiligten sind Garteninitiativen zunächst von "unten" entstanden. Ihren Weg haben sie sich selbst durch zielstrebiges Wahrnehmen und Vertreten der eigenen Interessen ohne Sponsoring geebnet, auf Basis geringer eigener zur Verfügung stehender Ressourcen.²⁰³

In der Ausstellungseröffnung "Carrot City / Die Produktive Stadt" am 30. September 2011, im Architekturmuseum der Technischen Universität Berlin, erwähnt Elisabeth Meyer-Renschhausen, dass ein Zusammenkommen des "Bottom-Up" und "Top-Down"-Ansatzes für die Gartenaktivisten wünschenswert ist.

Herr Gödde von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung bemerkte in einem Interview des Magazins "Bier statt Blumen" zum Thema urbanes Gärtnern, er sei sich sicher, dass die Bewegung sehr vital ist und das ein Höhepunkt noch lange nicht erreicht sei. Nutzungsmöglichkeiten wie auf dem Tempelhofer Feld machen Mut.²⁰⁴

So spricht er auch in seinem Vortrag "Wie die Biologische Vielfalt in Berlin erhalten?", der von der Initiative Nachhaltige Entwicklung am 28. Juli 2011 in der Humboldt Universität zu Berlin initiiert wurde, vom Schutz der Naturressourcen als Gebot der Stunde. Gemeinschaftsgärten, Interkulturelle Gärten, produktives Nachbarschaftsgrün und andere Formen von produktivem Grün spielen dabei eine wesentliche Rolle.

²⁰³ Spitthöver, M.: „Gemeinschaftsgarten- ein Vergleich“, Stadt und Grün (Hrsg.), 10/2009, Patzer Verlag Berlin, S.27

²⁰⁴ Bier statt Blumen—Magazin für Berlin (Hrsg.): „Von der Brache zum Bauern- Land“, Berlin, Heft 1/ 2011, S.52

3.3.4. Urbane Landwirtschaft - Instrument nachhaltiger Stadtentwicklung?

Da beim Thema Gemeinschaftsgärten um urbanes Gärtnern und Pflanzenproduktion im Gartenbaubereich geht, wird in diesem Zusammenhang allgemein von urbaner Landwirtschaft gesprochen. Sie wird im Folgenden durch eine zweiseitige Betrachtung, aus Sicht der Gemeinschaftsgärten und aus Sicht der Verwaltung beziehungsweise Politik analysiert. Als Erstes wird dabei geprüft, inwiefern sich urbane Landwirtschaft in eine nachhaltige Stadtentwicklung integriert. Somit lassen sich mögliche Potentiale, aber auch Probleme aufzeigen, die später in die Handlungsempfehlungen einfließen können.

3.3.4.1. Der Hintergrund urbaner Landwirtschaft

Hintergrund dieses Themas ist der Klimawandel und die Endlichkeit der Ressourcen, dem sogenannten "Peak Oil". Dadurch gewinnt die städtische Bodenwirtschaft laut Christa Müller (2010) immer mehr an Bedeutung, denn mit der Versiegelung des Erdöls steht die industrialisierte Nahrungsmittelproduktion zur Disposition.²⁰⁵

Steigende Verstädterung, Migration in die Städte, natürliches Wachstum der Bevölkerung oder die Ausweitung der Städte in die Landschaft führen dazu, dass neue Wege der Versorgung mit Nahrungsmitteln gefunden werden müssen und dass mehr Gärten entstehen werden.²⁰⁶ Nahrungsmittel um den "halben Erdball" zu transportieren, wird uns sehr bald kurios erscheinen und demzufolge müssen wir uns mehr mit urbaner Landwirtschaft auseinandersetzen und das Potential zur Nahrungsmittelerzeugung in den Städten ausnutzen, so der amerikanische Journalist Michael Pollan in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen am 16. Februar 2009.²⁰⁷

²⁰⁵ Müller, C.: „Raum schaffen für urbane Gärten. Die neue Gartenbewegung und die kommunale Politik“, *Alternative Kommunalpolitik* 2/2010, März/April, 31 Jhg. Bielefeld, S. 60-62,
URL: http://www.anstiftung-ertomis.de/opencms/export/sites/default/download/AKP_Christa_Mueller.pdf
[Stand: 23.7.2011]

²⁰⁶ Haidle, I.: „Urbane Gärten in Buenos Aires“, Diplomarbeit, Technische Universität Berlin, 2004, S.37

²⁰⁷ Müller, C.: „Raum schaffen für urbane Gärten. Die neue Gartenbewegung und die kommunale Politik“, *Alternative Kommunalpolitik* 2/2010, März/April, 31 Jhg. Bielefeld, S. 60-62,
URL: http://www.anstiftung-ertomis.de/opencms/export/sites/default/download/AKP_Christa_Mueller.pdf
[Stand: 23.7.2011]

Der Bedeutungsgewinn urbaner Gärten wird darin gesehen, dass es für eine wachsende Gruppe der Stadtbevölkerung immer schwieriger sein wird, sich mit Nahrungsmitteln zu versorgen und es wird angenommen, dass sich diese Gruppe der urbanen Landwirtschaft zuwenden wird, um ihre Bedürfnisse durch Subsistenzproduktion zu befriedigen, so Drescher (2001).²⁰⁸

3.3.4.2. Nachhaltigkeit und urbane Landwirtschaft

Der Begriff der „Nachhaltigkeit“ wurde 1987 von der Bundland-Kommission geprägt. Darunter wird die gesellschaftliche Entwicklung verstanden, die der künftigen Generation die Möglichkeit gibt, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren eigenen Lebensstil zu wählen.²⁰⁹

Die Ziele sollen durch die drei Säulen der Nachhaltigkeit dauerhaft gestaltet werden. Die Säule der Ökologie beinhaltet, dass die natürliche Vielfalt gesichert wird und dass die Belastungsgrenzen ökologischer Systeme berücksichtigt werden.

Die Säule der Ökonomie beinhaltet, dass Arbeit gerecht verteilt wird und dabei die natürlichen Ressourcen nicht über die Maße beansprucht werden. Die dritte Säule des Sozialen bedeutet innerhalb einer Generation und zwischen den Generationen, die Ressourcen gerecht zu nutzen.²¹⁰

Die drei Säulen der Nachhaltigkeit können nach Julia Jahnke (2007) für urbane Landwirtschaft in ihrem positivem Nutzen dargestellt werden.

Der ökologische Nutzen umfasst dabei umweltrelevante Aspekte wie Ressourcenschonung und Abfallmanagement. Dazu kann urbane Landwirtschaft beitragen, indem der offene Kreis des Ressourceninputs, des einseitigen Konsums und des Abfalloutputs geschlossen wird, beispielsweise durch kompostierbare Materialien.

Der ökonomische Nutzen schlägt sich unter anderem in der Schaffung von Arbeitsplätzen für angrenzende Branchen wie Anbietern von Samen, Düngern, Gartengeräten und ähnlichen Unternehmen nieder. Ein weiterer Nutzen liegt hier in der Nahrungsmittelversorgung. Durch die Einsparung von langen Transportwegen können leicht verderbliche, aber auch regionale Nahrungsmittel angebaut werden.

²⁰⁸ Haidle, I.: „Urbane Gärten in Buenos Aires“, Diplomarbeit, Technische Universität Berlin, 2004, S.37

²⁰⁹ Wacker, R.: „Gemeinschaftsgärten als Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung?“, Bachelorarbeit, Universität Lüneburg, 2011, S.4

²¹⁰ Wacker, R.: „Gemeinschaftsgärten als Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung?“, Bachelorarbeit, Universität Lüneburg, 2011, S.4

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die temporäre Nutzung von Flächen, für die sich im Moment keine andere Nutzung rentiert oder die langfristig brachliegen. Im sozialen Nutzen bündeln sich Vorteile zum Wohlergehen und Wohlbefinden für den Einzelnen durch verbesserte Nahrungssicherheit und Qualität, Gesundheit und Solidarität in der Gemeinschaft. Außerdem schlägt sich hier auch der komplexe gesellschaftliche Nutzen nieder, durch den Zusammenhalt der Nachbarschaft oder die Erweiterung von Fähigkeiten, die somit zu weiterreichenden politischen oder edukativen Aktivitäten führen können.²¹¹

3.3.4.3. Nachhaltige Stadtentwicklung

Städte sind dynamische Systeme, die ständigen Veränderungsprozessen unterliegen. Sie werden geprägt durch gesellschaftliche, politische oder ökonomische Wechselwirkungen. Diese wurden bereits in den Kapiteln „Wandel“, „Bürgerengagement“ oder auch in der „Problemlage des öffentlichen Grüns“ dargestellt.

Die Stadtentwicklung wird durch ihre unterschiedlichen Akteure und Einflüsse wie Bevölkerung und Gesellschaft, wirtschaftliche Entwicklung, Politik und Planung geprägt. In der nachhaltigen Stadtentwicklung werden alle Prozesse, Projekte und Instrumente erfasst, die über rein planerische Ansätze hinausgehen.²¹²

Stadtentwicklung ist somit Ergebnis unterschiedlicher gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Nutzungsansprüche an den Raum. Die nachhaltige Stadtentwicklung versucht, die unterschiedlichen Interessen abzuwägen und einem zukunftsfähigen Ausgleich zuzuführen.²¹³

Eine nachhaltige Stadt wäre nach Christa Müller (2009) unter anderem eine Stadt, die sich offensiv am Gemeinwesen orientiert, die Partizipation ermöglicht und die die Stadt auch als Natur-Raum begreift und innerstädtische Freiflächen schafft und renaturiert.²¹⁴

All diese Punkte werden von Gemeinschaftsgärten erfüllt.

²¹¹ Jahnke, J.: „Eine Bestandsaufnahme zum globalen Phänomen Guerrilla Gardening“, Masterarbeit, Humboldt- Universität zu Berlin, 2007, S.19-22

²¹² Wacker, R.: „Gemeinschaftsgärten als Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung?“, Bachelorarbeit, Universität Lüneburg, 2011, S.6-7

²¹³ Bundesinstitut für Bau- Stadt- und Raumforschung (Hrsg.): "Nachhaltige Stadtentwicklung", S
URL:http://www.bbsr.bund.de/nn_21972/BBSR/DE/Stadtentwicklung/StadtentwicklungDeutschland/NachhaltigeStadtentwicklung/Stadtentwicklung__node.html?__nnn=true [Stand: 19.5.2011]

²¹⁴ Müller, C.: „Zur Bedeutung von Interkulturellen Gärten für eine nachhaltige Stadtentwicklung“, Gstach, D.; Hubenthal, H.; Spitthöver, M. (Hrsg.), Arbeitsberichte des Fachbereiches Architektur Stadtplanung Landschaftsplanung, Heft 169, Universität Kassel 2009, S. 119-134

Konkrete Maßnahmen einer nachhaltigen Stadtentwicklung sind unter anderem ein ökonomisch sinnvolles Flächenmanagement und eine ökologisch orientierte Freiraumentwicklung. Ein ökonomisches Flächenmanagement beinhaltet die Reduzierung des Flächenzuwachses und die Nutzung des innerstädtischen Flächenbestandes, indem beispielsweise Flächen wiedergenutzt, weitergenutzt, umgenutzt oder zwischengenutzt werden. Die ökologische Freiraumentwicklung beinhaltet die Verbesserung des Stadtklimas oder die Senkung der Umweltbelastungen inklusive Müll und umfasst Maßnahmen wie die Erhöhung des Vegetationsanteils durch Renaturierung von Brachflächen und Reduzierung der Bodenversiegelung.²¹⁵

Die Renaturierung beinhaltet Maßnahmen oder Stadtumbauprojekte, die auf eine dauerhafte Umwandlung von Bauland zu Grün- und Freiflächen angelegt sind. Im städtischen Kontext entstehen dabei auch neue produktive Landschaften mit landwirtschaftlichen Nutzungen.²¹⁶

3.3.4.4. Was ist urbane Landwirtschaft?

Im Folgenden soll der Begriff urbane Landwirtschaft näher definiert werden, zunächst aus Sicht der Garten-Aktiven, Aktivisten und Wissenschaftler.

3.3.4.4.1. Sichtweise der Gartenaktivisten und Wissenschaftler

Philipp Stierand (2008) definiert in seiner Dissertation "Stadt und Lebensmittel. Die Bedeutung des städtischen Ernährungssystems für die Stadtentwicklung" urbane Landschaft folgendermaßen:

"Urbane Landwirtschaft ist die Nutzung von Land in Ballungsräumen oder dessen Peripherie zum Anbau von Lebensmitteln. Die Nutzung erfolgt in der Regel für den Eigenbedarf und ist eng mit dem Sozialleben, den ökologischen und wirtschaftlichen Kreisläufen der Stadt verbunden."

²¹⁵ Lauenstein, H.: „Wie orientiert sich die Freiraumplanung?“, RWTH Aachen, URL: http://www.pt.rwth-aachen.de/dokumente/080519_lehrbaustein_freiraumentwicklung.pdf, S.3 [Stand: 18.8.2010]

²¹⁶ Bundesinstitut für Bau- Stadt- und Raumforschung (Hrsg.): "Renaturierung als Strategie nachhaltiger Stadtentwicklung- Dokumentation von Fallstudien", Werkstatt: Praxis Heft 62, Bonn 2009, URL: http://www.bgmr.de/downloads/Werkstatt_Praxis62_Renatuierung.pdf, S.8 [Stand: 30.7.2011]

Formen der urbanen Landwirtschaft sind unter anderem Gemeinschaftsgärten, aber auch Dachgärten und Gemüseselbsternte.²¹⁷

Nach Isabella Haidle (2006) gibt es zu diesem Zeitpunkt keine allgemeingültige und umfassende Definition. Sie definiert urbane Landwirtschaft innerhalb von Städten und Siedlungen oft auf Boden, der für landwirtschaftliche Nutzung nicht vorgesehen ist, auf Brachen, Zwischenräumen, öffentlichem Land, in Hausgärten oder auf Hausdächern.

Die produzierten Nahrungsmittel werden von den Produzenten selbst konsumiert, verkauft, verschenkt oder vor Ort genossen. Es handle sich dabei häufig um geringe Produktionsmengen. Das Arbeiten mit Pflanzen in oftmals gemeinschaftlicher Eigenproduktion sei von psychologischer, pädagogischer und gesellschaftsbildender Bedeutung.

Ein Weiterer Punkt ist die Erhaltung der Biodiversität durch die kulturelle Mischung innerhalb der Gärten und folglich die Vermehrung und Züchtung von Samen aus verschiedenen Heimatländern.²¹⁸ Aber auch durch die Erhaltung alter Sorten, wie dies im Prinzessinnengarten der Fall ist, trägt zur Biodiversität bei.

Den Unterschied zu ruraler Landwirtschaft bildet die Integration urbaner Gärten in das städtische ökonomische und ökologische System.²¹⁹

Welchen Stellenwert urbane Landwirtschaft einnimmt, hänge von unterschiedlichen Faktoren und den jeweiligen Umständen einer Stadt ab, so Julia Jahnke (2007). Diese wirken sich auf globalen, nationalen, regionalen und urbanen Ebenen aus, bis hin zu einzelnen Haushalten und Individuen.²²⁰

"Urbane Landwirtschaft werde zunehmend eine wichtige Rolle spielen und einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung nachhaltiger Städte leisten können."²²¹

²¹⁷ Stierand, P.: "Was ist urbane Landwirtschaft?",
URL: <http://speiseraeume.de/faq-urbane-landwirtschaft/>
[Stand: 25.6.2011]

²¹⁸ Haidle, I.: „Urbane Gärten in Buenos Aires“, Diplomarbeit, Technische Universität Berlin, 2004, S.42

²¹⁹ Haidle, I.: „Urbane Gärten in Buenos Aires“, Diplomarbeit, Technische Universität Berlin, 2004, S.34

²²⁰ Jahnke, J.: „Eine Bestandsaufnahme zum globalen Phänomen Guerrilla Gardening“, Masterarbeit, Humboldt- Universität zu Berlin, 2007, S.18

²²¹ Jahnke, J.: „Eine Bestandsaufnahme zum globalen Phänomen Guerrilla Gardening“, Masterarbeit, Humboldt- Universität zu Berlin, 2007, S.14

"Noch habe die Stadtplanung den ökologischen und gesellschaftlichen Wert dieser Flächen jedoch nicht voll erfasst. Aber es gebe bereits Tendenzen, entsprechende Projekte in neue nachhaltige Strategien zu integrieren.", so Christa Müller in einem Interview gegenüber der Berliner Zeitung am 30. April 2011.

In der Regel handelt es sich bei urbaner Landwirtschaft in Gemeinschaftsgärten um die Deckung des Eigenbedarfs und die Selbstversorgung. Frauke Hehl ist beim Thema Selbstversorgung eher skeptisch, denn bei den meisten dürfte es kaum mehr als für ein paar leckere Mahlzeiten im Kreise der Freunde reichen. Der Anbau in größeren Mengen sei arbeits- und flächenintensiv.

Ob die Selbstversorgung eine Zukunft habe hänge davon ab, wie teuer die Lebensmittel in Zukunft sein werden und wie sich private und politische Initiativen mit staatlichen Programmen verzahnen, so Christa Müller weiter.

Für die Gartenaktivisten ergeben sich in Hinblick auf die urbane Landwirtschaft einige Probleme, denn es gibt für sie bisher kaum passende Instrumente und rechtliche Kategorien.²²²

Es sind noch viele Schritte nötig, um urbane Landwirtschaft fest in die Politik und Stadtplanung zu integrieren, so Juliane Rudloff (2011), die an einer Initiative zur permakulturellen Umgestaltung des ehemaligen Spreeparks im Berliner Plänterwald beteiligt war.²²³

3.3.4.4.2. Sichtweise der Verwaltungen und Politik

Auf der Internetseite der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin ist zum Thema urbane Landwirtschaft zu lesen, dass sie in Städten wesentliche Impulse für eine qualitative Stadtentwicklung setzen kann.

²²² Ahrenberg, J.: „Gewächse der Großstadt“, Berliner Zeitung (Hrsg.), 30.4.2011

²²³ Rudloff, J.: „Gärtnernd die Stadt verwandeln-Urbane Landwirtschaft ist in Berlin bereits heute eine bunte Bewegung“,
URL: http://www.oya-online.de/article/read/278-Gaertnernd_die_Staedte_verwandeln.html
[Stand: 12.3. 2011]

"Wenn aber Landwirtschaft ein neuer Flächennutzer in der Stadt werden soll, muss sie sich aber zu gleich neu erfinden und urbaner werden: Sie sollten ein multifunktionaler städtischer Dienstleister sein [...]. Als Anbieter von Freizeitdienstleistungen, Gastronomie, Partner sozialer Einrichtungen würde ein urbaner landwirtschaftlicher Betrieb einen vielfältigen Nutzen für die Stabilisierung von Stadtquartieren und damit auch für die Gesamtstadt einbringen."²²⁴

Es stellt sich demnach die Frage, ob die Senatsverwaltung Gemeinschaftsgärten in die urbane Landwirtschaft einbezieht, wenn sie von landwirtschaftlichen Betrieben spricht und ob sie die Gärten somit auch unterstützt und fördert.

Verwiesen wird auf dieser Internetseite auf den Workshop "Neue Felder für die Stadt - urbane Landwirtschaft als Instrument der Stadtentwicklung", der am 23. März 2006 von der Berliner Gartenamtsleiterkonferenz beim Deutschen Städtetag und von der Amtsleiterfachgruppe 2 Naturschutz und Landschaftsplanung und der Agrarbörse Deutschland Ost e.V. als Dokument herausgegeben wurde.

Bei dieser Veranstaltung trafen unterschiedliche Bereiche mit Vertretern zusammen, die hier einen gewissen Querschnitt der Beteiligten repräsentieren. Anwesend waren unter anderem Vertreter der Bezirksämter, der Senatsverwaltung, des Naturschutz Bundes kurz NABU, des Pflanzenschutzamtes Berlin, der Technischen Universität und der Humboldt Universität zu Berlin, des Deutschen Instituts für Urbanistik, verschiedene Fördervereine und Landwirte.

Einführend wurden Vorträge zum Thema urbane Landwirtschaft gehalten, später wurden in verschiedenen Arbeitsgruppen spezielle Themenfelder bearbeitet.²²⁵

²²⁴ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.): "Urbane Landwirtschaft", URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/landschaftsplanung/stadtland/de/urbane_landwirtschaft.shtml [Stand: 27.6.2011]

²²⁵ Berliner Gartenamtsleiterkonferenz beim Deutschen Städtetag, Amtsleiterfachgruppe 2 Naturschutz und Landschaftsplanung (Hrsg.): "Neue Felder für die Stadt- urbane Landwirtschaft als Instrument der Stadtentwicklung?", Dokumentation zum Workshop, Berlin, 23.3.2011, S.25-35
URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/landschaftsplanung/stadtland/download/workshopdoku_neue_felder.pdf
[Stand: 25.8.2011]

Die für dieses Thema relevanten Ergebnisse der Arbeitsgruppen beinhalten folgende Punkte:

- Die Erstellung eines Flächenkatasters für mögliche landwirtschaftliche Nutzflächen für mögliche NutzerInnen und Interessenten wäre sinnvoll.
- Städtebauliche Ziele haben gegenüber landwirtschaftlichen Nutzungen Priorität.
- Der landschaftspflegerische Beitrag wird in vielen Planungsbüros unterschätzt.
- Es bestehe ein Flickenteppich aus verschiedenen Projekten.
- Forderungen an die Art der landwirtschaftlichen Nutzung sind zu stellen, dementsprechend ist eine hochproduktive Landwirtschaft im innerstädtischen Raum fehl am Platz.
- Für urbane Landwirtschaft gibt es keine allgemeinen Lösungen, jeder Fall muss lokal definiert und geregelt werden.
- Es besteht Gesprächsbedarf zwecks der Erwartungshaltung.
- Seitens der Verwaltung besteht Interesse an landwirtschaftlicher Nutzung von geeigneten Flächen.
- Bedingungen, Voraussetzungen und Zielvorstellungen der Nutzung müssen zwischen Verwaltung, Flächeneigentümern und potentiellen Betreibern abgestimmt werden.
- Die Vielzahl an Flächen mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen bietet eine hohe Variationsbreite an Nutzungen.
- Aus Sicht der Verpächter bietet landwirtschaftliche Nutzung Vorbeugung vor Müllablagerung.

Außerdem wurde festgestellt, dass es in der Berliner Verwaltung keine Ansprechpartner mehr gibt, da mit dem Landwirtschaftsstaatsvertrag die Zuständigkeit an das Brandenburger Landwirtschaftsministerium verloren ging. Ferner berücksichtigen landwirtschaftliche Förderprogramme nicht den innerstädtischen Raum.²²⁶

Aus diesen Ergebnissen ist abzuleiten, dass es eine große Schnittmenge in Bezug auf das Verständnis der urbanen Landwirtschaft mit der Sichtweise der Gartenakteure und Wissenschaftler gibt, was Potentiale und Probleme betrifft.

²²⁶ Berliner Gartenamtsleiterkonferenz beim Deutschen Städtetag, Amtsleiterfachgruppe 2 Naturschutz und Landschaftsplanung (Hrsg.): "Neue Felder für die Stadt- urbane Landwirtschaft als Instrument der Stadtentwicklung?", Dokumentation zum Workshop, Berlin, 23.3.2011, S.25-35
URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/landschaftsplanung/stadtland/download/workshopdoku_neue_felder.pdf
[Stand: 25.8.2011]

Die Klärung der Frage ob Gemeinschaftsgärten seitens der Verwaltungen in die urbane Landwirtschaft integriert sind, kann allerdings nicht eindeutig beantwortet werden, denn die oft vagen Aussagen wie die über vielfältige Nutzungsmöglichkeiten und lokal verschiedene Lösungen und Definitionen für urbane Landwirtschaft, hinterlassen großen Spielraum für Interpretationen.

Die einzige Erwähnung urbaner Gärten erfolgte in diesem Workshop von Dr. Fuhrmann vom Institut für Agrar- und Stadtökologische Projekte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Auch sie zeigt ganz deutlich Probleme auf. So fehle beispielsweise eine Kategorie in der Flächennutzungsplanung, die urbane Landwirtschaft fördert oder möglich macht.

Es gäbe keine rechtlichen Rahmenwerke, die zum Beispiel die zur Verfügungstellung öffentlicher oder brachliegender Flächen und Parzellierung für Zwischennutzungen regeln.²²⁷ Die prekäre Situation der Nutzungsrechte hat Einfluss auf die angebauten Pflanzen. Denn wenn keine Landsicherheit existiert werden keine Jahres- oder Dauerkulturen angebaut, sondern schnell wachsende Pflanzen mit kurzem Wachstumszyklus.

Die Beschränkung des Platzangebotes bedingt eine intensivere Produktion und kleinteilige Anbaumethoden.²²⁸

Dies beinhaltet aber auch gleichzeitig Vorteile der urbanen Landwirtschaft, denn sie kann temporär als Zwischennutzung bewirtschaftet werden und somit in der Stadt als Innovationsmotor oder Experimentierfeld gelten. Als Zwischennutzung halten sie außerdem die Option einer späteren baulichen Nutzung offen, so Dr. Fuhrmann weiter.

Es ergibt sich somit ein direkter Nutzen für Stadtumbau und für Bevölkerung. Projekte urbaner Landwirtschaft können, wenn der Träger ein eingetragener Verein ist, Fördermittel beantragen.

²²⁷ Berliner Gartenamtsleiterkonferenz beim Deutschen Städtetag, Amtsleiterfachgruppe 2 Naturschutz und Landschaftsplanung (Hrsg.): "Neue Felder für die Stadt- urbane Landwirtschaft als Instrument der Stadtentwicklung?", Dokumentation zum Workshop, Berlin, 23.3.2011, S.11
URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/landschaftsplanung/stadtland/download/workshopdoku_neue_felder.pdf
[Stand. 25.8.2011]

²²⁸ Haidle, I.: „Urbane Gärten in Buenos Aires“, Diplomarbeit, Technische Universität Berlin, 2004, S.41

Ein Beispiel für ein Projekt mit kurzer Zwischennutzung ist der "Stadtacker" in Berlin.²²⁹ Er wurde als einer der ersten 19 Pioniere für die Zwischennutzung auf dem Tempelhofer Feld ausgewählt. Das Projekt setzt sich unter anderem mit Leitgedanken des „Urban Farming“, „Transition Town“ oder „Permakulturen“ auseinander. Leitsätze sind dabei langfristige Nachhaltigkeit und Biodiversität. Außerdem sollen vergessene Kulturpflanzen und ihre Bedeutung hervorgehoben werden.²³⁰

Abschließend werden hier Aussagen aus einem persönlich geführten Interview mit Herrn Gödde von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin am 11. Juli 2011 aufgeführt: Urbane Landwirtschaft hat in der Senatsverwaltung derzeit keine Interessenvertretung, möglicherweise könne dies in fünf Jahren der Fall sein. Die Politik müsse urbane Landwirtschaft und Gemeinschaftsgärten stärker wahrnehmen. Im Moment erfahren sie außer von Seiten des Naturschutzes keine Unterstützung. Aber die Zukunft sehe rosig aus für urbane Landwirtschaft und für Gemeinschaftsgärten, da sich hierbei eine große Spanne von Möglichkeiten eröffnet. Er begrüßt das große Engagement und weiß, dass dies viel Nerven kostet. Es wäre aber wichtig für die Akteure, sich nicht abbringen zu lassen von ihren Zielen und Interessen.

²²⁹ Berliner Gartenamtsleiterkonferenz beim Deutschen Städtetag, Amtsleiterfachgruppe 2 Naturschutz und Landschaftsplanung (Hrsg.): "Neue Felder für die Stadt- urbane Landwirtschaft als Instrument der Stadtentwicklung?", Dokumentation zum Workshop, Berlin, 23.3.2011, S.11
URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/landschaftsplanung/stadtland/download/workshopdoku_neue_felder.pdf
[Stand: 25.8.2011]

²³⁰ Ideen Initiative Zukunft (Hrsg.): "Stadtacker",
URL: <http://www.ideen-initiative-zukunft.de/projekt/anzeigen/23334#>
[Stand: 25.8.2011]

3.4. Fazit Kapitel 3

Der Begriff der Gemeinschaftsgärten umfasst viele verschiedene Gärten wie Interkulturelle Gärten, Nachbarschaftsgärten, Community Gardens, City Farms und weitere. Er soll hier aber für all diese Gärten stellvertretend verwendet werden, da er das Kennzeichen der Gemeinschaft beinhaltet und am besten verdeutlicht.

Gemeinschaftsgärten bilden einen eigenen Freiraumtyp und ihre Charakteristika und zugleich Unterschiede zu anderen Freiraumtypen wie Kleingärten oder öffentlichen Grünanlagen liegen in der Art und Weise, wie sie organisiert und aufgebaut sind. So ist beispielsweise die Vernetzung der Gärten untereinander und auch die Öffentlichkeitsarbeit ein wichtiger Punkt.

Da sie multifunktional ausgerichtet sind, leisten sie informelle Arbeit in Form von Veranstaltungen, Lesungen, Workshops und vieles mehr und sind somit Orte des sozialen Kontakts, bieten Zusammenhalt, fördern ferner die Weiterbildung und natürlich die Gesundheit in vielerlei Hinsicht.

Sie sind durch die Gemeinschaft und Solidarität, freiwilliges Engagement und ihre Ausrichtung auf die Öffentlichkeit sowie ihre öffentliche Zugänglichkeit gekennzeichnet. Die Gärten werden gemeinschaftlich und unentgeltlich von Bürgern angelegt, gemanagt und gepflegt. Der Anbau von Pflanzen wie Obst und Gemüse ist dem Städtischen angepasst. Dabei stammen die Gartenaktivisten aus ganz unterschiedlichen sozialen Schichten und es zeichnen sich ganz unterschiedliche Motivationen und Bedeutungen für verschiedene NutzerInnengruppen ab.

Dadurch ergeben sich Argumente, die für die Gemeinschaftsgärten sprechen und politisch verankert werden können.

Gemeinschaftsgärten liegen im urbanen Raum. Sie sind demzufolge für jeden, der sich engagieren möchte oder gärtnerisch betätigen möchte, in der Nachbarschaft zu finden.

Gemeinschaftsgärten haben oft eine politische Intention. Sie tragen zur zivilgesellschaftlichen Inwertsetzung und Demokratisierung des öffentlichen Raumes bei, indem sie neue Verbindungen von Natur und Stadt schaffen.

Die Stadt wird dabei als Experimentierfeld genutzt und somit werden neue postfossile nachhaltige und partizipative Geschäftsmodelle entwickelt.

Eingebettet sind diese Strategien in die nachhaltige Stadtentwicklung, die Handlungsfeld der Lokalen Agenda 21 ist. So sind Interkulturelle Gärten erstmals als Leitprojekt einer politischen Agenda aufgenommen worden.

Gemeinschaftsgärten arbeiten auf Bezirksebene mit der Lokalen Agenda 21 Berlin zusammen und beinhalten Maßnahmen wie die Nutzung geeigneter Brachen, den Ausbau von Gärten in der Stadt oder die Gestaltung von Zwischennutzungen durch den Bürger. Durch die Kultivierung alter Sorten beispielsweise tragen sie außerdem zur Biodiversität bei.

In der 2011 vom Berliner Senat beschlossenen „Strategie der Stadtlandschaft“ nehmen sie zum einen die Rolle von Pionierprojekten beziehungsweise Referenzprojekten mit positiver Beispielwirkung wie auf dem Tempelhofer Feld ein, zum anderen werden urbane Gärten in das Leitbildthema der "produktiven Landschaft" aufgenommen. Geplant sind hierbei unter anderem eine Organisationsplattform für Zwischennutzungen und urbane Gärten und der Aufbau neuer Formen der Freiraumnutzung.

Dabei sollen Nutzungsregeln entwickelt werden und Gestaltungsqualitäten gesichert werden. Das Potential der Gemeinschaftsgärten wurde demnach von politischer Seite ansatzweise erkannt, wie dies auch beim Thema der urbanen Landwirtschaft der Fall ist. Urbane Landwirtschaft wird als Instrument der Stadtentwicklung wahr- und aufgenommen, aber es sind noch Probleme bezüglich der Umsetzung erkennbar.

So ist ein genau definiertes Verständnis des Begriffs der urbanen Landwirtschaft unter den Akteuren der Politik und Verwaltung nicht erkennbar beziehungsweise unterscheidet sich deutlich von dem Verständnis der Gartenakteure und Wissenschaftler, die diesem Begriff verschiedene Bedeutungen beimessen und dies auf einer ganz anderen Ebene. Die politische Seite lässt vermuten, dass sie darunter landwirtschaftliche Betriebe und Dienstleister versteht oder zumindest urbane Landwirtschaft nur als Zwischennutzung begreift.

Die Gartenakteure und Aktiven bauen landwirtschaftliche Erzeugnisse aber meist nur in geringen Mengen zum Eigenbedarf an. Die urbane Landwirtschaft ist dabei aber eng verbunden mit dem Sozialleben und den ökologischen und wirtschaftlichen Kreisläufen der Stadt und beinhaltet daneben psychologische, pädagogische und gesellschaftsbildende Aspekte und liefert einen wertvollen Nachhaltigkeitsbeitrag.

Es wurden eindeutig Probleme der urbanen Landwirtschaft durch fehlende rechtliche Rahmenwerke, Nutzungsregeln und Kategorien in der Flächennutzungsplanung aufgezeigt, abgesehen davon wie der Begriff zu verstehen ist.

Der Platzmangel und das fehlende zur Verfügung stellen von Flächen lassen urbane Landwirtschaft nur als Zwischennutzung zu und auch hierfür fehlen derzeit entsprechende Regelungen.

Aus diesen Problemen lassen sich aber erste Handlungsempfehlungen ableiten. Ebenso aus den Defiziten der Umsetzung vorhandener Potentiale wie dies durch den Verein Berlin 21 aufgezeigt wurde. Wichtig ist bei der Umsetzung von Maßnahmen wie der der Lokalen Agenda 21 Berlin die Kontrolle und Transparenz der Umsetzungsarbeit. Dies lässt vermuten, dass das Management in dieser Hinsicht fehlerhaft ist.

Leider fehlt oft noch die politische Wahrnehmung. Auch wenn erste Tendenzen erkennbar sind, fehlen politische Verankerungen in der Stadtplanung. Urbane Gärten und urbane Landwirtschaft werden einen Bedeutungszuwachs erfahren, der Trend ist eindeutig zu verzeichnen und der Höhepunkt noch nicht erreicht.

Frauke Hehl spricht sogar von einem Megatrend.

Vor dem Hintergrund des sogenannten "Peak Oil" muss sich mit dem Thema der urbanen Landwirtschaft und der Gemeinschaftsgärten auch auf anderen Bedeutungsebenen intensiv beschäftigt werden. Mut und Ansporn liefern dabei Aussagen wie von Herrn Gödde in einem persönlich geführten Interview am 11. Juli 2011. Er meint, die Spannbreite urbaner Gärten und urbaner Landwirtschaft sei groß und ausbaufähig.

4. Aktuelle Lage der Gemeinschaftsgärten

In diesem Kapitel werden einige der Gemeinschaftsgärten Berlins näher vorgestellt. Dazu wird zum einen mittels Literatur- und Internetrecherche die aktuelle Situation der Gärten betrachtet. Zum anderen wird auf die Probleme der Gemeinschaftsgärten eingegangen.

Dies erfolgt einerseits über eine Literaturrecherche zweier Fallstudien, andererseits über eine durchgeführte Umfrage, die sich mit der Frage beschäftigt, wie Gemeinschaftsgärten mit Problemen umgehen und woher sie möglicherweise Unterstützung zur Problembewältigung bekommen. Recherchen und Umfrageergebnisse werden im Anschluss verglichen.

Aufgrund der hier gewonnenen Erkenntnisse sollen erste Handlungsempfehlungen erkennbar werden, denn Landschaftsplaner in Verwaltungen halten Gärten für etwas „Privates“. Sie setzen bei der Gestaltung auf Minimalismus und Pflegeleichtigkeit, ohne die Bedürfnisse der Bürger zu berücksichtigen, die solche Parks langweilig finden, so Dr. Elisabeth Meyer-Renschhausen in ihrem Skript „Urbanes Ackern - Die Rückkehr von Gemüseanbau und Selbstversorgung in den Städten“.

Exemplarisch für das fehlende Verständnis öffentlicher Bauherren steht für sie die von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung 2009 herausgegebene Broschüre „Das Grüne Berlin“. In dieser Broschüre werden Gemeinschaftsgärten „[...] auf gerade mal zwei bis drei Seiten abgehandelt“.²³¹ Die meist noch fehlende Anerkennung und das fehlende Verständnis für Gemeinschaftsgärten und ihrer Bedeutung sind einige von vielen aktuellen Problemen, die allerdings entscheidend dazu beitragen, inwieweit sich Gemeinschaftsgärten im urbanen Freiraum etablieren.

²³¹ Meyer-Renschhausen, E.: „Urbanes Ackern- Die Rückkehr zur Selbstversorgung in den Städten“, Verbraucher und Ernährungskultur- Der kritische Agrarbericht 2010, veröffentlicht September 2010, URL: <http://www.was-die-massenmedien-verschweigen.de/aktuell/Selbstversorgung.pdf>, S.1 [Stand 13.3. 2011]

4.1. Aktuelle Situationslage

In diesem Kapitel wird kurz die aktuelle Situation der Gemeinschaftsgärten beschrieben. Dabei wird aufgezeigt, wie sie sich ins Blickfeld rücken und es soll ein kurzer Einblick auf internationale Beispiele gegeben werden.

Durch informelle Arbeit der Gemeinschaftsgärten in Form von Berichterstattungen in internationalen, regionalen und überregionalen Printmedien und TV-Sendern und durch die wachsende Zahl wissenschaftlicher Publikationen sind urbane Gärten ins Blickfeld von Stadtverwaltungen gerückt, aber auch in Agenda-Gruppen, Umweltverbände, Stadt- und Landschaftsplanung, Quartiersmanagement oder kirchliche Einrichtungen.²³²

Trotzdem gibt es wenig themenübergreifende Literatur, denn in der Regel wird sich dem Thema Gemeinschaftsgärten über urbane Landwirtschaft oder Integration genähert.²³³ Abhilfe schafft hier unter anderem die Forschungsgruppe des Allmende-Kontors, die sich regelmäßig mit Studenten trifft. Die Arbeiten der Studenten zum Thema Gemeinschaftsgärten, die in dieser Runde vorgestellt werden, sind interdisziplinär und es erfolgt ein reger Austausch. Die Forschungsgruppe plant unter anderem die Anfertigung einer Literaturliste über bereits verfasste Arbeiten, aber auch über geführte Interviews oder Zeitungsartikel, wobei die Studenten sie unterstützen können.

Gärten in Metropolen anzulegen erlebt derzeit einen regelrechten Boom. Das größte Aufsehen erregte dabei wohl Michelle Obama, die im Sommer 2006 mit Schulkindern auf dem Gelände des Weißen Hauses einen Gemüsegarten anlegte.

In Kanada wurde von Alisa Smith und J.B. Mac-Kinnon der Versuch gestartet, sich ein Jahr lang ausschließlich von Produkten zu ernähren, die innerhalb eines Radius von 100 Meilen angebaut wurden. Der anschließend erschienene Bestseller "Klima-Diät" trat in Kanada eine weite Bewegung los.

²³² Müller, C.: „Interkulturelle Gärten- Urbane Orte der Subsistenzproduktion und der Vielfalt“, Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften- Die „grüne“ Stadt—urbane Qualitäten durch Freiraumentwicklung, 1/2007, Berlin, S.55-67

URL: <http://www.stiftung-interkultur.de/dmdocuments/mueller.urbanesubsistenz.pdf>
[Stand: 15.5.2011]

²³³ Rosol, M.: „Teilprojekt B1-- Zur individuellen und kollektiven Aneignung von Freiflächen im öffentlichen Raum - Das Beispiel der Community Gardens bzw. Gemeinschaftsgärten“

URL: <http://www.stadtoekologie-berlin.de/phase1/inhalt/teilprojekte/b1/index.html>
[Stand: 27.2.2011]

In Tokio wird seit zwei Jahren auf dem Dach eines Edelkaufhauses Gemüse angebaut und die Stadt Wien unterstützt inzwischen Ansätze, Gemeinschaftsgärten in den sozialen Städtebau zu integrieren.²³⁴

Die "Szene" in Deutschland konzentriert sich stark auf Berlin, deren zentrale Webseite „Urbanacker.net“ ist. Das Netzwerk „Stiftung Interkultur“ umfasst 112 Gärten in 14 Bundesländern, wobei 65 weitere Projekte in Planung sind.²³⁵

In Berlin gibt es laut der Internetseite „Urbanacker.net“ derzeit 25 Gemeinschaftsgärten. Eine Auflistung dieser Gärten befindet sich im Anhang auf den Seiten 16 bis 18.

Berlin liegt mit allen Kennziffern zum begrüneten Freiraum vor allen anderen Bundesländern und wird als „Hauptstadt kleinräumlicher Gemeinschaftsgärten“ bezeichnet. Es ist kein Zufall, dass die größte Dichte von Gemeinschaftsgärten in den Bezirken Friedrichshain, Kreuzberg und Prenzlauer Berg zu verzeichnen sind, denn diese Bezirke werden von Gentrifizierungsschüben erfasst.²³⁶

Mit diesem Thema befassen sich auch die Gemeinschaftsgärten ganz aktuell. So wird Gerda Münnich in einem Interview in der taz am 17. April 2011 gefragt, ob die Gärten nicht Teil der Gentrifizierung werden, wenn sie vor allem wie in Berlin, Brachflächen mit Gärten als Zwischennutzung aufwerten.

"In dieser Diskussion befinden wir uns auch gerade in der Gartenszene. Das hängt an der Frage: Reprivatisieren wir Freiflächen? Das tun wir in der Regel nicht, weil sie der Nachbarschaft zur Verfügung stehen.", so Gerda Münnich.²³⁷

²³⁴ Schoon, J.: „Bio über Berlin“, Wirtschaftswoche Green Economy (Hrsg.), 14.3.2011, S.18-19

²³⁵ Schmidt, V.: „Die Netzgärtner“, Zeit online (Hrsg.),
URL: <http://www.zeit.de/lenbensart/2011-04/urban-gardening-netztipps-2>
[Stand:21.5.2011]

²³⁶ Wiens, B.: „Die essbare Stadt“, Telepolis, Heise Zeitschriften Verlag (Hrsg.), 31.7.2011,
URL: <http://www.heise.de/tp/artikel/35/35114/1.html>
[Stand: 1.8.2011]

²³⁷ Litschko, K.: "Die Gartenbewegung ist eine Guerillabewegung", taz (Hrsg.), Berlin, 17.4.2011

4.2. Aktuelle Problematiken von Gemeinschaftsgärten

In dem folgenden Kapitel werden die allgemeinen Probleme der Gemeinschaftsgärten anhand von Literaturrecherchen erläutert. Grundlage hierfür bilden zwei wissenschaftliche Arbeiten, die sich in Fallstudien von Gemeinschaftsgärten in Berlin unter anderem damit befassen. Zum einem wird die Dissertation von Marit Rosol (2006), zum anderen die Bachelorarbeit von Ruth Wacker (2011) herangezogen.

Als letztes werden die Ergebnisse der bisherigen Arbeit über aktuelle Probleme ergänzend zusammengetragen.

Es erfolgt hierbei eine Einteilung in interne Probleme, also innerhalb eines Gemeinschaftsgartens beziehungsweise zwischen Gärten und beteiligten Behörden, und in externe Probleme, also Probleme der urbanen Gärten mit Außenstehenden.

Eine weitere Einteilung erfolgt nach den Akteuren: Primärakteure, die Gartenakteure selbst, Sekundärakteure, die zuständigen Behörden und Nicht-Akteure, das heißt, die nicht beteiligten Anwohner im Umfeld eines Gemeinschaftsgartens.

Die internen Probleme der Primärakteure ergeben sich aus ihrer kollektiven Organisationsform. Diese interne Organisationsform verlangt von den Beteiligten ein gewisses Maß an Selbstorganisation, die für einige Menschen ein Problem darstellen kann und sie somit überfordert. Ein wichtiges Kriterium ist hierbei die Erfahrung des Einzelnen, um im Kollektiv Organisatorisches bewältigen zu können.

Dabei können Konflikte durch Missverständnisse unter den Beteiligten auftreten, aufgrund von unterschiedlichem Verantwortungsbewusstsein oder von ungleich verteilter Arbeitsbelastung. Ein weiteres Problem kann in der Kommunikation mit unbekanntem Menschen liegen.

Die internen Probleme der Sekundärakteure liegen in der Zusammenarbeit zwischen Gemeinschaftsgärten und Verwaltungen. Hierbei behindern oft bürokratische Regelungen das Engagement der Beteiligten und es fehlt an notwendiger Unterstützung. Oft wird das Potential der Engagierten unterschätzt. Mühsame und langwierige Vertragsverhandlungen können außerdem zur Demotivation der Gartenakteure führen bis hin zum völligen Rückzug bei der Gestaltung eines Projektes.

Da aber das Engagement der Bürger begrüßt und gefordert wird, muss hierfür entsprechende Gestaltungsfreiheit gewährleistet werden.²³⁸

Das nächste Feld betrifft die externen Probleme. Zunächst werden die der Primärakteure erläutert.

Die Abgrenzung von öffentlichem und privatem Raum gestaltet sich schwierig. Einerseits möchten die Gartenakteure ihr Angebautes vor freilaufenden Hunden oder Erntediebstahl sichern und auch dem Vandalismus entgegenwirken, andererseits soll die öffentliche Zugänglichkeit zu den Gärten nicht durch Zäune oder gar Öffnungszeiten eingeschränkt werden. Auch hierbei wird wieder deutlich wie schwierig es ist, die unterschiedlichen Interessen der Beteiligten in Einklang zu bringen.

Es stellt sich die Frage wie mit dem Schutz des Privateigentums, dem selbst Angebautem im öffentlichen Raum durch Nutzungsmischung umgegangen werden soll.²³⁹

Ein weiteres externes Problem betrifft die Bürgerbeteiligung und das Bürgerengagement, wie die bisherige Arbeit bereits gezeigt hat. Erstens erreichen formelle Beteiligungsverfahren den Bürger nur selten und weiterhin werden dabei Verfahren und Ergebnisse nicht transparent vermittelt.

Selten kommt es zu ergebnisoffenen Planungsprozessen, wobei sich Bürger und planende Behörden auf Augenhöhe begegnen. Des Weiteren wird das Engagement der Bürger von Seiten der Politik nicht nachhaltig honoriert. Dies kann langfristig zu einer Verringerung des Engagements führen.

Auch hier wird wieder das Problem unterschiedlicher Interessen deutlich. In diesem Fall zwischen den Einzelinteressen der Akteure und den Interessen der öffentlichen Hand.

Das externe Problem der Sekundärakteure liegt in den eher langsamen und nicht auf Innovationen ausgerichteten Veränderungsprozessen der Behörden. Ein gewisses Obrigkeitsdenken behindert diese. Außerdem besteht bei vielen Verantwortlichen in der Verwaltung gegenüber Gemeinschaftsgärten, die sie eigentlich ankurbeln wollen, Zurückhaltung, aufgrund von geringen Personalressourcen.²⁴⁰

²³⁸ Rosol, M.: "Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung", Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.256-268

²³⁹ Wacker, R.: „Gemeinschaftsgärten als Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung?“, Bachelorarbeit, Universität Lüneburg, 2011, S.39-40

²⁴⁰ Wacker, R.: „Gemeinschaftsgärten als Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung?“, Bachelorarbeit, Universität Lüneburg, 2011, S.39-40

Ein weiteres externes Problem liegt bei den Nicht-Akteuren, da Gemeinschaftsgärten als neuer Freiraumtyp keinen gefestigten Raumcharakter haben.

Nichtbeteiligte Anwohner sind daher in Bezug auf die Nutzungserlaubnis der Gärten verunsichert. Weiterhin sind für sie die Nutzungsregeln des Gemeinschaftsgartens nicht bekannt, wie sie zum Beispiel für öffentliche Parks gelten. Ferner strahlen Gemeinschaftsgärten oft einen privaten Charakter aus, welches Anwohner in Bezug auf die Nutzung verunsichert. Somit muss der Umgang mit privat Gepflegtem und öffentlich Zugänglichem erst erlernt werden. Oft kommt es überdies von Seiten der Anwohner zu mangelnder Anerkennung der ehrenamtlichen Arbeit der Gartenakteure, da diese nicht bekannt oder nicht offensichtlich ist.²⁴¹

Wichtig ist aber, wie das Kapitel 2.5 „Wandel“ zeigt, dass neue Formen von Verantwortlichkeit und Zusammenarbeit entwickelt werden und neue Konzepte und Modelle zwischen öffentlicher Hand und engagierten Bürgern entstehen müssen. Denn oft fehlt es an politischer Wahrnehmung, an Interessenvertretung und Ansprechpartnern innerhalb der Behörden und an Anerkennung seitens der Stadtplanung.

²⁴¹ Rosol, M.: „Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung“, Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.256-268

Tabelle 11: Problemzusammenfassung der Recherche und der bisherigen Arbeit
(Eigene Darstellung)

Problem- entstehung	Primärakteure: Beteiligten der Gemeinschaftsgärten	Sekundärakteure: Beteiligte Behörden und Verwaltungen	Nicht-Akteure: Nicht beteiligte Anwohner
intern	-Überforderung mit Selbstorganisation -Interessenunterschiede -Kommunikations- schwierigkeiten -Missverständnisse		
Intern zwischen zwei Akteuren	-fehlende Unterstützung -bürokratische Hindernisse -langwierige Vertragsverhandlungen -mangelnde Gestaltungsfreiheit		
extern	-formelles Beteiligungsverfahren: mit zu wenig Transparenz, fehlender Ergebnisoffenheit -fehlende Honorierung des Engagements -Interessensunterschiede	-langsame Veränderungs- prozesse -keine Innovationen -hinderliches Obrigkeitsdenken -Zurückhaltung bei Unterstützung aufgrund von Personalmangel -fehlende Interessenvertretung -mangelnde politische Wahrnehmung	-fehlende Anerkennung und fehlendes Wissen über ehrenamtliche Arbeit -kein gefestigter Raumcharakter der Gemeinschaftsgärten -schwierige Abgrenzung zwischen Öffentlichem und Privatem -fehlendes Wissen über Nutzungsregeln

4.3. Vorstellung der ausgewählten Gärten der Umfrage

Vorgestellt werden sollen in diesem Kapitel Gemeinschaftsgärten, die ich innerhalb einer Umfrage angeschrieben habe. Ausgewählt wurden sie nach politischen Aspekten, die bereits in Kapitel 3.3. „Bedeutung der Gemeinschaftsgärten“ vorgestellt wurden, wobei die Bedeutung hierbei von mir zugeteilt wurde und nicht allgemein repräsentativ ist.

Zuerst sollen die vier Gärten vorgestellt werden, die auf meine Umfrage - auch nach Setzung einer Frist - nicht geantwortet haben. Dementsprechend liegen hier keine Aussagen über die aktuelle Probleme vor; sie sind jedoch hinsichtlich ihrer Bedeutung relevant. Die hier ausgewählten Gärten werden auf der Internetseite der „Stiftung Interkultur“ wie folgt vorgestellt.²⁴²

Im Anschluss erfolgt die Vorstellung von vier Gärten, die an der Umfrage teilgenommen haben. Im Kapitel 4.4. werden die Fragen sowie die entsprechenden Antworten vorgestellt.

4.3.1. Gesundheit: Interkultureller Heilgarten, Berlin-Moabit

Für viele Patienten im Behandlungszentrum für Folteropfer gehört die Bewirtschaftung eines Gartens zum Alltag, denn sie kommen überwiegend aus ländlichen Regionen. Die Idee des interkulturellen Heilgartens ist, ihnen eine sinnvolle, tagesstrukturierte und auch körperliche Tätigkeit anzubieten. Die Patienten üben in Verbindung mit Gartenarbeit eine aktive, Sinn gebende und zum Teil selbstversorgende Tätigkeit aus, die als wichtige Ressource im Therapieprozess zu begreifen ist. Der größte Teil der Aktiven fühlt sich dadurch in einer gesundheitlich besseren Verfassung. Der Garten befindet sich auf dem ehemaligen Gelände des Krankenhauses Moabit und wird auch von den Patienten der Tagesklinik des Behandlungszentrums für Folteropfer genutzt. Er ist fester Bestandteil des teilstationären therapeutischen Angebotes.

²⁴² Stiftung Interkultur (Hrsg.): "Übersicht aller Interkulturellen Gärten in Berlin",
URL: <http://www.stiftung-interkultur.de/berlin>
[Stand: 15.5.2011]

4.3.2. Kinder: Kinderbauernhof Görlitzer Park, Berlin-Kreuzberg

Ökologisches Gärtnern steht im interkulturellen Garten auf dem Kinderbauernhof im Mittelpunkt. Der Garten steht unter anderem in Kooperation mit dem Kinderbauernhof e.V. 14 Familien aus unterschiedlichen Ländern bewirtschaften hier nach ökologischen Gesichtspunkten, wie in einer Nutzungsvereinbarung festgelegt, den Garten, der zugleich als Lernort für umliegende Kindergärten und Schulen fungiert. Der Garten ist umzäunt und zu festgelegten Öffnungszeiten zugänglich.

4.3.3. Soziales: Generationengarten, Berlin-Kreuzberg

Dieser Garten befindet sich auf dem Grundstück der Seniorenfreizeitstätte und wird gemeinsam von den Senioren und Kindern aus zwei Kindertagesstätten bearbeitet. Gefördert werden soll hier nicht nur das Miteinander, sondern auch die Ideenfindung für das eigene Projekt. Dieses bringt hierbei Kinder und Senioren außerhalb des familiären Umfeldes zusammen. Dadurch werden neue Verbindungen geschaffen und der Austausch zwischen den Generationen ermöglicht sowie Erfahrungen direkt weitergegeben.

Erwogen wird eine Erweiterung der Fläche auf dem Gelände der „Kindertagesstätte Schlesische Straße“.

4.3.4. Lokale Agenda 21 Berlin: Wuhlegarten, Berlin-Köpenick

Zusammen mit der Lokalen Agenda 21, dem „Verein Indische Solidaritätsaktion“, dem „Netzwerk für Integration von Migranten“ sowie den Initiatoren verschiedener Gärten wurde die Entstehung des Gartens in Gang gesetzt. Kooperationspartner ist hier unter anderem der „Förderverein Lokale Agenda 21 Treptow-Köpenick e.V.“.

Im Wuhlegarten hat sich eine lebendige und selbstbewusste Gartengemeinschaft gebildet.

Der Garten erhielt 2004 den Preis für nachahmenswertes zivilgesellschaftliches Engagement vom Bündnis für Demokratie und Toleranz und war ebenfalls 2004 Preisträger im Wettbewerb des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit "Global vernetzt-lokal aktiv".

Ergänzend können hier Aussagen der Fallstudie von Marit Rosol (2006) hinzugefügt werden. Es konnten Anschubfinanzierungen für Investitionen von der Stiftungsgemeinschaft „anStiftung & ertomis“ eingeworben werden.

Das Grundstück wurde vom Bezirk zunächst zwei Jahre pachtfrei und anschließend weitere drei Jahre zur Pacht – mit der Aussicht auf Verlängerung - zur Verfügung gestellt. Vom Arbeitsamt Berlin wurden hier ABM-Stellen zur Verfügung gestellt. Der Garten soll nun in einen Selbstorganisationsprozess übergehen.

Aufgrund des aktiven Betreibens des Fördervereins sind interkulturelle Gärten, wie bereits erwähnt, in der Lokalen Agenda verankert.²⁴³

Im Folgenden wird auf die Gemeinschaftsgärten eingegangen, die an der Umfrage teilgenommen haben.

4.3.5. Integration: Pyramidengarten, Berlin-Neukölln

Der Garten hat sich 2006 als Verein in einem Stadtteil von Berlin mit hohem Migrantenanteil und gleichzeitig geringer Versorgung an öffentlichem Grün gegründet mit dem Ziel, sich als interkulturelles Kommunikationszentrum zu etablieren. Neben der Gartenarbeit werden hier die Themenbereiche Umwelterziehung, Sprachförderung, Gesundheitsberatung und andere gesellschaftsrelevante Themenfelder einbezogen, wobei die Integration aller Altersschichten bedeutend ist.

Der Verein bietet darüber hinaus eine Vernetzungsbasis für Initiativen und Vereine aus dem Norden Neuköllns, die nicht über eigene Räumlichkeiten verfügen.

Die Fläche wurde 2007 vom Bezirksamt zur Verfügung gestellt und wird von etwa 30 Menschen aus sieben unterschiedlichen Ländern bewirtschaftet. Skulpturen schmücken den Garten, die von einem Steinbildhauer geschaffen werden. Dadurch kann sich eine unkonventionelle Verbindung von Kunst und Kultur etablieren. Kooperationspartner sind hier unter anderem die Lokale Agenda 21 Neukölln, das Bezirksamt Neukölln, die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und der NABU Berlin.

²⁴³ Rosol, M.: "Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung", Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.199

4.3.6. Nachhaltigkeit: Prinzessinnengarten, Berlin-Kreuzberg

Seit 2009 wird in dem Garten der gemeinnützigen GmbH Nomadisch Grün mobile ökologische und soziale urbane Landwirtschaft betrieben. Hier werden lokale Lebensmittel produziert, biologische Vielfalt kultiviert, es findet interkultureller Austausch statt und es wird ein großes Lernfeld für „Selbermachen“ und Eigeninitiative aufgebaut.

Dabei versteht sich der Garten auch als Bildungsgarten und als Instrument, die Nachbarschaft in dem sozial schwachen Quartier zu stärken und zu aktivieren. Es gibt hier vieles zu entdecken wie zum Beispiel alte Sorten, die Arbeit mit Bienen, biologischer Anbau oder die gesunde und kreative Zubereitung saisonaler Produkte. Gemeinsam sollen Kompetenzen und Wissen angeeignet werden über elementare Kulturtechniken des Gartenbaus, Anpassung an den Klimawandel oder nachhaltige Stadtentwicklung.

Der Garten erhielt 2010 den Utopia Award mit Publikumspreis und das Qualitätslabel Werkstatt N-Projekt 2011 durch den Nachhaltigkeitsrat. Kooperationspartner sind hier unter anderem die Humboldt Universität zu Berlin, die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde, die Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau, die Stiftung Interkultur das Türkisch-Deutsche Umweltzentrum, VERN e.V. und Social Seeds.

4.3.7. Urbane Landwirtschaft: Ton Steine Gärten, Berlin Kreuzberg

Das zentrale Anliegen ist hier das selbstbestimmte Gärtnern und die Selbstversorgung, neben dem Miteinander, über die Verschiedenheiten hinweg. Auf der 1.000 m² großen Brache am Kreuzberger Bethaniendamm wird Gemüse angebaut.

Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg und der Garten schlossen 2009 nach einem Beteiligungsverfahren einen langfristigen Nutzungsvertrag ab. Kooperationspartner sind hier unter anderem das „Netzwerk Interkulturelle Gärten Berlin“, die „AG Kleinstlandwirtschaft Berlin“, das „Aktionsnetzwerk Globale Landwirtschaft“, das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg und die „Stiftung Interkultur“.

Ergänzend können hier Aussagen aus der Fallstudie von Ruth Wacker (2011) hinzugefügt werden. Der Garten befindet sich auf dem ehemaligen Gelände des Bethanien-Krankenhauses und wurde erstmalig 2009 genutzt, dafür wurde ein Verein gegründet, der 50 Mitglieder umfasst.²⁴⁴

²⁴⁴ Wacker, R.: „Gemeinschaftsgärten als Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung?“, Bachelorarbeit, Universität Lüneburg, 2011, S.33-34

4.3.8 Ökologie: Ökogarten am Buschgraben, Berlin-Zehlendorf

Der Ökogarten existiert seit 1981 und ist als Kunstbiotop mit ökologischem Anbau nicht in erster Linie auf Ertrag ausgerichtet, sondern auf das gemeinsame Erleben der Natur. Er ist Treffpunkt für alle, die Interesse am ökologischen Gärtnern, an sozialem Engagement und an gelebter Integration haben. Auch Kinder erhalten hier Einblicke in die verschiedenen Lebensformen mit ihren biologisch-ökologischen Zusammenhängen. Bewusst werden hier alte Pflanzen wie Topinambur kultiviert und ungewöhnliche Anbaumethoden ausprobiert. Die Ökogarten-Mitglieder veranstalten jährlich verschiedene Feste, Workshops, Vorträge oder Filmabende.

Träger ist der Verein „Ökogarten am Buschgraben e.V.“. 2005 war der Garten zweiter Preisträger des Ökumenischen Umweltpreises der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg und des Erzbistums Berlin.



Abbildung 10: Ökogarten am Buschgraben in Berlin Zehlendorf (Eigenes Foto: 14.7.2011)



Abbildung 9: Ökogarten am Buschgraben in Berlin Zehlendorf (Eigenes Foto: 14.7.2011)

4.4. Umfrage Teil 1: Aktuelle Probleme

Im Folgenden wird der erste Teil der Umfrage, die aktuellen Probleme der Gemeinschaftsgärten betreffend, erläutert. Der zweite Teil bezieht sich auf planungs- und nutzungsrechtliche Fragen und wird im Kapitel 5.6. „Umfrage Teil 2: Planungs- und nutzungsrechtliche Fragen“ aufgezeigt.

Für die Umfrage wurden insgesamt acht Gemeinschaftsgärten von der Internetseite der „Stiftung Interkultur“ ausgewählt. Die Gärten wurden per E-Mail angeschrieben. Vier der acht Gemeinschaftsgärten haben geantwortet. Dabei ist erwähnenswert, dass beispielsweise der „Prinzessinnengarten“ in Kreuzberg einer derjenigen war, der am schnellsten geantwortet hat. Der Garten ist derzeit in den Medien sehr präsent und bekommt demzufolge sehr viele Anfragen.

Ebenfalls schnell geantwortet haben der „Pyramidengarten“ und die „Ton Steine Gärten“.

Der „Ökogarten am Buschgraben“ wurde von mir persönlich besucht, ich dort die Möglichkeit wahrgenommen, ein Gespräch mit Herrn Dr. Gerhard Borné, dem 1. Vorsitzenden des Vereins, zu führen. Der Garten war mir bis dahin unbekannt.

Die vier anderen Gärten, die bereits zuvor vorgestellt wurden, haben leider nicht, auch nach einer Fristsetzung, reagiert.

Die Ergebnisse der Umfrageergebnisse werden tabellarisch in Kurzform dargestellt.

Die kompletten Umfragedaten befinden sich im Anhang auf den Seiten 35 bis 44.

Im ersten Teil der Umfrage – betreffend die aktuellen Probleme der Gärten – wurden folgende Fragen gestellt:

1. Was habt ihr für aktuelle Probleme?
2. Wie bewältigt ihr diese?
3. Woher bekommt ihr Unterstützung für eure Probleme?

Tabelle 12: Ergebnisse der Umfrage zu aktuellen Problemen: Fragen 1-3 (Eigene Darstellung)

Frage	Ton Steine Gärten	Prinzessinnen-garten	Pyramiden-garten	Ökogarten am Buschgraben
1	Auseinandersetzung mit Bezirksamt und Grünflächenamt, zwecks größtmöglicher Selbstbestimmung, da der Garten in einem öffentlichen Park liegt	Zeit- und Personalmangel für Mittelakquise, kurze Vertragslaufzeit erschwert diese, unklarer zeitlicher Horizont, hohe Arbeitszeit im Garten, viele Anfragen aufgrund hoher Medienpräsenz	Nein	Umsetzung von Werbung für Veranstaltungen, Gestaltung des Erntedankfestes und gleichzeitiger 30. Jahrestag, Widerspruch durch offene Struktur des Mitgärtnerns und zuverlässige Bewirtschaftung, zufällige Zusammenkunft zum gemeinsamen Gärtnern, Gießplan für Urlaubszeiten, gärtnerische Fragen, wie Beschaffung von Saatgut, Anbau von Gemüse, Leitungsnachfolger, da junge Menschen wenig Zeit im Gegensatz zu Rentnern, Mittelakquise: Einstellung der Unterstützung vom Staat, Unterstützung von Seiten der Stiftung Interkultur erfordert Satzungsänderung mit Schwerpunkt auf Integration
2	Diskussionen, Meinungsbildung, Plenum in der Gruppe, Arbeitsgruppen und Arbeitstreffen	Modellentwicklung, um großes Interesse aufzufangen, Modellentwicklung für zeitlichen Horizont	Entfällt	Diskussionsrunden
3	Stiftung Interkultur, urbanacker, AG Kleinstlandwirtschaft	Ehrenamtliche Helfer, professionelle Unterstützung für bestimmte Gebiete, wie steuerrechtliche und gemeinnützige Fragen muss angefordert werden	Entfällt	Gärtnerische Fachkräfte der Beuth Hochschule für Technik, Vernetzung mit der Stiftung Interkultur, finanzielle Unterstützung durch private Spenden, gelegentlich Zuschüsse vom Evangelischen Kirchenkreis Teltow- Zehlendorf

4.5. Auswertung der Umfrage und Vergleich mit der Recherche

Bei erster Betrachtung der Ergebnisse fällt auf, dass die aktuellen Probleme der Gärten „Ton Steine Gärten“ und „Prinzessinnengärten“ in Zusammenhang mit planungs- und nutzungsrechtlichen Fragen stehen.

Gemeinsamkeiten sind bei der Mittelakquise festzustellen. Einerseits durch Personal- und Zeitmangel, wie im Fall der „Prinzessinnengärten“, andererseits durch fehlende Unterstützung seitens des Staates, wie im Fall des „Ökogartens am Buschgraben“. Des Weiteren sind Gemeinsamkeiten im Umgang mit der Bewältigung der Probleme festzustellen. Meist wird gemeinsam mit allen Akteuren des Gartens diskutiert und nach Lösungen gesucht. Der „Prinzessinnengarten“ setzt im Gegensatz zu anderen Gärten hierbei auf Modellentwicklungen.

Die Unterstützung zur Bewältigung fällt sehr unterschiedlich aus. Die „Ton Steine Gärten“ bekommen diese von den bereits vorgestellten Internetportalen, „Stiftung Interkultur“ und „Urbanacker.net“, sowie von der „AG Kleinstlandwirtschaft“. Der „Ökogarten am Buschgraben“ erhält ebenfalls Unterstützung von der „Stiftung Interkultur“.

Dies verdeutlicht, wie wichtig die Vernetzung und der Austausch auf Portalen, aber auch der Gärten untereinander, ist.

Der Ökogarten beantwortete als einziger Garten ausführlich gärtnerische Probleme, für die er Unterstützung von zwei bezahlten studentischen Fachkräften der Beuth Hochschule für Technik Berlin erhält.

Die Probleme und die Bewältigung dieser liegen nah beieinander. Bemängelt wird eine fehlende Unterstützung seitens der Politik beziehungsweise der Behörden. Üblicherweise werden die Probleme in der Gruppe besprochen und bearbeitet. Eine Ausnahme bildet hier der „Prinzessinnengarten“ mit Modellentwicklungen, aufgrund des großen medialen Interesses, des fraglichen zeitlichen Bestehens des Gartens und des Personal- und Zeitmangels. Dies konnte bei anderen Gärten in dieser Form nicht festgestellt werden.

Weitere Unterschiede zeigen sich in der Beantwortung und somit Gewichtung der Frage. Dies liegt möglicherweise daran, dass jeder Garten unterschiedlich ist und unterschiedliches "Klientel" aufweist.

Auffällig ist, dass der „Pyramidengarten“ keine Probleme hat.

Leider ist der Umfang der Aussagen aufgrund mangelnder Teilnahme nicht sehr repräsentativ. Daher werden die Ergebnisse der Umfrage mit der Recherche der beiden eingangs vorgestellten wissenschaftlichen Arbeiten verglichen.

Der Vergleich der beiden Tabellen 11 und 12 zeigt, dass keine Übereinstimmungen hinsichtlich der Nicht-Akteure, also Probleme mit den Anwohnern oder unter den Akteuren eines Gemeinschaftsgartens vorliegen, wie sie in der Recherche beschrieben wurden.

Die externen Probleme der Primärakteure in Bezug auf formelle Beteiligungsverfahren können eher als allgemeine Probleme angesehen werden. Sie betreffen nicht spezifisch einen einzelnen Garten. Ebenso verhält es sich mit den externen Problemen der Sekundärakteure.

Übereinstimmungen liegen bei internen Problemen zwischen den Gemeinschaftsgärten und den beteiligten Behörden vor. Hier sind eindeutig fehlende Unterstützung, bürokratische Hindernisse, langwierige Vertragsverhandlungen und mangelnde Gestaltungsfreiheit seitens der Behörden und Verwaltungen festzustellen.

Ganz aktuell ist auf der Internetseite von „Urbanacker.net“ am 31. August 2011 von einem Anschlag auf einen Berliner Gemeinschaftsgarten zu lesen. Dabei wurde auf einen Neuköllner Gemeinschaftsgarten in der Borndorfer Straße Brandstiftung begangen, wobei eine Hütte samt untergestelltem Material und ein Teil der Bühnenplatte völlig ausbrannten.

Tage zuvor erhielt der Garten eine Bombendrohung per SMS, in der er aufgefordert wurde, das geplante Gartenfest abzusagen, ansonsten würden Menschen sterben. Zudem wurde die Freilassung des Osloer Attentäters Breivik gefordert. Das geplante Gartenfest fand statt.

Den Gartenakteuren "[...] ist völlig schleierhaft, wie sie Zielscheibe einer solchen Aggression werden konnten. [...] Durchweg nur positive Resonanz hatten wir bisher erhalten."

Von den Nachbarn wurden sie unterstützt und spontan wurde der Garten besucht, wobei sich viele darüber freuen, dass aus "[...] einer Müllkippe eine kleine grüne Oase [...]" geworden ist.

Der Gemeinschaftsgarten bittet jetzt um finanzielle Unterstützung. Der Schaden wird mit 2.000 bis 2.500 Euro beziffert.²⁴⁵ Das Hilfeersuchen ist im Anhang auf Seite 45 nachzulesen.

²⁴⁵ Urbanacker. net (Hrsg.): „Anschlag auf Gemeinschaftsgarten in Berlin“, 31.8.2011,
URL: http://www.urbanacker.net/index.php?option=com_content&view=article&id=403:anschlag-auf-gemeinschaftsgarten-in-berlin&catid=38:neu
[Stand: 31.8.2011]

4.6. Fazit Kapitel 4

Gemeinschaftsgärten haben sich durch informelle Arbeit ins Blickfeld der Stadtverwaltungen, Landschafts- und Stadtplaner, Quartiersmanager, sowie verschiedener Agenda Gruppen und Umweltverbände gerückt. Auch in anderen Metropolen ist ein regelrechter Boom zu verzeichnen.

In Deutschland konzentriert sich die Gemeinschaftsgartenbewegung stark auf Berlin. So wird Berlin auch als Hauptstadt der Gemeinschaftsgärten bezeichnet. Die größte Dichte ist dabei in den Bezirken Friedrichshain, Kreuzberg und Prenzlauer Berg festzustellen.

Gemein und wichtig ist für alle Gemeinschaftsgärten die Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit.

Die Vorstellung der Gemeinschaftsgärten zeigt, wie unterschiedlich sie hinsichtlich ihrer NutzerInnen, Intentionen, ihres Aufbaus und ihrer Kooperationspartner agieren und wie unterschiedlich dementsprechend die Probleme gelagert sind.

Ein Konsens ist eindeutig in der gemeinschaftlichen Umgangweise mit auftretenden Problemen zu finden.

Die vielfache Erwähnung der fehlenden Unterstützung seitens der Politik und Verwaltungen zeigt die hohe Präsenz dieses Themas. Wenn aber Bürgerengagement gefordert und gewünscht ist, müssen die ehrenamtlich arbeitenden Bürger der Gemeinschaftsgärten deutlicher wahrgenommen werden und mehr Unterstützung erhalten.

Es lassen sich an dieser Stelle erste Handlungsempfehlungen ableiten.

Alle Gemeinschaftsgärten können beispielsweise Unterstützung erfahren, indem sie in die politische Agenda aufgenommen werden, nicht nur die Gärten, die einen Integrationsschwerpunkt besitzen. Denn wie bereits das Kapitel 3.3. „Bedeutungen von Gemeinschaftsgärten“ aufzeigt, besitzen Gemeinschaftsgärten vielfältige Potentiale und liefern gute Ansätze hinsichtlich politischer Themenfelder wie Biologischer Vielfalt, Gesundheit, Nachhaltigkeit und sozialer Aspekte.

5. Hintergrund der Planungs- und Nutzungsrechte Berlin

In diesem Kapitel wird der planungs- und nutzungsrechtliche Aspekt der Gemeinschaftsgärten näher untersucht. Dies erfolgt über eine zweiseitige Literaturrecherche und den zweiten Teil der durchgeführten Umfrage mit vier Gemeinschaftsgärten in Berlin.

Vor dem Hintergrund, dass Gemeinschaftsgärten im urbanen Raum häufig auf Brachen und in Baulücken entstehen und somit oft nur ZwischenutzerInnen sind, werden zunächst die Begrifflichkeiten geklärt. Ferner wird die aktuelle Situation der Brachflächen in Berlin dargestellt, die ein Potential für die Entstehung von Gemeinschaftsgärten bieten.

Da im Rahmen dieser Arbeit nur öffentliche Flächen betrachtet werden, können sie dabei dem Problem der Liegenschaftsflächen begegnen. Daher werden diese in diesem Kapitel beleuchtet.

Aus dieser planungs- und nutzungsrechtlichen Problematik werden im weiteren Verlauf Argumente für Handlungsempfehlungen herausgearbeitet, die eine langfristige Sicherung von Gemeinschaftsgärten anstreben.

5.1. Begrifflichkeiten

Zunächst werden in diesem Kapitel die Begrifflichkeiten erläutert und definiert.

5.1.1. Planungsrecht

Für den Umgang mit Grund und Boden hat der Bundesgesetzgeber allgemeingültige Regeln mit dem Baugesetzbuch aufgestellt, die dem öffentlichen Baurecht unterliegen. Die Gemeinden sind demnach verpflichtet, eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung zu gewährleisten. Der Bund bestimmt die Regeln des Planungsrechtes, die von den Gemeinden eigenverantwortlich umgesetzt werden. So können Gemeinden Bauleitpläne aufstellen, ändern oder aufheben. In diesem Zusammenhang wird von der Planungshoheit der Gemeinden gesprochen. In den Bauleitplänen sollen zum Wohle der Allgemeinheit soziale, wirtschaftliche und umweltschützende Anforderungen in Einklang gebracht werden. In der Planungspraxis werden Nutzungen im Raum gesteuert oder koordiniert.

Instrumente der Bauleitplanung sind der für das gesamte Stadtgebiet geltende Flächennutzungsplan, als vorbereitender Bauleitplan und der Bebauungsplan, als verbindlicher Bauleitplan, der für bestimmte Bereiche innerhalb der Stadt aufgestellt wird.

Für den vorbereitenden Flächennutzungsplan liegt keine Rechtsverbindlichkeit vor und er bietet somit keine Zulassung für ein Bauvorhaben. Für den Bürger liegt hier keine unmittelbare Rechtswirksamkeit vor.

Für den Bebauungsplan sind die öffentlichen und privaten Belange untereinander abzuwägen.

Die Aufstellung der Pläne erfolgt in aufeinander abgestimmten Schritten. Die Beteiligung der Öffentlichkeit ist dabei fester Bestandteil eines jeden Planverfahrens. Die Öffentlichkeit ist frühzeitig über die Aufstellung eines Bauleitplanes zu informieren, sowie über den Planungsanlass, das Ziel und den Zweck der Planung. Ebenso sind voraussichtliche Auswirkungen auf das Stadtgefüge darzustellen.

Der Bürger kann auf eine Planung Einfluss nehmen, Kritik oder eigene Wünsche äußern und sich für die Aufstellung oder Änderung eines Bauleitplanes mit Fachbehörden, Verwaltungen oder politischen Vertretern der Stadt in Verbindung setzen. Dabei kann er sowohl allein oder in einer Interessengruppe eigene Vorstellungen zur städtebaulichen Entwicklung vorbringen.

Bei städtischen Ansprechpartnern kann er sich jederzeit über aktuelle Planvorhaben informieren, diese sind ebenso im Internet abrufbar.²⁴⁶

In einem vereinfachten Verfahren kann nach § 13 des Baugesetzbuches allerdings von einer frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung abgesehen werden, wenn durch Änderungen oder Ergänzungen eines rechtsverbindlichen Bebauungsplanes die Umgebung in seiner Eigenart nicht berührt wird oder die Grundzüge der Planung nicht berührt werden.

Ebenfalls kann von einer frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung in einem beschleunigten Verfahren nach § 13 a des Baugesetzbuches abgesehen werden.

Hierbei soll eine Verringerung der Flächeninanspruchnahme innerhalb eines Stadtgebietes verfolgt werden zum Beispiel durch Wiedernutzung von Flächen.

²⁴⁶ Ressort 105-Bauen und Wohnen (Hrsg.): „Ratgeber Bebauungsplan“, Wuppertal, 2009, S.4-7
URL: http://www.wuppertal.de/wirtschaft-stadtentwicklung/medien/dokumente/105.1_Ratgeber_Bebauungsplan_barrierefrei_09-10-06.pdf
[Stand: 14.8.2011]

Diese beiden Verfahren beinhalten die "Kann-Aussage", das heißt nicht, dass die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung in diesen Fällen ausgeschlossen ist.

Ein weiteres Instrument innerhalb der Bebauungs- und Flächennutzungsplanung ist die Eingriffsregelung des Bundesnaturschutzgesetzes. Sie befasst sich mit erheblichen Eingriffen auf die Natur und Landschaft. Erhebliche Eingriffe liegen unter anderem vor, wenn Boden versiegelt wird. Der Verursacher eines Eingriffes ist dazu verpflichtet, vermeidbare Beeinträchtigungen zu unterlassen und unvermeidbare zu kompensieren. Dies kann durch Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen erfolgen.²⁴⁷ Wird beispielsweise eine Fläche durch den Bau eines Parkplatzes versiegelt, ist es notwendig dafür einen Ausgleich zu schaffen, zum Beispiel in Form eines Gemeinschaftsgartens. Dieser Fall ist in Berlin-Friedrichshain eingetreten. Hier ist durch diese Regelung der „Bürgergarten Laskerwiese“ entstanden.

Gemeinschaftsgärten können dementsprechend als Interessengruppen ihrer Gemeinde Einfluss auf Planungsvorhaben in ihrer Stadt nehmen, um Flächenpotentiale auszuschöpfen.

5.1.2. Nutzungsrecht

Das Nutzungsrecht richtet sich nach dem Eigentümer der nutzbaren Fläche.

Hierbei sollen im Rahmen dieser Arbeit nur öffentliche Flächen, also Flächen, die der Stadt zugehörig sind betrachtet werden. Die Art der Nutzung, ist in der Baunutzungsverordnung geregelt. Sie enthält Festsetzungen wie die Zweckbestimmung, die der Gesetzgeber ermächtigt hat. Reine Wohngebiete dienen demnach ausschließlich dem Wohnen, ausnahmsweise sind hier ergänzende Nutzungen möglich. Weitere Zweckbestimmungen sind beispielsweise Sondergebiete, die der Erholung dienen und sonstige Sondergebiete. Diese beinhalten unter anderem Gebiete für Anlagen, die der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung erneuerbarer Energien dienen.²⁴⁸

²⁴⁷ Mencke, M.: "Planungsinstrumentarien aus den Bereichen der Gesamtplanung und der Umweltplanung", Skript der Beuth Hochschule für Technik Berlin, 2008, S.11-12

²⁴⁸ Baugesetzbuch, 24. Auflage, Stand 1993, § 10, 11, 3 (3)

5.1.3. Liegenschaftsfond

Der Liegenschaftsfond ist ein Tochterunternehmen der Senatsverwaltung für Finanzen und wurde 2001 zur Vermarktung landeseigener Grundstücke und Immobilien gegründet. Seit dem Beschluss des Berliner Abgeordnetenhauses im November 2004 sollen verstärkt Zwischennutzungen ermöglicht werden.²⁴⁹

Dabei werden Grundstücke in einem Bieterverfahren verkauft. Jüngste rechtliche Entwicklungen verpflichten kommunale Grundstückseigentümer unter bestimmten Bedingungen zur Ausschreibung der Grundstücksvergabe. Im Gegensatz zum Bieterverfahren werden dem Interessenten in einer Ausschreibung zusätzliche Anforderungen gestellt, die neben dem Gebot ein zusätzliches Kriterium darstellen zum Beispiel nicht durch Planungsrecht vorgegebene Nutzungskonzepte. Die Höhe des Gebotes, die Kaufpreissicherheit und das Nutzungskonzept stehen hier als Zuschlagskriterien nebeneinander.²⁵⁰

Öffentliche Liegenschaften können gepachtet oder gemietet werden. Die Kataster- und Vermessungsämter führen das Liegenschaftskataster.²⁵¹

5.1.4. Brachen

Eine Brache ist im planerischen Sinn eine Fläche, die nach Aufgabe der vorhergehenden Nutzung über einen längeren Zeitraum ungenutzt oder aus ökonomischen Gesichtspunkten funktionslos geworden ist, wenn sich aus unterschiedlichen Gründen keine Folgenutzung über den Markt findet. Folglich ist aus städtebaulicher Sicht Handlungsbedarf gegeben.

Der Ursprung des Begriffs stammt aus der Landwirtschaft. Im Rahmen der Dreifelderwirtschaft wurden jedes dritte Jahr Flächen brach fallen gelassen und somit bewusst temporär aus der Nutzung genommen.

²⁴⁹ Rosol, M.: "Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung", Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, Juni 2006, S.98

²⁵⁰ Liegenschaftsfond Berlin (Hrsg.): "Förmliches Vergabeverfahren", "Ausschreibung"
URL: <http://www.liegenschaftsfonds.de/site/index.php?id=197>
[Stand: 15.7.2011]

²⁵¹ Jurscha, H.P.: „Kataster und Grundbuchwesen“,
URL: <http://www.docju.de/themen/fiwi/finanzierung/grundbuchwesen.pdf>, S.2
[Stand: 18.7.2011]

Die unterschiedlichen Gründe für das Brachfallen einer Fläche sind vielfältig und lassen sich auf den zurückgehenden Bedarf an Nutzungen, auf den demografischen Wandel auf politische Veränderungen, den Strukturwandel der Wirtschaft oder veränderte Anforderungen an einen Standort zurückführen. Brachflächentypen entstehen an verschiedenen Orten und sind beispielsweise Gartenbrachen, Abriss- oder Trümmerbrachen, Industriebrachen, Bahnbrachen, Militärbrachen oder Deponiebrachen.²⁵²

Urbane Brachflächen sind Gebiete in einer Stadt, die nicht umgehend einer neuen definitiven Nutzung zugeführt werden. Das Wort Brache ist meist negativ behaftet, denn für Stadtplaner werden sie als Fehler einer Planung angesehen, der möglichst vermieden werden soll.

Das Auftreten einer Brachfläche gehört aber auf natürliche Weise zum Stadtbild, denn Städte unterliegen als ein Organismus dem Wandel mit ihren unterschiedlichen Phasen des Aufschwungs, der Stagnation und des Niedergangs.²⁵³

Städtische Brachflächen können somit als Zwischenräume innerhalb eines Siedlungsgebietes beschrieben werden, denn sie füllen räumliche und zeitliche Übergänge aus. Zwischen einer abgeschlossenen und einer noch nicht begonnenen, langfristig geplanten Nutzung stehen sie sozusagen "dazwischen".

Temporäre Aktivitäten profitieren von den besonderen vermeintlich funktionslosen Räumen.²⁵⁴

²⁵² v. Rekowski, S.: "Ökonomische Analyse- Nachnutzung von Brachflächen", Semesterarbeit der Beuth Hochschule für Technik Berlin, 2008, S.5-6

²⁵³ Waldis, S.: „Zwischennutzung urbaner Brachflächen und Nachhaltigkeit- Theoretisches Konzept zur Verbindung von Zwischennutzung und Nachhaltigkeit“, Masterarbeit, Universität Basel, 2009, S.3

²⁵⁴ Kruse, S.: „Potentiale temporärer Nutzungen städtischer Brachflächen für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung“, Diplomarbeit am Institut für Umweltstrategien, Lüneburg 2003, S. 23

5.1.5. Zwischennutzungen

Zwischennutzungen sind der temporäre Gebrauch von Räumen und Freiflächen in der Zwischenzeit von der Aufgabe einer früheren und bis zur Inangriffnahme einer zukünftigen Nutzung²⁵⁵. Sie sind durch das Ende einer definitiven und den Beginn einer definitiven Nutzung gekennzeichnet.²⁵⁶ Sie werden durch den Faktor Zeit bestimmt und können dabei kurzfristig, mittelfristig oder langfristig auftreten, sind aber bis zur definitiven Neunutzung zeitlich unbegrenzt. Eine definitive Zwischennutzung ist durch eine allmähliche Verstetigung gekennzeichnet.²⁵⁷

Bei Zwischennutzungen treten direkte Akteurs-Typen auf wie ehrenamtliche Aktivisten, Verwaltungen und Behörden und indirekt wie Eigentümer, Kommunen und die Politik. Eigentübertypen von Zwischennutzungsflächen sind Investoren, Eigentümer von Bahnanlagen, Erbgemeinschaften, private Eigentümer und die öffentliche Hand.²⁵⁸

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung unterscheidet zwei Akteurs-Gruppen. Zum einen die ZwischenutzerInnen, welche eine Nachfrage nach kostengünstigen Flächen, auf denen sie ein Projekt verwirklichen können, bilden. Zum anderen die Eigentümer urbaner Brachflächen.²⁵⁹

Zwischennutzungen werden ausschließlich vom Menschen gemacht und nicht auf beliebigen Orten, sondern ausschließlich auf urbanen Brachflächen. Dies können in diesem Zusammenhang auch Reserve- und Stadtentwicklungsflächen sein. ZwischenutzerInnen sind dabei niemals Besitzer einer urbanen Brachfläche.²⁶⁰

Der für die Zwischennutzung wichtigste Vertragstyp ist der sogenannte Nutzungsvertrag. Hierbei wird zwischen Miet-, Leih- und Pachtverträgen unterscheiden. Die Pachtverträge bieten hier die Möglichkeit der sogenannten Fruchterziehung, das heißt durch die Bewirtschaftung der Fläche können finanzielle Erträge erzielt werden.

²⁵⁵ trans_areale (Hrsg.): "Stadtgespräch Zwischennutzung: Neue Wege in der Stadtentwicklung", URL: http://www.zwischennutzung.net/downloads/report02_transareale_linz.pdf, S.21 [Stand: 14.7.2011]

²⁵⁶ Waldis, S.: „Zwischennutzung urbaner Brachflächen und Nachhaltigkeit- Theoretisches Konzept zur Verbindung von Zwischennutzung und Nachhaltigkeit“, Masterarbeit, Universität Basel, 2009, S.3

²⁵⁷ trans_areale (Hrsg.): "Stadtgespräch Zwischennutzung: Neue Wege in der Stadtentwicklung", URL: http://www.zwischennutzung.net/downloads/report02_transareale_linz.pdf, S.21 [Stand: 14.7.2011]

²⁵⁸ trans_areale (Hrsg.): "Stadtgespräch Zwischennutzung: Neue Wege in der Stadtentwicklung", URL: http://www.zwischennutzung.net/downloads/report02_transareale_linz.pdf, S.21 [Stand: 14.7.2011]

²⁵⁹ Waldis, S.: „Zwischennutzung urbaner Brachflächen und Nachhaltigkeit- Theoretisches Konzept zur Verbindung von Zwischennutzung und Nachhaltigkeit“, Masterarbeit, Universität Basel, 2009, S.15

²⁶⁰ Waldis, S.: „Zwischennutzung urbaner Brachflächen und Nachhaltigkeit- Theoretisches Konzept zur Verbindung von Zwischennutzung und Nachhaltigkeit“, Masterarbeit, Universität Basel, 2009, S.11

Nutzungsverträge enthalten in der Regel Angaben zur Nutzung, wie die Mietdauer, die meist befristet ist, das Entgelt, Haftungen, Bestimmungen zur Übernahme von Verkehrssicherungspflichten und zu Verbrauchs- und Betriebskosten.

5.2. Brachflächensituation in Berlin

Brachflächen bieten derzeit Potenziale für Zwischennutzungen in Berlin und somit auch für Gemeinschaftsgärten.

In den unterschiedlichen Nutzungen der Gesamtfläche Berlins nehmen Brachflächen im Jahre 2008 einen Anteil von 3,4% ein, wie der folgende Abbildung 11²⁶¹ des Umweltatlas der Senatsverwaltung zu entnehmen ist. Diese nutzbaren Brachflächen machen etwa 3.000 Hektar der Gesamtfläche Berlins aus. Park- und Grünflächen liegen bei 4,1%. Ein Vergleich mit früheren Daten ist nicht möglich, da keine Angaben der Senatsverwaltung dazu vorliegen.

Es lässt sich aber daraus ableiten, dass der Anteil der Brachflächen in diesem Jahr folglich annähernd so groß ist, wie der Anteil der Park- und Grünflächen selbst.

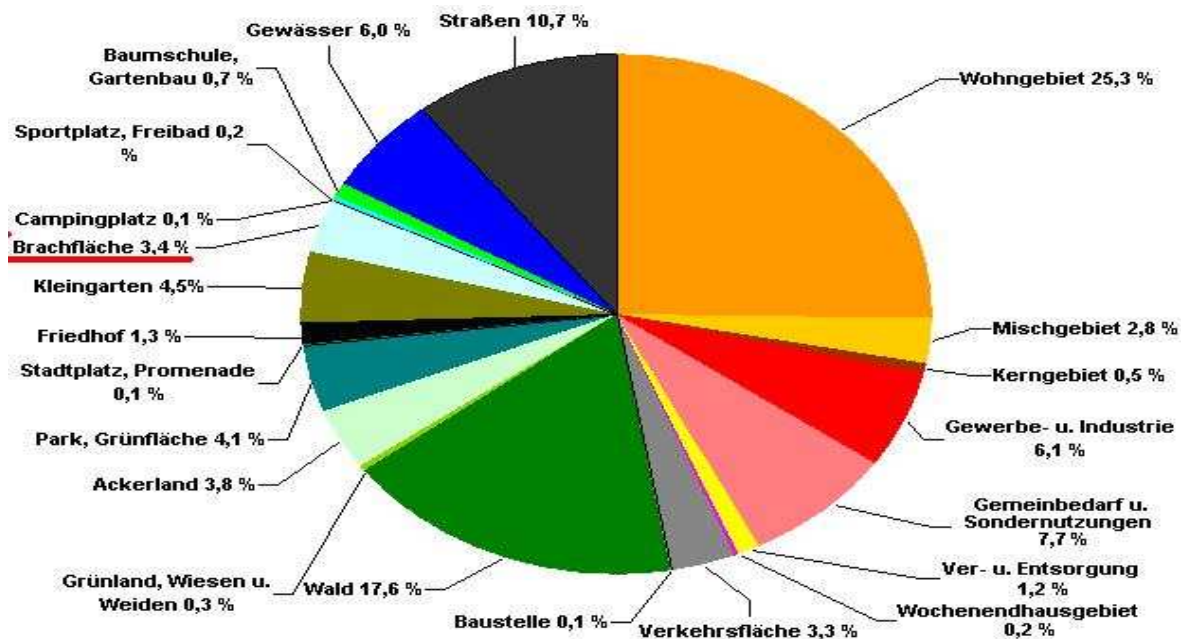


Abbildung 11: Flächenanteile verschiedener Nutzungen an der Gesamtfläche Berlins

²⁶¹ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin: „06.01/02 Reale Nutzung der bebauten Flächen/ Grün- und Freiflächenbestand“ (Ausgabe 2008)
 URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/umweltatlas/din_601.htm [Stand: 9.3.2011]

In der realen Nutzung der Grün- und Freiflächenbestände der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin kann allerdings festgestellt werden, dass die Entwicklung der Ruderalflächen in Berlin im Vergleich zu 2004 von 12,0% zu 2008 auf 14,4% einen Zuwachs von 2,4% erfahren hat, wobei die Park und Grünflächen im Vergleich 0,6% verloren haben, wie die unten stehenden Abbildungen 12²⁶² und 13²⁶³ zeigen. Erfasst wurden hier die Ruderal- und Brachflächen Berlins mit einer Mindestgröße von einem Hektar, dies sind meist Bahnflächen.

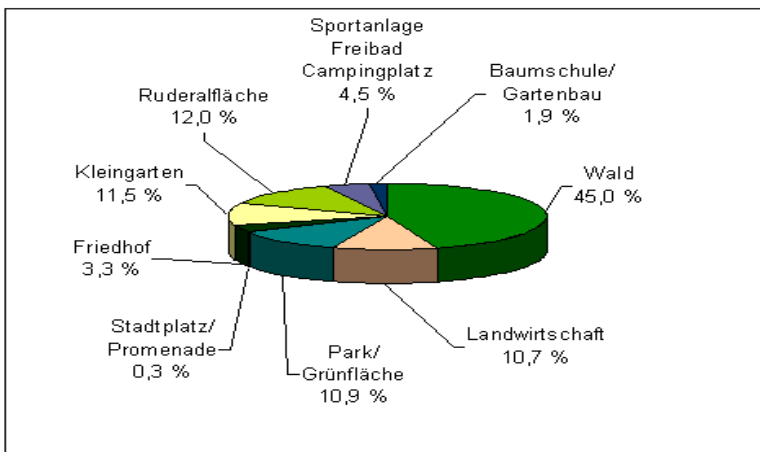


Abbildung 12: Reale Nutzung der bebauten Flächen / Grün- und Freiflächenbestand (2004)

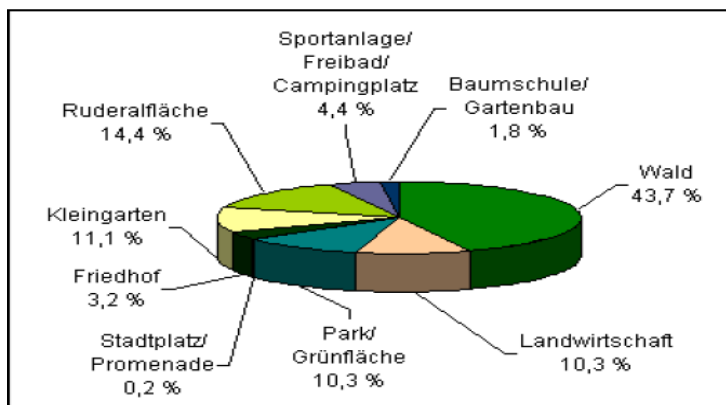


Abbildung 13: Reale Nutzung der bebauten Flächen / Grün- und Freiflächenbestand (2008)

²⁶² Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin: „06.01/02 Reale Nutzung der bebauten Flächen/ Grün- und Freiflächenbestand“ (Ausgabe 2004)
 URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/umweltatlas/db601_06.htm#Abb4
 [Stand: 9.3.2011]

²⁶³ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hrsg.): „Thema Flächennutzung - 06.01 Reale Nutzung der bebauten Flächen“, (Ausgabe 2008)
 URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/umweltatlas/dc601_06.htm#Abb3
 [Stand: 10.3.2011]

Ein Brachflächenkataster für Flächen zur Zwischennutzung wurde angestrebt, fehlt aber bislang. Dies ist unter anderem einem Antrag der FDP Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin an den Senat vom 17. Juni 2008 zu entnehmen, darin heißt es:

„Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, ein Brachflächenkataster für Zwischennutzungen einzurichten. Dabei sollen in einer Datenbank Grundstücke des Landes Berlin erfasst werden, die für eine temporäre Zwischennutzung und Verpachtung an Dritte in Frage kommen und deren Nutzungsmöglichkeiten dargestellt werden.“²⁶⁴

Der Antrag befindet sich im Anhang Seite 46. Er wurde abgelehnt.

Durch ein solches Kataster können Auflistungen erfolgen, die geplante Gemeinschaftsgärten als Zwischennutzung können nutzen und somit einen Ausgleich der Abnahme der Park und Grünflächen bieten.

5.3. Zwischennutzung urbaner Brachflächen

Für Gemeinschaftsgärten spielt die Nutzung urbaner Brachflächen, wenn auch als Zwischennutzung eine wichtige Rolle, da sie sich hier durch Partizipation aktiv an der Stadtentwicklung beteiligen können. Der Prozess wird hierbei von unten, also durch den Bottom-Up Ansatz gestaltet. Dadurch können niederschwellige Angebote geschaffen werden.²⁶⁵

Ein weiterer wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang ist der Flächenverbrauch, dem auch durch die Schaffung von Gemeinschaftsgärten und die Nutzung brachliegender Flächen entgegengewirkt werden soll.

Im Handlungsprogramm der Agenda 21 für Berlin wurde sich darauf verständigt, dass die Stadt sich an der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung orientiert und die Flächenversiegelung von 129 Hektar pro Tag auf 30 Hektar pro Tag senkt.²⁶⁶

²⁶⁴ FDP Fraktions-Antrag: „Brachflächenkataster für Zwischennutzungen in Berlin einrichten“, URL: <http://www.fdp-fraktion-berlin.de/uploads/files/0617brachflaechenkatasterweioe.pdf>, S.1 [Stand: 11.3.2011]

²⁶⁵ Kruse, S.: „Potentiale temporärer Nutzungen städtischer Brachflächen für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung“, Diplomarbeit am Institut für Umweltstrategien, Lüneburg 2003, S.102

²⁶⁶ Berger, H.: „Der Flächenverbrauch in Berlin- Bilanz und Vorschläge für Maßnahmen“, Fachforum Stadtökologie in Berlin 21 e.V., Berlin, 2009, S.1
URL: http://www.berlin21.net/fileadmin/Projekte/_FI_344chenbilanz-2-09_.pdf
[Stand: 14.3.2011]

5.3.1. Aktuelle Situation

Urbane Brachflächen sind in der Stadtentwicklung immer wieder Thema. Für Zwischennutzungen sind die Forschungsanstrengungen weniger ausgeprägt, wenn liegen sie in Form von grauer Literatur vor. Dennoch gewinnt die Zwischennutzung für die Stadtentwicklung zunehmend an Bedeutung.²⁶⁷

Durch Zunahme leer stehender Grundstücke werden neue alternative Investoren im Stadtbereich aktiv, wie ZwischenutzerInnen, Initiativen, Bürgerprojekte und SelbstnutzerInnen, deren zentrales Merkmal es ist, dass sie andere Ziele verfolgen als monetäre. Es werden Nutzwerte geschaffen. Die NutzerInnen selbst gestalten ihren Lebensraum entsprechend ihren Bedürfnissen und erhalten so eine neue Rolle und Stellung innerhalb des Marktes und der Gesellschaft.²⁶⁸

Demografische Veränderungen können zu veränderten Anforderungen an Angebot, Funktion und Gestaltung urbaner Freiräume führen. Aber auch durch ökonomische und räumliche Transformationsprozesse ergeben sich neue Rahmenbedingungen. Die Freiraum- und Landschaftsplanung muss sich mit urbanisierten Räumen und somit auch mit Zwischennutzung, Rest- und Brachflächen beschäftigen.²⁶⁹ Dabei werden informelle Planungsinstrumente wie Moderations- und Managementtätigkeiten an Bedeutung gewinnen.²⁷⁰

Brachen bieten vielfältige Optionen für spontane Nutzungen. Somit muss die räumliche Planung ein gewisses Maß an Selbstorganisation und des "Sich-Entwickeln-Lassens" zulassen. Es findet ein Paradigmenwechsel in der Planung und bezüglich der Brachflächen statt.²⁷¹

Berlin liefert hierfür einen quantitativen und qualitativen Reichtum an Brachflächen, die als Entwicklungsreserven betrachtet werden können. Angestrebte Folgenutzungen sind oft ungewiss und viele Flächen sind auf absehbare Zeit nicht vermarktungsfähig. Die klassische Planung stößt hier im Umgang mit Brachflächen an ihre Grenzen.

²⁶⁷ Waldis, S.: „Zwischennutzung urbaner Brachflächen und Nachhaltigkeit- Theoretisches Konzept zur Verbindung von Zwischennutzung und Nachhaltigkeit“, Masterarbeit, Universität Basel, 2009, S.9

²⁶⁸ Schmidt, B.: „Alternatives Investment in schrumpfenden Städten“, Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.)
URL: <http://www.kommunale-info.de/download/Schmidt.pdf>, S.1-8
[Stand: 6.5.2011]

²⁶⁹ Wiechmann, T., Wirth, P.(Hrsg.): „Ökologischer Umbau in Städten und Regionen“, IÖR- Schriften, Band 46, Dresden, 2005, S.39

²⁷⁰ Kruse, S.: „Potentiale temporärer Nutzungen städtischer Brachflächen für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung“, Diplomarbeit am Institut für Umweltstrategien, Lüneburg 2003, S.41

²⁷¹ Kruse, S.: „Potentiale temporärer Nutzungen städtischer Brachflächen für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung“, Diplomarbeit am Institut für Umweltstrategien, Lüneburg 2003, S.43

Zudem sind viele Flächen mit gängigen stadtplanerischen Instrumentarien nur bedingt umzunutzen und zu revitalisieren. Somit entwickelt sich eine neue Bedeutung im Prozess der Umstrukturierung durch Erproben neuer Entwicklungsansätze sowie der Nutzung und Aktivierung kreativer Potentiale.²⁷²

5.3.2. Vorteile von Zwischennutzungen

Als Nächstes werden hier die Vorteile und Argumente die für eine Zwischennutzung von urbanen Brachflächen sprechen dargestellt.

Die Bedeutung der ZwischenutzerInnen liegt allgemein in der Erschließung neuer Finanzquellen- und Wege und in der Erbringung von Organisations- und Managementleistungen. Sie liefern zudem einen Beitrag zur Schaffung funktionaler Vielfalt, fördern die Stadtkultur, den Tourismus, stärken und entwickeln weiche Standortfaktoren und wirken der Politikverdrossenheit entgegen.

Sie entsprechen dem heutigen Verständnis von freiwilligem Engagement und können als Bausteine für die Zivilgesellschaft gewertet werden. Weiterhin knüpfen sie neue Akteurs-Netze, bauen und nutzen Netzwerke zwischen Bürgern, Stadtentwicklung und Politik, sowie fachlichen Experten.²⁷³

²⁷² Bodenschatz, Doehler-Behzadi, Giseke, Krautzberger: „verschenken? bewalden? zwischennutzen? Was tun mit der freien Fläche?“ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hrsg.), Stadtforum Berlin 2020, Ergebnisse aus Sicht des Beirats, URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/forum2020/downloads/ergebnispapier_beirat_freiraue-me.pdf, S.1 [Stand:6.5.2011]

²⁷³ Schmidt, B.: „Alternatives Investment in schrumpfenden Städten“, Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.) URL: <http://www.kommunale-info.de/download/Schmidt.pdf>, S.5 [Stand: 6.5.2011]

5.3.2.1. Stadtentwicklung

Ein wesentliches Potential liegt im Entwicklungsbeitrag zum sozialen Kapital der Stadtentwicklung.²⁷⁴ Zwischennutzungen wirken sich positiv durch Aufwertung von Brachflächen auf das Quartier aus und liefern Animationen für neue Nutzungsideen. Das "Erproben" von Zwischennutzungen kann Impulse für künftige Nutzungen geben.²⁷⁵

Zwischennutzung ist als Chance für die Stadtentwicklung anzusehen, da für leer stehende Flächen ohne Verwertungsinteresse wieder von Wert sind. Alten und vergessenen Standorte bieten sie ein neues Image und neue Perspektiven, denn häufig ziehen sie das öffentliche Interesse auf sich. Außerdem können "Nicht-Orte" beseitigt werden und neue urbane Qualitäten geschaffen werden.

Zwischennutzungen beheben vorübergehende Mängel in der öffentlichen Infrastruktur. Sie setzen die Wünsche der Bürger schnell und unbürokratisch um, gerade auch die der Kinder und Jugendlichen.

Für die Bürger ergibt sich die Chance sich durch Bürgerbeteiligung aktiv an der Stadtgestaltung zu beteiligen. Zwischennutzungen sind für die Stadtentwicklung als ökologische, ökonomische, kulturelle und soziale Ergänzungen zu betrachten.²⁷⁶

²⁷⁴ Schmidt, B.: „Alternatives Investment in schrumpfenden Städten“, Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.)
URL: <http://www.kommunale-info.de/download/Schmidt.pdf>, S.5
[Stand: 6.5.2011]

²⁷⁵ Wiechmann, T., Wirth, P. (Hrsg.): „Ökologischer Umbau in Städten und Regionen“, IÖR- Schriften, Band 46, Dresden, 2005, S.43
URL: http://www.ioer.de/fileadmin/internet/IOER_schriften/IOeR_Schriften_Band_46_Inhalt_Beitrag_3.pdf
[Stand: 22.8.2011]

²⁷⁶ Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.): "Zwischennutzungen und Nischen im Städtebau als Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung", Werkstatt: Praxis Heft 57, Bonn, 2008, S.114-116
URL: www.bbsr.bund.de/nn_21272/BBSR/DE/.../heft57_DL.pdf
[Stand: 21.8.2011]

5.3.2.2. Bevölkerung und NutzerInnen

Für die Bevölkerung und NutzerInnen entstehen durch Zwischennutzungen neue Potentiale für Freizeit und Erholung. Sie können vorhandene Grün-Defizite ausgleichen und die Biodiversität erhöhen.²⁷⁷ Sie beheben und kontrollieren Angsträume und Vandalismus. Ferner reduzieren sie Müllkippen und sind zudem identitätsstiftend und schaffen Arbeitsplätze.²⁷⁸ Zwischennutzungen ziehen junge kreative Menschen an und festigen so das Bild des jungen innovativen Berlins.²⁷⁹

Sie sind attraktiv für junge innovative Nutzungsformen und ermöglichen Experimentierfelder für Jungunternehmen, Start-Ups oder die Kreativwirtschaft mit geringem Eigenkapital. Für benachteiligte Bevölkerungsgruppen bieten sie besondere Gestaltungsmöglichkeiten. Ein häufiges Beispiel ist die Nutzung von Brachflächen als Grabeland innerhalb von Gemeinschaftsgärten zum Beispiel für Migranten.²⁸⁰

Aus Zwischennutzungen können Existenzgründungen und stabile Nachnutzungen hervor gehen.²⁸¹

²⁷⁷ Wiechmann, T., Wirth, P. (Hrsg.): „Ökologischer Umbau in Städten und Regionen“, IÖR- Schriften, Band 46, Dresden, 2005, S.42-43

URL: http://www.ioer.de/fileadmin/internet/IOER_schriften/IOeR_Schriften_Band_46_Inhalt_Beitrage_3.pdf

[Stand: 22.8.2011]

²⁷⁸ Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.): "Zwischennutzungen und Nischen im Städtebau als Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung", Werkstatt: Praxis Heft 57, Bonn, 2008, S.114

URL: www.bbsr.bund.de/nn_21272/BBSR/DE/.../heft57_DL.pdf

[Stand: 21.8.2011]

²⁷⁹ Bodenschatz, Doehler-Behzadi, Giseke, Krautzberger: „verschenken? bewalden? zwischennutzen? Was tun mit der freien Fläche?“ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hrsg.), Stadtforum Berlin 2020, Ergebnisse aus Sicht des Beirats, S.2

URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/forum2020/downloads/ergebnispapier_beirat_freiraume.pdf

[Stand:6.5.2011]

²⁸⁰ Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.): "Zwischennutzungen und Nischen im Städtebau als Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung", Werkstatt: Praxis Heft 57, Bonn, 2008, S.115

URL: www.bbsr.bund.de/nn_21272/BBSR/DE/.../heft57_DL.pdf

[Stand: 21.8.2011]

²⁸¹ Bodenschatz, Doehler-Behzadi, Giseke, Krautzberger: „verschenken? bewalden? zwischennutzen? Was tun mit der freien Fläche?“ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hrsg.), Stadtforum Berlin 2020, Ergebnisse aus Sicht des Beirats, S.2

URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/forum2020/downloads/ergebnispapier_beirat_freiraume.pdf

[Stand:6.5.2011]

"Zwischennutzungen schaffen Raum für Leute, die auf anderweitigem Wege keinen Raum vorfinden würden", um Projekte und Ziele zu erreichen, die auf dem normalen Grundstücksmarkt nicht zu erreichen wären. Sie bieten ein kostengünstiges "Labor" ohne großes finanzielles Risiko, bei dem es auch erlaubt ist zu scheitern.²⁸²

5.3.2.3. Eigentümer urbaner Brachflächen

Für die Eigentümer von Brachflächen verschaffen sie einen strategischen Zeitgewinn bis zur Neunutzung, wenn langwierige Planungs- und Abstimmungsprozesse absehbar sind. Sie sichern Brachflächen vor Verwahrlosung, Vermüllung und Vandalismus und können Miet- oder Pachteinahmen einbringen.²⁸³ Teilweise werden fehlende oder ausbleibende Investitionen kompensiert. Mittelfristige Zeithorizonte werden durch die Entwicklung von Brachflächen überbrückt, deren Funktion unklar ist oder bei Arealen, bei denen lange Realisierungszeiträume absehbar sind.

Zwischennutzungen fungieren somit als informelles und strategisches Planungsinstrument zur Flächenentwicklung.²⁸⁴ Des Weiteren beeinflussen Zwischennutzungen die nähere Umgebung maßgeblich, während Brachen generell den Verfall und Niedergang eines Grundstückes aufzeigen und somit das Image umliegender Grundstücke beeinflussen²⁸⁵, steigern Zwischennutzungen den Verkehrswert und reduzieren Kosten für Instandhaltungsmaßnahmen.

Sie sind demnach durchaus rentabel.²⁸⁶

²⁸² Waldis, S.: „Zwischennutzung urbaner Brachflächen und Nachhaltigkeit- Theoretisches Konzept zur Verbindung von Zwischennutzung und Nachhaltigkeit“, Masterarbeit, Universität Basel, 2009, S.47

²⁸³ Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.): "Zwischennutzungen und Nischen im Städtebau als Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung", Werkstatt: Praxis Heft 57, Bonn, 2008, S.115

URL: www.bbsr.bund.de/nn_21272/BBSR/DE/.../heft57_DL.pdf
[Stand: 21.8.2011]

²⁸⁴ Kloos, M., Kn. verner, T., Wachten, K.: „Freiräume auf Zeit- Neue Konzepte für Grünflächen in Stadterneuerungsgebieten“, Internationales Institut für Gartenkunst und Landschaftsarchitektur Schloss Dyck, Aachen, 2007, S.43

²⁸⁵ Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.): "Zwischennutzungen und Nischen im Städtebau als Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung", Werkstatt: Praxis Heft 57, Bonn, 2008, S.106

URL: www.bbsr.bund.de/nn_21272/BBSR/DE/.../heft57_DL.pdf
[Stand: 21.8.2011]

²⁸⁶ Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.): "Zwischennutzungen und Nischen im Städtebau als Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung", Werkstatt: Praxis Heft 57, Bonn, 2008, S.102

URL: www.bbsr.bund.de/nn_21272/BBSR/DE/.../heft57_DL.pdf
[Stand: 21.8.2011]

Die folgende Abbildung 14²⁸⁷ zeigt zusammenfassend Gründe für Zwischennutzungen aus Sicht der beteiligten Akteure.

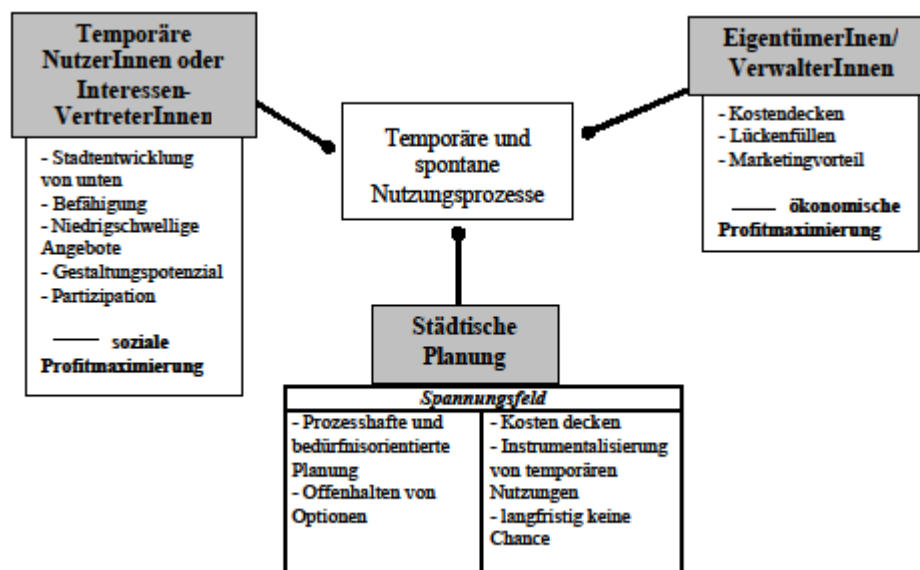


Abbildung 14: Gründe für Zwischennutzungen aus Sicht der beteiligten Akteure nach Kruse (2003)

5.3.3. Problematiken von Zwischennutzungen

Die Problematiken einer Zwischennutzung ergeben sich zum einen für die Kommunen als Eigentümer der Flächen. Zum anderen für die ZwischenutzerInnen selbst, denn häufig sind die Interessen unterschiedlich gelagert.

Für die Kommunen entstehen ganz allgemein Problematiken hinsichtlich der Haftungsfragen, der Verkehrssicherheit, dem Umgang mit getätigten Investitionen und den laufenden Kosten eines Grundstückes, wenn sie eine Fläche der Zwischennutzung überlassen.²⁸⁸

In Bezug auf Liegenschaften haben die Kommunen einerseits Interesse, die nicht genutzten Flächen wieder einer neuen Nutzung zuzuführen und stehen auch in der Pflicht, Liegenschaften im Interesse der gesamtstädtischen Entwicklung einzusetzen.

²⁸⁷ Kruse, S.: „Potentiale temporärer Nutzungen städtischer Brachflächen für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung“, Diplomarbeit am Institut für Umweltstrategien, Lüneburg 2003, S.102

²⁸⁸ Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.): "Zwischennutzungen und Nischen im Städtebau als Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung", Werkstatt: Praxis Heft 57, Bonn, 2008, S.100-101

Für Verwaltungen bedeuten Zwischennutzungen aber einen zusätzlichen Arbeitsaufwand und somit besteht nur geringes Interesse an der Umsetzung und Genehmigung solcher.²⁸⁹

In einem persönlich geführten Interview am 11. Juli 2011 mit Herrn Micheal Gödde von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, teilte mir dieser mit, dass für die Kommunen die Einnahmen wichtig sind. Durch zu hohe und überzogene Verwertungserwartungen werden Nachnutzungen leer stehender Liegenschaften behindert. Die zu hohen Renditeerwartungen stehen dabei nicht im Verhältnis zu den Möglichkeiten der Zwischennutzung und ihrem Leistungspotential.

Darüber hinaus wird häufig von Zwischennutzungen abgesehen, da die Angst der Verstetigung besteht.

Für die ZwischenutzerInnen gestaltet sich daher eine Genehmigung schwierig. Vielfach wird eine Zwischennutzung mit dem Hinweis abgelehnt, sie sei planungs- oder baurechtlich nicht genehmigungsfähig.²⁹⁰

Durch komplexe rechtliche Rahmenbedingungen werden die beteiligten Akteure oft überfordert.²⁹¹

Von langen Laufzeiten und Kündigungsfristen wird in Zwischennutzungsverträgen meist Abstand gehalten.²⁹² Nutzungsgarantien über drei Jahre sind selten. Frühzeitige Kündigungen beenden nicht nur die Zwischennutzung, sondern auch das soziale oder wirtschaftliche Engagement.²⁹³

²⁸⁹ Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.): "Zwischennutzungen und Nischen im Städtebau als Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung", Werkstatt: Praxis Heft 57, Bonn, 2008, S.120

URL: www.bbsr.bund.de/nn_21272/BBSR/DE/.../heft57_DL.pdf
[Stand: 21.8.2011]

²⁹⁰ Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.): "Zwischennutzungen und Nischen im Städtebau als Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung", Werkstatt: Praxis Heft 57, Bonn, 2008, S.117

URL: www.bbsr.bund.de/nn_21272/BBSR/DE/.../heft57_DL.pdf
[Stand: 21.8.2011]

²⁹¹ Kloos, M., Kn. verner, T., Wachten, K.: „Freiräume auf Zeit- Neue Konzepte für Grünflächen in Stadterneuerungsgebieten“, Internationales Institut für Gartenkunst und Landschaftsarchitektur Schloss Dyck, Aachen, 2007, S.7

²⁹² Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.): "Zwischennutzungen und Nischen im Städtebau als Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung", Werkstatt: Praxis Heft 57, Bonn, 2008, S.106

URL: www.bbsr.bund.de/nn_21272/BBSR/DE/.../heft57_DL.pdf
[Stand: 21.8.2011]

²⁹³ Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.): "Zwischennutzungen und Nischen im Städtebau als Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung", Werkstatt: Praxis Heft 57, Bonn, 2008, S.118

URL: www.bbsr.bund.de/nn_21272/BBSR/DE/.../heft57_DL.pdf
[Stand: 21.8.2011]

5.4. Problemstellung der Gemeinschaftsgärten

Im Folgenden wird die Problemstellung hinsichtlich planungs- und nutzungsrechtlicher Fragen aus Sicht der Gemeinschaftsgärten dargestellt.

Wie bereits im Kapitel 3.1. „Einordnung in bestehende Freiraumtypen“ festgestellt, lassen sich Gemeinschaftsgärten im bestehenden Freiraumsystem nur schwer verankern.

Für Gemeinschaftsgärten oder urbane Landwirtschaft bestehen derzeit keine Schutzregeln, wie dies beispielsweise für Naturschutzgebiete der Fall ist. Entsprechende Instrumente und rechtliche Kategorien fehlen bislang.²⁹⁴ Ein Gemeinschaftsgarten ist im Moment im Planungsrecht und somit in Flächennutzungsplänen oder Bauplänen weder als Parkanlage, landwirtschaftliche Fläche, noch als Gemeindebedarfsfläche ausgewiesen.

„Bisher fallen gemeinschaftliche Gartennutzungen durch das Raster der sozialen, landwirtschaftlichen und öffentlichen Nutzungsmöglichkeiten, wie sie im Baugesetzbuch festgeschrieben sind“, so Isabella Haidle in ihrer Bestandsaufnahme der urbanen Gartenaktivitäten auf dem Gebiet der Landeshauptstadt München (2010).²⁹⁵

„Wichtig wäre festzustellen, dass es sich hierbei um eine Nutzung mit Anteilen einer öffentlichen, landwirtschaftlichen und soziale Nutzung handelt“, so Isabella Haidle weiter. In diesem Zusammenhang sei die „Stiftung Interkultur“ mit ihrer begleitenden Forschungsarbeit genannt, die darauf aufmerksam macht, dass es mittlerweile ein breites Spektrum an organisatorischen und inhaltlichen Eigenarten der Gemeinschaftsgärten gibt.

So werden verschiedene Nutzungen sichtbar, wie zum Beispiel Schwerpunkte interkultureller Entwicklungen, Umweltbildungsarbeit, therapeutische Arbeiten, berufliche Qualifizierungen oder der Aufbau von Kleinstunternehmen im Bereich Gartenbau.²⁹⁶

²⁹⁴ Rudolff, J.: „Gärtnernd die Stadt verwandeln- Urbane Landwirtschaft ist in Berlin bereits heute eine bunte Bewegung“

URL: http://www.oya-online.de/article/read/278-Gaertnernd_die_Staedte_verwandeln.html

[Stand: 12.3. 2011]

²⁹⁵ Müller, C.: „Raum schaffen für urbane Gärten. Die neue Gartenbewegung und die kommunale Politik“, *Alternative Kommunalpolitik* 2/2010, März/April, 31. Jhg. Bielefeld, S.60-62,

URL: http://www.anstiftung-ertomis.de/opencms/export/sites/default/download/AKP_Christa_Mueller.pdf

[Stand: 23.7.2011]

²⁹⁶ Müller, C.: „Interkulturelle Gärten- Urbane Orte der Subsistenzproduktion und der Vielfalt“, *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften- Die „grüne“ Stadt—urbane Qualitäten durch Freiraumentwicklung*, 1/2007, Berlin, S.55-67

URL: <http://www.stiftung-interkultur.de/dmdocuments/mueller.urbanesubsistenz.pdf>

[Stand: 15.5.2011]

Bisher gibt es für Gemeinschaftsgärten nur wenig Förderinstrumente und so muss ihre Existenz oft hart erkämpft werden, wie dies im Fall des Nachbarschaftsgartens Rosa Rose in Berlin-Friedrichshain der Fall war. Hier existierte auf einem brachliegenden Gelände fünf Jahre der Garten, bis er nach langen Verhandlungen mit dem neuen Investor der Fläche weichen musste.²⁹⁷ Ein weiteres Problem sind oft die unklaren Besitz- und Eigentumsverhältnisse und unsicheren Landverhältnisse.

Durch Bodenspekulationen und unvorhersehbare Stadtplanung, wie dies auch das aktuelle Beispiel des Mauerparks zeigt, gestaltet sich die Etablierung für Gemeinschaftsgärten schwierig.²⁹⁸ Meist sind Brachflächen schon verkauft, stehen kurz davor verkauft zu werden oder sind im Bebauungsplan so ausgeschrieben, dass allenfalls eine Zwischennutzung in Frage kommt.

Somit fehlt es häufig an passenden Flächen für einen nachhaltigen Anbau. Der Status einer Zwischennutzung mit kurzer Perspektive ist für einen Garten unbefriedigend und nicht förderlich. Durch den Umzug auf eine neue Fläche geht konkrete langjährige Arbeit verloren und darüber hinaus lebt das Engagement der Gartenakteure von der Wohnortnähe. Durch einen zu weiten Wegzug des Gartens geht dieses möglicherweise verloren.

Eine ungewisse Zukunft kann außerdem zur Demotivation der Gartenakteure führen.

Bisher gibt es nur wenig Erfahrung mit mittelfristigen Absicherungen einer Nutzung als Gemeinschaftsgarten. Eigentümer üben hierbei eine starke Zurückhaltung aus.²⁹⁹

Einige Gemeinschaftsgärten machen aus der Not eine Tugend, wie der Prinzessinnengarten in Berlin-Kreuzberg, der durch seine mobile Bepflanzung jederzeit mit umziehen kann.

Für Gemeinschaftsgärten als Zwischennutzungen besteht die Möglichkeit Nutzungs- oder Duldungsverträge abzuschließen.

²⁹⁷ Rudloff, J.: „Gärtnernd die Stadt verwandeln- Urbane Landwirtschaft ist in Berlin bereits heute eine bunte Bewegung“
URL: http://www.oya-online.de/article/read/278-Gaertnernd_die_Staedte_verwandeln.html
[Stand: 12.3. 2011]

²⁹⁸ Meyer-Renschhausen, E.: „Urbanes Ackern- Die Rückkehr zur Selbstversorgung in den Städten“, Verbraucher und Ernährungskultur- Der kritische Agrarbericht 2010, veröffentlicht September 2010
URL: <http://www.was-die-massenmedien-verschweigen.de/aktuell/Selbstversorgung.pdf>
[Stand 13.3. 2011]

²⁹⁹ Rosol, M.: „Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung“, Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.257

Typisch für viele Gemeinschaftsgärten ist auch die prekäre Situation der Nutzungsrechte.³⁰⁰ Häufig entstehen Konflikte mit anderen Nutzungsinteressen. Gemeinschaftsgärten müssen hierbei oft hinten anstehen.³⁰¹ Somit beschränkt sich das Platzangebot durch widerstreitende Nutzungen.³⁰²

Ebenso wird es dadurch beschränkt, dass keine Flächen zur Verfügung gestellt werden, da der ökonomische Druck zu hoch ist und häufig nur Investoren zum Zuge kommen.³⁰³

In einem offenen Brief an den Berliner Senat und den Berliner Liegenschaftsfond wurde am 20. Juli 2011 im Rahmen der „Kunst-Stadt-Berlin“ folgende Problematik geschildert:

Flächen aus öffentlichen brachliegenden Liegenschaften werden meist in einem Bieterverfahren verkauft, mit dem Ziel sie zu einem höchstmöglichen Preis an einen neuen Investor abzugeben. Somit werden Nutzungen, die sich nicht mit Höchstpreisen ökonomisieren lassen ausgeschlossen. Die Höchstpreisvergabe schließt bestehende soziale Akteure, wie Gemeinschaftsgärten aus, da hier ausschließlich die Verfolgung monetärer Gewinne der Stadt im Vordergrund steht. Einer langfristigen Quartiersentwicklung wird dadurch der Boden entzogen und das Vertrauen in einen nachhaltigen Umgang mit Liegenschaften ist nicht mehr gegeben.

In diesem offenen Brief wurden Forderungen aufgestellt, die im Kapitel 6. „Entwicklung von Handlungsempfehlungen“ aufgegriffen werden. Über 150 Akteure aus den Bereichen Kunst, Kultur, Stadtentwicklung, Politik und Wissenschaft unterzeichneten den Brief, darunter auch Akteure wie Katrin Bohn, Frauke Hehl und Elisabeth Meyer-Renschhausen, die in einer zusammengestellten Liste im Anhang auf den Seiten 12 bis 15 näher vorgestellt werden. Der Brief wurde im Newsletter von Berlin 21 e.V. veröffentlicht und ist komplett im Anhang auf den Seiten 47 bis 48 nachzulesen.

Die Beschränkungen für die Entstehung von Gemeinschaftsgärten erfolgen demnach zeitlich durch fehlende Möglichkeiten der Zwischennutzung, räumlich durch fehlende Flächen und rechtlich durch fehlende Kategorien und passende Instrumente.

³⁰⁰ Haidle, I.: „Urbane Gärten in Buenos Aires“, Diplomarbeit, Technische Universität Berlin, 2004, S.41

³⁰¹ Ahrenberg, J.: „Gewächse der Großstadt“, Berliner Zeitung (Hrsg.), 30.4.2011

³⁰² Haidle, I.: „Urbane Gärten in Buenos Aires“, Diplomarbeit, Technische Universität Berlin, 2004, S.41

³⁰³ Müller, C.: „Zur Bedeutung von Interkulturellen Gärten für eine nachhaltige Stadtentwicklung“, Gstach, D.; Hubenthal, H.; Spitthöver, M. (Hrsg.), Arbeitsberichte des Fachbereiches Architektur Stadtplanung Landschaftsplanung, Heft 169, Universität Kassel 2009, S.119-134

5.5. Das Beispiel des Allmende-Kontors

Auch im Fall des Allmende-Kontors auf dem ehemaligen Flughafen des Tempelhofer Feldes ist eine längerfristige Zukunft ungewiss. Das Projekt und der Garten sind im Anhang, auf den Seiten 12 bis 15 näher beschrieben. Hier konnten sich unterschiedliche Akteure über eine Ausschreibung bei der Tempelhof GmbH als sogenannte „PioniernutzerInnen“ bewerben. Das Management des Tempelhofer Feldes erfolgt über die Grün Berlin GmbH.

Der Allmende-Kontor ist ein von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und der „Stiftung Interkultur“ gefördertes Projekt zur Vernetzung der Berliner Garteninitiativen.³⁰⁴

Das Tempelhofer Feld mit seinen unterschiedlichen PioniernutzerInnen, darunter auch weitere Gemeinschaftsgärten wie „Stadtacker“, „Rübezahl Garten“, „Stadteilgärten Schillerkiez“ wurde im Mai 2010 für die Bürger eröffnet.³⁰⁵

Die Bürger wurden in den Prozess der Planung über Bürgerbeteiligung einbezogen und konnten ihre Meinung zur Nachnutzung des Areals äußern. Es wurden Online-Dialoge, öffentliche Veranstaltungen, Fachdiskussionen und Expertengespräche geführt.³⁰⁶

"Dieser Bottom-Up Prozess, in dem neue Wege der Stadtentwicklung eingeschlagen wurden, ist eine große Chance für den Standort. Das Leitbild als Rahmen der prozessualen Entwicklung wurde im engen Dialog mit relevanten gesellschaftlichen Akteuren, politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern und natürlich den Anwohnern der Nachbarschaften sowie den Bürgern ganz Berlins ausgearbeitet.", ist auf der Internetseite der Tempelhofer Freiheit zu lesen.³⁰⁷

Das Tempelhofer Feld wird in seinem jetzigen Zustand nicht bestehen bleiben, sondern wird weiterentwickelt.

³⁰⁴ Schoon, J.: „Bio über Berlin“, WirtschaftsWoche (Hrsg.), Düsseldorf, 14.3.2011, S.18-19

³⁰⁵ Tempelhofer Freiheit (Hrsg.) "Die Pionierprojekte im Überblick",
URL: <http://www.tempelhoferfreiheit.de/nc/mitgestalten/pionierprojekte/tp/0/>
[Stand: 14.7.2011]

³⁰⁶ Tempelhofer Freiheit (Hrsg.) "Planungsgeschichte"
URL <http://www.tempelhoferfreiheit.de/nc/ueber-die-tempelhofer-freiheit/planung/planungsgeschichte/?page=1>
[Stand: 14.7.2011]

³⁰⁷ Tempelhofer Freiheit (Hrsg.) "Planungsgeschichte"
URL: <http://www.tempelhoferfreiheit.de/nc/ueber-die-tempelhofer-freiheit/planung/planungsgeschichte/?page=2>
[Stand: 14.7.2011]

"Die Parklandschaft wird eine hohe Anziehungskraft besitzen und ein herausragender, moderner Freiraum des 21. Jahrhunderts werden. Eine hohe Gestaltungsqualität ist daher von besonderer Bedeutung. Um ein hohes gestalterisches Niveau für die Planung der zukünftigen Parklandschaft zu gewährleisten, wurde ein mehrstufiges Wettbewerbsverfahren unter der Federführung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in Zusammenarbeit mit der Grün Berlin GmbH durchgeführt."

Im April 2011 kam es zum Vertragsabschluss. Sieger ist das britische Team „gross.max. Landschaftsarchitekten“ und „Sutherland Hussey Architekten“.³⁰⁸

2017 soll auf dem Gelände die Internationale Gartenausstellung stattfinden.

Der Allmende-Kontor hat nun drei Jahre Zeit, sich auf dem Tempelhofer Feld zu entwickeln, mit der Option auf Vertragsverlängerung.³⁰⁹

Inwieweit er sich in zukünftige Planungen wie der Gestaltung der Parklandschaft durch die Architekten oder die Internationale Gartenausstellung 2017 integriert, ist derzeit nicht absehbar.

Befragt wurde unter anderem zu diesem Punkt in einer "Kleinen Anfrage" die Abgeordnete Felicitas Kubala des Bündnis 90/Die Grünen am 25. März 2011. Der Eingang dieser Drucksache "Mehr Unterstützung für die Bürger-GärtnerInnen auf dem Tempelhofer Feld" im Abgeordnetenhaus erfolgte am 27. April 2011. Die komplette Befragung befindet sich im Anhang auf den Seiten 49 bis 50. Es wurde die Frage gestellt, ob es zutrifft, dass die Garteninitiativen auf dem Tempelhofer Feld, befristet für drei Jahre, mit Option auf Verlängerung, auf ihrer Fläche bleiben können.

Daneben sind aber mittelfristig Bebauungen vorgesehen und es stellt sich dabei die Frage, warum nicht langfristig Flächen zur Verfügung gestellt werden, auf denen eine nachhaltige Nutzung möglich ist.

"Die derzeitig zu vergebenden Flächen im Rahmen des „Pionierverfahrens“ im Tempelhofer Park, sind Flächen, die zukünftig Bauflächen werden sollen. Es ist ausdrückliches Ziel, Flächen, die ansonsten brach liegen würden, für Zwischennutzung zu öffnen, um die Integration von verschiedenen sozialen, kulturellen und sportlichen Projekten in den Prozess der Weiterentwicklung und Profilierung für die „Tempelhofer Freiheit“ zu fördern. Dabei handelt es sich um eine klassische Zwischennutzung mit klar geregelten Rahmenbedingungen.“

³⁰⁸ Tempelhofer Freiheit (Hrsg.) "Planung der Parklandschaft"
URL: <http://www.tempelhoferfreiheit.de/ueber-die-tempelhofer-freiheit/planung/parkplanung/>
[Stand: 14.7.2011]

³⁰⁹ Schoon, J.: „Bio über Berlin“, WirtschaftsWoche (Hrsg.), Düsseldorf, 14. März 2011, S.18-19

Weiter heißt es dort:

„Eine langfristige Etablierung von BürgerInnengärten in den Park konnte noch nicht begonnen werden, da der Wettbewerb für die Parklandschaft voraussichtlich erst Mitte April 2011 beendet ist. In der Aufgabenstellung für den Wettbewerb Parklandschaft Tempelhof ist die Integration von Bürgergärten enthalten.“³¹⁰

Diese Aussagen sind widersprüchlich. Zum einen ist die Rede von einer klassischen Zwischennutzung und von einer Bebauung der Flächen, zum anderen sollen die Projekte aber in die Planung der Parklandschaft integriert werden.

Weiterhin wurde die Frage nach der Nachhaltigkeit der Gärten gestellt und damit beantwortet, dass die Bürgergärten sich hier mit mobilen Beeten ausprobieren können, wodurch eine Verwurzelung am Ort nicht möglich ist.

Im Rahmen der Internationale Gartenausstellung 2017 sollen aber weitere gärtnerische Projekte entwickelt werden. Die hier erfolgten Ansätze der Planung, Bürgerbeteiligung und der Einbeziehung relevanter Akteure sowie der Förderung durch die Senatsverwaltung und der Prozessentwicklung mittels des Bottom-Up-Ansatzes sind neu, wurden erkannt und umgesetzt. Die Frage der langfristigen Sicherung der bestehenden Gartenprojekte auf dem Tempelhofer Feld bleibt aber offen und somit ist die Nachhaltigkeit dieser Projekte in Frage gestellt.



Abbildung 15: Allmende-Kontor mit Hochbeeten auf dem Tempelhofer Feld
(Eigenes Foto: 25.6.2011)

³¹⁰ Abgeordnetenhaus Berlin (Hrsg.) "Kleine Anfrage: Mehr Unterstützung für Bürger- GärtnerInnen auf dem Tempelhofer Feld", Berlin, 25. März 2011
URL: http://www.stiftung-naturschutz.de/fileadmin/img/pdf/Kleine_Anfragen/ka16-15305.pdf, S.1-2
[Stand. 15.7.2011]

5.6. Umfrage Teil 2: Planungs- und nutzungsrechtliche Fragen

Folgende planungs- und nutzungsrechtliche Fragen wurden im zweiten Teil der Umfrage gestellt:

1. Wie seid ihr an diese Gartenfläche gekommen?
2. Ist sie eine ehemalige Brachfläche?
3. „Fungiert“ ihr als ZwischenutzerInnen?
4. Gehört die Fläche zum Liegenschaftsfond?

Tabelle 13: Umfrageergebnisse Teil 2: planungs- und nutzungsrechtliche Fragen: Fragen 1-4 (Eigene Darstellung)

Frage	Ton Steine Gärten	Prinzessinnen-garten	Pyramiden-garten	Ökogarten am Buschgraben
1	Bürgerengagement im Rahmen von Parkumgestaltungsmaßnahmen mit Bürgerbeteiligung	Wirtschaftlich tragfähiges Nutzungskonzept; Vorstellung bei unterschiedlichen Eigentümern, vom Bezirksbürgermeister auf die Fläche aufmerksam gemacht, Zusage vom Liegenschaftsfond	Pachtvertrag mit dem Bezirksamt	Ökologiegruppe der Evangelischen Kirchengemeinde am Buschgraben beschloss einen Ökogarten anzulegen; schwierige Verhandlungen mit dem damaligen Bezirksbürgermeister (CDU) im Wahlkampfjahr; Befürchtung einer grün-fundamentalistischen Zelle die räumliche Basis zu liefern, Übereinstimmung in der Förderung der Integration von Behinderten; Überlassung eines Stücks Pachtland
2	Ja, ehemalige Lagerfläche	Ja	Nein	Nein, Gelände des Bezirksamtes; bewirtschaftet durch einen Gärtner mit nur einer Frucht und viel Chemie, damalige Kirchengemeinde stellte ebenfalls einen Teil ihres Geländes zur Verfügung
3	Ja, Vertrag über 6 Jahre	Ja	Nein	Nein
4	Nein	Ja	Nein	Nein

5. Zahlt ihr Pacht?
6. Gibt es Nutzungsverträge? Für welchen Zeitraum? Wie sind die „Auflagen“?
7. Steht ihr in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung oder dem Bezirksamt?
8. Wer ist eurer Ansprechpartner?
9. Ist die Fläche / Garten im FNP oder B-Plan gekennzeichnet? Wenn ja wie?

Tabelle 14: Umfrageergebnisse Teil 2: planungs- und nutzungsrechtliche Fragen: Fragen 5-8 (Eigene Darstellung)

Frage	Ton Steine Gärten	Prinzessinnen-garten	Pyramiden-garten	Ökogarten Buschgraben	am
5	Nein	Grundstücksmiete	Ja	Ja	
6	Ja, mit dem Bezirksamt; Auflagen gestalten sich durch den Prozess in der Umsetzung des Gartens	Ja, für jeweils 1 Jahr; Grundstücksmiete gebunden mit der Verfolgung gemeinnütziger Zwecke, wie Brachflächen-umwandlung, Naturerfahrungsräume und Umweltbildung, festgehalten in der Satzung	Nein ; Pachtvertrag: Jahresvertrag mit automatischer Verlängerung	Pachtvertrag enthält Auflagen wie beispielsweise Abschluss einer Haftpflichtversicherung	
7	Bezirksamt	Vertragsverhältnis mit dem Liegenschaftsfond als gemeinnützige GmbH, Kontakt mit Bezirksbürgermeister, bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung beratend tätig	Facility Management des Bezirksamtes Neukölln	Bezirksamt Abteilung Naturschutz und Landschaftspflege und Umweltamt	
8	Kein genaues Wissen; in einem öffentlichen Park	Gewerbegebiet	Im Online Flächen-nutzungsplan als Friedhofsfläche	Wurde extra nachgefragt: Keine Auskunft über Flächennutzungsplan, im Bebauungsplan keine Eintragung der gepachteten Fläche, sonst Ausweisung als Parkgelände	

Die vollständigen Umfrageergebnisse befinden sich im Anhang, Seiten 35 bis 45.

5.7. Auswertung der Umfrage

Die Umfrage zeigt, dass auf einer Brachfläche entstandene Gemeinschaftsgärten als ZwischenutzerInnen auftreten und Nutzungsverträge vorliegen, die die Gärten in ihrer Selbstbestimmung und Gestaltungsfreiheit einschränken können, wie Teil 1 der Umfrage gezeigt hat. Für die „Ton Steine Gärten“ liegt ein Sechs-Jahres-Vertrag vor, was jedoch laut der vorangegangenen Recherchen eine Seltenheit ist.

Bei den „Prinzessinnengärten“ wird der Nutzungsvertrag um jeweils ein Jahr verlängert, bis sich ein solventer Käufer findet. Die Zukunft des Gartens ist demnach ungewiss.

Häufig erlangen NutzerInnen die Flächen über langwierige Verhandlungen. Hierbei ist Eigeninitiative und Geduld gefragt.

In den meisten Fällen wird Pacht gezahlt, da der Gemeinschaftsgarten auf oder innerhalb einer öffentlichen Fläche liegt. Der „Prinzessinnengarten“ zahlt Grundstücksrente, die Fläche gehört zum Liegenschaftsfond. Der Garten erwirtschaftet Einnahmen, indem er Angebautes innerhalb der dortigen Gastronomie verarbeitet. Er ist auch der einzige Garten, der als gemeinnützige GmbH ein wirtschaftlich tragfähiges Nutzungskonzept erarbeitet und sich damit bei unterschiedlichen Eigentümern beworben hat.

Interessant beim 30 Jahre alten Ökogarten ist die Tatsache, dass die Fläche durch harte Verhandlungen in einem Wahljahr erkämpft worden ist und hier die Befürchtung der CDU bestand, der Garten würde einer "[...] grün-fundamentalistischen Zelle eine räumliche Basis liefern". Hier wurde "[...] eine gewisse Konkurrenz durch ein Projekt, das den Grünen nahe stehen würde [...]", gewittert.

Ansprechpartner im Bezirksamt haben drei der vier Gärten. Eine Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wurde nur vom „Prinzessinnengarten“ bestätigt, der hier beratend tätig war.

5.8. Fazit Kapitel 5

Die Planungshoheit liegt bei den Gemeinden. Auch wenn diese nach Planungsrecht zu einer nachhaltigen Entwicklung der Stadt verpflichtet sind, ergibt hieraus das erste Problem für Gemeinschaftsgärten. Im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung besteht aber für Bürger und somit auch für Gemeinschaftsgärten die Möglichkeit, Einsprüche gegen eine bevorstehende Planung zu erheben oder in Bürgerbeteiligungen Wünsche zu äußern und diese auch umzusetzen und somit an Flächen zu gelangen, wie das Beispiel der „Ton Steine Gärten“ zeigt.

Ebenso besteht die Möglichkeit, im Rahmen von Ausgleichs- oder Kompensierungsmaßnahmen der Eingriffsregelung, Gemeinschaftsgärten anzulegen, wie es der Fall des „Bürgergartens Laskerwiese“ verdeutlicht.

Gemeinschaftsgärten haben Einfluss auf Planvorhaben in der Stadt und können somit Flächen in Anspruch nehmen und demzufolge auf Versiegelung von Flächen im Sinne der Nachhaltigkeitsstrategie entgegenwirken.

Brachflächen, auf denen Gemeinschaftsgärten vorwiegend entstehen, werden allgemein als unerwünscht angesehen. Vor allem aber in der Stadtplanung werden sie als Planungsfehler angesehen, obwohl sie im Verlauf einer Stadtentwicklung ganz "natürlich" auftreten. Der prozentuale Anteil der Brachflächen liegt knapp unter dem der Park- und Grünflächen und die Tendenz der Zunahme ist abzusehen.

Brachflächen verschaffen Zwischennutzungen innerhalb der Stadt ein großes Potential. Ein Brachflächenkataster für Zwischennutzungen fehlt aber bislang.

Zwischennutzungen veräußern unverkennbar verschiedene Vorteile, sowohl für die Stadt und ihre Entwicklung, als auch für die Eigentümer von Brachflächen und die Bürger. Die Ausarbeitung zeigt, dass die Vorteile gegenüber den Nachteilen deutlich überwiegen.

Für einen Gemeinschaftsgarten bedeutet eine Zwischennutzung allerdings ein absehbares Ende, denn sie liegt nicht in der "Natur" eines Gartens. Die Genehmigung einer Zwischennutzung gestaltet sich schwierig und die Akteure sind oftmals durch die komplexen Rahmenbedingungen überfordert.

Eine geeignete Flächenauswahl und Bereitstellung ist durch ungeklärte Eigentumsverhältnisse problematisch und verlangt den Akteuren viel Eigeninitiative und Geduld ab.

Dennoch besteht für Gemeinschaftsgärten die Möglichkeit, Nutzungsverträge für einen längerfristigen Zeitraum auszuhandeln, wie es der Fall der „Ton Steine Gärten“ zeigt. Ferner bietet sich den Gärten die Möglichkeit der Partizipation und somit der Stadtgestaltung. Sie können sich auf "Experimentierfeldern" ausprobieren und durch mobile Beete flexibel bleiben.

Das Problem der Verstetigung der Eigentümer von Zwischennutzungen können sie möglicherweise für sich nutzen.

Zwischennutzungen können auch auf öffentlichen Liegenschaftsflächen stattfinden, wie es der Fall der „Prinzessinnengärten“ zeigt. Sie können gepachtet beziehungsweise gemietet werden. Ihre Zukunft ist dann aber ungewiss. Denn die Stadt sieht in diesen Flächen hauptsächlich den monetären Gewinn. Eine Flächenfreigabe aus dem öffentlichen Liegenschaftsfond ist deshalb nicht zu erwarten, wie es mir Herr Gödde in einem persönlichen Interview am 11. Juli 2011 beschrieb.

Hierbei macht sich ein weiteres Problem bemerkbar. Bei unterschiedlichen Interessen in Bezug auf eine Flächenauswahl stehen Gemeinschaftsgärten oft hinten an.

Gemeinschaftsgärten und urbane Landwirtschaft sind als neuer Freiraumtyp derzeit schwer zu verankern. Es fehlen rechtliche Kategorien und Instrumente, Förderinstrumente und Schutzregeln. Im Moment gibt es für sie keine Ausweisung im Planungsrecht.

Ihre Etablierung wird durch räumliche, zeitliche und rechtliche Beschränkungen behindert.

Durch Bodenspekulationen und unvorhersehbare Stadtplanungen ist die Zukunft vieler Gemeinschaftsgärten ungewiss.

Auch wenn gute Ansätze, wie im Fall des Allmende-Kontors auf dem Tempelhofer Feld, durch Förderung der Senatsverwaltung, Integration in den Stadtplanungsprozess durch Partizipation, weitest gehende Selbstorganisation und Einbeziehung verschiedener relevanter Akteure erkennbar sind und umgesetzt wurden, stellt sich die Frage der nachhaltigen Sicherung von Gemeinschaftsgärten.

6. Handlungsempfehlungen

In diesem Kapitel werden Handlungsempfehlungen der bisher erarbeiteten Problembereiche für Entscheidungsträger, aber auch für die Gemeinschaftsgärten selbst, gegeben. Dies erfolgt auf Grundlage von Literaturrecherchen sowie aus den abgeleiteten Ergebnissen der bisherigen Arbeit.

Als Entscheidungsträger steht in dieser Arbeit die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin, da ihre entsprechenden Abteilungen und Referate für öffentliche Grünanlagen, Stadtgrün sowie Freiraum- und Landschaftsplanung und Flächennutzungsplanung und stadtplanerische Konzepte, zuständig sind. Dies verdeutlicht die Abbildung 1 in Kapitel 2.3. „Problemlage des öffentlichen Grüns“.

Gemeinschaftsgärten lassen sich hier einordnen und demnach auch in die Stadtplanung und Pflegepolitik. Mit Hilfe der Handlungsempfehlungen können Gemeinschaftsgärten im urbanen Raum gefördert, unterstützt, anerkannt, etabliert und langfristig gesichert werden.

Für Gemeinschaftsgärten werden die Handlungsempfehlungen Alternativen im Umgang mit ihren Problemen, Möglichkeiten des Ausbaus für andere und folgende Gemeinschaftsgärten und Wege für eine richtige Initiierung aufzeigen.

Die einzelnen Problembereiche sowie die Argumente und der Nutzen, die für Gemeinschaftsgärten sprechen, wurden in der bisherigen Arbeit ausführlich dargestellt. Sie werden im Anschluss mit den entsprechenden Handlungsempfehlungen tabellarisch zusammengefasst.

6.1. Öffentliches Grün

Für die vielfältige Problemlage des öffentlichen Grüns bieten Gemeinschaftsgärten verschiedene Lösungsansätze. In Kooperation durch Nutzung von öffentlichen Parkflächen bieten sie Potentiale, welche der Stadt, den Bürgern und letztlich auch den Grünflächenämtern zugutekommt. Das Beispiel des „Bürgergartens Laskerwiese“ in Berlin- Friedrichshain, der mit Überzeugungskraft und Geduld das Bezirksamt zu einer Nutzung der Fläche durch Bürger und Anwohner bewegen konnte, verdeutlicht dies. Hier entstand 2006 auf einer Brachfläche der Garten mit dem sogenannten Grabeland innerhalb einer öffentlichen Grünfläche. Der Verein verpflichtete sich im Gegenzug, das gesamte Gelände zu pflegen und instand zu halten und kann nach eigenen Vorstellungen das öffentliche Gelände bepflanzen und mitgestalten.³¹¹

Die multifunktionale Nutzung mit vielfältigen Angeboten, wie Festen, Workshops und anderen Veranstaltungen, ist für jeden Bürger möglich und entlastet den hohen Nutzungsdruck auf öffentliche Grünflächen.

Durch die Gartenaktiven entsteht produktives Grün, welches zur Erhöhung der Biodiversität beiträgt und monotoner Gestaltung öffentlicher Grünflächen entgegen wirkt. Durch die Umgestaltung von Brachflächen werden Vermüllung, Verwahrlosung und Vandalismus vermieden oder reduziert. Dies führt darüber hinaus zu einer Aufwertung und Imageverbesserung des Quartiers und trägt zur Verbesserung der Unterversorgung mit wohnungsnahem Grün zur Bürgerzufriedenheit bei.

Der entscheidende Punkt ist hierbei die Kosteneinsparung für Pflege und Personal der öffentlichen Grünflächen durch die ehrenamtliche Arbeit der Bürger beziehungsweise der Vereinsmitglieder der Gemeinschaftsgärten. Dadurch erfolgt eine Entlastung der Grünflächenämter und letztlich auch der Stadt.

Weitere Handlungsempfehlungen zur Problemlage des öffentlichen Grüns sind die Feststellung der NutzerInnenansprüche und eine entsprechende Konzeptentwicklung zur Realisierung dieser Ansprüche, die Feststellung der Mängel an natürlicher und infrastruktureller Ausstattung von Grünanlagen und die Feststellung der Unterversorgung mit öffentlichen Grünflächen und wohnungsnahem Grün.³¹²

³¹¹ Stiftung Interkultur (Hrsg.). "Bürgergarten Laskerwiese",
URL: <http://www.stiftung-interkultur.de/component/content/article/100-berlin-friedrichshain-laskerwiese>
[Stand: 25.8.2011]

³¹² Hensel, M., Pietsch, M.: „Netzwerkanalyse zur Ermittlung der Freiraumversorgung von Kommunen“, Stuttgart, 2001, S.1

Ferner müssen in Bezug auf die Organisation und Zuständigkeiten neue Konzepte und partnerschaftliche Modelle zwischen Bürgern und öffentlicher Hand und neue Formen von Verantwortlichkeiten ausgearbeitet werden.

Ein ausschlaggebender Punkt ist die Annäherung des Bottom-Up- und Top-Down-Ansatzes. Der „Bürgergarten Laskerwiese“ liefert hierfür ein gutes Beispiel.

6.2. Wandel

Demografische Faktoren müssen durch Anpassungskonzepte zukunftsfähig gestaltet werden. Dabei sind soziale und kulturelle Angebote zu stärken und verschiedene Kulturen zu integrieren.³¹³ Hilfreich ist dabei die Entwicklung von Instrumenten für vorrauschauende angebotsorientierte Entscheidungshilfen.³¹⁴ Neue Handlungsfelder in der sozialen und kulturellen Gemeindewesensstruktur sind zu erschließen und Startbedingungen für neue Tätigkeitsformen in Bezug auf den Arbeitsmarktwandel zu fördern.³¹⁵ Somit werden Stadtquartiere gefördert und eine nachhaltige Stadtentwicklung wird gewährleistet.

URL: <http://freiraum-landschaftsarchitektur.de/download/netzwerkanalysen.pdf>
[Stand: 15.6.2011]

³¹³ Richarz, M.: "Neue Modelle im Umgang mit Brachen und Leerstand", Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.),
URL: <http://www.kommunale-info.de/index.html?infothek/3079.asp>
[Stand: 6.8.2011]

³¹⁴ Hensel, M., Pietsch, M.: „Netzwerkanalyse zur Ermittlung der Freiraumversorgung von Kommunen“,
Stuttgart, 2001, S.9
URL: <http://freiraum-landschaftsarchitektur.de/download/netzwerkanalysen.pdf> [Stand: 15.6.2011]

³¹⁵ Richarz, M.: "Neue Modelle im Umgang mit Brachen und Leerstand", Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.),
URL: <http://www.kommunale-info.de/index.html?infothek/3079.asp>
[Stand: 6.8.2011]

6.3. Bürgerengagement

Bürgerengagement ist ein wesentliches Merkmal von Gemeinschaftsgärten und wird von politischer Seite gewünscht und gefordert. Um dieses zu unterstützen und zu fördern, ist die Schaffung flexibler engagement-freundlicher Strukturen durch Planung nötig. Die Planung kann das Engagement durch Vermittlung, Beratung und Informationen unterstützen.³¹⁶ Zur Förderung und Erhaltung ist die Berücksichtigung unterschiedlicher Motivationstypen von Bedeutung. Die Selbstbestimmung über Konzepte und inhaltliche Ausrichtungen von Bürgerprojekten spielt eine wesentliche Rolle.³¹⁷

Die bisherige Arbeit zeigt, dass außerdem finanzielle Unterstützung und die Einbindung in kommunal politische Entscheidungen und eine nachhaltige Honorierung des Bürgerengagements der Demotivation, aber auch der Politikverdrossenheit entgegenwirken kann. Dabei sind bürokratische Hürden und der Ansatz des Top-Down zu vermindern. Die Einrichtung von Bürgerbüros ist hierbei hilfreich.

6.4. Bürgerbeteiligung

Für die mit dem Bürgerengagement einhergehende Bürgerbeteiligung sind direkte Ansprechpartner und Partizipationsangebote zur Verfügung zu stellen. Weiterhin sind Mediationen zur Vermittlung zwischen den Beteiligten zu entwickeln, wie das Fachgespräch des Bündnis 90 / Die Grünen "Öffentlichkeitsbeteiligung nach BauGB" am 13. Mai 2011 ergab.

Nutzungsansprüche sind in einem breiten partizipatorischen Prozess gegeneinander abzuwägen. Eine Moderation durch die Planung und eine öffentliche Diskussion darüber, wer über Nutzungen entscheidet, ist³¹⁸ der Befriedigung von Nutzungsansprüchen und der Bürgerzufriedenheit dienlich.

Wichtig sind die Öffnung und Transparenz der Stadtplanungspolitik sowie die Offenlegung aller Planungsschritte in verständlicher Sprache.³¹⁹

³¹⁶ Rosol, M.: "Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung", Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, Anhang S.41

³¹⁷ Rosol, M.: "Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung", Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.269

³¹⁸ Rosol, M.: "Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung", Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, Anhang S.39

³¹⁹ Haidle, I.: „Urbane Gärten in Buenos Aires“, Diplomarbeit, Technische Universität Berlin, 2004, S.65

6.5. Brachflächen

Gemeinschaftsgärten entstehen häufig auf Brachflächen. Demzufolge ist die Weiterverfolgung eines Brachflächenkatasters für Zwischennutzungen anzustreben. Ebenso ein Baulückenkataster mit Grundinformationen über Eigentümer, Größe der Fläche und bestehendem Baurecht.³²⁰ Infolgedessen kann eine Steuerung und Kontrolle dieser Flächen durch Management und Moderationstätigkeiten erfolgen.

Für bestehende Flächenwidmungen und Bebauungspläne, die aufgrund aktueller Nachfrage nicht mehr den Rahmenbedingungen entsprechen, ist eine Änderung des Nutzungsrechtes zu erwägen. Denkbar ist die Aufnahme einer "Änderungsklausel", die nach Ablauf einer bestimmten Frist für nicht vorgenommene Nachnutzungen, die Gültigkeit von Flächenwidmungen und Bebauungsplänen löscht.³²¹

Werden Zwischennutzungen auf Brachflächen zugelassen, wird die Flächenversiegelung reduziert und neue urbane Qualitäten geschaffen. Daher entsteht ein Imagegewinn für Quartiere, wie die bisherige Arbeit gezeigt hat.

6.6. Zwischennutzungen

Häufig entstehen Gemeinschaftsgärten als Zwischennutzung. Zu diesem Zweck sind entsprechende Maßnahmen einzuleiten und zu entwickeln, die den Gärten eine gewisse Zukunftsperspektive verschaffen.

Ein Blockadenabbau im Verständnis der Zwischennutzung bei Stadtplanung und Flächeneigentümern ist nötig, um längerfristige Perspektiven zu ermöglichen.³²²

Durch Öffentlichkeitsarbeit der Kommunen kann dies unterstützt werden.³²³

³²⁰ Schmidt, B.: „Alternatives Investment in schrumpfenden Städten“, Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.)
URL: <http://www.kommunale-info.de/download/Schmidt.pdf>, S.6
[Stand: 6.5.2011]

³²¹ Kloos, M., Kn. verner, T., Wachten, K.: „Freiräume auf Zeit- Neue Konzepte für Grünflächen in Stadterneuerungsgebieten“, Internationales Institut für Gartenkunst und Landschaftsarchitektur Schloss Dyck, Aachen, 2007, S.46

³²² Bodenschatz, Doehler-Behzadi, Giseke, Krautzberger: „verschenken? bewalden? zwischennutzen? Was tun mit der freien Fläche?“ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hrsg.), Stadtforum Berlin 2020, Ergebnisse aus Sicht des Beirats,
URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/forum2020/downloads/ergebnispapier_beirat_freiraume.pdf, S.3
[Stand: 23.4.2011]

³²³ Schmidt, B.: „Alternatives Investment in schrumpfenden Städten“, Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.)
URL: <http://www.kommunale-info.de/download/Schmidt.pdf>, S.6
[Stand: 6.5.2011]

Der baulich räumliche Niederschlag des Strukturwandels ist zu thematisieren und zu kommunizieren.³²⁴

Ansprechpartner in den Bezirken als Mittler- und Kontaktpersonen spielen eine bedeutende Rolle für die Stützung und Steuerung von Lösungsfindungen bei Konflikten.³²⁵ Die Einrichtung von Beratungsstellen für interessierte NutzerInnen und intensive Kommunikation mit allen Beteiligten ist anzustreben.³²⁶ Internetportale können Informationen zu temporären Nutzungen mit entsprechenden Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen.

Ein Zwischennutzungsmanagement kann zu sinnvoller Abwägung von Zwischennutzungskonzepten,³²⁷ zur Nachhaltigkeitsprüfung solcher,³²⁸ zur Überprüfung von Nutzungsperspektiven und zur Einbringung von Interessen des Gemeindewohls beitragen.

Es sind angepasste Strategien für ein aktivierendes Flächenmanagement, die Entwicklung von Eignungskatastern und einen projektbezogenen Prozess des Aushandelns von Interessen zu erarbeiten. Bestehende Programme und Querverknüpfung von Programmen und die Kombination vorhandener Instrumente sind zu nutzen.

Dabei können Agenturen als Vermittler und Moderator Prozesse steuern und moderieren.

Für Zwischennutzungsflächen sind veränderte bauliche Verwertungsbedingungen hinsichtlich der Brachflächen nötig.

³²⁴ Bodenschatz, Doehler-Behzadi, Giseke, Krautzberger: „verschenken? bewalden? zwischennutzen? Was tun mit der freien Fläche?“ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hrsg.), Stadtforum Berlin 2020, Ergebnisse aus Sicht des Beirats, URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/forum2020/downloads/ergebnispapier_beirat_freiraume.pdf, S.2 [Stand: 23.4.2011]

³²⁵ Bodenschatz, Doehler-Behzadi, Giseke, Krautzberger: „verschenken? bewalden? zwischennutzen? Was tun mit der freien Fläche?“ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hrsg.), Stadtforum Berlin 2020, Ergebnisse aus Sicht des Beirats, S.4 URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/forum2020/downloads/ergebnispapier_beirat_freiraume.pdf [Stand: 23.4.2011]

³²⁶ Schmidt, B.: „Alternatives Investment in schrumpfenden Städten“, Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.) URL: <http://www.kommunale-info.de/download/Schmidt.pdf>, S.6 [Stand: 6.5.2011]

³²⁷ Kloos, M., Kn. verner, T., Wachten, K.: „Freiräume auf Zeit- Neue Konzepte für Grünflächen in Stadterneuerungsgebieten“, Internationales Institut für Gartenkunst und Landschaftsarchitektur Schloss Dyck, Aachen, 2007, S.43

³²⁸ Waldis, S.: „Zwischennutzung urbaner Brachflächen und Nachhaltigkeit- Theoretisches Konzept zur Verbindung von Zwischennutzung und Nachhaltigkeit“, Masterarbeit, Universität Basel, 2009, S.73

Die Planung muss in Zukunft den Zwischennutzungen eine stärkere Gewichtung gegenüber der klassischen Angebotsplanung geben,³²⁹ zukunfts offene Prozesse zulassen, die Selbststeuerung fördern und die Beteiligten unterstützen,³³⁰ indem sie die Rolle des Partners übernimmt.³³¹ Langwierige Bebauungsplanverfahren sind kurzfristigen Veränderungen anzupassen. Dabei ist die Flexibilität der Planung gefragt.³³² Planungen mit einzelvorhabenorientierten teilräumlichen und sektorialen Entwicklungskonzepten sind stärker zu beachten,³³³ denn so kann die Rolle junger kreativer Menschen und neuer Akteure gefestigt werden.³³⁴

Vorhandene Zwischennutzungskonzepte sind mit bestehenden mittel- und langfristigen Planungszielen in Einklang zu bringen.³³⁵

Ökologische, soziale und ökonomische Belange sind in Zwischennutzungskonzepten zu integrieren.³³⁶

³²⁹ Bodenschatz, Doehler-Behzadi, Giseke, Krautzberger: „verschenken? bewalden? zwischennutzen? Was tun mit der freien Fläche?“ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hrsg.), Stadtforum Berlin 2020, Ergebnisse aus Sicht des Beirats, S.4
URL:http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/forum2020/downloads/ergebnispapier_beirat_freiraume.pdf
[Stand: 23.4.2011]

³³⁰ Schmidt, B.: „Alternatives Investment in schrumpfenden Städten“, Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.)
URL: <http://www.kommunale-info.de/download/Schmidt.pdf> [Stand: 6.5.2011]

³³¹ Bodenschatz, Doehler-Behzadi, Giseke, Krautzberger: „verschenken? bewalden? zwischennutzen? Was tun mit der freien Fläche?“ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hrsg.), Stadtforum Berlin 2020, Ergebnisse aus Sicht des Beirats, S.4
URL:http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/forum2020/downloads/ergebnispapier_beirat_freiraume.pdf
[Stand: 23.4.2011]

³³² Kruse, S.: „Potentiale temporärer Nutzungen städtischer Brachflächen für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung“, Diplomarbeit am Institut für Umweltstrategien, Lüneburg 2003, S.39

³³³ Kruse, S.: „Potentiale temporärer Nutzungen städtischer Brachflächen für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung“, Diplomarbeit am Institut für Umweltstrategien, Lüneburg 2003, S.40

³³⁴ Bodenschatz, Doehler-Behzadi, Giseke, Krautzberger: „verschenken? bewalden? zwischennutzen? Was tun mit der freien Fläche?“ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hrsg.), Stadtforum Berlin 2020, Ergebnisse aus Sicht des Beirats, S.2
URL:http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/forum2020/downloads/ergebnispapier_beirat_freiraume.pdf
[Stand: 23.4.2011]

³³⁵ Kloos, M., Kn. verner, T., Wachten, K.: „Freiräume auf Zeit- Neue Konzepte für Grünflächen in Stadterneuerungsgebieten“, Internationales Institut für Gartenkunst und Landschaftsarchitektur Schloss Dyck, Aachen, 2007, S.43

³³⁶ Kruse, S.: „Potentiale temporärer Nutzungen städtischer Brachflächen für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung“, Diplomarbeit am Institut für Umweltstrategien, Lüneburg 2003, S.41

Zwischennutzungen sind offensiv zu bewerben,³³⁷ wobei zwischen Eigentümer und NutzerInnen vermittelt werden muss,³³⁸ um bauliche befristete Nutzungen zuzulassen und Zwischennutzungen abzusichern. Dies kann durch Nutzungs- und Flächenmanagement erfolgen.³³⁹ Daneben ist auf die Vermittlung von Bottom-Up und Top- Down zu achten³⁴⁰ und dennoch sind Koordinierungsaufgaben politisch zu steuern.³⁴¹

6.7. Öffentliche Liegenschaften

Gemeinschaftsgärten können öffentliche Liegenschaftsflächen für ihre Zwecke nutzen. Doch auch hier entstehen Problematiken, denen in diesem Zusammenhang begegnet werden muss.

Daher ist eine innovative und zukunftsorientierte Liegenschaftspolitik zu erarbeiten, die soziale Akteure nicht ausschließt.³⁴² Zugleich ist auf Zeithorizonte von unterschiedlichen Nutzungsoptionen zu achten, der Prozess der Zwischennutzung ist aktiv zu fördern und zu begleiten mit einer stärkeren Ausrichtung auf Eignungsprofile von Flächen. Ferner sind flexible Vermarktungsstrategien und aktuelle und genauer differenzierte Bodenwertbestimmungen zu entwickeln.³⁴³ Die Verfolgung von Privatisierungen von Flächen ist zu unterbinden,³⁴⁴ wobei die Einführung der Erbpacht nützlich sein kann.

³³⁷ Kloos, M., Kn. verner, T., Wachten, K.: „Freiräume auf Zeit- Neue Konzepte für Grünflächen in Stadterneuerungsgebieten“, Internationales Institut für Gartenkunst und Landschaftsarchitektur Schloss Dyck, Aachen, 2007, S.7

³³⁸ Kloos, M., Kn. verner, T., Wachten, K.: „Freiräume auf Zeit- Neue Konzepte für Grünflächen in Stadterneuerungsgebieten“, Internationales Institut für Gartenkunst und Landschaftsarchitektur Schloss Dyck, Aachen, 2007, S.44

³³⁹ Bodenschatz, Doehler-Behzadi, Giseke, Krautzberger: „verschenken? bewalden? zwischennutzen? Was tun mit der freien Fläche?“ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hrsg.), Stadtforum Berlin 2020, Ergebnisse aus Sicht des Beirats, S.5
URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/forum2020/downloads/ergebnispapier_beirat_freiraume.pdf
[Stand: 23.4.2011]

³⁴⁰ Kruse, S.: „Potentiale temporärer Nutzungen städtischer Brachflächen für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung“, Diplomarbeit am Institut für Umweltstrategien, Lüneburg 2003, S.41

³⁴¹ Kruse, S.: „Potentiale temporärer Nutzungen städtischer Brachflächen für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung“, Diplomarbeit am Institut für Umweltstrategien, Lüneburg 2003, S.39

³⁴² Initiative Stadt Neudenken (Hrsg.): „Liegenschaftspolitik in Berlin am Ende“, Positionspapier, Berlin, URL: <http://stadt-neudenken.tumblr.com/>
[Stand: 14.10.2011]

³⁴³ Bodenschatz, Doehler-Behzadi, Giseke, Krautzberger: „verschenken? bewalden? zwischennutzen? Was tun mit der freien Fläche?“ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hrsg.), Stadtforum Berlin 2020, Ergebnisse aus Sicht des Beirats, S.4
URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/forum2020/downloads/ergebnispapier_beirat_freiraume.pdf
[Stand: 23.4.2011]

³⁴⁴ Initiative Stadt Neudenken (Hrsg.): „Liegenschaftspolitik in Berlin am Ende“, Positionspapier, Berlin, URL: <http://stadt-neudenken.tumblr.com/>
[Stand: 14.10.2011]

Bodenspekulationen können durch Abgabe der Liegenschaften in gemeinnützige Stiftungen und Quartiersgenossenschaften eingedämmt werden. Somit wird eine langfristige Quartiersentwicklung gefördert.³⁴⁵

Ein Moratorium für den Verkauf von Flächen bis zur Ausbildung nachhaltig und qualifizierter Verfahren und der Verzicht auf einen einmaligen unqualifizierten Veräußerungsgewinn sind Empfehlungen, die einen nachhaltigen Umgang mit Liegenschaften einschließen.³⁴⁶

6.8. Urbane Landwirtschaft

Die urbane Landwirtschaft ist Bestandteil aller Gemeinschaftsgärten und wird bereits in politische Strategien, wie der Strategie Stadtlandschaft aufgenommen. Dennoch bedarf es einer stärkeren politischen Wahrnehmung und Lebensmittel sind als städtisches Thema zu betrachten. Dafür muss die Stadt ihre eigenen Interessen und Anforderungen kennen und Leitbilder schaffen.³⁴⁷

Wie die bisherige Ausarbeitung gezeigt hat, sind Abstimmungen von Bedingungen, Voraussetzungen und Zielvorstellungen zwischen den Akteuren zu treffen und Gesprächsbedarfen ist zwecks der Erwartungshaltungen zu begegnen. Hierbei kann die Schaffung von Netzwerken und Kommunikationspunkten hilfreich sein,³⁴⁸ denn die Akteure benötigen eine lokale Ebene des Austausches.³⁴⁹

³⁴⁵ Kantzow, W., Oswald, P.: „Wem gehört die Stadt?“, Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.), Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6. 2005
URL: http://www.kommunaleinfo.de/index.html?/nav/umwelt_sgb.aspBereichId=1000200&SachgebietId=1001300, PDF: S.695
[Stand: 6.5.2011]

³⁴⁶ Initiative Stadt Neudenken (Hrsg.): „Liegenschaftspolitik in Berlin am Ende“, Positionspapier, Berlin,
URL: <http://stadt-neudenken.tumblr.com/>
[Stand: 14.10.2011]

³⁴⁷ Stierand, P.: "Was ist urbane Landwirtschaft?",
URL: <http://speiseraeume.de/faq-urbane-landwirtschaft/>
[Stand: 25.6.2011]

³⁴⁸ Haidle, I.: „Urbane Gärten in Buenos Aires“, Diplomarbeit, Technische Universität Berlin, 2004, S.64

³⁴⁹ Stierand, P.: "Was ist urbane Landwirtschaft?",
URL: <http://speiseraeume.de/faq-urbane-landwirtschaft/>
[Stand: 25.6.2011]

Die urbane Landwirtschaft ist nicht von der Pflege und Unterhaltung der Kulturlandschaft abzukoppeln³⁵⁰ und die Förderung regionaler Produkte ist als Chance zu begreifen.³⁵¹

Die Einordnung und Schaffung von Kategorien in der Flächennutzungsplanung ist, ebenso wie die Erarbeitung legaler Rahmenbedingungen für eine entsprechende Landsicherheit durch Zwischennutzungsverträge von entscheidender Bedeutung.³⁵²

Ferner bedarf es eines ökonomisch sinnvollen Flächenmanagements und entsprechender Flächenkataster. Für Zwischennutzungen sind hinreichende Regelungen zu treffen.

Ökologische Anbaumethoden sind gezielt finanziell zu fördern und zu unterstützen, weiterhin sind sie materiell zu begleiten. Die öffentliche Anerkennung der urbanen Landwirtschaft ist zu stärken, dabei kann sie etwa durch Einrichtungen von Schulgärten,³⁵³ begehbaren Rezeptbüchern³⁵⁴ und Gemüseselbsternte als Event³⁵⁵ getragen werden. Außerdem sind Pilotprojekte wissenschaftlich zu evaluieren.³⁵⁶

6.9. Eingriffsregelung

Gemeinschaftsgärten können die Eingriff-Regelung für sich nutzen und Kompensations- und Ausgleichsflächen in Anspruch nehmen. Dafür sind Maßnahmen zu treffen, die eine qualitative und quantitative verbesserte Anwendung der Eingriffsregelung beinhalten.

Anzustreben ist eine strikte Durchsetzung des Vermeidungsgebotes und gesamträumliche Kompensationskonzepte sind zu entwerfen. Der frühzeitige Einbezug aller Betroffenen ist anzuraten, Kompensationsmaßnahmen sind zu bündeln und eine konsequente Nutzung von Entsiegelungspotentialen ist anzusteuern.

³⁵⁰ Wiens, B.: „Die essbare Stadt“, Telepolis, Heise Zeitschriften Verlag (Hrsg.),
URL: <http://www.heise.de/tp/artikel/35/35114/1.html>
[Stand: 1.8.2011]

³⁵¹ Stierand, P.: "Was ist urbane Landwirtschaft?",
URL: <http://speiseraeume.de/faq-urbane-landwirtschaft/>
[Stand: 25.6.2011]

³⁵² Haidle, I.: „Urbane Gärten in Buenos Aires“, Diplomarbeit, Technische Universität Berlin, 2004, S.63

³⁵³ Haidle, I.: „Urbane Gärten in Buenos Aires“, Diplomarbeit, Technische Universität Berlin, 2004, S.64

³⁵⁴ Leitschuh, H.: „Bio hat noch großes Potential“, Magazin „forum Nachhaltig Wirtschaften“ 02/2011,
URL: http://www.nachhaltigwirtschaften.net/scripts/basics/eco-world/wirtschaft/basics.prg?session=42f948e74da35b7e_237840&a_no=4345&suchbegriff=Heike%20Leitschuh&r_index=4
[Stand: 6.5.2011]

³⁵⁵ Spitthöver, M.: „Selbsterntegärten in der Stadt- ein neuer Freiraumtyp mit Perspektive?“, Stadt und Grün (Hrsg.), 2/2007, Patzer Verlag Berlin, S.24

³⁵⁶ Stierand, P.: "Was ist urbane Landwirtschaft?",
URL: <http://speiseraeume.de/faq-urbane-landwirtschaft/>
[Stand: 25.6.2011]

Wichtig sind in diesem Zusammenhang konsequentes Flächenmanagement, die Anlegung von Kompensationskatastern und eine entsprechende Erfolgs- und Aufwertungskontrolle. Zugleich besteht die Möglichkeit Ökokonten und Flächenpools anzulegen.³⁵⁷

³⁵⁷ Umweltbundesamt (Hrsg.). „Verringerung der Flächeninanspruchnahme durch Siedlung und Verkehr, Entsiegelung bei Neuversiegelung- Eingriffsregelung optimiert anwenden“, Gemeinsame Forderungen aus Landwirtschaft und Naturschutz, Positionspapier, S.10
URL: <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3066.pdf>
[Stand: 6.5.2011]

6.10. Aktuelle Problematiken

Zunächst werden hier Handlungsempfehlungen in Bezug auf die aktuelle Problemlage für die Gemeinschaftsgärten gegeben.

6.10.1. Nicht-Akteure

In Hinsicht auf die Nicht-Akteure, also auf Anwohner, die nicht im Gemeinschaftsgarten aktiv sind, ist eine höhere Anerkennung anzustreben.³⁵⁸ Dies kann durch explizite Einladungen der Anwohner zu Veranstaltungen,³⁵⁹ durch den Einbezug von Kindern und Jugendlichen, wie etwa in Form von Schulgärten oder Arbeitsmaßnahmen³⁶⁰ oder durch Beratung für den ökologischen Anbau umgesetzt werden.³⁶¹ Weiterhin sind Öffentlichkeitsarbeit und die Herausgabe von Publikationen zum Thema Gemeinschaftsgärten förderlich.³⁶²

Für Nutzungskonflikte sind Regelungen zu schaffen³⁶³ und öffentliche Zugänge zu sichern, wie etwa durch die Begrenzung von Teilbereichen oder die temporäre Zugänglichkeit der Öffentlichkeit,³⁶⁴ um der schwierigen Abgrenzung von Öffentlichem und Privatem zu begegnen.

6.10.2. Primärakteure

Den Problemen der Akteure von Gemeinschaftsgärten kann durch Plattform- und Internetnutzung, durch Diskussionsrunden und Arbeitsgruppen und mit Unterstützung durch professionelle Hilfe begegnet werden. Dabei ist der Einbezug Schwächerer in Kommunikationsfragen wichtig, wie die Ergebnisse der Umfrage und Recherche zeigen.

³⁵⁸ Haidle, I.: „Urbane Gärten in Buenos Aires“, Diplomarbeit, Technische Universität Berlin, 2004, S.65

³⁵⁹ Rosol, M.: „Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung“, Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.257

³⁶⁰ Haidle, I.: „Urbane Gärten in Buenos Aires“, Diplomarbeit, Technische Universität Berlin, 2004, S.64

³⁶¹ Rosol, M.: „Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung“, Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.259

³⁶² Meyer-Renschhausen, E.: „Eine Arbeitsgruppe Kleinstlandwirtschaft in Berlin“, Berlin 21 e.V. (Hrsg.), URL: http://www.berlin21.net/fileadmin/pdf/eineAGKleinstlandwirtschaftinBerlin_12_09.pdf, S.1 [Stand: 14.5.2011]

³⁶³ Haidle, I.: „Urbane Gärten in Buenos Aires“, Diplomarbeit, Technische Universität Berlin, 2004, S.65

³⁶⁴ Rosol, M.: „Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung“, Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.259

Für die Finanzakquise können Bürgerhaushalte der einzelnen Bezirke in Betracht gezogen und genutzt werden. Inwieweit dies genau möglich ist muss geprüft werden. Diese Bürgerhaushalte wurden unter anderem im Rahmen der Agenda 21 Prozesse zur partizipatorischen Erstellung von kommunalen Haushaltsplänen und deren Verwendung der öffentlichen Mittel aufgestellt.³⁶⁵

6.10.3. Sekundärakteure

Im Folgenden werden Handlungsempfehlungen für die Sekundärakteure gegeben.

Um Gemeinschaftsgärten anzuerkennen und durch die Kommunalpolitik zu unterstützen sind Brachflächen zu thematisieren³⁶⁶ und Gemeinschaftsgärten in das Quartiersmanagement zu integrieren. Eine Anerkennung als stadtrelevante Praxis ist aufgrund der vielfältigen positiven Auswirkungen förderlich.³⁶⁷ Dabei ist das Thema bei Stadtumbaumaßnahmen zu stärken³⁶⁸ und eine Verankerung der neuen Typen von Grünflächen in eine "grüne" Politik ist sinnvoll.³⁶⁹

Um Gemeinschaftsgärten zu fördern gibt es viele Ansatzpunkte, wie etwa die Einrichtung staatlich finanzierter Koordinierungsstellen³⁷⁰ oder die Schaffung zentraler Anlaufstellen in städtischen Einrichtungen mit interdisziplinären Teams.

Hierbei können Gespräche mit Grünflächenämtern und runde Tische organisiert werden und juristische Beratung und Antragstellungen können bewerkstelligt werden. Die Steuerung kann über neutrale finanziell unabhängige Moderation erfolgen, um Konflikte zu vermeiden.³⁷¹

³⁶⁵ Internationaler Studiengang Politikmanagement Bremen (Hrsg.): "Bericht zur Lokalen Agenda 21 Berlin" URL: http://www.ispm-bremen.de/fileadmin/download/pdf/04_la21_bericht_230210.pdf, S.28 [Stand: 25.8.2011]

³⁶⁶ Müller, C.: „Raum schaffen für urbane Gärten. Die neue Gartenbewegung und die kommunale Politik“, Alternative Kommunalpolitik 2/2010, März/April, 31 Jhg. Bielefeld, S. 60-62, URL: http://www.anstiftung-ertomis.de/opencms/export/sites/default/download/AKP_Christa_Mueller.pdf [Stand: 23.7.2011]

³⁶⁷ Haidle, I.: „Urbane Gärten in Buenos Aires“, Diplomarbeit, Technische Universität Berlin, 2004, S.57

³⁶⁸ Müller, C.: „Raum schaffen für urbane Gärten. Die neue Gartenbewegung und die kommunale Politik“, Alternative Kommunalpolitik 2/2010, März/April, 31 Jhg. Bielefeld, S. 60-62, URL: http://www.anstiftung-ertomis.de/opencms/export/sites/default/download/AKP_Christa_Mueller.pdf [Stand: 23.7.2011]

³⁶⁹ Wiechmann, T., Wirth, P.(Hrsg.): „Ökologischer Umbau in Städten und Regionen“, IÖR- Schriften, Band 46, Dresden, 2005, S.44

³⁷⁰ Meyer-Renschhausen, E.: „Eine Arbeitsgruppe Kleinstlandwirtschaft in Berlin“, Berlin 21 e.V. (Hrsg.), URL: http://www.berlin21.net/fileadmin/pdf/eineAGKleinstlandwirtschaftinBerlin_12_09.pdf, S.2 [Stand: 14.5.2011]

³⁷¹ Rosol, M.: "Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung", Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.268

Die Kontaktherstellung zu Forschungseinrichtungen,³⁷² die Vermittlung von Erfahrungen und Vorbildern,³⁷³ Vernetzungsarbeit und leichte Informationsbeschaffung können auch bei der Finanzakquise hilfreich sein.³⁷⁴ Die Möglichkeiten einer Anschubfinanzierung und oder Übernahme der Betriebskosten sind zu prüfen.³⁷⁵

6.11. Planungs- und Nutzungsrechtliches

Um Gemeinschaftsgärten langfristig zu sichern, sind entsprechende rechtliche Maßnahmen nötig. Auch im Folgenden werden zuerst Handlungsempfehlungen für die Akteure der Gemeinschaftsgärten gegeben und nachstehend die für die Sekundärakteure.

6.11.1. Primärakteure

Die illegale Landnutzung durch Akteure ist zu vermeiden, denn dies macht es für Verwaltungen schwierig Gemeinschaftsgärten zu unterstützen.³⁷⁶

Außerdem sind personenunabhängige Organisationsformen wie Vereine zu wählen, um als juristische Person auftreten zu können. Bei der Abschließung von Verträgen ist auf Langfristigkeit zu achten. Empfohlen wird hier ein Vertragsabschluss ab 5 Jahren.³⁷⁷

³⁷² Rosol, M.: "Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung", Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.268

³⁷³ Rosol, M.: "Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung", Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.270

³⁷⁴ Rosol, M.: "Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung", Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.268

³⁷⁵ Rosol, M.: "Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung", Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, Anhang S.41

³⁷⁶ Haidle, I.: „Urbane Gärten in Buenos Aires“, Diplomarbeit, Technische Universität Berlin, 2004, S.55

³⁷⁷ Rosol, M.: "Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung", Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, S.258

6.11.2. Sekundärakteure

Zur Sicherung von Gemeinschaftsgärten sind ein neuer Freiraumtyp und neue Handlungsfelder zu entwickeln.

Möglich ist bis dahin die Festsetzung der Gärten als Dauerkleingärten oder öffentliche Grünfläche.³⁷⁸ Dafür sind Neuinterpretationen und Anpassungen des Kleingartengesetzes, und/oder Verordnungen oder Gestaltungssatzungen für die längere gärtnerische Nutzung nötig. Darüber hinaus die Festlegung der öffentlichen, landwirtschaftlichen und gleichzeitig sozialen Nutzung.³⁷⁹ Gemeinschaftsgärten sind vor Überplanungen zu schützen und halblegalen Gärten ist ein Rechtsstatus zu geben.³⁸⁰ Zur Sicherung sind Verträge zu verwenden und Nutzungsverträge sind weiterzuentwickeln.³⁸¹

Bei konkurrierenden Nutzungsansprüchen kann eine Moderation durch die Planung in Kooperation mit allen Beteiligten erfolgen.³⁸² Die Abwägung von Entscheidungsprozessen ist hierbei transparent zu gestalten.³⁸³

Die alleinige Gestaltungshoheit der Gemeinden ist zu vermeiden.³⁸⁴

Die Allmende Idee ist zu fördern und daneben sind rechtliche Lösungen zu finden.³⁸⁵

³⁷⁸ Rosol, M.: "Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung", Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, Anhang S.40

³⁷⁹ Haidle, I.: „Urbane partizipative Gartenaktivitäten in München 2009 Neue Räume der Begegnung und Subsistenz, der Partizipation und des Naturerlebens für alle“, Bestandsaufnahme im Auftrag der Stiftung Interkultur, anstiftung- ertomis (Hrsg.), München 2009, S.17,
URL: http://www.anstiftung-ertomis.de/opencms/export/sites/default/download/studie_urb_lw.pdf
[Stand: 4.5.2011]

³⁸⁰ Müller, C.: „Raum schaffen für urbane Gärten. Die neue Gartenbewegung und die kommunale Politik“, Alternative Kommunalpolitik 2/2010, März/April, 31 Jhg. Bielefeld, S. 60-62,
URL: http://www.anstiftung-ertomis.de/opencms/export/sites/default/download/AKP_Christa_Mueller.pdf
[Stand: 23.7.2011]

³⁸¹ Haidle, I.: „Urbane partizipative Gartenaktivitäten in München 2009 Neue Räume der Begegnung und Subsistenz, der Partizipation und des Naturerlebens für alle“, Bestandsaufnahme im Auftrag der Stiftung Interkultur, anstiftung- ertomis (Hrsg.), München 2009, S.17,
URL: http://www.anstiftung-ertomis.de/opencms/export/sites/default/download/studie_urb_lw.pdf
[Stand: 4.5.2011]

³⁸² Rosol, M.: "Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung", Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, Anhang S.39

³⁸³ Rosol, M.: "Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung", Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006, Anhang S.40

³⁸⁴ Wiens, B.: „Die essbare Stadt“, Telepolis, Heise Zeitschriften Verlag (Hrsg.), 31.7.2011,
URL: <http://www.heise.de/tp/artikel/35/35114/1.html>
[Stand: 1.8.2011]

³⁸⁵ Haidle, I.: „Urbane partizipative Gartenaktivitäten in München 2009 Neue Räume der Begegnung und Subsistenz, der Partizipation und des Naturerlebens für alle“, Bestandsaufnahme im Auftrag der Stiftung Interkultur, anstiftung- ertomis (Hrsg.), München 2009, S.17,
URL: http://www.anstiftung-ertomis.de/opencms/export/sites/default/download/studie_urb_lw.pdf
[Stand: 4.5.2011]

Innerhalb der Bodenvorratspolitik sind gemeinwesenorientierte Belange zu berücksichtigen.³⁸⁶

Weiterhin sind für die Zurverfügungstellung von Flächen, Konzepte für öffentliche und brachliegende Flächen zu erarbeiten und öffentliches und transparentes Flächenmanagement ist zu entwickeln. Die Nutzung von öffentlichem Parkland ist zu unterstützen und zu fördern und private ungenutzte Flächen sind von der öffentlichen Hand zu akquirieren.³⁸⁷

Die folgenden sechs Seiten beinhalten die Tabellen 15 bis 20, in denen die Problematiken, Handlungsempfehlungen und deren Nutzen zusammenfassend als Überblick dargestellt werden. Dabei unterliegt die Ordnung der Punkte keiner Wertigkeit, außerdem können sie sich überschneiden und wiederholt auftreten. Die Tabelle ist nicht immer zeilenweise zu lesen. Die Empfehlungen sowie Argumente und Nutzen können teilweise auch übergreifend verstanden werden.

³⁸⁶ Müller, C.: „Zur Bedeutung von Interkulturellen Gärten für eine nachhaltige Stadtentwicklung“, Gstach, D.; Hubenthal, H.; Spithöver, M. (Hrsg.), Arbeitsberichte des Fachbereiches Architektur Stadtplanung Landschaftsplanung, Heft 169, Universität Kassel 2009, S. 119-134

³⁸⁷ Haidle, I.: „Urbane partizipative Gartenaktivitäten in München 2009 Neue Räume der Begegnung und Subsistenz, der Partizipation und des Naturerlebens für alle“, Bestandsaufnahme im Auftrag der Stiftung Interkultur, anstiftung-ertomis (Hrsg.), München 2009, S.17,
URL: http://www.anstiftung-ertomis.de/opencms/export/sites/default/download/studie_urb_lw.pdf
[Stand: 4.5.2011]

Tabelle 15

Handlungsempfehlungen für öffentliches Grün

	A	B	C
1	Problematiken und Defizite	Empfehlungen und Maßnahmen	Nutzen und Argumente
2			
3	Öffentliches Grün	Kooperation mit Gemeinschaftsgärten	
4	desolate Haushaltslage des Landes Berlin:		Kosteneinsparung bei Personal und Pflege
5	mangelnde finanzielle und personelle Ressourcen		
6	mangelhafte Pflege und Qualität		Imageverbesserung und Aufwertung
7	mangelhafter Bestandsschutz		
8	unzureichende Vitalität der Pflanzen		produktives Grün
9	mangelhafte Funktionalität der Grünanlagen	Feststellung der Mängel natürlicher und infrastruktureller	
10	zunehmende Vermüllung und Verwahrlosung	Ausstattung	Vermeidung und Reduzierung: Vermüllung, Vandalismus
11	teilweise Bürgerunzufriedenheit		Bürgerzufriedenheit
12	keine besonderen Angebote für Bürger in Parkanlagen	Feststellung der Nutzeransprüche	vielfältige Angebote für Bürger und Touristen
13	fehlende Ansprechpartner in Verwaltungen		Koordination und Kooperation, Steuerungsmöglichkeiten
14	Zunahme der Grünanlagen		
15	Überangebot in Außenbezirken		
16	Unterversorgung mit wohnungsnahem Grün	Feststellung von Unterversorgungen	Reduzierung der Unterversorgung
17	monotone Gestaltung		Erhöhung der Biodiversität
18	einseitige Nutzungsmöglichkeiten	Konzepte für Realisierung qualitativer Ansprüche	multifunktionale Nutzungsmöglichkeiten
19	hoher Nutzungsdruck		Reduzierung des Nutzungsdrucks
20	private Dienstleistungsunternehmen für Pflege		
21	Eintrittsgelder		Nutzung für Jedermann möglich
22	unnötige Geldausgaben durch Trinkwasserbewässerung	Grund, Oberflächen- und Regenwassernutzung	
23	Zuständigkeit in öffentlicher Hand	neue Konzepte und partnerschaftliche Modelle	Qualitätsverbesserung
24		zwischen Bürger und öffentlicher Hand	Ausgleich von Grün- und Nutzungsdefiziten
25	Gegenseitige Behinderungen in Verwaltungen	Bündelung kommunaler Aufgaben	Verantwortungsentlastung
26	Zuteilung in unterschiedliche Ämter und Abteilungen		Verwaltungsentlastung
27	teilweise Grünflächenzuordnung zum Baudezernat:		besseres Management
28	Zuordnung der Grünfläche als Bebauungsfläche		
29	Konflikte bei Abstimmung über Verwaltungsaufwand		
30	Infragestellung der Notwendigkeit und Aufgabenbereiche der	neue Formen der Verantwortlichkeiten	
31	Grünflächenämter	Annäherung von Bottom- Up und Top- Down Ansatz	
32			
33	Wandel	neue Strategien, Verantwortungen und Freiraumtypen	
34	neue multikulturelle Strukturen	demografische Faktoren durch Anpassungskonzepte	nachhaltige Stadtentwicklung
35	neue Lebensstile	zukunfts-fähig gestalten	Entwicklung des sozialen und kulturellen Gemeinwesens
36	viele ältere Menschen	Stärkung sozialer und kultureller Angebote	
37	sozial benachteiligte Menschen	Integration verschiedener Kulturen	Förderung von Stadtquartieren
38		neue Handlungsfelder in sozialer und kultureller	Erschließung neuer Tätigkeitsformen
39		Gemeinwesenstruktur erschließen	
40		Startbedingungen für neue Tätigkeitsformen fördern	
41		Entwicklung von Instrumenten für vorausschauende	
42		angebotsorientierte Entscheidungshilfen	

Tabelle 16

Handlungsempfehlungen für Brachflächen und Zwischenutzungen

	A	B	C
1	Problematiken und Defizite	Empfehlungen und Maßnahmen	Nutzen und Argumente
2		Förderung von Gemeinschaftsgärten	
3	Brachflächen		
4	negatives Bild und Imageverlust in Quartieren	Zwischennutzungen zulassen	Imagegewinn, neue urbane Qualitäten
5	zunehmende Verwahrlosung der Flächen	Brachflächenkataster für Zwischennutzungen	Vermeidung von Verwahrlosung und Vandalismus
6	schwierige Vermarktung von Flächen	Management- und Moderationstätigkeiten als informelle	Kontrolle und Steuerung
7	ungewisse Folgenutzung	Planungsinstrumente	
8	bedingte Umnutzung	Baulückenkatsater mit Grundinformationen	
9	Zunahme der Brachflächen	Änderung des Nutzungsrechtes bei bestehenden B- Plänen	
10		aufgrund aktueller Nachfrage, wenn nach Fristeinräumung	Kosteneinsparung durch Instandhaltung
11		keine Nachnutzung, "Änderungsklausel"	Reduzierung der Flächenversiegelung
12			
13	Zwischennutzungen		
14	Schwierigkeiten bei Haftungsfragen und Verkehrssicherheit	Stützung und Steuerung von Lösungsfindungen bei Konflikten	strategischer Zeitgewinn
15	Angst vor Verstetigung	Überprüfung von Nutzungsperspektiven	Einnahmen durch Miete und Pacht
16	hoher ökonomischer Druck	angepasste Strategien für aktivierendes Flächenmanagement	Offenhalten von Optionen
17	schwierige Genehmigung für Akteure	Entwicklung von Eignungsprofilen und Katastern	informelles und strategisches Instrument zur Flächenentwicklung
18	komplexe rechtliche Rahmenbedingungen	Veränderung baulicher Verwertungsbedingungen	Steigerung des Verkehrswertes
19	kaum lange Laufzeiten	Blockadenabbau im Verständnis mit längerfristigen	Einsparung von laufenden Kosten
20	unbefriedigend für Gärten	Perspektiven	schnelle Umsetzung von Wünschen der Bürger
21	ungewisse Zukunft für Gärten und Nutzung	projektbezogener Prozess des Aushandelns von Interessen	neue alternative Investoren
22	Möglichkeit der Demotivation der Akteure	Nutzung von Agenturen als Vermittler und Moderator	Existenzgründungen
23		Zwischennutzungsmanagement	Schaffung von Arbeitsplätzen
24		Abwägung sinnvoller Zwischenutzungskonzepte	Aktivierung kreativer Potentiale
25		Moderation und Steuerung von Prozessen	"Erproben" von Experimentierfeldern
26		Rolle der Planung als Partner	nachhaltige Stadtentwicklung
27		Festigung der Rolle junger kreativer Menschen, neuer Akteure	Bedürfnisbefriedigung der Bürger
28		in unterschiedlichem Maß gesicherte Perspektiven für	Möglichkeit der Integration
29		Zwischennutzungskonzepte	Behebung von Angsträumen
30		Einbringung der Interessen des Gemeindewohls	Schaffung niederschwelliger Angebote
31		Förderung durch Integration in bestehende Programme	Stärkung der lokalen Ökonomie
32		Querverknüpfung von Programmen	Stärkung des sozialen Kapitals
33		Ansprechpartner in Bezirken als Mittler- und Kontaktpersonen	Verwirklichung neuer Ideen
34		Beratungsstellen für interessierte Nutzer	
35		Öffentlichkeitsarbeit durch Kommunen	
36		Planung mit einzelvorhabenorientierten teilräumlichen und	
37		sektorialen Entwicklungskonzepten	
38		stärkere Gewichtung gegenüber klassischer Angebotsplanung	
39		zukunftoffene Prozesse zulassen	
40		Förderung der Selbststeuerung, Unterstützung Beteiligter	
41		intensive Kommunikation mit allen Beteiligten	
42		Anpassung langwieriger Bebauungsplanverfahren auf	
43		kurzfristige Veränderungen, Flexibilität von Planungen	
44		Nachhaltigkeitsprüfung von Zwischennutzungen	
45		Anwendung und Kombination vorhandener Instrumente	
46		Internetportal mit Infos zu temporären Nutzungen und	
47		Rahmenbedingungen	

Handlungsempfehlungen für Bürgerbeteiligung,
Bürgerengagement,
öffentliche Liegenschaften

Tabelle 17

	A	B	C
1	Problematiken und Defizite	Empfehlungen und Maßnahmen	Nutzen und Argumente
2		Unterstützung von Gemeinschaftsgärten	
3	Bürgerbeteiligung		
4	formelle Beteiligungsverfahren erreichen Bürger oft nicht	Öffnung und Transparenz der Stadtplanungspolitik	Bürgerzufriedenheit
5	Verständnisschwierigkeiten bei Plänen und Rechtlichem	verständliche Offenlegung aller Planungsschritte	Befriedigung von Nutzungsansprüchen
6	Planungen kaum ergebnisoffen	Partizipationsangebote schaffen	Berücksichtigung von verschiedenen Belangen
7	Nutzungskonflikte	Nutzungsansprüche in breitem partizipatorischem	Konfliktlösungen
8		Planungsprozess abwägen	
9		öffentliche Diskussion wer über Nutzungen entscheidet	
10		Moderation durch Planung und	
11		Mediation zwischen den Beteiligten	
12			
13	Bürgerengagement		
14	fehlende Honorierung und Unterstützung:	Unterstützung durch Vermittlung, Beratung und	Motivation für Bürgerengagement
15	möglicherweise Nachlass des Bürgerengagements	Informationen durch die Planung	Entgegenwirken der Politikverdrossenheit
16		Schaffung engagementfreundlicher und flexibler Strukturen	Übernahme von Aufgaben in der Grünflächenpflege
17		Berücksichtigung unterschiedlicher Motivationstypen	
18		größtmögliche Selbstbestimmung bei Konzepten und	Entwicklung neuer Ideen und Innovationen
19		inhaltlicher Ausrichtung für Akteure	
20		finanzielle Unterstützung	
21		Einbindung in kommunal politische Entscheidungen	
22		nachhaltige Honorierung	
23		Abschaffung des Top- Down Ansatzes	
24		Verminderung bürokratischer Hürden	
25		Einrichtung von Bürgerbüros	
26			
27	öffentliche Liegenschaften		
28	zu hohe Verwertungs- und Renditeerwartungen	Erbpacht um kommunalen Bodenbesitz nicht zu privatisieren	Vertrauenswiederherstellung
29	im Bieterverfahren zu teuer	Unterbindung der Bodenspekulation durch Abgabe in	sinnvolle nachhaltige Liegenschaftspolitik
30	Ausschluss sozialer Akteure	gemeinnützige Stiftungen oder Quartiersgenossenschaften	Bürgerzufriedenheit durch Einbezug
31	nur für Zwischennutzungen möglich	Entwicklung innovativer und zukunftsorientierter	
32	als Zwischennutzung zusätzlicher Arbeitsaufwand für	Liegenschaftspolitik	
33	Behörden	nachhaltiger Umgang mit Liegenschaften	
34		Einbezug sozialer Akteure	
35		Förderung langfristiger Quartiersentwicklung	
36		aktuelle und genauer differenzierte Bodenwertbestimmung	
37		stärkere Ausrichtung auf Eignungsprofile von Flächen	
38		Berücksichtigung von Zeithorizonten mit unterschiedlichen	
39		Nutzungsoptionen	
40		aktive Förderung und Begleitung des Prozesses der	
41		Zwischennutzung und Nachnutzung	
42		flexible Vermarktungsstrategien	
43		keine Verfolgung der Privatisierung	
44		Verzicht auf einmaligen unqualifizierten Veräußerungsgewinn	
45		Moratorium für Verkauf bis zur Entwicklung nachhaltig	
46		und qualifizierender Verfahren	

Tabelle 18

Handlungsempfehlungen für urbane Landwirtschaft und Eingriffsregelung

	A	B	C
1	Problematiken und Defizite	Empfehlungen und Maßnahmen	Nutzen und Argumente
2		Integration der Gemeinschaftsgärten	
3	urbane Landwirtschaft		
4	keine vollständige Erfassung der Wertigkeit	stärkere Wahrnehmung seitens der Politik	Förderung der Biodiversität und Sortenerhaltung
5	fehlende passende Instrumente und rechtliche Kategorien	Abstimmung von Bedingungen, Voraussetzungen,	Reduzierung der Bodenversiegelung
6		Zielvorstellungen zwischen den Akteuren	Reduzierung des Flächenzuwachses
7	fehlende Kategorie in der Flächennutzungsplanung	Einordnung und Schaffung von Kategorie in	direkter Nutzen für Stadtumbau und Bevölkerung
8		Flächennutzungsplanung	Renaturierungsmöglichkeit
9	unklare Begriffsdefinition, verschiedene Sichtweisen	Gesprächsbedarf zwecks Erwartungshaltungen	sozialer Nutzen
10	fehlende Interessenvertretung	Akteure brauchen lokale Ebene des Austausches	Stärkung der Gesundheitsvorsorge
11	fehlende Ansprechpartner in Behörden und Verwaltungen	keine Abkopplung zur Pflege und Unterhaltung der	Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie
12		Kulturlandschaft	Stärkung regionaler Produkte
13	fehlende Förderprogramme	Lebensmittel als städtisches Thema wahrnehmen	Stärkung des Umweltbewusstseins der Bevölkerung
14	prekäre Situation der Nutzungsrechte	Förderung von Regionalprodukten als Chance begreifen	Kooperationsmöglichkeiten auf verschiedenen Ebenen
15	fehlende Regelungen für Zwischennutzungen	Zwischennutzungsregelungen	
16	keine Verfügungstellung von Flächen	ökonomisch sinnvolles Flächenmanagement	
17	Beschränkung des Platzangebotes	Flächenkataster	
18		wissenschaftliche Evaluierung von Pilotprojekten	
19		Stadt muss eigene Interessen und Anforderungen kennen	
20		und Leitbilder schaffen	
21		Schaffung legaler Rahmenbedingungen für Landsicherheit	
22		durch Zwischennutzungsverträge, vereinheitliche	
23		Steuererhebung	
24		Förderung und Unterstützung ökologischer Anbaumethoden	
25		durch gezielte finanzielle und materielle Förderung	
26		öffentliche Anerkennung, Einrichtung von Schulgärten,	
27		begehbare Rezeptbücher, Gemüseselbsternte als Event	
28		Schaffung von Netzwerken und Kommunikationspunkten	
29	Eingriffsregelung		
30	mangelhafte Umsetzung	Nutzung von Ökokonten und Flächentools	Einhaltung der Nachhaltigkeitsstrategie und
31	mangelhaftes Controlling	Kompensationsmaßnahmen bündeln	politischer Zielsetzungen
32		strikte Durchsetzung des Vermeidungsgebotes	Reduzierung des Flächenverbrauchs
33		konsequente Nutzung von Entsiegelungspotentialen	sinnvolles Management
34		gesamträumliche Kompensationskonzepte	
35		konsequentes Flächenmanagement	
36		Kompensationskataster	
37		Erfolgs- und Aufwertungskontrolle	
38		frühzeitiger Einbezug aller Betroffenen	
39		qualitativ und quantitativ verbesserte Anwendung der	
40		Eingriffsregelung	

Tabelle 19

Handlungsempfehlungen für aktuelle Probleme der Gemeinschaftsgärten

	A	B	C
1	Problematiken und Defizite	Empfehlungen und Maßnahmen	Nutzen und Argumente
2		Anerkennung von Gemeinschaftsgärten	
3	Aktuelle Problemlage von Gemeinschaftsgärten		
4	mit Nicht Akteuren	für Gemeinschaftsgärten	
5	fehlende Anerkennung durch mangelhaftes Wissen	Erhöhung der Anerkennung	besseres Verständnis in der Bevölkerung
6	über ehrenamtliche Arbeit	explizite Einladungen zu Veranstaltungen	Öffnen des Blickfeldes
7		Einbezug von Kindern und Jugendlichen: Schulgärten und	Stärkung des Ökologiebewußtseins
8		Arbeitsmaßnahmen, Beratung für ökologischen Anbau	interdisziplinäre Arbeiten
9	schwierige Abgrenzung von Öffentlichem und Privatem	Regelung von Nutzungskonflikten	
10	fehlendes Wissen über Nutzungsregeln	öffentliche Zugänge sichern	
11		temporär öffentliche Zugänge und begrenzte Teilbereiche	
12		Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit	
13	unsichere Existenzen	illegale Landbesetzung vermeiden	
14		personenunabhängige Organisationsformen: Vereine	
15		Abschließen langfristiger Verträge	
16	der Akteure untereinander	für Gemeinschaftsgärten	
17	mögliche Überforderung mit Selbstorganisation	Plattform- und Internetnutzung	bessere Zusammenarbeit
18	Interessenunterschiede	Diskussionsrunden, Arbeitsgruppen	mehr Anerkennung
19	Missverständnisse	Plenarsitzungen	
20	Kommunikationsschwierigkeiten	Einbezug Schwächerer	
21	Bedarf an professioneller Hilfe für bestimmte Sachgebiete	Unterstützung durch professionelle Begleitung	
22	Gentrifizierung	sozialverträgliche Stadterneuerung fördern	
23			
24	mit Sekundärakteuren		
25	fehlendes Verständnis öffentlicher Bauherren	Integration ins Quartiersmanagement	sinnvolle nachhaltige Stadtentwicklung
26		Brachflächen thematisieren	bessere Zusammenarbeit und
27		Vermittlung von Erfahrungen und Vorbildern	Kooperation für Grünflächenkrise
28	fehlende Unterstützung	Unterstützung der Kommunalpolitik von Bürgerprojekten	bessere Kommunikation
29		Anschubfinanzierung, Übernahme von Betriebskosten	besseres Management
30		Bis zu einer bestimmten Höhe, Finanzakquise	
31		Kontakt zu Forschungseinrichtungen	
32	bürokratische Hindernisse	Einrichtung staatlich finanzierte Koordinierungsstellen	
33		Gespräche mit Grünflächenämtern, runde Tische organisieren	
34		juristische Beratung	
35	langwierige Vertragsverhandlungen	Steuerung der Gartenprojekte um Konflikte zu vermeiden	
36		Anträge stellen	
37	fehlende Interessenvertretung	Anerkennung als stadtrelevante Praxis aufgrund	
38		positiver Auswirkungen	
39		Schaffung zentraler Anlaufstellen in städtischen Einrichtungen	
40		mit interdisziplinäre Teams	
41		neutrale finanziell unabhängige Moderation	
42	mangelnde politische Wahrnehmung	Verankerung in "grüner" Politik	
43	langsame Veränderungsprozesse und fehlende Innovationen	Thema bei Stadtbaumaßnahmen stärken	
44	in den Behörden und Ämtern	leichte Informationsbeschaffung, Vernetzung	

Tabelle 20

Handlungsempfehlungen für planungs- und nutzungsrechtliche Probleme der Gemeinschaftsgärten

	A	B	C
1	Problematiken und Defizite	Empfehlungen und Maßnahmen	Nutzen und Argumente
2		Sicherung von Gemeinschaftsgärten	
3	Planungs- und Nutzungsrechtliches		
4	keine Schutzregeln	Entwicklung neuer Freiraumtypen	Vermeidung illegaler Besetzungen von Brachflächen
5	fehlende rechtliche Kategorien und Instrumente	Festsetzung als Dauerkleingärten oder öffentliche Grünflächen	Vermeidung von unerwünschter Verstetigung
6	keine Ausweisung im Planungsrecht	Neuinterpretation und Anpassung des Kleingartengesetzes	Koordinierungs- und Kooperationsmöglichkeiten
7	wenig Förderinstrumente	Festlegung der öffentlichen, landwirtschaftlichen und	Steuerung und Kontrolle innerhalb der Stadtentwicklung
8		gleichzeitig sozialen Nutzung	Bedienung kommunaler politischer Handlungsfelder
9	unsichere Existenzen	Verordnung oder Gestaltungssatzung für längere gärtnerische	Reduzierung der Problemlage des öffentlichen Grüns
10		Nutzungen	Bedienung des aktivierenden Staates
11	unklare Besitz- und Eigentumsverhältnisse	halblegalen Gemeinschaftsgärten Rechtsstatus geben	Förderung des Bürgerengagements
12	Bodenspekulationen und unvorhersehbare Stadtplanungen	Schutz vor Überplanung	nachhaltige, soziale und ökologische Stadtentwicklung
13		Bodenvorratspolitik mit Berücksichtigung	Förderung und Stärkung von Quartieren
14		gemeinwesenorientierter Belange	Bindung der Bewohner an Quartiere
15	Flächenbeschränkungen	Akquirierung der öffentlichen Hand von privaten Flächen	Verbesserung der Grünversorgung
16	Nutzungskonflikte	Moderation der Planung bei konkurrierenden	Alternative zu privaten Gärten
17		Nutzungsansprüchen	finanzielle Entlastung auf verschiedenen Ebenen
18	Beschränkung der Gestaltungsfreiheit und Selbstbestimmung	Unterstützung der Allmende Idee, rechtliche Lösungsfindung	sinnvolle Zwischennutzung für Brachflächen
19	harte und langwierige Verhandlungen	Kooperation mit allen Beteiligten	Befriedigung verschiedener Bedürfnisse
20	Planungshoheit bei den Gemeinden	keine alleinige Gestaltungshoheit	Entfaltung politischer Wirkungen
21		Entwicklung neuer Handlungsfelder	Beitrag zur Stadtökologie und Umweltbildung
22		Verwendung von Verträgen zur Sicherung	Förderung von Weiterbildung, Empowerment
23		Weiterentwicklung von Nutzungsverträgen	Stärkung sozial schwacher Bevölkerungsschichten
24		transparente Abwägung mit allen Beteiligten bei	
25		Entscheidungsprozessen	
26		Konzepte zur Verfügungstellung von öffentlichen und	
27		brachliegenden Flächen	
28		öffentliches und transparentes Flächenmanagement	
29		Nutzung von Parkland	
30			

6.12. Fazit Kapitel 6

Das Kapitel der Handlungsempfehlungen zeigt, dass es für die Etablierung, Anerkennung, Unterstützung, Förderung und Sicherung von Gemeinschaftsgärten verschiedenen Handlungsebenen gibt, die den unterschiedlichen Problembereichen begegnen.

Dabei ergeben sich Synergieeffekte und „Win-Win“-Situationen.

Der Nutzen der Umsetzung der Handlungsempfehlungen ist meist intangibel, beinhaltet aber Werte, wie moralische Wertvorstellungen, die die Gemeinschaft und Solidarität betreffen, die in unserer Gesellschaft auch im Zuge des Wandels wieder an Bedeutung gewinnen.

Für die Entscheidungsträger ergeben sich daneben durchaus tangible Nutzwerte bei der Unterstützung und Förderung von Gemeinschaftsgärten.

Für die Umsetzung von Maßnahmen sind entsprechende Instrumente des Managements, der Moderation und Mediation sowie der Kommunikation und des Controllings weiter zu entwickeln und auszubauen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Erarbeitung von hinreichenden Katastern.

Die Handlungsempfehlungen beinhalten organisatorische, planungs- und nutzungsrechtliche sowie verwaltungstechnische Maßnahmen.

Es liegt nun in den Händen der Politiker, Kommunen, Verwaltungen und Behörden, diese effektiv umzusetzen und zu nutzen.

7. Fazit

Die bedrückende Haushaltsslage des Landes Berlins hinsichtlich gekürzter Budgets und Personaleinsparungen führt zu qualitativen und quantitativen Mängeln in öffentlichen Grünflächen. Die Problematik des öffentlichen Grüns wirkt sich auf unterschiedlichen Ebenen aus, so auch auf organisatorischer und verwaltungstechnischer Ebene bei den zuständigen Behörden und Ämtern.

Daneben ist eine Unterversorgung mit wohnungsnahem Grün in einigen Bezirken zu verzeichnen. Dies schlägt sich in der Bürgerunzufriedenheit mit öffentlichem Grün nieder.

Neue Grünflächen bedeuten jedoch zwangsläufig mehr Pflegeaufwand, dem die Grünflächenämter in der jetzigen Lage ohnehin nicht nachkommen könnten.

Eine Änderung der Lage ist momentan nicht absehbar.

Es wird daher von unterschiedlichen Seiten nach verschiedenen Lösungsansätzen gesucht. Die in dieser Arbeit Vorgelegten bieten keine optimale Lösung, da Modelle wie Privatisierungen die Qualität nicht zwangsläufig verbessern und sozial Benachteiligte durch Eintrittsgelder aus dem öffentlichen Raum ausgegrenzt werden.

Gemeinschaftsgärten lassen sich durch ihre Lage im urbanen öffentlichen Raum und durch ihre Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit in das öffentliche Grün und somit in die Zuständigkeit der öffentlichen Hand einordnen. Sie liefern in dieser Hinsicht vielfältige und vielschichtige Potentiale und können Defizite hinsichtlich des öffentlichen Grüns ausgleichen.

Öffentliche Grünflächen übernehmen wichtige Funktionen und Bedeutungen in der Stadt.

Ihre Wertigkeit ist daher unbestritten. Das Augenmerk sollte daher auf "Klasse statt Masse" gerichtet sein.

Gemeinschaftsgärten erfüllen alle Funktionen und Bedeutungen öffentlicher Grünflächen und liefern darüber hinaus wesentliche, unverkennbare positive Aspekte. Sie bieten verschiedene Nutzungsmöglichkeiten für alle sozialen Schichten und haben weitaus vielfältigere Bedeutungen für ihre Akteure und NutzerInnen, für die Stadt und für ihre Bewohner als bisher von politischer Seite wahrgenommen.

Der Unterschied zu öffentlichen Grünanlagen liegt in der Art und Weise der Organisation.

Die Bürgerunzufriedenheit und der gesellschaftliche Wandel schlagen sich in vermehrtem Bürgerengagement nieder, welches zusammen mit der ehrenamtlichen Arbeit der Akteure ein wesentliches Merkmal von Gemeinschaftsgärten ist.

Dieses Engagement wird von politischer Seite gefordert und begrüßt, allerdings nicht nachhaltig honoriert. Die dadurch entstehende Demotivation der Bürger kann eine Folge sein. Daher sind auch in Bezug auf Bürgerbeteiligungen bürokratische Hindernisse zu vermindern, Partizipationsangebote zu schaffen, die Stadtplanungspolitik ist transparenter und in verständlicher Sprache offen zulegen und letztlich ist das Bürgerengagement in kommunalpolitische Entscheidungen einzubeziehen.

Wichtige Instrumente sind dabei Mediationen und Moderationen. Dem Problem der Nutzungskonflikte, welches auch bei Zwischennutzungen besteht, ist durch öffentliche, transparente Abwägungen mit Einbezug aller Belange und aller Beteiligten zu führen. Auch hierbei können Mediationen und Moderationen hilfreich sein.

Da es sich bei Gemeinschaftsgärten um informelle und ehrenamtliche Arbeit handelt, ist diese anzuerkennen, zu unterstützen und zu fördern.

Gemeinschaftsgärten haben sich ins Blickfeld gerückt, müssen aber die informelle Arbeit und Öffentlichkeitsarbeit weiterführen, beibehalten und verstärken, beispielsweise durch den stärkeren Einbezug der Nicht-Akteure. Auch wissenschaftliche Arbeiten und Veröffentlichungen mit interdisziplinären Themen sind weiter und deutlicher zu verfolgen, denn die meist fehlende politische Wahrnehmung und demzufolge auch die fehlende Unterstützung ist eines der Hauptprobleme der Gemeinschaftsgärten in Berlin.

Dabei bieten Gemeinschaftsgärten unterschiedliche politische Argumente, die positiv genutzt werden können.

Einige gute Ansätze seitens der Politik sind erkennbar, wie die Aufnahme der Interkulturellen Gärten als Leitidee in die Lokalen Agenda 21. Aber auch andere Formen der Gemeinschaftsgärten bedienen Handlungsfelder der Politik, wie zum Beispiel Nachhaltigkeit oder Flächenreduzierung. Sie tragen zur Umweltbildung, zur sozialen und ökologischen Stadtentwicklung, zur Weiterbildung, zur demokratischen Selbstorganisation und zur Erfüllung der Berliner Freiraumpolitik bei. Darüber hinaus entfalten sie letztlich politische Wirkungen, die über die einzelnen Projekte hinausgehen.

Zudem wirken sie auf verschiedenen Ebenen finanziell entlastend.

Andere positive Beispiele sind die Aufnahme der urbanen Landwirtschaft als Instrument einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Ebenso der partizipatorische Einbezug mit der Annäherung des Bottom-Up und Top-Down-Ansatzes und der Zusammenarbeit der Administrative und der Akteure, wie am Beispiel des Allmende-Kontors auf dem Tempelhofer Feld erfolgt. Auch die Aufnahme von Gemeinschaftsgärten in die Strategie Stadtlandschaft beispielsweise liefert einen guten Ansatz. Wichtig sind aber dabei die Kontrolle und Transparenz der Umsetzung solcher Maßnahmen.

Aus planungs- und nutzungsrechtlicher Sicht besteht noch viel Handlungsbedarf.

Der annähernd gleiche Anteil der Brach- und öffentlichen Grünflächen im Land Berlin macht deutlich, wie viel Potential sich den Gemeinschaftsgärten bieten kann. Auch leer stehende öffentliche Liegenschaften und Ausgleichs- und Kompensationsflächen der Eingriffsregelung können Gemeinschaftsgärten für sich nutzen. Sie können, wie das Modell des „Bürgergartens Laskerwiese“ zeigt, anteilig auf einer bestehenden Grünfläche sowohl ihren eigenen Garten gründen als auch die Pflege einer öffentlichen Grünanlage übernehmen.

Die andere Möglichkeit ist, Brachflächen als Zwischennutzung zu übernehmen oder auch öffentliche Liegenschaften zu pachten, wobei hier die Lebensdauer der Gemeinschaftsgärten begrenzt ist. Durch längerfristige Zwischennutzungsverträge kann dem begegnet werden.

Gemeinschaftsgärten sind als eigener Freiraumtyp anzusehen. Die Lage hinsichtlich der Schutzregeln für Gemeinschaftsgärten ist derzeit schwierig, da entsprechende Instrumente und rechtliche Kategorien fehlen. Sie sind im Moment in Flächennutzungsplänen weder als Parkanlage, als landwirtschaftlich genutzte Fläche noch als Gemeindebedarfsfläche ausgewiesen. Sie werden durch rechtliche, räumliche und zeitliche Beschränkungen im öffentlichen Raum ein- und ausgegrenzt.

Es besteht großer Handlungsbedarf.

Die unterschiedlichen Nutzergruppen der Gemeinschaftsgärten und ihre unterschiedlichen Bedeutungen in Hinsicht auf Soziales, Bildung, Integration, Biodiversität und Nachhaltigkeit sind ausschlaggebend für das Nutzungsrecht innerhalb der Freiraumplanung.

Mehr Anerkennung und Verständnis um ihre Bedeutung bedeuten einen wichtigen Anfangsschritt, damit Gemeinschaftsgärten im urbanen Freiraum leichter „Fuß fassen“ können.

Die Unterstützung und Förderung durch administrative Entscheidungsträger, wie der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin, ermöglicht den urbanen Gärten sich zu etablieren.

Dafür sind rechtliche Instrumente und Regelungen zu schaffen, neue Strategien zu entwickeln, um Gemeinschaftsgärten langfristig und nachhaltig zu sichern.

8. Zusammenfassung

Gemeinschaftsgärten bilden im urbanen öffentlichen Raum einen neuen Freiraumtyp. Im Zusammenhang mit aktuellen Tendenzen sind sie eine Alternative zu den bisherigen Lösungsansätzen der Grünflächenkrise. Zum einen als Modell in der Kooperation mit öffentlichen Grünflächen und der damit verbundenen Pflegeübernahme durch die Akteure der Gemeinschaftsgärten, zum anderen als Zwischennutzer von Brachflächen oder öffentlichen Liegenschaften.

Die zentrale Frage der Arbeit ist, warum Entscheidungsträger und ihre zuständigen Behörden und Ämter des öffentlichen Grüns Gemeinschaftsgärten unterstützen und fördern sollten. Dafür werden Argumente und positive Auswirkungen sowie Probleme der öffentlichen Grünflächen, des Bürgerengagements, der Bürgerbeteiligung und der urbanen Landwirtschaft analysiert.

In Bezug auf die Gemeinschaftsgärten werden die aktuelle Situation erläutert und aktuelle und planungs- und nutzungsrechtliche Probleme untersucht.

Die qualitative Methode dieser Arbeit beinhaltet zweiseitige Literaturrecherchen, teilnehmende Beobachtungen, problemzentrierte Interviews und eine durchgeführte Umfrage mit Fallbeispielen von Gemeinschaftsgärten aus Berlin.

Dabei werden Probleme und Defizite, sowie Potentiale und positive Auswirkungen und die Motive und Ziele der Gemeinschaftsgärten herausgearbeitet. Die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen für die zuständigen Entscheidungsträger, aber auch für die Gemeinschaftsgärten selbst, verfolgen das Ziel, Gemeinschaftsgärten im urbanen öffentlichen Raum zu etablieren, zu unterstützen und langfristig zu sichern.

Um Gemeinschaftsgärten in die Grünflächenpolitik zu integrieren wurden sie umfassend charakterisiert.

Dabei unterscheiden sie sich von anderen Freiraumtypen in der Art und Weise wie sie organisiert werden, in ihrem bürgerschaftlichen Engagement, ihrer ehrenamtlichen und informellen Arbeit und ihrer Selbstorganisation. Darüber hinaus bieten sie auf verschiedenen Ebenen positive Auswirkungen und Bedeutungen für ihre Akteure, für die Allgemeinheit und für die kommunal politischen Entscheidungsträger.

Sie wirken sich positiv auf die nachhaltige Stadtentwicklung, auf die Stadtökologie, auf Umwelt- und Weiterbildung, auf demografische Faktoren, auf den Arbeitsmarkt und auf politische Handlungsfelder aus.

Für BewohnerInnen gleichen sie vorhandene Gründefizite aus, schaffen neue Nutzungsmöglichkeiten, bieten erweiterte Aneignungsformen und fördern die Selbstorganisation.

Sie stellen funktionale und qualitative Ergänzungen zu anderen Freiraumtypen dar.

Für die Stadt werten sie durch Nutzung von Brachflächen das Image auf.

Für den Grünflächensektor und die zuständigen Behörden wirken sie entlastend und schaffen durch freiwilliges Bürgerengagement ein attraktives Zusatzangebot durch minimalistisch finanziellen Aufwand.

Quellenverzeichnis

Abgeordnetenhaus Berlin (Hrsg.): Antrag: „Änderungen des Flächennutzungsplans für die Öffentlichkeit noch transparenter gestalten“, Drucksache 16-3303, Berlin, 1/2011
URL: <http://www.parlament-berlin.de/ados/16/IIIPlen/vorgang/d16-3303.pdf>
[Stand: 16.7.2011]

Abgeordnetenhaus Berlin (Hrsg.) "Kleine Anfrage: Mehr Unterstützung für Bürger- GärtnerInnen auf dem Tempelhofer Feld", Berlin, 25.3.2011
URL: http://www.stiftung-naturschutz.de/fileadmin/img/pdf/Kleine_Anfragen/ka16-15305.pdf
[Stand. 15.7.2011]

Abgeordnetenhaus Berlin (Hrsg.): „Lokale Agenda 21- Berlin zukunftsfähig gestalten“, 2. Auflage, Berlin, 2006
URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/agenda21/de/service/download/agenda_21_web_2.pdf
[Stand: 26.7.2011]

Abraham, A.: „Landschaft und Gesundheit: Das Potential einer Verbindung zweier Konzepte“, Universität Bern, 2007

Ahrenberg, J.,: „Gewächse der Großstadt“, Berliner Zeitung (Hrsg.), 30.4.2011

Baugesetzbuch, 24. Auflage, Stand 1993, § 3

Bier statt Blumen—Magazin für Berlin (Hrsg.): „Von der Brache zum Bauern- Land“, Berlin, Heft 1/ 2011

Beirat Stadtforum Berlin (Hrsg.): "Ergebnispapier- Ergebnisse aus Sicht des Beirats", Berlin, 30.9.2010,
URL:http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/stadtforum/downloads/SF_Gruen_Ergebnispapier_Beirat.pdf
[Stand: 15.4.2011]

Berliner Gartenamtsleiterkonferenz beim Deutschen Städtetag, Amtsleiterfachgruppe 2 Naturschutz und Landschaftsplanung (Hrsg.): "Neue Felder für die Stadt- urbane Landwirtschaft als Instrument der Stadtentwicklung?", Dokumentation zum Workshop, Berlin, 23.3.2011,
URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/landschaftsplanung/stadtland/download/workshopdoku_neue_felder.pdf
[Stand. 25.8.2011]

Berliner Morgenpost (Hrsg.): "Berliner sollen Bäume gießen“, Mitteilung des Landesverbandes Berlin BUND, 8.6.2011

Berlin 21 e.V. (Hrsg.): "Stellungnahme zur Umsetzung des Beschlusses des Berliner Abgeordnetenhauses vom 8.6.2006", Berlin, 23.2.2010,
URL: http://www.berlin21.net/fileadmin/pdf/B21-Stellungnahme_zur_Beschlussumsetzung-3.pdf
[Stand: 19.8.2011]

Berlin 21 e.V. (Hrsg.): "Pressemitteilung des Vereins Berlin 21 e.V.", Berlin, 23.2.2010,
URL: http://www.berlin21.net/fileadmin/pdf/B21-2010-02-23-PM_zum_Agendabericht-3.pdf
[Stand: 19.8.2011]

Berger, H.: „Der Flächenverbrauch in Berlin- Bilanz und Vorschläge für Maßnahmen“, Fachforum Stadtökologie in Berlin 21 e.V., Berlin, 2009,
URL: http://www.berlin21.net/fileadmin/Projekte/_FI_344chenbilanz-2-09_.pdf
[Stand: 14.3.2011]

Bezirksamt Steglitz- Zehlendorf, „Bürgerengagement für unser Stadtgrün“,
URL: http://www.berlin.de/ba-steglitz-zehlendorf/verwaltung/nga/buergerengagement_nga.html
[Stand: 26.7.2011]

Bodenschatz, Doehler-Behzadi, Giseke, Krautzberger: „verschenken? bewalden? zwischennutzen? Was tun mit der freien Fläche?“ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hrsg.), Stadtforum Berlin 2020, Ergebnisse aus Sicht des Beirats,
URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/forum2020/downloads/ergebnispapier_beirat_freiraeume.pdf
[Stand:23.4.2011]

BUND (Hrsg.): „ 10.000 Tulpen für Berlin!“,
URL: [http://www.bund-berlin.de/nc/bund_berlinde/presse/pressemitteilungen/detail/artikel/10000-tulpen-fuer-berlin/?tx_ttnews\[backPid\]=447&cHash=445d54df8a](http://www.bund-berlin.de/nc/bund_berlinde/presse/pressemitteilungen/detail/artikel/10000-tulpen-fuer-berlin/?tx_ttnews[backPid]=447&cHash=445d54df8a)
[Stand: 4.8.2011]

Bundesinstitut für Bau- Stadt- und Raumforschung (Hrsg.):
"Nachhaltige Stadtentwicklung",
URL:http://www.bbsr.bund.de/nn_21972/BBSR/DE/Stadtentwicklung/Stadtentwicklung-Deutschland/NachhaltigeStadtentwicklung/Stadtentwicklung__node.html?__nnn=true
[Stand: 19.5.2011]

Bundesinstitut für Bau- Stadt- und Raumforschung (Hrsg.): "Renaturierung als Strategie nachhaltiger Stadtentwicklung- Dokumentation von Fallstudien", Werkstatt: Praxis Heft 62, Bonn 2009
URL: http://www.bgmr.de/downloads/Werkstatt_Praxis62_Renatuierung.pdf, S.8
[Stand: 30.7.2011]

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.):
"Zwischennutzungen und Nischen im Städtebau als Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung",
Werkstatt: Praxis Heft 57, Bonn, 2008,
URL: www.bbsr.bund.de/nn_21272/BBSR/DE/.../heft57_DL.pdf
[Stand: 21.8.2011]

Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V.(Hrsg.), Geschäftsbericht
2010/2011, Berlin

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.): „Gestaltung urbaner Freiräume“,
Werkstatt: Praxis Heft 61, Bonn, 2008

Bürgerwerkstatt „Mauerpark Fertigstellen“ (Hrsg.): „Bürgerliches Engagement darf nicht zwischen parteipolitische Fronten kommen“, Offener Brief, Berlin, 7.6.2011,
URL: <http://www.mauerpark.info/wp-content/uploads/2011/06/B%C3%BCrgerwerkstatt-Mauerpark-Fertigstellen.pdf>
[Stand: 4.6.2011]

Costa, C.: "Dimensionen von Grünflächen und die Schwierigkeit sie zu messen",
Stadt und Grün (Hrsg.), 2/2007, Patzer Verlag, Berlin

Deutsches Institut für Urbanistik GmbH –Difu (Hrsg.): „ServiceStadt Berlin 2016“,
Berlin, 2009,
URL:http://www.berlin.de/imperia/md/content/verwaltungsmodernisierung/endfassung_ssb_2016_12_05_09_mit_zusatz_online_ver_oeffentlichung.pdf?start&ts=1244797789&file=endfassung_ssb_2016_12_05_09_mit_zusatz_online_ver_oeffentlichung.pdf
[Stand: 18.7.2011]

Fachkommission Stadtentwicklung der Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.):
„Stadtpolitik braucht neue Kraft“, Berlin, 2004,
URL: <http://www.kommunale-info.de/index.html?/Infothek/2321.asp>
[Stand: 27.4.2011]

FDP (Hrsg.): Fraktions- Antrag:
"Brachflächenkataster für Zwischennutzungen in Berlin einrichten",
URL: <http://www.fdp-fraktion-berlin.de/uploads/files/0617brachflaechenkatasterweioe.pdf>
[Stand: 11.3.2011]

Fiddecke, I.; Kretschmann, K.: „stadt. grün. bunt—Kommunale Grünflächenpolitik (am Beispiel Berlin)", 2003,
URL: <http://home.arcor.de/jonasreif/projekt/kommunal.pdf>
[Stand: 9.2.2011]

Flatau, S.: „Anwohner haben eine Brache zum Garten gemacht. Jetzt sollen sie ihn räumen“, Berliner Morgenpost (Hrsg.), Berlin, 5.3.2008

Fugmann, H.: „Neue Parkanlagen und Landschaften: Zu Entwicklungstendenzen der Urbanen Freiraumgestaltung in Berlin“, Schriftreihe lebendige Stadt, Band 7, Societätsverlag, Frankfurt, 2011

Gruehn, D.: „Grün lohnt sich“, Galabau Magazin, Ausgabe 1a, Wien, 2010

Haidle, I.: „Urbane partizipative Gartenaktivitäten in München 2009: Neue Räume der Begegnung und Subsistenz, der Partizipation und des Naturerlebens für alle“, Bestandsaufnahme im Auftrag der Stiftung Interkultur, anstiftung-ertomis (Hrsg.), München, 2009,
URL: http://www.anstiftung-ertomis.de/opencms/export/sites/default/download/studie_urb_lw.pdf,
[Stand: 4.5.2011]

Haidle, I.: „Urbane Gärten in Buenos Aires“, Diplomarbeit, Technische Universität Berlin, Berlin, 2004

Hensel, M., Pietsch, M.: „Netzwerkanalyse zur Ermittlung der Freiraumversorgung von Kommunen“, Stuttgart, 2001,
URL: <http://freiraum-landschaftsarchitektur.de/download/netzwerkanalysen.pdf>
[Stand: 15.6.2011]

Herlitzius, B.: "Bürgerbeteiligung im BauGB", Werkstattgespräch der Bundesfraktion Die Grünen vom 13.5.2011, im Deutschen Bundestag,
URL: http://www.bettina-herlitzius.de/cms/default/rubrik/19/19564.buergerbeteiligung_im_baugb.html
[Stand: 18.8.2011]

Hüls, M., Neumann, K.: „Freiraum und Gärten als Marketing- und Sicherungsinstrumente“, Forschungsassistenz III der Technischen Fachhochschule Berlin, Forschungsbericht, Berlin, 2005,
URL: http://www.beuth-hochschule.de/fileadmin/oe/tt/Forschungsassistenz/Forschungsassistenz_03/tt_fa_03__bericht.pdf
[Stand: 15.6.2011]

Hüls, M., Neumann, K.: „Rettungsanker Freiraum- Instrumente zur Inwertsetzung von urbanen Freiräumen“, Stadt und Grün, 7/2006

Ideen Initiative Zukunft (Hrsg.): "Stadtacker",
URL: <http://www.ideen-initiative-zukunft.de/projekt/anzeigen/23334#>
[Stand: 25.8.2011]

Initiative Stadt Neudenken (Hrsg.): „Liegenschaftspolitik in Berlin am Ende“, Positionspapier, Berlin,
URL: <http://stadt-neudenken.tumblr.com/>
[Stand: 14.10.2011]

Internationaler Studiengang Politikmanagement Bremen (Hrsg.): "Bericht zur Lokalen Agenda 21 Berlin",
URL: http://www.ispm-bremen.de/fileadmin/download/pdf/04_la21_bericht_230210.pdf
[Stand: 25.8.2011]

Jahnke, J.: „Eine Bestandsaufnahme zum globalen Phänomen Guerrilla Gardening“, Masterarbeit, Humboldt- Universität zu Berlin, 2007

Jurscha, H.P.: „Kataster und Grundbuchwesen“,
URL: <http://www.docju.de/themen/fiwi/finanzierung/grundbuchwesen.pdf>
[Stand: 18.7.2011]

Kantzow, W., Oswald, P.: „Wem gehört die Stadt?“, Informationen zur Raumentwicklung, Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.), Heft 6/2005,
URL: http://www.kommunale-info.de/index.html?/nav/umwelt_sgb.asp?BereichId=1000200&SachgebietId=1001300, S.695
[Stand: 6.5.2011]

KGSt (Hrsg.): „Ergebnisse der dritten bundesweiten Internetbefragung zur Messung der Bürgerzufriedenheit mit kommunalen Grünflächen“, Köln, 2010,
URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/stadtgruen/gruenanlagen/downloads/Internetumfrage_2010_Auswertung_Gesamt.pdf
[Stand: 19.5.2011]

Klaaßen, L.: „In der City hui, in den Kiezen pfui“, Berliner Mieterverein e.V. (Hrsg.), Mieter Magazin, 3/2007,
URL: <http://www.berliner-mieterverein.de/magazin/online/mm0307/hauptmm.htm?http://www.berliner-mieterverein.de/magazin/online/mm0307/030722.htm>,
[Stand: 28.7.2011]

Kloos, M., Kn. verner, T., Wachten, K.: „Freiräume auf Zeit- Neue Konzepte für Grünflächen in Stadterneuerungsgebieten“, Internationales Institut für Gartenkunst und Landschaftsarchitektur Schloss Dyck (Hrsg.), Aachen, 2007

Kolenda, C.: „Grünflächen in der Stadt“, Seminar Stadt- und Geländeklimatologie, Universität Bonn, 2001

Krüger, B.: „Klare Ablehnung der Vivico- Bebauungspläne“, Freunde des Mauerparks e.V. (Hrsg.), Berlin, 25.7.2009,
URL: <http://www.mauerpark.info/2009/07/ablehnung-vivico-bebauung/>
[Stand: 9.8.2011]

Kruse, S.: „Potentiale temporärer Nutzungen städtischer Brachflächen für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung“, Diplomarbeit am Institut für Umweltstrategien, Lüneburg 2003

Lauenstein, H.: „Einführung in die Freiraumplanung“, RWTH Aachen,
URL: http://frp.landeco.rwth-aachen.de/frp/ftp/lehre/Grundstudium/Einfuehrung_Freiraumplanung.pdf
[Stand: 18.2.2011]

Leitschuh, H.: „Bio hat noch großes Potential“,
Magazin „forum Nachhaltig Wirtschaften“ (Hrsg.), 2/2011,
URL: http://www.nachhaltigwirtschaften.net/scripts/basics/eco-world/wirtschaft/basics.prg?session=42f948e74da35b7e_237840&a_no=4345&suchbegriff=Heike%20Leitschuh&r_index=4
[Stand: 6.5.2011]

Lippert, J.: „Kommunales Frei- und Grünflächenmanagement“, Schriftreihe der Fakultät Planen Bauen Umwelt, Band 129, Technische Universität Berlin, 2007

Litschko, K.: "Die Gartenbewegung ist eine Guerillabewegung", TAZ (Hrsg.), Berlin, 17.4.2011

Meyer-Renschhausen, E.: „Eine Arbeitsgruppe Kleinstlandwirtschaft in Berlin“, Berlin 21 e.V. (Hrsg.),
URL: http://www.berlin21.net/fileadmin/pdf/eineAGKleinstlandwirtschaftinBerlin_12_09.pdf
[Stand: 20.3.2011]

Meyer-Renschhausen, E.: „Urbanes Ackern- Die Rückkehr zur Selbstversorgung in den Städten“, Verbraucher und Ernährungskultur- Der kritische Agrarbericht 2010,
URL: <http://www.was-die-massenmedien-verschweigen.de/aktuell/Selbstversorgung.pdf>
[Stand 13.3.2011]

Mencke, M.: "Planungsinstrumentarien aus den Bereichen der Gesamtplanung und der Umweltplanung", Skript der Beuth Hochschule für Technik Berlin, 2008

Müller, C.: „Interkulturelle Gärten- Urbane Orte der Subsistenzproduktion und der Vielfalt“, Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften- Die „grüne“ Stadt—urbane Qualitäten durch Freiraumentwicklung, 1/2007, Berlin,
URL: <http://www.stiftung-interkultur.de/dmdocuments/mueller.urbanesubsistenz.pdf>
[Stand: 15.5.2011]

Müller, C.: „Raum schaffen für urbane Gärten. Die neue Gartenbewegung und die kommunale Politik“, Alternative Kommunalpolitik 2/2010, März/April, 31. Jhg. Bielefeld,
URL: http://www.anstiftung-ertomis.de/opencms/export/sites/default/download/AKP_Christa_Mueller.pdf
[Stand: 23.7.2011]

Müller, C. (Hrsg.): „Urban Gardening“, oekom Verlag, München, 2011

Müller, C.: „Zur Bedeutung von Interkulturellen Gärten für eine nachhaltige Stadtentwicklung“, Gstach, D.; Hubenthal, H.; Spitthöver, M. (Hrsg.), Arbeitsberichte des Fachbereiches Architektur Stadtplanung Landschaftsplanung, Heft 169, Universität Kassel 2009

Niedersächsische Bildungsserver (NiBiS) (Hrsg.):
"Unterrichtsmaterialien Freiraumplanung",
URL: <http://www.nibis.de/~nachsied/umaterialien/index2.htm>
[Stand: 22.7.2011]

Niesel, A. (Hrsg.): „Grünflächen-Pflegemanagement“, 2. Auflage, Ulmer Verlag, Stuttgart, 2011

Neumann, K.: „Urbane Freiräume im Wandel“, Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Heft 2, Berlin, 2010
URL: <http://www.vhw.de/publikationen/verbandszeitschrift/archiv/2010/heft-2/>, PDF: S. 83
[Stand: 15.6.2011]

Nohl, W.: „Freier Raum?- Tendenzen im städtischen Freiraum“,
URL: http://www.rs-raum02.de/sec_cont_plaforum_010606.html
[Stand: 12.8.2011]

Ohrmann, O.: „Frühling gibt´s dieses Jahr nur in Mitte“,
Tageszeitung „B.Z.“, Berlin, 5.3.2011

Rechnungshof Berlin, Jahresbericht 2004,
URL: <http://www.berlin.de/imperia/md/content/rechnungshof2/jahresbericht2004.pdf?start&ts=1116854981&file=jahresbericht2004.pdf>
[Stand:15.7.2011]

Ressort 105- Bauen und Wohnen (Hrsg.): „Ratgeber Bebauungsplan“, Wuppertal, 2009,
URL: http://www.wuppertal.de/wirtschaft-stadtentwicklung/medien/dokumente/105.1_Ratgeber_Bebauungsplan_barrierefrei_09-10-06.pdf
[Stand: 14.8.2011]

Richarz, M.: „Neue Modelle im Umgang mit Brachen und Leerstand“,
Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.),
URL: <http://www.kommunale-info.de/index.html?/Infothek/3078.asp>
[Stand: 13.4.2011]

Rosol, M.: „Gemeinschaftsgärten in Berlin-- Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung“, Dissertation an der Humboldt Universität Berlin, 2006

Rosol, M.: „Teilprojekt B1-- Zur individuellen und kollektiven Aneignung von Freiflächen im öffentlichen Raum - Das Beispiel der Community Gardens bzw. Gemeinschaftsgärten“,
URL: <http://www.stadtoekologie-berlin.de/phase1/inhalt/teilprojekte/b1/index.html>
[Stand: 27.2.2011]

Rudloff, J.: „Gärtnernd die Stadt verwandeln-Urbane Landwirtschaft ist in Berlin bereits heute eine bunte Bewegung“,
URL: http://www.oja-online.de/article/read/278-Gaertnernd_die_Staedte_verwandeln.html
[Stand: 12.3. 2011]

Ruff, S.: „Urbane Gärten- zwischen Paradies, Oase und Landwirtschaft“,
Diplomarbeit, Technische Fachhochschule Berlin, 2003

Schmidt, B.: „Alternatives Investment in schrumpfenden Städten“,
Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.)
URL: <http://www.kommunale-info.de/download/Schmidt.pdf>
[Stand: 6.5.2011]

Schmidt, H.: „Die Pflanze- unser wichtigster Baustoff“, Stadt und Grün, Ausgabe 7/2004

Schmidl, K.: „Baden vor der Wohnungstür—Investor will mit seinem Bauprojekt einen Friedrichshainer Kiez aufwerten/ Doch die Anwohner fürchten Verdrängung“, Berliner Zeitung, Berlin, 30.11.2009

Schmidt, V.: „Die Netzgärtner“, Zeit online (Hrsg.),
URL: <http://www.zeit.de/leben/2011-04/urban-gardening-netztipps-2>
[Stand: 21.5.2011]

Schoon, J.: „Bio über Berlin“, Wirtschaftswoche Green Economy (Hrsg.), 14.3.2011

Schulze, P.: „Tabellen zur Pflanzenverwendung und Vegetationstechnik“, Skript, Beuth Hochschule für Technik Berlin, Stand 2009

Schwarz, K.: „Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum“, Schriften des Fachgebietes Integrierte Verkehrsplanung des Institutes für Land- und Seeverkehr an der Technischen Universität Berlin; Berlin, 2008

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin, „Stadtgrün / Kontakt“,
URL: <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/stadtgruen/verwaltungen/de/senatsverwaltung/index.shtml>
[Stand: 17.8.2011]

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.): „Bundesweite Internetbefragung zur Zufriedenheiten mit den kommunalen Grünflächen 2010—Berliner Auswertung“,
URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/stadtgruen/gruenanlagen/downloads/Internetumfrage_2010_Auswertung_Berlin.pdf
[Stand: 10.8.2011]

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.): „Einwohnerdichte (Ausgabe 2011)“,
URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/umweltatlas/e_text/kg606.doc
[Stand: 11.8.2011]

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hrsg.): "Gesetz zum Schutz öffentlicher Grünanlagen",
URL: <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/stadtgruen/gesetze/download/gruenanlg.pdf>
[Stand: 25.3.2011]

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.): „Öffentliche Grün- und Erholungsanlagen- Daten und Fakten“,
URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/stadtgruen/gruenanlagen/de/daten_fakten/downloads
[Stand: 9.3.2011]

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.):
„Öffentliche Grünflächen in Berlin 2009“,
URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/stadtgruen/gruenanlagen/de/daten_fakten/downloads/ausw_4.pdf
[Stand: 12.3.2011]

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.):
„Öffentliche Grünflächen in Berlin 2010“,
URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/stadtgruen/gruenanlagen/de/daten_fakten/downloads/ausw_4.pdf
[Stand: 17.3.2011]

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.):
„Öffentliche Grünflächen- Anteil der Grün- und Erholungsanlagen“,
URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/stadtgruen/gruenanlagen/de/daten_fakten/downloads/ausw_7.pdf
[Stand: 12.3.2011]

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.): "Pressemitteilung- Strategie Stadtlandschaft beschlossen", Berlin, 19.7.2011,
URL: <http://www.berlin.de/landespressestelle/archiv/20110719.1235.351700.html>
[Stand: 20.8.2011]

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.): „Reale Nutzung der bebauten Flächen/ Grün- und Freiflächenbestand (2004)“,
URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/umweltatlas/e_text/kb601.pdf
[Stand: 10.3.2011]

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.): „Reale Nutzung der bebauten Flächen/ Grün- und Freiflächenbestand (2008)“,
URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/umweltatlas/e_text/kc601.pdf
[Stand: 10.3.2011]

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.): „Stadtgrün—Pflege“,
URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/stadtgruen/pflege_unterhaltung/index.shtml
[Stand: 28.2.2011]

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.). "Strategie Stadtlandschaft", Dokumentation der Veranstaltung am 30. September 2010, Berlin,
URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/stadtforum/downloads/SF_Gruen_Dokumentation_bfrei.pdf
[Stand: 20.8.2011]

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.): "Urbane Landwirtschaft",
URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/landschaftsplanung/stadtland/de/urbane_landwirtschaft.shtml
[Stand: 27.6.2011]

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.):
„Versorgung mit öffentlichen, wohnungsnahen Grünanlagen (Ausgabe 2009)",
URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/umweltatlas/e_text/ka605.pdf
[Stand: 1.3.2011]

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.): „Zuschuss an die Grün GmbH“, Berlin, 29.3.2011
URL: <http://www.parlament-berlin.de/ados/16/Haupt/vorgang/h16-1937.C-v.pdf>
[Stand: 9.8.2011]

Seminararbeit der Technischen Universität Berlin (Hrsg.):
„Mangel und Überfluss—Freiraumplanung und ihre Mittel“, Berlin, 2003

Spitthöver, M.: „Gemeinschaftsgarten- ein Vergleich“, Stadt und Grün (Hrsg.), 10/2009, Patzer Verlag Berlin

Spitthöver, M.: „Selbsterntegärten in der Stadt- ein neuer Freiraumtyp mit Perspektive?“, Stadt und Grün (Hrsg.), 2/2007, Patzer Verlag Berlin

Stierand, P.: "Was ist urbane Landwirtschaft?",
URL: <http://speiseraeume.de/faq-urbane-landwirtschaft/>
[Stand: 25.6.2011]

Stiftung Interkultur (Hrsg.). "Bürgergarten Laskerwiese",
URL: <http://www.stiftung-interkultur.de/component/content/article/100-berlin-friedrichshain-laskerwiese>
[Stand: 25.8.2011]

Stiftung Interkultur (Hrsg.): „Ziele und Aufgaben“,
URL: <http://www.stiftung-interkultur.de/interkultur-ziele-aufgaben>, München
[Stand: 13.3.2011]

Schrot & Korn (Hrsg.): „Und der Beton blüht“, 5/2011, Bio Verlag GmbH, Berlin
URL: <http://www.schrotundkorn.de/2011/201105p01.php>
[Stand: 15.5.2011]

Tacke, F.: „Der Hintergrund“, Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.),
URL: <http://www.kommunale-info.de/index.html?/Infothek/3084.asp>
[Stand: 5.8.2011]

Tempelhofer Freiheit (Hrsg.) "Planung der Parklandschaft",
URL: <http://www.tempelhoferfreiheit.de/ueber-die-tempelhofer-freiheit/planung/parkplanung/>
[Stand: 14.7.2011]

Tempelhofer Freiheit (Hrsg.) "Planungsgeschichte",
URL: <http://www.tempelhoferfreiheit.de/nc/ueber-die-tempelhofer-freiheit/planung/planungsgeschichte/?page=2>
[Stand: 14.7.2011]

Tietze, F.: „Analyse der Grünentwicklung der letzten 10 Jahre im Bezirk Berlin- Spandau und Konsequenzen für den zukünftigen Umgang mit urbanem Grün“, Masterarbeit, Beuth Hochschule für Technik Berlin, 2010

trans_areale (Hrsg.): "Stadtgespräch Zwischennutzung: Neue Wege in der Stadtentwicklung",
URL: http://www.zwischennutzung.net/downloads/report02_transareale_linz.pdf
[Stand: 15.7.2011]

Umweltbundesamt (Hrsg.). „Verringerung der Flächeninanspruchnahme durch Siedlung und Verkehr, Entsiegelung bei Neuversiegelung- Eingriffsregelung optimiert anwenden“, Gemeinsame Forderungen aus Landwirtschaft und Naturschutz, Positionspapier,
URL: <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3066.pdf>
[Stand: 6.5.2011]

Urbanacker. Net (Hrsg.): „Anschlag auf Gemeinschaftsgarten in Berlin“,
URL: http://www.urbanacker.net/index.php?option=com_content&view=article&id=403:anschlag-auf-gemeinschaftsgarten-in-berlin&catid=38:neu
[Stand: 31.8.2011]

v. Rekowski, S.: "Ökonomische Analyse: Nachnutzung von Brachflächen", Semesterarbeit der Beuth Hochschule für Technik Berlin, 2008

Vinken, G.: " Der Stadtbewohner als Ackerbürger", FAZ.net (Hrsg.), 4.5.2011,
URL: <http://www.faz.net/artikel/C30405/christa-mueller-hrsg-urban-gardening-der-stadtbewohner-als-ackerbuenger-30336034.html>
[Stand: 10.5.2011]

Wacker, R.: „Gemeinschaftsgärten als Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung?“, Bachelorarbeit, Universität Lüneburg, 2011

Waldis, S.: „Zwischennutzung urbaner Brachflächen und Nachhaltigkeit- Theoretisches Konzept zur Verbindung von Zwischennutzung und Nachhaltigkeit“, Masterarbeit, Universität Basel, 2009

Wiechmann, T., Wirth, P.(Hrsg.): „Ökologischer Umbau in Städten und Regionen“, IÖR-Schriften, Band 46, Dresden, 2005,
URL: http://www.ioer.de/fileadmin/internet/IOER_schriften/IOeR_Schriften_Band_46_Inhalt_Beitrag_3.pdf
[Stand: 22.8.2011]

Wiens, B.: „Die essbare Stadt“, Telepolis, Heise Zeitschriften Verlag (Hrsg.), 31.7.2011,
URL: <http://www.heise.de/tp/artikel/35/35114/1.html>
[Stand: 1.8.2011]

Ziesenitz, A.: „Die Natur als Erholung(t)raum?“, Dissertation, Universität Kassel, 2009